

Zeitschrift

für

Sozialforschung

Herausgegeben vom

INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG FRANKFURT/M.

Jahrgang I 1932 Heft 3

VERLAG VON C. L. HIRSCHFELD / LEIPZIG

INHALT.

I. Aufsätze.

	Seite
<i>ERICH FROMM</i>	
Die psychoanalytische Charakterologie und ihre Bedeutung für die Sozialpsychologie	253
<i>JULIAN GUMPERZ</i>	
Zur Soziologie des amerikanischen Parteiensystems	278
<i>FRANZ BORKENAU</i>	
Zur Soziologie des mechanistischen Weltbildes	311
<i>ANDRIES STERNHEIM</i>	
Zum Problem der Freizeitgestaltung	336
<i>THEODOR WIESENGRUND-ADORNO</i>	
Zur gesellschaftlichen Lage der Musik	356

II. Sammelbesprechungen.

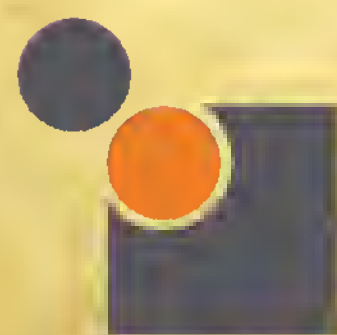
<i>GERHARD MEYER</i>	
Neuere Literatur über Planwirtschaft	379

III. Besprechungen.

Philosophie:

Karl Jaspers, Philosophie. 3 Bde. (<i>v. Aster</i>)	401
Othmar Spann, Geschichtsphilosophie (<i>Sternberger</i>)	403
Friedrich Gogarten, Politische Ethik (<i>Speier</i>)	404
Philipp Frank, Das Kausalgesetz und seine Grenzen (<i>Korsch</i>)	404
Julius Schaxel, Das Weltbild der Gegenwart und seine gesellschaftlichen Grundlagen (<i>Korsch</i>)	405
Jonas Cohn, Wertwissenschaft. 2 Bde. (<i>Sternberger</i>)	406
Benedetto Croce, Tre saggi filosofici (Drei philosophische Essays) (<i>Olberg</i>)	407
Heinrich Weber und Peter Tischleder, Handbuch der Sozialethik, Bd. I: Wirtschaftsethik (<i>Mertens</i>)	408
J. Bonnet, Philosophie de l'impérialisme et science du droit (<i>Tazerout</i>)	408
Herbert Marcuse, Hegels Ontologie und die Grundlegung einer Theorie der Geschichtlichkeit (<i>Wiesengrund-Adorno</i>)	409
Heinz Nitzschke, Die Geschichtsphilosophie Lorenz von Steins (<i>Neumann</i>)	410
Theo Suranyi-Unger, Geschichte der Wirtschaftsphilosophie (<i>Meyer</i>)	411
Franz Mehring, Zur Geschichte der Philosophie (<i>Meyer</i>)	411

Fortsetzung des Inhaltsverzeichnisses am Schluss des Heftes.



INTERNATIONAL
PSYCHOANALYTIC
UNIVERSITY

DIE PSYCHOANALYTISCHE HOCHSCHULE IN BERLIN

Die psychoanalytische Charakterologie und ihre Bedeutung für die Sozialpsychologie¹⁾.

Von

Erich Fromm (Berlin).

Der Ausgangspunkt der Psychoanalyse war ein therapeutischer: seelische Störungen wurden erklärt aus der Stauung und der dadurch hervorgerufenen pathologischen Verwendung der Sexualenergie im Symptom, bzw. aus der Abwehr von im Bewußtsein nicht zugelassenen, mit libidinösen Impulsen verknüpften Vorstellungen. Die Reihe: Libido—Abwehr durch verdrängende Instanz—Symptom war der rote Faden der frühen analytischen Untersuchungen. Damit verbunden war die Tatsache, daß Gegenstand der analytischen Untersuchung fast ausschließlich Kranke und in der Mehrzahl solche mit körperlichen Symptomen waren. Im Verlauf der Entwicklung der Psychoanalyse trat neben diese Fragestellung die nach der Genese und Bedeutung bestimmter psychischer Eigenarten, die sich bei Kranken sowohl wie bei Gesunden finden. Hier handelt es sich zwar, genau wie bei der ursprünglichen Fragestellung, um die Aufdeckung der triehhaften, libidinösen Wurzeln der psychischen Einstellung, aber die Reihe wird nicht in der Richtung: Verdrängung—Symptom, sondern in der: Sublimierung bzw. Reaktionsbildung—Charakterzug fortgesetzt. Diese Fragestellung mußte sich gleich fruchthar für das Verständnis des kranken wie des ge-

¹⁾ Nachdem im Heft 1/2 dieser Zeitschrift versucht wurde, Allgemeines zur Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie darzulegen, soll dieser Aufsatz eine Konkretisierung des dort Ausgeführten versuchen und zwar an einem besonders wichtigen Punkt: der analytischen Charakterologie. Seine wesentliche Aufgabe ist, für den nicht analytisch geschulten Leser diesen Teil der analytischen Theorie wenigstens in großen Umrissen darzustellen; sie macht es notwendig, sich im wesentlichen auf die Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der psychoanalytischen Charakterforschung zu beschränken und auf die Erörterung wichtiger Einzelfragen, die sich als Fortführung oder als Kritik zu manchen hier vorgetragenen Forschungsergebnissen aufdrängen, zu verzichten. Als Illustration folgt am Schluß ein Hinweis auf die Möglichkeiten, die eine Anwendung dieser psychoanalytischen Kategorien auf das Problem des „Geistes“ des Kapitalismus ergeben.



sunden Charakters erweisen und damit in besonderem Maß für die Probleme der Sozialpsychologie wichtig werden.

Die allgemeine Grundlage der psychoanalytischen Charakterologie ist, bestimmte Charakterzüge aufzufassen als Sublimierung bzw. Reaktionsbildung bestimmter sexueller (im erweiterten, von Freud so gebrauchten Sinn) Triebregungen, bzw. als Fortsetzung bestimmter in der Kindheit diesen Triebregungen koordinierter Objektbeziehungen. Diese genetische Ableitung der psychischen Erscheinung aus libidinösen Quellen und frühkindlichen Erlebnissen ist das spezifisch analytische Prinzip, das die analytische Charakterologie mit der Neurosenlehre teilt; während aber das neurotische Symptom (wie auch der neurotische Charakter) das Ergebnis einer nicht gelungenen Anpassung der Triebe an die gesellschaftliche Realität darstellt, handelt es sich bei dem nicht neurotischen Charakterzug um eine Verarbeitung libidinöser Regungen auf dem Wege der Reaktionsbildung oder Sublimierung in einer relativ stabilen und gesellschaftlich angepaßten Weise. Der Unterschied zwischen dem normalen und dem neurotischen Charakter ist allerdings ein ganz fließender und in erster Linie vom Grad der gesellschaftlichen Unangepaßtheit her zu bestimmen.

Es kann an dieser Stelle das komplizierte Problem der Reaktionsbildung und Sublimierung nur angedeutet werden. Unter Reaktionsbildung ist zu verstehen die Aufrichtung einer dem ursprünglichen Triebziel entgegengesetzten, dieses abwehrenden und niederhaltenden Haltung, die selbst mehr oder weniger den Charakter der Sublimierung tragen kann¹⁾. Zur Sublimierung sei nur gesagt, daß Freud darunter die Ablenkung sexueller Impulse von ihren ursprünglichen sexuellen Zielen und ihre Hinwendung auf bzw. ihre Ersetzung durch andere, nicht sexuelle, kulturelle Ziele begreift. Dies ist nicht so zu verstehen, daß aus Sexualität auf eine geheimnisvolle, „alchimistische“ Weise Charakter oder Intellekt entsteht, sondern daß sexuelle Energien auf andere Stellen des seelischen Apparats gelenkt und dort als Triebkraft und in einer eigenartigen, noch kaum geklärten Verbindung mit Fähigkeiten des Ich psychische und geistige Qualitäten aufbauen helfen. Besonders wichtig ist es, nicht zu vergessen, daß Freud das Problem der Sublimierung am allerwenigsten mit der Sexualität im üblichen Sprachgebrauch, d. h. der genitalen Sexualität in Zusammenhang

¹⁾ Als Beispiel denke man an eine „Übergüte“, die die Funktion hat, den verdrängten Sadismus niederzuhalten. Wichtig ist die „Wiederkehr des Verdrängten“ in der Reaktionsbildung.

bringt, sondern vorwiegend mit den „prägenitalen“ Sexualstrebungen, d. h. der oralen und analen Sexualität und dem Sadismus¹⁾. Der Unterschied zwischen Reaktionsbildung und Sublimierung liegt im wesentlichen darin, daß die Reaktionsbildung immer die Funktion der Abwehr und Niederhaltung eines verdrängten Triehimpulses hat, aus dem sie auch ihre Energie bezieht, während die Sublimierung eine direkte Verarbeitung, eine „Kanalisierung“ der Triebregung darstellt.

Die Theorie der prägenitalen Sexualität, von Freud zum erstenmal ausführlich in den „Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie“ dargestellt, geht von der Beobachtung aus, daß, noch bevor beim Kind die Genitalien eine entscheidende Rolle spielen, die Mundzone und die Afterzone als „erogene Zonen“ Träger von lustvollen, den genitalen Sensationen analogen Sensationen sind, daß sie im Laufe der Entwicklung teilweise ihre sexuelle Energie an die Genitalien abgeben, zum geringeren Teil diese Energien behalten, teils in ihrer ursprünglichen Form, teils in der Form von Sublimierungen und Reaktionsbildungen im Ich. Aufbauend auf diesen Beobachtungen der prägenitalen Sexualität veröffentlichte Freud 1908 einen kurzen Aufsatz über „Charakter und Analerotik“ (Ges. Schriften, Bd. V, S. 260ff.), der die Grundlage der analytischen Charakterforschung bildet. Freud ging von der Beobachtung aus, daß man häufig in der Analyse einem Typus begegnet, der „durch das Zusammentreffen bestimmter Charaktereigenschaften ausgezeichnet ist, während das Verhalten einer gewissen Körperfunktion und der an ihr beteiligten Organe in der Kindheit dieser Personen die Aufmerksamkeit auf sich zieht“ (S. 261). Er findet drei Charakterzüge — Ordnungsliebe, Sparsamkeit und Eigensinn — bei solchen Individuen, in deren Kindheit die Lust an der Darmentleerung und ihren Produkten eine besonders große Rolle spielt. Besonders hetonte er die in der Neurose wie im Mythos, Aberglauben, Traum; Märchen anzutreffende Gleichsetzung von Kot und Geld (Geschenk). Auf dieser grundlegenden Arbeit Freuds bauten sich eine Reihe Arbeiten anderer psychoanalytischer Autoren auf, die die Grundzüge einer, freilich noch in vielen Punkten unfertigen und hypothetischen, psychoanalytischen Charakterologie lieferten²⁾.

¹⁾ Aus diesem Grunde ist es ein grobes Mißverständnis des Freudschen Standpunktes, das Problem der Sublimierung im wesentlichen als identisch mit dem der genital-sexuellen Abstinenz zusammenfallen zu lassen, wie es etwa Scheler (besonders in „Wesen und Formen der Sympathie“, Bonn 1923, S. 238ff.) tat.

²⁾ Vgl. die instruktiven Ausführungen und die reichen Literaturhinweise bei Otto Fenichel, *Perversionen, Psychosen, Charakterstörungen. Psychoanalytische spezielle Neurosenlehre*, Wien 1931.

Bevor wir zur Darstellung der für den Soziologen wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeiten kommen, soll auf einen Gesichtspunkt hingewiesen werden, der in manchen dieser Arbeiten nicht oder zu wenig deutlich hervortritt und dessen Betonung ein besseres Verständnis dieser Untersuchungen ermöglicht: die Unterscheidung zwischen Sexualziel und Sexualobjekt, bzw. zwischen der Organlust und den Objektbeziehungen. Freud bringt die Sexualtriebe in einen engen Zusammenhang mit den „erogenen Zonen“¹⁾ und nimmt an, daß die Sexualtriebe durch Reizung an diesen erogenen Zonen hervorgerufen werden. In der ersten Lebensperiode steht die Mundzone und die mit ihr verknüpften Funktionen — Saugen und Beißen —, dann, nach der Säuglingsperiode, die Afterzone mit ihren Funktionen — Stuhlentleerung bzw. Stuhlzurückhaltung — und vom 3. bis 5. Jahr die Genitalzone im Zentrum der Sexualität (diese erste Blüte der genitalen Sexualität hat Freud als „pballische Phase“ bezeichnet, weil er annimmt, daß in dieser Zeit für beide Geschlechter allein der Pballus bzw. die pballisch erlebte Clitoris eine Rolle spielt, mit der Tendenz zum Eindringen und Zerstören. Nach einer „Latenzzeit“, die etwa bis zur Pubertät dauert, kommt es dann im Zusammenhang mit der körperlichen Reifung zur Entwicklung der eigentlichen genitalen Sexualität, der die prägenitalen Sexualstrebungen unter-, bzw. eingeordnet werden, d. h. zur endgültigen Herstellung des „Primats“ der Genitalität). Von dieser Organerotik, d. h. also von der an eine bestimmte Körperzone bzw. eine bestimmte mit dieser Zone verknüpfte Funktion gebundenen Organlust sind die Objektbeziehungen zu unterscheiden, d. b. die (liebenden oder hassenden) Einstellungen zu den dem Menschen gegenüber tretenden Mitmenschen, bzw. der eigenen Person, mit anderen Worten die Gefühlseinstellung und -haltung zur Umwelt überhaupt. Auch die Objektbeziehungen haben einen typischen Verlauf: nach Freud ist der Säugling vorwiegend narzistisch eingestellt, nur auf sich und die Befriedigung seiner Bedürfnisse bedacht; in einer zweiten Periode, nach dem Ende der Säuglingszeit etwa, mehrten sich sadistische, objektfeindliche Züge,

¹⁾ Die Annahme einer so zentralen Rolle der erogenen Zonen lag Freud abgesehen von seinen empirischen Beobachtungen auch von seinen theoretischen Voraussetzungen, einem mechanistisch-physiologischen Standpunkt aus nahe. Sie hat die Entwicklung der analytischen Theorie entscheidend beeinflußt; eine fruchtbare Diskussion mancher psychoanalytischer Thesen würde bei einer Kritik der zentralen Rolle der erogenen Zonen einzusetzen haben. Da wir aber hier Ergebnisse der Analyse darstellen wollen, verzichten wir auf eine Ausführung kritischer Gesichtspunkte zu diesem überaus wichtigen Problem.

die auch noch in der phallischen Phase eine wichtige Rolle spielen. Erst mit dem Primat der Genitalität in der Pubertät treten objektfreundliche, liebende Züge eindeutig in den Mittelpunkt. Die Objektbeziehungen werden in einen engen Zusammenhang mit den erogenen Zonen gebracht. Dieser Zusammenhang ist verständlich, wenn man bedenkt, daß sich spezifische Objektbeziehungen zuerst in Verbindung mit bestimmten erogenen Zonen entwickeln und daß diese Verbindung durchaus keine zufällige ist. Ohne aber an dieser Stelle das Problem diskutieren zu wollen, ob der Zusammenhang ein so enger ist, wie es vielfach in der psychoanalytischen Literatur dargestellt wird, oder ob und inwieweit nicht die für eine erogene Zone typische Objektbeziehung auch unabhängig von den besonderen Schicksalen dieser erogenen Zone sich entwickeln kann, soll Wert darauf gelegt werden, prinzipiell zwischen der Organlust und den Objektbeziehungen zu unterscheiden; in der nun folgenden Darstellung sollen, hervor die analytischen Befunde über die oralen, analen und genitalen Charakterzüge dargestellt werden, die komponierenden Elemente, nämlich die Sublimierungen und Reaktionsbildungen der Organlust und die koordinierten typischen Objektbeziehungen eine getrennte Darstellung finden.

Der in der ersten Lebensperiode zentrale Sexualtrieb ist die Oral-erotik. Beim Kind findet sich ein starkes Lust- und Befriedigungsgefühl, das ursprünglich mit dem Saugen („Wonnesaugen“), später mit dem Beißen und Kauen, mit dem In-den-Mund-nehmen und Verschluckenwollen von Gegenständen verknüpft ist. Die nähere Beobachtung zeigt, daß es sich hier keineswegs nur um eine Äußerung des Hungers handelt, sondern daß das Saugen, Beißen, Verschluckenwollen darüber hinaus eine an sich lustvolle Betätigung darstellt. Freud nahm schon in seinen „Drei Abhandlungen“ an, daß die Mundzone eine der sog. „erogenen Zonen“ sei, die, im Anschluß an die Vorgänge der Nahrungsaufnahme, am frühesten die Basis intensiver libidinöser Bedürfnisspannungen und Befriedigungen darstellt. Wenn auch die direkten oralerotischen Bedürfnisse und Befriedigungen nach der „Säuglings“zeit abnehmen, so bleiben doch mehr oder weniger große Reste auch in der späteren Kindheit und beim Erwachsenen erhalten. Es sei hier nur an das oft weit über die Säuglingszeit auftretende Daumenlutschen oder an das Nägelkauen erinnert, ferner aber, um von etwas ganz „Normalem“ zu sprechen, an das Küssen oder an die starken libidinösen, oralerotischen Wurzeln des Rauchens.

Insoweit die Oralerotik nicht in ursprünglicher Form erhalten bleibt und andererseits doch nicht von anderen sexuellen Impulsen abgelöst wird, tritt sie uns in Reaktionsbildungen oder Sublimierungen entgegen. Von den Sublimierungen sei nur eines der wichtigsten Beispiele hier genannt: die Verschiebung der kindlichen Saugelust auf das geistige Gebiet. An Stelle der Milch tritt das Wissen. Die Sprache drückt diesen Zusammenhang aus, wenn sie davon spricht, daß man „an den Brüsten der Weisheit schlürft“ oder „von der Milch der frommen Denkungsart“ trinkt. Diese symbolische Gleichsetzung von Trinken und geistigem Aufnehmen finden wir in Sprachen und Märchen verschiedener Kulturen ebenso wie in den Träumen und Einfällen der Patienten in der Analyse. Die Reaktionsbildungen können ebensowohl in dem ursprünglichen Gebiet bleiben, also etwa die Form einer Eßhemmung annehmen, wie auch sich auf die Sublimierungen erstrecken und dann etwa als Lern-, Arbeits- oder Wißhemmung auftreten.

Die in der ersten Lebensperiode des Kindes auftretenden Objektbeziehungen tragen einen recht komplizierten Charakter¹⁾. Der Säugling ist zunächst — und in ganz extremer Weise in den ersten drei Lebensmonaten — narzistisch eingestellt; ein Unterschied zwischen Ich und Außenwelt besteht noch kaum. Allmählich entwickeln sich neben der narzistischen Einstellung objektfreundliche, liebende Züge²⁾. Die Einstellung des Säuglings zur Mutter (oder entsprechenden Pflegeperson) wird freundlich, liebevoll, Schutz und Liebe erwartend. Die Mutter ist der Garant für sein Leben, ihre Liebe gibt ihm ein Gefühl von Lebenssicherheit und Geborgenheit. Gewiß ist sie weitgehend Mittel zum Zweck der Befriedigung der Bedürfnisse des Kindes, und gewiß trägt die Liebe des Kindes weitgehend einen verlangenden, nehmenden und nicht einen spendenden, fürsorgenden Charakter, aber wichtig sind doch objektfreundliche, objektzugewandte Züge in dieser ersten Phase.

Die Objektbeziehungen des Kindes ändern sich allmählich³⁾. Mit dem körperlichen Wachstum des Kindes wachsen seine Ansprüche, dadurch — wie wohl auch noch durch andere in der Umwelt

¹⁾ Vgl. Bernfeld, Psychologie des Säuglings. Wien 1925.

²⁾ In der psychoanalytischen Literatur werden vor allem die narzistischen Züge des kleinen Kindes betont, während die objektfreundlichen in der Schilderung zurücktreten. Es soll an dieser Stelle nicht näher auf dieses schwierige Problem eingegangen werden; es werden hier nur die objektfreundlichen Züge im Gegensatz zu den dann auftretenden objektfeindlichen, sadistischen besonders betont.

³⁾ Es versteht sich, daß in der ganzen Entwicklung nur von einem Zu- oder Abnehmen verschiedener Tendenzen die Rede sein kann, nicht von einem Sichablösen von voneinander streng getrennten Strukturtypen.

liegende Faktoren — entstehen und wachsen Versagungen seitens der Umwelt, auf die das Kind mit Zorn und Wut reagiert, für deren Bildung inzwischen auch die organische Entwicklung bessere Bedingungen geschaffen hat. Neben die objektfreundlichen Tendenzen und an ihre Stelle treten in wachsendem Maße objektfeindliche. Das Kind, sowohl durch Enttäuschungen wütend als auch sich stärker fühlend, wartet nicht mehr vertrauensvoll auf liebende Befriedigung seiner vor allem ja noch oralen Wünsche, es beginnt, sich mit Gewalt nehmen zu wollen, was man ihm vorenthält. Der Mund mit den Zähnen wird zu seiner Waffe, er erwirbt eine aggressive, den Objekten feindselige, sie angreifen und aussaugen oder verschlingen wollende Haltung. An Stelle einer ursprünglichen relativen Harmonie mit der Umwelt treten Konflikte und aggressiv-sadistische Impulse¹).

Das Saugen und Beißen oder Verschlingenwollen, hzw. ihre Reaktionsbildungen und Sublimierungen einerseits, die vertrauensvolle, heschenkt- oder geliebtwerdenwollende objektfreundliche Haltung und ihre Fortsetzung in aggressiven, räuberischen, objektfeindlichen Tendenzen andererseits sind die Elemente, die die „oralen“ Charakterzüge der Erwachsenen zusammensetzen.

Ahraham macht eine Unterscheidung zwischen den charakterologischen Konsequenzen einer besonders ungestörten, glücklichen oralen Befriedigung in der Kindheit und einer gestörten, mit viel Unlust vermischten (wie etwa plötzlichem Ahsetzen von der Brust, unzureichender Milchmenge oder, was die koordinierten Objektbeziehungen anlangt, mangelnder Liebe seitens der Pflegepersonen). Im ersten Falle haben oft Menschen

„aus dieser glücklichen Lebenszeit eine tief in ihnen wurzelnde Überzeugung mitgebracht, es müsse ihnen immer gut gehen. So stehen sie dem Leben mit einem unerschütterlichen Optimismus gegenüber, der ihnen oftmals zur tatsächlichen Erreichung praktischer Ziele behilflich ist. Auch hier gibt es weniger günstige Spielarten der Entwicklung. Manche Personen sind von der Erwartung beherrscht, daß stets eine gütige, fürsorgende Person, also eine Vertreterin der Mutter vorhanden sein müsse, von der sie alles zum Leben Notwendige empfangen würden. Dieser optimistische Schicksalsglaube verurteilt sie zur Untätigkeit. Wir erkennen in ihnen diejenigen wieder, die in der Saugeperiode verwöhnt wurden. Ihr gesamtes Verhalten im Leben läßt die Erwartung erkennen, daß ihnen sozusagen ewig die Mutterbrust fließen werde. Derartige Personen muten sich keinerlei Anstrengungen zu; in manchen Fällen verschmähen sie geradezu jeden eigenen Erwerb“ (Psychoanalytische Studien zur Charakterbildung, Wien 1925, S. 42).

¹) Die Frage, inwieweit das Verschlingen- und Sich-Bemächtigen-Wollen (wie das Produzieren und Zerstören überhaupt) eine ursprüngliche Tendenz des Menschen in seinem Verhältnis zur Umwelt ist, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden.

An diesen Menschen ist häufig eine besonders ausgeprägte Freigehigkeit, eine gewisse seigneurale Haltung zu bemerken. Sie haben die uneingeschränkt spendende Mutter als Ideal und bemühen sich, sich diesem Ideal entsprechend zu verhalten.

Der zweite Typ, der mit starken oralen Versagungen in der frühen Kindheit, entwickelt später häufig Züge, die in der Richtung des Ausaugens oder Berauhens anderer Personen liegen. Diese Menschen tragen gleichsam einen Rüssel, mit dem sie sich überall ansaugen wollen, oder wenn entsprechend starke sadistische Beimengungen enthalten sind, sind sie wie Raubtiere, die davon leben, Opfer zu suchen, die sie ausweiden können.

„Im sozialen Verhalten dieser Menschen tritt etwas ständig Verlangendes hervor, das sich bald mehr in der Form des Bittens, bald mehr in derjenigen des Forderns äußert. Die Art, in welcher sie Wünsche vorbringen, hat etwas beharrlich Saugendes an sich; sie lassen sich ebensowenig durch die Sprache der Tatsachen wie durch sachliche Einwände abweisen, sondern fahren fort, zu drängen und zu insistieren. Sie neigen dazu, sich an andere Personen förmlich festzusaugen. Besonders empfindlich sind sie gegen jedes Alleinsein, und wenn es nur kurze Zeit währt. In ganz besonderem Maß tritt die Ungeduld bei ihnen hervor. Bei gewissen Personen . . . findet sich dem geschilderten Verhalten ein grausamer Zug beigemischt, der ihrer Einstellung zu den anderen Menschen etwas Vampyrhaftes verleiht“ (Abraham, S. 44).

Zeigen die Personen des ersten Typs eine gewisse Noblesse und Großzügigkeit, zeigen sie sich heiter und umgänglich, so sind die des zweiten Typus feindselig und bissig, reagieren auf eine Verweigerung dessen, was sie haben wollen, mit Wut und sind auf alle, die es besser haben, von intensivem Neid erfüllt. Für den Soziologen wichtig ist noch die von Abraham vermerkte Tatsache, daß Personen mit oraler Charakterbildung leicht dem Neuen zugänglich sind, „während zum analen Charakter ein konservatives, allen Neuerungen feindliches Verhalten gehört . . .“

Die Analerotik fängt keineswegs erst nach der Oralerotik an, eine Rolle zu spielen. Wohl schon von vornherein ist der ungehemmte Austritt der Körperprodukte für das Kind mit einer lustvollen Reizung der Afterschleimhaut verbunden. Ebenso sind die Produkte der Entleerung selbst, ihr Anblick, ihr Geruch, die Berührung mit der Oberfläche des Rumpfes und endlich das Berühren mit den Händen eine Quelle intensiver Lustempfindungen. Das Kind ist stolz auf den Kot, welcher sein erster „Besitz“, der Ausdruck seiner ersten Produktivität ist. Eine wesentliche Veränderung bringt die etwa gleichzeitig mit der Entwöhnung des Kindes von saugender Nahrungsaufnahme vor sich gehende Erziehung zur körperlichen Reinlichkeit, für deren

Gelingen die sich allmählich ausbildende Funktion der Schließmuskeln der Blase und des Darms die Voraussetzung bildet. Indem sich das Kind den Forderungen der Erziehung anpaßt und lernt, seinen Stuhl zurückzuhalten bzw. ihn zur rechten Zeit herzugeben, wird die Retention des Stuhles und werden die damit verbundenen physiologischen Vorgänge zu einer neuen Lustquelle. Gleichzeitig wird die ursprüngliche Liebe zum Kot teilweise durch Ekelgefühle abgewehrt bzw. ersetzt; teilweise wird allerdings durch das Verhalten der Umwelt der primitive Stolz auf den Kot bzw. seine pünktliche Entleerung nur noch vermehrt.

Ganz ebenso wie ein Teil der ursprünglichen oralen bleiben auch die analen Impulse in einem gewissen Grade bis ins Leben des Erwachsenen hinein erhalten. Diese Tatsache erkennt man leicht an der relativ starken affektiven Reaktion vieler Menschen der analen Beschimpfung oder der analen Zote gegenüber. Auch das besonders unter allerhand Rationalisierungen auftretende liebevolle Interesse für den eigenen Kot läßt die Reste der ursprünglichen Analerotik deutlich erkennen. Normalerweise aber geht ein wesentlicher Teil der analerotischen Strebungen in Sublimierungen und Reaktionsbildungen auf. Diese Fortbildungen der ursprünglichen Analerotik liegen in einer doppelten Richtung: einerseits in der charakterologischen Fortsetzung der ursprünglichen Funktion, deren Ergebnis die Lust bzw. Unfähigkeit am Behalten, Sammeln und Produzieren, ferner Ordentlichkeit, Pünktlichkeit, Reinlichkeit, Geiz sind; andererseits in der Fortsetzung der ursprünglichen Liebe zum Kot, die sich vor allem in der Liebe zum „Besitz“ äußert. Eine ganz besondere Bedeutung kommt dem in dieser Periode sich ausbildenden Pflichtgefühl zu. Die anale Entwöhnung ist eng geknüpft an das Problem des „Müssens“ und „Sollens“ bzw. Nichtdürfens, und die klinische Erfahrung zeigt, daß häufig besonders intensive Ausprägungen des Pflichtgefühls auf diese frühe Periode zurückgehen.

Die der analen Periode zugeordneten Objektbeziehungen stehen unter dem Zeichen wachsender Konflikte mit der Umwelt. Sie tritt zum erstenmal mit Forderungen an das Kind heran, deren Erfüllung sie mit Liebesprämien oder Strafen erzwingt. Nicht mehr die Lust gewährende, gütige, spendende Mutter ist es, die dem Kind gegenübertritt, sondern die Verzichte fordernde, strafende. Das Kind reagiert entsprechend. Es verharret einerseits in seiner narzistischen, objektgleichgültigen Einstellung, die durch seine geringer werdende körperliche Hilflosigkeit wie durch den wachsenden Stolz auf

seine eigenen Leistungen in gewisser Weise noch gesteigert wird, andererseits wird seine objektfeindliche, trotzige, sadistische, die Eingriffe in seine Privatsphäre böse abwehrende Einstellung erheblich verstärkt.

Die Sublimierungen und Reaktionsbildungen der Analerotik und die Fortsetzung der dieser Stufe typischerweise zugeordneten Objektbeziehungen setzen die analen Charakterzüge zusammen, wie sie in ihrem normalen oder pathologischen Vorkommen in der psychoanalytischen Literatur geschildert werden. Es seien hier nur einige für die Sozialpsychologie besonders wichtige erwähnt.

Die ersten charakterologischen Befunde Freuds haben wir schon wiedergegeben: eine oft in Pedanterie übergehende Ordentlichkeit, eine an Geiz grenzende Sparsamkeit und einen in Trotz übergehenden Eigensinn. Diesen allgemeinen Zügen sind von einer Reihe psychoanalytischer Autoren, vor allem von Jones und Abraham, viele mehr ins Detail gehende hinzugefügt worden. Abraham weist darauf hin, daß es Überkompensierungen des ursprünglichen Trotzes gibt,

„unter welchen das trotzige Festhalten am primitiven Selbstbestimmungsrecht verborgen liegt, bis es gelegentlich gewaltsam hervorbricht. Ich habe hier solche Kinder (und natürlich auch Erwachsene) im Auge, die sich durch besondere Bravheit, Korrektheit, Folgsamkeit hervortun, ihre in der Tiefe liegenden rebellischen Antriebe aber damit begründen, daß man sie von früh auf unterdrückt habe“ (S. 9).

Mit diesem Stolz eng verbunden ist die zuerst von Sadger hervorgehobene Vorstellung der Einzigartigkeit. („Alles, was nicht Ich ist, ist Dreck.“) Solche Menschen empfinden nur Freude an einem Besitz, wenn niemand anderes etwas Ähnliches hat. Sie haben die Neigung, alles im Leben als Eigentum anzusehen und alles „Private“ vor fremden Eingriffen zu schützen. Es handelt sich dabei keineswegs nur um Geld und Besitz, sondern ebenso um Menschen wie um Gefühle, Erinnerungen, Erlebnisse. Wie stark die dieses Besitzverhältnis zur Privatsphäre verankernden libidinösen Regungen sind, erkennt man leicht an der Wut, mit der solche Menschen auf jeden Eingriff in ihre Privatsphäre, ihre „Freiheit“ reagieren. Zu dieser Betonung der Privatsphäre gehört die von Abraham erwähnte Empfindlichkeit des analen Charakters gegen jeden äußeren Eingriff. Niemand hat sich in „seine Angelegenheiten“ zu mischen. Verwandt damit ist auch ein weiterer Zug, auf den Jones aufmerksam gemacht hat: das eigensinnige Festhalten an einer selbsterdachten Ordnung,

bzw. die Neigung, anderen eine solche Ordnung aufzuzwingen¹). Solche Menschen zeigen dann auch häufig eine überstarke Lust am Rubrizieren, am Aufstellen von Tabellen und Plänen. Von besonderer Wichtigkeit ist die von Abraham betonte Tatsache, daß beim analen Charakter die unbewußte Tendenz vorliegt, die Analfunktion als wichtigste produktive Tätigkeit und als der genitalen überlegen anzusehen. Geldverdienen, Sammeln, das Aufhäufen von Kenntnissen (ohne ihre produktive Verarbeitung) sind Ausdruck dieser Einstellung²). Zu dieser Hochschätzung der analen, sammelnden Produktivität tritt als charakteristisch die Hochschätzung des Gesammelten, des Besitzes. Abraham sagt darüber:

„In ausgeprägten Fällen von analer Charakterbildung werden nahezu alle Lebensbeziehungen unter den Gesichtspunkt des Habens (Festhaltens) und Gebens, also des Besitzes, gestellt. Es ist, als wäre der Wahlspruch mancher solcher Menschen: wer mir gibt, ist mein Freund; wer etwas von mir verlangt, ist mein Feind“ (S. 20f.).

Nicht anders ist es mit den Liebesbeziehungen. Gewöhnlich ist beim analen Charakter das genitale Bedürfnis und die genitale Befriedigung mehr oder weniger eingeschränkt; häufig ist diese Einschränkung mit moralischen Rationalisierungen oder auch Ängsten verknüpft. Soweit die Liebe eine Rolle spielt, hat sie typische Züge. Eine Frau wird nicht geliebt, sondern „besessen“, und es herrscht dem „Liebes“objekt gegenüber dieselbe Gefühlseinstellung wie anderen Gegenständen des Besitzes gegenüber, also die Tendenz, entweder möglichst viel oder möglichst ausschließlich zu besitzen. Die erste Einstellung führt zum Typ scheinbar sehr liebesfähiger Menschen, deren Liebe im Grunde doch nur eine Art Sammeltrieb ist, und die zweite zum Typ des extrem Eifersüchtigen und auf „Treue“ Bedachten. Ein besonders schönes Beispiel des ersten Typs bot mir ein Analysand, der ein Buch hatte, in dem er die Andenken an jede Begegnung mit einer Frau sammelte,

¹) „Eine Mutter verfaßt ein schriftliches Programm, in welchem sie ihrer Tochter den Tag in minutiöser Weise einteilt. Für den frühen Morgen enthält es z. B. die Anweisung: 1. Aufstehen, 2. Töpfchen, 3. Händewaschen usw. Am Morgen klopft sie von Zeit zu Zeit an die Tür und fragt die Tochter: wie weit bist du? Diese hat dann zu antworten ‚9‘ oder ‚15‘ usw., so daß die Mutter eine genaue Kontrolle über die Einhaltung des Planes hat“ (Abraham, a. a. O. S. 12).

²) „Solche Personen lieben es, Geld oder Geldeswert zu schenken; manche unter ihnen werden Mäzene oder Wohltäter. Doch bleibt ihre Libido den Objekten mehr oder weniger fern, und so ist auch ihre Arbeitsleistung nicht im wesentlichen Sinne produktiv. Es fehlt ihnen keineswegs an Ausdauer — einem häufigen Kennzeichen des analen Charakters —, aber sie wird zu einem guten Teil in unproduktivem Sinne verwandt, etwa an pedantische Einhaltung festgesetzter Formen verschwendet, so daß in ungünstigen Fällen das sachliche Interesse dem formalen erliegt“ (Abraham, a. a. O., S. 18).

also gebrauchte Theaterbillette, Programme, aber auch Korrespondenz einklebte. Eng verknüpft mit dieser Einstellung ist der intensive Neid, den man bei vielen Menschen mit analem Charakter findet. Sie erschöpfen oft ihre Kraft nicht in eignen produktiven Leistungen, sondern im Neid auf die Leistung und vor allem dem Besitz anderer. Dies führt zur Erwähnung eines der klinisch wie soziologisch wichtigsten analen Charakterzüge: des besonderen Verhältnisses zum Geld, d. h. vor allem der Sparsamkeit und des Geizes. Gerade dies hat eine besonders ausgiebige Bestätigung durch die analytischen Erfahrungen erhalten und ist ausführlich in der psychoanalytischen Literatur erörtert¹⁾. Sparsamkeit und Geiz beziehen sich durchaus nicht nur auf Geld oder Geldeswert. Auch Zeit und Kraft werden ganz analog behandelt und jede Zeit- und Kraftverschwendung wird verabscheut²⁾. Bemerkenswert ist, daß diese analen Tendenzen reichlich

¹⁾ Hier nur einige spezielle Hinweise Abrahams: „Es gibt Fälle, in welchen der Zusammenhang zwischen absichtlicher Stuhlverhaltung und systematischer Sparsamkeit offen zutage liegt. Ich erwähne hier das Beispiel eines reichen Bankiers, der seinen Kindern immer wieder einschärfte, sie sollten den Darminhalt so lange wie nur möglich bei sich behalten, damit die teure Nahrung bis zum äußersten ausgenützt werde. — Sodann ist auf die Tatsache zu verweisen, daß manche Neurotiker ihre Sparsamkeit bzw. ihren Geiz auf gewisse Arten von Ausgaben beschränken, in anderen Beziehungen dagegen mit auffälliger Bereitwilligkeit Geld verausgaben. So gibt es unter unseren Patienten solche, die jede Ausgabe für „Vergängliches“ meiden. Ein Konzert, eine Reise, der Besuch einer Ausstellung sind mit Kosten verbunden, für welche man keinen bleibenden Besitz eintauscht. Ich kannte jemanden, der den Besuch der Oper aus solchem Grunde mied; er kaufte sich aber Klavierauszüge der Opern, welche er nicht gehört hatte, weil er auf diese Weise etwas „Bleibendes“ erhielt. Manche solche Neurotiker vermeiden auch gern die Ausgaben für das Essen, weil man es ja doch nicht als bleibenden Besitz behält. Bezeichnenderweise gibt es einen anderen Typus, der bereitwillig Ausgaben für die Ernährung macht, die bei ihm ein überwertiges Interesse darstellt. Es handelt sich um Neurotiker, die ihren Körper beständig sorgsam überwachen, ihr Gewicht prüfen usw. Ihr Interesse ist der Frage zugewandt, was von den eingeführten Stoffen ihrem Körper als dauernder Besitz bleibt. Bei dieser Gruppe ist es evident, daß sie Körperinhalt mit Geld identifiziert. — In anderen Fällen finden wir die Sparsamkeit in der gesamten Lebensweise streng durchgeführt; in einzelnen Beziehungen wird sie aber auf die Spitze getrieben, ohne daß eine praktisch nennenswerte Ersparnis an Material erzielt wird. Ich erwähne einen geizigen Sonderling, der im Hause mit offestehender Hose herumliefe, damit die Knopflöcher nicht so schnell abgenutzt würden. Es ist leicht zu erraten, daß hier noch andere Antriebe mitwirkten. Doch bleibt es charakteristisch, wie diese sich hinter der anal bedingten Sparsamkeit verbergen können; so sehr wird diese als wichtigstes Prinzip anerkannt. Bei manchen Analysanden finden wir eine auf den Verbrauch von Klosettpapier spezialisierte Sparsamkeit; hier wirkt die Scheu, Reines zu beschmutzen, als determinierend mit“ (S. 22, 23).

²⁾ „Viele Neurotiker sind in beständiger Sorge vor Zeitverlusten. Nur die Zeit, welche sie allein mit ihrer Arbeit verbringen, erscheint ihnen wohl ausgenützt. Jede Störung in ihrer Tätigkeit versetzt sie in höchste Reizbarkeit. Sie hassen Untätigkeit, Vergnügungen usw. Es sind die

rationalisiert zu werden pflegen, vor allem natürlich mit ökonomischen Erwägungen, fernerhin, daß man häufig neben besonderer Reinlichkeit, Sparsamkeit, Ordentlichkeit, Pünktlichkeit Durchbrüche gerade der entgegengesetzten, durch diese Reaktionsbildungen abgewehrten Züge findet. Wegen seiner sozialpsychologischen Bedeutung sei endlich noch das von Abraham hervorgehobene, für den analen Charakter typische Bedürfnis nach Symmetrie und „gerechtem Ausgleich“ erwähnt.

Die genitale Sexualität hat eine für die Charakterbildung prinzipiell andere Bedeutung als die orale und anale. Während diese nur in relativ geringem Ausmaß auch noch über die erste Kindheitsperiode hinaus in direkter Form weiterbestehen können und ihre Hauptverwendung im späteren Leben gerade in den Sublimierungen und Reaktionsbildungen finden, ist die genitale Sexualität in erster Linie dazu bestimmt, eine direkte körperliche Abfuhr zu erhalten. So einfach es ist, das Sexualziel der genitalen Sexualität zu beschreiben, so schwierig ist etwas über die spezifischen genitalen Charakterzüge auszusagen. Es ist wohl richtig, daß die der genitalen Sexualität zugeordnete Objektbeziehung eine objektfreundliche, relativ ambivalenzfreie ist¹⁾; es darf allerdings nicht vergessen werden, daß der physiologisch normale Sexualakt keineswegs notwendigerweise eine entsprechende, d. h. liebende psychische Haltung involviert. Er kann, psychologisch gesehen, vorwiegend narzistisch oder sadistisch erlebt sein. Fragt man nach den charakterologisch wichtigen Reaktionsbildungen und Sublimierungen der genitalen Sexualität, so scheint uns als Reaktionsbildung in erster Linie die Willensbildung wichtig. Bei den Sublimierungen halten wir es aber für nötig, zwischen männlicher und weiblicher Sexualität zu unterscheiden. (Wobei nicht zu vergessen ist, daß in jedem Individuum männliche und weibliche Sexualstrebungen vorhanden sind. Vgl. Freuds Bemerkungen in den Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie, Leipzig 1923, S. 16f. Anmerkung.) Von ihren Sublimierungen ist noch sehr wenig bekannt. Vielleicht darf man vermuten, daß die Sublimierung der männlichen Sexualität vorwiegend in der Richtung des geistigen

gleichen Menschen, die zu den von Ferenczi beschriebenen „Sonntagsneurosen“ neigen, das heißt keine Unterbrechung ihrer Arbeit vertragen. Wie jede neurotisch übertriebene Tendenz ihr Ziel leicht verfehlt, so geschieht es auch oftmals dieser. Die Patienten sparen oft Zeit im kleinen und verlieren sie im großen“ (Abraham, S. 23).

¹⁾ Es erhebt sich hier das zentrale, von der Psychoanalyse bisher wenig erörterte Problem der Psychologie der Liebe.

Eindringens, Zeugens, Ordnen, die der weiblichen Sexualität in der Richtung des Aufnehmens, Bergens, Produzierens und in der Richtung der bedingungslosen mütterlichen Liebe liegt¹⁾.

Die hier skizzenhaft wiedergegebene psychoanalytische Theorie der Entwicklung der Sexualität und der Objektbeziehungen ist ein noch rohes und in vieler Beziehung hypothetisches Schema, an dem die analytische Forschung noch manche wichtige Punkte zu ändern und in das sie sehr viele neue einzutragen haben wird. Sie ist aber ein Ausgangspunkt, der das Verständnis der triebhaften Hintergründe der Charakterzüge ermöglicht und den Zugang zu einer Erklärung der Entwicklung des Charakters eröffnet.

Diese Entwicklung bedingen zwei Faktoren, die in verschiedener Richtung wirksam sind. Einmal ist es die körperliche Reifung des Individuums: vor allem das Wachstum der genitalen Sexualität und die physiologisch relativ geringer werdende Rolle der oralen und analen Zone, aber auch die Reifung der Gesamtpersönlichkeit und die damit verknüpfte geringere Hilflosigkeit, die eine objektfreundliche, liebende Haltung ermöglichen. Der zweite, die Entwicklung vorwärtstreibende Faktor wirkt von außen auf das Individuum ein; es sind die gesellschaftlichen, zunächst und am eindrucksvollsten durch die Erziehung vermittelten Regeln, die die Verdrängung der prägenitalen Sexualstrebungen bis zu einem hohen Grade verlangen und so gleichsam der genitalen Sexualität den Vormarsch erleichtern.

Dieser Vormarsch gelingt aber häufig nur unvollkommen, und die prägenitalen Positionen bleiben oft in direkter oder sublimierter Form überdurchschnittlich stark bestehen. Für ein überdurchschnittlich starkes Erhaltenbleiben prägenitaler Strebungen gibt es grundsätzlich zwei Ursachen: entweder eine Fixierung, d. h. durch besonders starke Befriedigungs- oder Versagungserlebnisse in der Kindheit bleiben die prägenitalen Wünsche gegen die Entwicklung resistent und erhielten sich in besonderer Stärke; oder eine Regression, d. h. nachdem die normale Entwicklung beendet ist, führt eine besonders starke innere oder äußere Versagung zu einer Abwendung von der Liebe, einem Rückzug von der Genitalität zu jenen älteren prägenitalen Organisationsstufen der Libido. In der Wirklichkeit wirken gewöhnlich Fixierung und Regression zusammen, d. h. eine gewisse Fixierung stellt eine Disposition dar, die im Falle einer Ver-

¹⁾ Die hier angerührten Probleme führen zu Fragen, die innerhalb der Psychoanalyse teils noch unerörtert, teils umstritten sind und deren nähere Diskussion wir uns an dieser Stelle versagen müssen. Vgl. Reich, Der genitale und der neurotische Charakter. Int. Ztschr. f. Psychoanalyse, 1929.

sagung relativ leicht eine Regression auf die fixierte Triebstufe zur Folge hat.

Die psychoanalytische Charakterologie kann nicht nur durch den Nachweis der libidinösen Grundlagen der Charakterzüge deren dynamische Funktion als Produktivkraft in der Gesellschaft verstehen lassen, sie bildet andererseits auch den Ansatzpunkt für eine Sozialpsychologie, die aufzeigt, daß die für eine Gesellschaft typischen, durchschnittlichen Charakterzüge ihrerseits durch die Eigenart dieser Gesellschaft bedingt sind. Diese soziale Beeinflussung der Charakterentwicklung geht zunächst und vor allem durch das Hauptmedium, durch das sich die psychische Formung des einzelnen im Sinne der Gesellschaft vollzieht, vor sich: durch die Familie. In welcher Weise und mit welcher Stärke bei einem Kind gewisse prägenitale Strebungen unterdrückt oder verstärkt werden, in welcher Weise es zu Sublimierungen oder Reaktionsbildungen angeregt wird, hängt wesentlich von der Erziehung ab, die ihrerseits der Ausdruck der psychischen Struktur der Gesellschaft ist. Aber über die Kindheit hinaus wirkt die Gesellschaft auf die Ausbildung des Charakters ein. Für diejenigen Charakterzüge, die innerhalb einer bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bzw. innerhalb einer bestimmten Klasse am brauchbarsten sind, die ein Individuum am meisten innerhalb dieser Gesellschaft fördern, besteht etwas, was wir als „soziale Prämie“ bezeichnen möchten und was bewirkt, daß sich der Charakter der „normalen“, d. h. in dieser Gesellschaft als „gesund“ geltenden Menschen im Sinne der Struktur dieser Gesellschaft anpaßt¹⁾. Der Charakter entwickelt sich also im Sinne der Anpassung der libidinösen Struktur — zunächst durch das Medium der Familie, dann unmittelbar im gesellschaftlichen Leben — an die jeweilige gesellschaftliche Struktur. Eine ganz besondere Rolle spielt hierbei die Sexualmoral einer Gesellschaft. Es wurde gezeigt, daß die prägenitalen Strebungen zum entscheidenden Teil in der genitalen Sexualität aufgehen. In dem Maße, in dem innerhalb einer Gesellschaft die herrschende Sexualmoral die genitale Sexualbefriedigung hemmt, muß eine Verstärkung der prägenitalen Strebungen bzw. der aus ihnen formierten Charakter-

¹⁾ Die Unterscheidung zwischen „normalen“ und „neurotischen“ Charakterzügen ist selbst weitgehend von gesellschaftlichen Faktoren bedingt und läßt sich eigentlich immer nur mit Bezug auf eine ganz bestimmte Gesellschaft treffen, wo eine dieser Gesellschaft nicht angepaßte Charakterstruktur eben krankhaft ist. Der Charakter eines kapitalistischen Kaufmanns des 19. Jahrhunderts wäre jedenfalls einer feudalen Gesellschaft recht „krank“ erschienen und umgekehrt.

züge eintreten. Durch die Verschärfung des Verbots genitaler Befriedigung wird das Zurückströmen der Libido zu den prägenitalen Positionen und damit das verstärkte Auftreten oraler und analer Charakterzüge im gesellschaftlichen Leben erreicht.

Da die Charakterzüge in der libidinösen Struktur verankert sind, zeigen sie auch eine relative Stabilität. Sie bilden sich zwar im Sinne der Anpassung an die gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse aus, aber sie verschwinden nicht ebenso rasch, wie sich diese Verhältnisse ändern. Die libidinöse Struktur, aus der sie erwachsen, hat eine gewisse Trägheit und Schwerkraft, und es bedarf erst wieder eines lang dauernden neuen Anpassungsprozesses an neue ökonomische Bedingungen, bis eine entsprechende Veränderung der libidinösen Struktur und der aus ihr erwachsenden Charakterzüge erfolgt. Hierin liegt ein Grund, warum der ideologische Überbau, der auf den für eine Gesellschaft typischen Charakterzügen basiert, sich langsamer verändert als der ökonomische Unterbau.

Die Anwendung der psychoanalytischen Charakterologie auf soziologische Probleme soll hier an einem konkreten Beispiel versucht werden. Jedoch handelt es sich dabei vor allem um einen Hinweis auf den zu beschreitenden Weg, nicht aber um die endgültige Beantwortung des als Beispiel gewählten Themas.

Hierfür scheint das Problem des „Geistes“ des Kapitalismus, der seelischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, aus zwei Gründen besonders geeignet zu sein: einmal weil der Teil der psychoanalytischen Charakterologie, der am meisten zum Verständnis des bürgerlichen Geistes heranzuziehen sein wird, die Theorie von den analen Charakterzügen, der relativ ausführlichste und gesichertste ist; zum andern weil über dieses Problem eine relativ große soziologische Literatur und Kontroverse besteht, die die Heranbringung eines neuen Gesichtspunktes, eben des psychoanalytischen, besonders empfiehlt.

Unter „Geist“ des Kapitalismus bzw. der bürgerlichen Gesellschaft verstehen wir die Summe der für die Menschen dieser Gesellschaft typischen Charakterzüge, wobei das entscheidende Gewicht auf den durch diese Charakterzüge repräsentierten libidinösen Streben, d. h. also auf der dynamischen Funktion des Charakters liegt. Charakter wird hier von uns allerdings in einem sehr weiten Sinn gebraucht, und die Definition, wie sie Sombart¹⁾ vom „Geist“ einer Wirtschaft gibt, würde im großen und ganzen auch von uns

¹⁾ Der Bourgeois, München u. Leipzig 1913, S. 2.

verwandt werden können. Er nennt den „Geist“ einer Wirtschaft „die Gesamtheit seelischer Eigenschaften, die beim Wirtschaften in Betracht kommen. Alle Äußerungen des Intellekts, alle Charakterzüge, die bei wirtschaftlichen Strebungen zutage treten, ebenso aber auch alle Zielsetzungen, alle Werturteile, alle Grundsätze, von denen das Verhalten des wirtschaftenden Menschen bestimmt und geregelt wird“. Insoweit es sich aber nicht nur um den Geist der Wirtschaft im engeren Sinn, sondern um den „Geist“ der Gesellschaft, bzw. einer Klasse handelt, werden wir nicht nur die Züge untersuchen, die „beim Wirtschaften“ in Frage kommen, sondern nach den typischen seelischen Eigenschaften des Individuums dieser Klasse oder Gesellschaft fragen, das ja dasselbe ist, ob es wirtschaftet oder nicht. Auch unterscheiden wir uns von Sombarts Begriff des „Geistes“ dadurch, daß es uns nicht auf die „Grundsätze, Werturteile“ usw. als solche ankommt, sondern auf die Charakterzüge, deren rationalisierter Ausdruck sie sind.

Ganz ausscheiden wollen wir den Zusammenhang des bürgerlichen Geistes mit dem Protestantismus und den protestantischen Sekten. Dieses Problem ist so komplex, daß schon seine flüchtige Erörterung hier viel zu weit führen würde. Ebenso wenig kann die Frage nach den ökonomischen Ursachen der kapitalistischen Gesellschaft hier berührt werden. Einerseits würde dies ebenfalls den Rahmen dieser illustrierenden Ausführungen sprengen, andererseits ist die vorübergehende Vernachlässigung methodisch zulässig, wenn man nur die Eigenart des „Charakters“ einer Gesellschaft beschreiben und untersuchen will, wie der Charakter als Ausdruck einer bestimmten „libidinösen Struktur“ der Gesellschaft selbst als Produktivkraft an deren Entwicklung Anteil hat. Eine ausgeführte sozialpsychologische Untersuchung müßte von der Darstellung der ökonomischen Tatsachen ausgehen und zunächst aufzeigen, wie sich die libidinöse Struktur gerade diesen Tatsachen anpaßt. Endlich dürfen wir uns auch nicht mit der sehr komplizierten und umstrittenen historischen Frage beschäftigen, von wann an man eigentlich von einem Kapitalismus und kapitalistisch-bürgerlichem Geist sprechen kann. Es soll vielmehr davon ausgegangen werden, daß es einen solchen Geist, der gewisse einheitliche Züge trägt, gibt, gleichgültig, ob wir ihn, wie Sombart meint, am frühesten schon um die Wende des 14. Jahrhunderts in Florenz treffen, oder im England des 17. Jahrhunderts, ob bei Defoe, Benjamin Franklin, Carnegie

oder einem durchschnittlichen deutschen Kaufmann des 19. Jahrhunderts¹⁾.

Die Eigenart des kapitalistisch-bürgerlichen Geistes läßt sich zunächst am leichtesten negativ beschreiben, durch das, was er im Vergleich mit dem vorkapitalistischen Geist, etwa dem des Mittelalters, nicht hat: Lebensglück und Lebensgenuß ist für die bürgerliche Psyche nicht mehr selbstverständlich bejahter Zweck, dem das Handeln und speziell das wirtschaftliche dient. Es ist dabei zunächst gleichgültig, ob es sich um den weltlichen Lebensgenuß, den die seigneurale Lebensführung der feudalen Klasse gewährt, handelt oder um die „Seligkeit“, die die Kirche der Masse versprach, oder auch um den relativen Genuß, den die Masse durch prunkvolle Feste, herrliche Gebäude und Bilder und viele Feiertage erhielt. Immer ist Anspruch auf Glück, Seligkeit, Genuß oder wie man es sonst bezeichnet, das selbstverständliche Recht des Menschen und der selbstverständliche Zweck wirtschaftlichen wie außerwirtschaftlichen Verhaltens.

Der bürgerliche Geist bringt hierin eine entscheidende und gar nicht zu übersehende Änderung: das Glück hört auf, selbstverständlicher Zweck des Lebens zu sein, und etwas anderes nimmt die oberste Stelle der Werte ein: die Pflicht. Kraus stellt diesen Punkt als einen der wichtigsten Unterschiede zwischen der scholastischen und calvinistischen Einstellung heraus. „Was Calvins Arbeitsethos vom scholastischen streng unterscheidet, ist die Ausschaltung der Zwecksetzung und die Betonung eines formalen Berufsgehorsams, dem das Material, an dem es sich betätigt, völlig indifferent ist, der mit eburner Disziplin nur eines befiehlt: aus Gesinnungsgehorsam zu handeln“ (S. 245). Bei aller sonstigen Polemik gegen Max Weber erklärt Kraus: „Hier hat Weber gewiß recht, wenn er sagt, „daß die Schätzung der Pflichterfüllung innerhalb der weltlichen Berufe als des höchsten Inhalts, den die sittliche Selbstbetätigung überhaupt annehmen kann“ (Weber, Ges. Aufsätze über Religionssoziologie, S. 63f.), der alten Kirche wie dem Mittelalter unbekannt waren.“ Die Einschätzung der Pflicht (an Stelle von Glück oder Seligkeit) als obersten Wertes zieht sich vom Calvinismus durch das ganze bürgerliche Denken, ob nun theologisch oder wie immer rationalisiert.

¹⁾ Vgl. insbesondere: Sombart, *Der Bourgeois*, München 1913; Max Weber, *Ges. Aufsätze zur Religionssoziologie*. Bd. 1. Tübingen 1920; Tawney, *Religion and the Rise of Capitalism*, London 1927; Brentano, *Die Anfänge des modernen Kapitalismus*, München 1916; Troeltsch, *Die Soziallehren der christlichen Kirche*. Ges. Schr. Bd. I, Tübingen 1919; Kraus, *Scholastik, Puritanismus und Kapitalismus*, München und Leipzig 1930. (Vgl. bei diesem auch die ausführlichen Literaturangaben.)

Mit dem in den Mittelpunkt Treten des Pflichtbegriffs geht eine andere Veränderung einher: man wirtschaftet nicht mehr um des (standesgemäßen) Lebensunterhalts willen, sondern Besitzen und Sparen werden, unabhängig von dem Genuß des Erworbenen, zu ethischen Forderungen hzw. zu an sich lustvollem Verhalten. In der einschlägigen Literatur ist hierüber soviel Material beigebracht worden, daß wir uns hier mit ganz wenigen heispielhaften Andeutungen hegnügen können.

Somhart zitiert als besonders eindrucksvoll für diese neue Bewertung des Sparens einige Stellen aus Alhertis Familienbüchern:

„Wie vor jedem Todfeind hüte man sich vor überflüssigen Ausgaben.“ „Jede Ausgabe, die nicht unbedingt nötig ist (*molto necessario*), kann nur aus Verrücktheit gemacht werden (*da pozzia*).“ „Ein so schlechtes Ding die Verschwendung ist, so gut, nützlich und lobenswert ist die Sparsamkeit.“ „Die Sparsamkeit schadet niemand, sie nützt der Familie.“ „Heilig ist die Sparsamkeit.“ „Weißt du, welche Leute mir am besten gefallen? Diejenigen, die für das Nötigste ihr Geld ausgeben und nicht mehr; den Überfluß heben sie auf; diese nonne ich sparsam, gute Wirte (*massai*).“ (L. B. Alborti, *I libri della famiglia* editi da Givolamo Mangini, Firenze 1908, zit. bei Sombart, a. a. O. S. 140.)

Alherti predigte aber auch die Ökonomie der Kräfte:

„Die ochte Maserizia soll sich auf das Haushalten mit drei Dingen, die unser sind, erstrecken: 1. unsere Seele, 2. unsoren Körper, 3. — vor allem — unsere Zeit!“ „Um von dem so kostbaren Gute, der Zeit, nichts zu verlieren, stello ich mir diese Regel auf: nie bin ich müßig, ich fliehe den Schlaf und lego mich erst nieder, wenn ich vor Ermattung umsinke . . . Ich verfare also so: ich fliehe den Schlaf und die Muße, indem ich mir etwas vornehme. Um alles in guter Ordnung zu vollbringen, was vollbracht werden muß, mache ich mir morgens, wenn ich aufstehe, einen Zeitplan: was werde ich heute zu tun haben? Viele Dinge: ich werde sie aufzählen, donke ich, und jeder weise ich dann ihre Zeit zu: dieses tuo ich heute, das nachmittags, das heute abend; und auf diese Weise vollbringe ich meine Geschäfte in guter Ordnung fast ohne Mühe . . . Abends überdenko ich mir alles, ehe ich mich zur Ruhe lege, was ich getan habe . . . Lieber will ich den Schlaf verlieren als die Zeit.“ (Zit. bei Sombart, a. a. O. S. 142/43).

Denselben Geist atmet die puritanische Ethik (vgl. Kraus a. a. O. S. 259), denselben Geist die Lebensregeln Benjamin Franklins sowohl wie des Bürgers des 19. Jahrhunderts.

Eng verwandt mit dieser Einstellung zum Eigentum ist ein weiterer für den hürgerlichen „Geist“ charakteristischer Zug: die Bedeutung der Privatsphäre. Ganz unabhängig vom Inhalt, der materieller wie seelischer Art sein kann, ist die Privatsphäre etwas Heiliges, ein Eingriff in sie ist eines der elementaren Verbrechen. (Die starken Affekte gegen den Sozialismus, deren Ursprung auch hei vielen Besitzlosen sonst nicht verständlich wäre, kommen zum Teil daher, daß er eine Bedrohung der Privatsphäre hedeutet.)

Welches sind die für den „Geist“ des bürgerlichen Kapitalismus charakteristischen Objektbeziehungen?

Am auffälligsten ist die Einschränkung des sexuellen Genusses, den die bürgerliche Sexualmoral vornimmt. Gewiß ist auch die katbolische Moral nicht genußbejahend, aber es ist gar kein Zweifel, daß die Lebenspraxis der bürgerlich-protestantischen Welt in diesem Punkte eine ganz andere war als die vorbürgerliche. Eine Gesinnung, wie sie klassisch bei Franklin in seiner Tugendauftellung zum Ausdruck kommt, ist eben nicht nur eine ethische Norm, sondern eine Widerspiegelung der bürgerlichen Praxis. Franklin sagt dort unter Punkt 12 über Keusebheit: „Fleischeslust genieße selten, außer um der Gesundheit oder der Naehkommen halber, nie bis zur Ermattung oder Schwächung, noch auch zum Schaden deines eigenen oder fremden Friedens und Rufes“¹⁾.

Der Entwertung des sexuellen Genusses als solchem entspiert die Verdinglichung aller menschlichen Beziehungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Die Beziehungen der Menschen werden wesentlich nicht mehr von der Liebe gestaltet, sondern von rationalen Erwägungen. Speziell die Liebesbeziehungen sind weitgehend wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet. Zu der für die bürgerliche Epoche charakteristischen Verdinglichung kommt weiterhin die Gleichgültigkeit gegen das Schicksal der Nebenmenschen, die für die Beziehung der Menschen der bürgerlichen Welt charakteristisch ist. Nicht daß man in der vorbürgerlichen Epoche nicht oder auch nur weniger grausam gewesen wäre, aber die bürgerliche Indifferenz hat eine bestimmte, für sie spezifische Nuance: das Feblen der Verantwortung eines jeden für das Los aller²⁾, einer verpflichtenden, dem Mitmenschen als solchem geltenden, nicht an Bedingungen geknüpften liebenden Einstellung.

Einen klassischen Ausdruck findet diese Gleichgültigkeit in der Definition, die Defoe von den Armen gibt³⁾. „Unter Armen verstehe ich eine Menge jammernder, unbeschäftigter und unversorgter Leute, welche für die Nation eine belastende Unannehmlichkeit sind

¹⁾ Dr. Benjamin Franklins Leben, aus dem Englischen übersetzt, Weimar 1818, I. Teil, S. 113f.

²⁾ Unter den Tugenden, die Franklin für die wichtigsten hält (Mäßigkeit, Schweigsamkeit, Ordnung, Entschlossenheit, Sparsamkeit, Betriebsamkeit, Aufrichtigkeit, Gerechtigkeit, Mäßigung, Reinlichkeit, Ruhe, Keuschheit und die später noch hinzugefügte (!) Demut) kommt die Caritas, Liebe oder Güte charakteristischerweise überhaupt nicht vor.

³⁾ Defoe, Giving Alms no Charity, London 1704, S. 426; zit. bei Kraus a. a. O. S. 283.

und eigener Gesetze bedürfen.“ Daß die Praxis des Kapitalismus, besonders im 18. und 19. Jahrhundert, dieser Gesinnung entsprach, ist bekannt. Aber auch im Urteil über den Tahaktrust in den Vereinigten Staaten aus dem Jahre 1911 wird dieselbe Gesinnung festgestellt. „Im Felde der Konkurrenz wurde jedes menschliche Wesen . . . unharmherzig heiseite geschoben¹⁾.“ Die Lebensgeschichte der großen amerikanischen Wirtschaftsführer des 19. Jahrhunderts bietet eine einzige Illustration zu dieser Feststellung. Diese Mitleidslosigkeit erscheint im Bewußtsein des hürgerlichen Geistes keineswegs als etwas Unethisches. Im Gegenteil, sie ist verankert in bestimmten religiösen, hzw. ethischen Vorstellungen. An Stelle der für den im Schoß der Kirche Geborgenen garantierten Seligkeit wird das Glück in der hürgerlichen Anschauung die Belohnung getaner Pflicht, eine Auffassung, die durch die Konstruktion unterstützt wird, daß im Kapitalismus der „Tüchtige“ unheschränkte Erfolgsmöglichkeiten hat. Diese Mitleidslosigkeit des bürgerlichen „Charakters“ stellt eine notwendige Anpassung an die ökonomische Struktur des Kapitalismus dar. Das Prinzip der freien Konkurrenz und der durch sie vor sich gehenden Auslese verlangt Individuen, die nicht durch Mitleid im wirtschaftlichen Handeln gehemmt werden, und läßt die am wenigsten „Mitleidigen“ zu den Erfolgreichsten werden.

In unserer Aufzählung der spezifisch hürgerlichen Charakterzüge bedarf endlich noch einer der Erwähnung, auf dessen Wichtigkeit ausführlich von den verschiedensten Autoren hingewiesen worden ist: die Rationalität und Rechenhaftigkeit des hürgerlichen Geistes. Es scheint uns, daß diese spezifisch hürgerliche Rationalität, die ja nicht identisch ist mit einer hohen Stufe rationaler Aufhellung überhaupt, weitgehend mit dem zusammenfällt, was man, unter einer rein psychologischen Kategorie, als „Ordentlichkeit“ bezeichnen könnte. Die Lebensgeschichte Franklins ist ein typisches Beispiel dieser spezifisch hürgerlichen „Ordentlichkeit“ und Rationalität²⁾.

¹⁾ Zitiert bei Sombart, a. a. O. S. 234.

²⁾ Einen schönen Ausdruck findet diese „Ordentlichkeit“ in dem Tagesplan, den sich Franklin selbst gemacht hat und den er in seinen Lebenserinnerungen beschreibt (a. a. O. S. 118ff.): „Da das Gebot der Ordnung erforderte, daß jeder Teil meines Geschäftes seine angewiesene Zeit habe, so enthielt eine Kolumne meines Büchleins folgenden Entwurf zum Gebrauch der vierundzwanzig Stunden eines natürlichen Tages.

Entwurf.

Früh.	(5)	} Aufstehen, waschen, an die mächtige Gottheit mich wenden; an mein Tagewerk gehen und meinen Vorsatz für heute zu fassen, die jetzigen Studien fortsetzen u. frühstücken.
Fr. Was habe ich heute Gutes zu tun?	(6)	
	(7)	

Es kam uns darauf an, auf einige wichtige, für den bürgerlich-kapitalistischen Geist typische Charakterzüge hinzuweisen.

Als die Hauptcharakterzüge des bürgerlichen Geistes glaubten wir annehmen zu dürfen: einerseits die Einschränkung des Genusses als Selbstzwecks (speziell der Sexualität), den Rückzug von der Liebe und die Ersetzung dieser Positionen durch die lustvolle Rolle des Sparens, Sammels und Besitzens als Selbstzweck, der Pflichterfüllung als obersten Wertes, der rationalen „Ordentlichkeit“ und der mitleidslosen Beziehungslosigkeit zum Mitmenschen.

Vergleichen wir diese Charakterzüge mit den oben dargestellten typischen Zügen des analen Charakters, so fällt ohne weiteres auf, daß hier eine weitgehende Übereinstimmung vorzuliegen scheint. Wenn diese Übereinstimmung tatsächlich zutrifft, so wäre die Annahme gerechtfertigt, daß die für den Menschen der bürgerlichen Gesellschaft typische libidinöse Struktur durch eine Verstärkung der analen Libidiposition charakterisiert ist. Eine ausgeführte Untersuchung hätte also eine unter psychoanalytischen Kategorien zureichende Beschreibung der bürgerlich-kapitalistischen Charakterzüge zu geben, dann aufzuzeigen, wie und inwiefern sich diese Charakterzüge im Sinne der Anpassung an die Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur entwickelt haben und inwiefern andererseits die den Charakter formierende Analerotik selbst zu

	(8)	}	Arbeiten
	(9)		
	(10)		
	(11)		
Mittag.	(12)	}	Lesen oder meine Rechnungen durchsehen und essen.
	(1)		
Nachmittag.	(2)	}	Arbeiten
	(3)		
	(4)		
	(5)		
Abend.	(6)	}	Sachen an Ort gelegt. Abendessen, Musik, Zerstreuung, Gespräch, Prüfung des Tages.
Fr. Was habe ich	(7)		
Gutes getan?	(8)		
	(9)		
Nacht.	(10)	}	Schlaf
	(11)		
	(12)		
	(1)		
	(2)		
	(3)		
	(4)		

Auch die Tabelle, in die Franklin seine 13 Tugenden eingetragen hatte und täglich bei der Tugend, gegen die er verstoßen hatte, ein Kreuz machte, ist ein typischer Ausdruck derselben „Ordentlichkeit“, wie wir sie oben, plastisch von Abraham beschrieben, anführten.

einer die kapitalistische Wirtschaft vorwärtstreibenden Produktivkraft wird¹⁾).

Obwohl wir uns ausdrücklich nicht um die Frage gekümmert haben, von wann an man von einem Kapitalismus und einem hürgerlich-kapitalistischen „Geist“ sprechen kann, so läßt sich, sollen nicht schwere Mißverständnisse entstehen, ein Hinweis auf die hochkapitalistische Entwicklung nicht vermeiden. Es ist deutlich, daß die für den Bürger des 16.—19. Jahrhunderts typischen Charakterzüge in demselben Maße schwinden, als auch der klassische Typ des selbständigen Unternehmers, der gleichzeitig Eigentümer und Leiter des Unternehmens, immer mehr zurücktritt. Die Charakterzüge, die den Kaufmann ehemals förderten, sind teilweise für den Großunternehmer des Hochkapitalismus eher hinderlich als fördernd. Eine Beschreibung und Erklärung der Psyche des Großunternehmers in der hochkapitalistischen Epoche wäre eine andere Aufgabe, die mit den Mitteln der psychoanalytischen Sozialpsychologie vorzunehmen wäre.

In einer Schicht haben sich jedoch die hürgerlichen Charakterzüge auch noch im Hochkapitalismus erhalten: im Kleinbürgertum, das zwar in kapitalistisch so fortgeschrittenen Ländern wie etwa Deutschland wirtschaftlich und politisch ohnmächtig ist, aber noch in den alten Formen der kapitalistischen Epoche des 18. und 19. Jahrhunderts wirtschaftet. Im heutigen Kleinbürgertum sind dieselben für den analen Charakter typischen Züge anzutreffen, wie sie für den alten bürgerlich-kapitalistischen Geist angenommen wurden²⁾.

¹⁾ Wichtige einschlägige Probleme, die einer ausführlichen Untersuchung bedürften, seien hier wenigstens erwähnt: das des Zurücktretens der Beziehung zur gütigen, ihre Kinder bedingungslos liebenden Mutter, die im mittelalterlichen Katholizismus eine dominierende Rolle spielt (vgl. meine Ausführungen über die Mutterbedeutung der Kirche, Marias und Gottes in „Entwicklung des Christusdogmas“, Wien 1930), zugunsten der (typischerweise ambivalenten) Beziehung zum Vater, der selber mit dem Sohn rivalisiert und seine Liebe von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig macht; ferner das Problem der männlichen Gebärdwünsche, wie sie hinter der spezifisch kapitalistischen Produktivität als Antrieb vorhanden sein mögen.

²⁾ Auch die Analyse des heutigen Kleinbürgertums ist eine wichtige Aufgabe. Besonders sei auf die Eigenart der spezifisch kleinbürgerlich-revolutionären Einstellung hingewiesen: die für die anale Haltung überhaupt charakteristische Mischung von Verehrung der väterlichen Autorität, der Sehnsucht nach Disziplin, in merkwürdiger Einheit mit Rebellion. Die Rebellion geht nie gegen die Autorität des Vaters als solche; diese bleibt in ihren Fundamenten bei aller Trotzeinstellung unangetastet. Dazu kann die ambivalente Einstellung durch Spaltung der Objekte befriedigt werden: die Autoritätsimpulse werden am starken Führer ausgelassen, die Rebellion an besonderen anderen Vaterfiguren. Der Unterschied klein- und großbürgerlicher Haltung läßt sich neben vielen sonstigen Beispielen

Das Proletariat weist ebenfalls nicht annähernd in demselben Maße die analen Charakterzüge auf wie das Kleinbürgertum¹⁾. Da es eine Stellung im Produktionsprozeß hat, die diese Charakterzüge überflüssig macht, ist die Frage nach der Ursache dieser Andersartigkeit leicht zu beantworten²⁾. Viel schwieriger ist die Frage, warum so viele Proletarier, ebenso wie viele Kleinbürger, die gar kein Kapital mehr zu verwalten, die gar nichts mehr zu sparen haben, dennoch mehr oder weniger bürgerlich-anale Züge bzw. entsprechende Ideologien haben. Der entscheidende Grund hierfür scheint uns darin zu liegen, daß die libidinöse Struktur, auf der diese Charakterzüge beruhen, durch die Familie, aber auch durch andere kulturelle Einflüsse im alten Sinn beeinflußt wird, daß sie ein gewisses Eigengewicht hat und sich langsamer ändert als die ökonomischen Tatsachen, denen sie einst angepaßt war.

Die Bedeutung einer im Sinne der hier angedeuteten Illustration vorgehenden Sozialpsychologie für die Soziologie liegt vor allem darin, daß sie ermöglicht, die im Charakter zum Ausdruck kommenden libidinösen Kräfte in ihrer Rolle als die gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der Entfaltung der Produktivkräfte vorwärtstreibenden bzw. sie hemmenden Faktor zu verstehen. Hiermit wird es erst möglich, dem Begriff des „Geistes“ einer Epoche einen konkreten, wissenschaftlich kor-

sinnfällig darin illustrieren, daß die im kleinbürgerlichen (Bier-)Kabaret beliebte und herrschende Zote die anale ist, während die für das großbürgerliche (Wein-, bzw. Sekt-)Kabaret ebenso typische Zote die genitale ist.

¹⁾ Inwieweit man bei ihm wie bei den objektiv fortgeschrittensten Teilen der Bourgeoisie von einem Anwachsen der genitalen Charakterzüge sprechen kann, ist ein wichtiges, aber deshalb so schwieriges Problem, weil der „genitale Charakter“ auch personalpsychologisch-klinisch noch so wenig untersucht ist.

²⁾ Wie wichtig die Analyse der spezifischen Charakterzüge des Proletariats für das Verständnis des Sozialismus, für die Ursachen seines Erfolges wie der Widerstände gegen seine Verwirklichung im Proletariat sind, braucht nicht besonders betont zu werden. Es sei hier nur auf den Gegensatz hingewiesen zwischen der Einstellung des Marxismus, der die menschliche Würde und Freiheit erst jenseits der wirtschaftenden Tätigkeit sieht, der für jeden Menschen bedingungsloses Recht auf Glück und Befriedigung fordert, der den verdinglichten Charakter menschlicher Beziehungen im Kapitalismus kritisiert, und den analen Zügen des bürgerlichen Geistes, der diesen Marxismus im Sinne der Forderung einer Gleichheit der den einzelnen zugeteilten Portionen typisch mißversteht. Mit dieser Frage hängt eng eine andere zusammen, die hier nur angedeutet werden soll: das Zurücktreten der väterlichen Autorität im Psychischen und das Hervortreten der der Mutter zugewandten Züge. (Die Erde wird zur allen ihren Kindern reichlich spendenden Mutter.) Hierher gehört die Befreiung der Frau ebenso wie zum kleinbürgerlichen Faschismus die Betonung des männlich-väterlichen Autoritätsstandpunktes und die Unterwerfung der Frau. Auch der Zusammenhang des Nationalismus mit der patriarchalisch-kleinbürgerlichen Struktur gehört in diesen Problemkreis.

rekten Sinn zu geben. Wenn der Begriff des „Geistes“ der Gesellschaft in dieser Weise verstanden wird, werden sich auch eine Reihe von Kontroversen in der soziologischen Literatur als hinfällig erweisen, weil sie daraus entspringen, daß der „Geist“ als Ideologie aufgefaßt wird und nicht als libidinös bedingter Charakterzug, der sich in sehr verschiedenen und auch sich widersprechenden Ideologien ausdrücken kann. Die Anwendung der Psychoanalyse wird aber nicht nur dem Soziologen brauchbare Gesichtspunkte zur Untersuchung dieser Fragen in die Hand geben, sie wird ihn auch verhindern, kritiklos falsche psychologische Kategorien zu verwenden¹⁾.

¹⁾ Ein charakteristisches Beispiel hierfür sind die falschen und oberflächlichen psychologischen Kategorien, mit denen Sombart arbeitet. So etwa, wenn er vom vorkapitalistischen Menschen sagt: „Das ist der natürliche Mensch. Der Mensch wie ihn Gott geschaffen hat . . . Seine Wirtschaftsgesinnung aufzufinden ist deshalb auch nicht schwer: sie ergibt sich wie von selbst aus der menschlichen Natur“ (a. a. O. S. 11). Oder wenn er die Psyche des Unternehmers des Hochkapitalismus damit erklärt, daß dieser im Grunde — ein Kind sei. Er sagt: „In der Tat scheint mir die Seelenstruktur des modernen Unternehmers, wie des von seinem Geiste immer mehr angesteckten modernen Menschen überhaupt, am ehesten uns verständlich zu werden, wenn man sich in die Vorstellungs- und Wertewelt des Kindes versetzt und sich zum Bewußtsein bringt, daß in unseren überlebensgroß erscheinenden Unternehmern und allen echt modernen Menschen die Triebkräfte ihres Handelns dieselben sind wie beim Kind. Die letzten Wertungen dieser Menschen bedeuten eine ungeheure Reduktion aller seelischen Prozesse auf ihre allereinfachsten Elemente, stellen sich also als eine vollständige Simplifizierung der seelischen Vorgänge dar, sind also eine Art von Rückfall in die einfachen Zustände der Kinderseele. Ich will diese Ansicht begründen. Das Kind hat vier elementare Wertkomplexe, vier „Ideale“ beherrschen sein Leben:

1. das sinnlich Große . . .
2. die rasche Bewegung . . .
3. das Neue . . .
4. das Machtgefühl . . .

Diese — und wenn wir genau nachprüfen nur diese — Ideale des Kindes stecken nun aber in allen spezifisch modernen Wertvorstellungen“ (S. 221f.).

Zur Soziologie des amerikanischen Parteiensystems.

Von

Julian Gumperz (Berlin).

I.

Die Vereinigten Staaten von Amerika galten dem europäischen Liberalismus von jeher als das Mutterland der Demokratie. Die konstitutionellen Formen, welche die junge Republik jenseits des Atlantischen Ozeans in ihrer Verfassung ausgearbeitet hatte, wurden zum Vorbild für zahlreiche politische Bewegungen auf dem alten Kontinent. Von den europäischen Parteien des Fortschrittes als Muster einer vernunftgemäßen Verfassung gepriesen, erfuhren sie von den Mächten der Reaktion schon darum Zurückweisung, weil sie von jenen unterstützt waren. Beide Gruppen übersahen aber die Tatsache, daß die demokratische Konstitution in den Vereinigten Staaten nicht das war, was sie ihnen von ihrem europäischen Gesichtsfeld aus zu sein schien, nämlich ein Synonym für die Herrschaft des Volkes.

Dieser europäische Irrtum betraf nicht nur die Verfassung der amerikanischen Demokratie, sondern auch die Instrumente, welche die Verfassung in die lebendige Wirklichkeit übersetzen sollten: die Parteien, welche die amerikanische Szene von der Geburtsstunde der Verfassung an unter wechselnden politischen und organisatorischen Formen beherrscht haben. Es wiederholt sich hier ein typischer Fall von Interpretation fremden geschichtlichen Lebens: eine fremde Wirklichkeit wird unbewußt auf die Recheneinheiten der eigenen Vorstellungswelt bezogen.

Wenn die europäische Beurteilung der amerikanischen Verfassung und der Parteien, die auf ihrer Grundlage entstehen, immer wieder in die Feststellung mündet, daß es in Amerika keine Parteien im europäischen Sinne gebe, daß die amerikanischen Parteien Organisationen ohne eigentlichen politischen Inhalt darstellen, daß die Parteien nur Mechanismen sind, die Wahlstimmen registrieren, so kann man doch diese Auffassung nicht nur damit abtun, daß man

sie als einen typisch europäischen Irrtum bezeichnet, denn auch in den Vereinigten Staaten selbst wird von vielen wissenschaftlichen und populären Schriftstellern eine ähnliche Anschauung vertreten. Nachdem Bryce die amerikanischen Parteien mit leeren Flaschen verglichen hatte, deren Etikett sich nur durch die Aufschrift unterscheidet, ist dieser Vergleich im amerikanischen Schrifttum selbst wie auch in der öffentlichen Diskussion oft in zustimmendem Sinne wiederholt worden¹⁾.

Das Mißverständnis über Wesen und Funktion der politischen Parteien der Vereinigten Staaten wurzelt demgemäß nicht ausschließlich in dem Umstand, daß die Vereinigten Staaten unter europäischen Gesichtspunkten betrachtet werden, es scheint vielmehr, als habe der Irrtum in der Methode der Betrachtung selbst seine Quelle. Man geht von der Parteiideologie aus, wenn man die Partei selbst untersuchen will. Man vergißt, daß die Partei nicht ein selbständiger isolierter Organismus im Rahmen der Gesamtgesellschaft ist, sondern daß bestimmte Funktionen sie mit dem politischen Leben der Nation verknüpfen. Nur von diesen Funktionen aus und nicht von der Ideologie, welche die Partei zur Ausübung ihrer Funktionen in der Öffentlichkeit entwickelt, ist das Parteiensystem in den Vereinigten Staaten zu hegrefen.

Wenn es richtig ist, daß jede große politische Partei die Interessen einer bestimmten Klasse der Gesellschaft vertritt, so wird umgekehrt nicht jede größere Klasse der Gesellschaft ihre politische Vertretung in einer Partei finden²⁾. Das hängt nicht nur von einer Reihe von ökonomischen und historischen Bedingungen ab, sondern auch in weitem Umfange von den konkreten politischen Formen, die von einer gegebenen Verfassung der Tätigkeit einer politischen Partei dargeboten werden. Darum wird die politische Vertretung bestimmter Klasseninteressen in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten sich verschiedene politische Formen suchen.

¹⁾ Vgl. hierzu Arthur M. Holcombe, *The Political Parties of To-day, A Study in Republican and Democratic Politics*, New York 1924, p. 1—13. Ebenso John W. Davis: *Party Government in the United States*, Princeton 1929, p. 31ff.

²⁾ Der Absicht dieser Untersuchung liegt eine allgemein-theoretische Behandlung der Beziehungen zwischen einer gesellschaftlichen Klasse und ihrer politischen Vertretung fern. Daher blieb auch die unter diesem Gesichtspunkt abgefaßte Literatur unberücksichtigt.

Dem aufmerksamen Leser wird es nicht entgehen, daß den folgenden Seiten eine bestimmte Auffassung von dem Zusammenhang zwischen Klasse und politischer Vertretung zugrunde liegt. Dieses theoretische Bild selbst hier zu entwickeln scheint um so unangebrachter, als sich ja die Theorie hier an einem konkreten Stoff zu bewähren hat und ihre kritische Abwehr nicht ins Abstrakt-Allgemeine abgelenkt werden sollte.

Geschichtlich gesehen, haben sich natürlich der Charakter der politischen Partei in den Vereinigten Staaten, ihre Klassenaufgaben und die Mittel, mit Hilfe derer sie diese zu erfüllen suchte, verändert. Die Demokraten vom Jahre 1932 haben mit der von Andrew Jackson vor ungefähr hundert Jahren gegründeten Farmerpartei dieses Namens, von der sie historisch ihre Abstammung ableiten, kaum mehr als den Namen gemein. Die Republikaner von heute, die sich auf die Traditionen der von Alexander Hamilton und James Madison geleiteten Partei der Federalists aus der amerikanischen Revolutionszeit berufen, würden von Hamilton oder Madison wohl kaum als Anhänger ihrer Auffassungen anerkannt werden. Aber trotz des veränderten politischen Gehalts der Parteien ist ihre Funktion im sozialen Gefüge der amerikanischen Gesellschaft im wesentlichen seit der Annahme der amerikanischen Verfassung vor ungefähr hundertfünfzig Jahren unverändert geblieben. Die erste Aufgabe, die wir daher hier zu lösen haben, besteht in der Analyse der Funktion, welche die amerikanische Partei im Gesamtzusammenhang des politischen Lebens zu erfüllen hat.

II.

Die Verfassung, die eine siegreiche Klasse oder Klassengruppe einer Gesellschaft im Kampf aufzwingt, schreibt dieser ein bestimmtes Gesetz politischen Wachstums vor, von dem sie sich nur in einem neuen revolutionären Kampf befreien kann. Durch sie entscheidet die siegreiche Klasse gleichzeitig, welche Rolle ihre eigene politische Interessenvertretung sowie die anderer Gruppen der Gesellschaft in der weiteren Auseinandersetzung der Klassen spielen werden.

Zwischen dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, der die Bande, welche die dreizehn Kolonien mit dem Mutterlande verknüpften, zerriß, und der Herstellung der staatlichen Einheit zwischen den Kolonien in Form der Verfassung, liegt eine Periode von mehr als einem Jahrzehnt, das von den heftigsten Klassenkämpfen innerhalb der einzelnen Kolonien erfüllt war. Während dieser Zeit gelang es konservativen Strömungen innerhalb der einzelnen Staaten, welche die Interessen der industriellen und merkantilen Klassen vertraten, einzelstaatliche Verfassungen durchzusetzen, die gegenüber der ursprünglichen primitiven Demokratie der Kolonien einen geeigneteren Schutz für ihre Interessen zu bieten schienen. So machten diese Gruppen hauptsächlich in den Neu-Englandstaaten des Nordens nach Durchsetzung geeigneter verfassungsrechtlicher Bestimmungen

den Versuch, den Farmern und kleinen Handwerkern die Zahlung der während des Unabhängigkeitskrieges aufgenommenen staatlichen Schulden aufzuhürden. Dies wurde von den Farmern mit einer Reihe von Aufständen beantwortet, die 1786 in einem bewaffneten Kampf, der „Shays-Rebellion“, kulminierten. Die Niederwerfung dieses Aufstandes durch die bewaffnete Macht überzeugte die bewußten Vertreter der herrschenden Klasse in den dreizehn Kolonien, daß die Zeit zur Konsolidierung der politischen Verhältnisse und zur Durchsetzung einer Verfassung gekommen sei, welche ihre Interessen zu stützen geeignet wäre¹⁾.

Diese Auffassung wird sogar von den hervorragenden Politikern der Zeit ausgesprochen und anerkannt. James Madison, der neben Alexander Hamilton den bedeutendsten Anteil an der Abfassung und Durchsetzung der amerikanischen Konstitution hatte, schrieb in einem Brief aus dem Jahre 1821:

„Die Notwendigkeit solch einer Konstitution wurde verstärkt durch die groben und unrühmlichen Ungleichheiten, die in der inneren Administration der meisten Einzelstaaten sich gezeigt hatten. Auch war die kurz vorhergehende und alarmierende, von Shays in Massachusetts geführte Insurrektion von bedeutsamem Einfluß auf das öffentliche Bewußtsein“²⁾.

So setzt also die von Madison, Hamilton und deren Freunden vorgeschlagene Verfassung des Bundes nur den Kampf fort, den die klassenbewußten Vertreter der industriellen und merkantilen Gruppen des Landes mit der physischen Niederwerfung der Farmer begonnen hatten. Aus der gesamten klassenmäßigen Situation der Zeit ergeben sich demgemäß die Absichten, welche die Väter der amerikanischen Konstitution mit ihr zu realisieren trachteten.

Sucht man so zu dem Kern der amerikanischen Verfassung zu gelangen, dann ist man nicht auf eine lange und umständliche verfassungsrechtliche Interpretation ihrer einzelnen Bestimmungen angewiesen, man ist vielmehr in der Lage, auf die Begründung zurückzugreifen, welche die Väter der Verfassung selbst gegeben haben. In den Berichten, die Madison über die Debatten der verfassungsgebenden Versammlung hinterließ, sowie in der unter dem Namen „Federalist“ bekannt gewordenen Sammlung von Aufsätzen, die Alexander Hamilton und James Madison in den Jahren 1787 und 1788 schrieben, sind die entscheidenden Gesichtspunkte, welche den Aufbau der amerikanischen Ver-

¹⁾ Vgl. Vernon Louis Parrington, *Main Currents in American Thought. An Interpretation of American Literature from the Beginnings to 1920.* Vol. I. *The Colonial Mind*, New York 1927, p. 277.

²⁾ *The Records of the Federal Convention of 1787*, edited by Max Farrand, New Haven 1911, Vol. III, p. 449.

fassung motivieren, mit nicht zu überbietender Deutlichkeit ausgesprochen¹⁾).

Die wesentliche Funktion einer Regierung, führt Madison hierin aus, besteht darin, die Menschen in ihrer verschiedenen Befähigung zu beschützen, Besitz zu erwerben. „Aus diesem Schutz verschiedenartiger und ungleicher Befähigungen, Besitz zu erwerben, entspringt sofort das Eigentum in seinen verschiedenen Graden und Formen.“ Dieser Umstand ist, meint Madison, die Basis jedes politischen Lebens.

„Aus dem Einfluß dieser verschiedenen Eigentumsformen auf die Gefühle und Gesichtspunkte der betreffenden Eigentümer entsteht eine Spaltung der Gesellschaft in verschiedenartige Interessen und Parteien . . . Die all-gemeinste und dauerhafteste Quelle für Gruppenbildungen ist also die verschiedenartige und ungleiche Verteilung des Besitzes. Diejenigen, die Eigentum haben, und diejenigen, die ohne Eigentum sind, haben immer verschiedenartige Interessen in der Gesellschaft vertreten . . . Ein Grundbesitzerinteresse, ein Industrielleninteresse, ein Händlerinteresse, ein Bankeninteresse sowie viele kleinere Interessen entstehen mit Notwendigkeit in zivilisierten Nationen und spalten sie in verschiedene Klassen, die von verschiedenen Gefühlen und Gesichtspunkten angetrieben werden. Diese verschiedenartigen und einander feindlichen Interessen zu regulieren, ist die Hauptaufgabe moderner Gesetzgebung. Und diese Aufgabe schließt den Geist der Parteien- und Gruppenbildung in den notwendigen und gewöhnlichen Handlungen der Regierung ein.“

Und hier gibt es auch keinen Ausweg, die Ursachen der Parteienbildung in der modernen Gesellschaft können nicht beseitigt werden; denn „wir wissen“ — schreibt Madison —, „daß wir uns weder auf moralische noch auf religiöse Motive als auf ein sicheres Mittel der Kontrolle verlassen können“. Die ungleiche Verteilung des Eigentums ist unvermeidlich, und ebenso unvermeidlich werden aus ihr sich bekämpfende Gruppen im Staate entstehen. Die Regierungsgewalt wird und muß diesen unvermeidlichen Konflikt widerspiegeln,

¹⁾ „Sicherlich das überragendste Werk aus dieser Zeit ist der ‚Federalist‘, eine Sammlung von 85 Aufsätzen, welche in kurzen Abständen (ein bis zwei pro Woche) in verschiedenen New Yorker Zeitungen während der Jahre 1787 und 1788 erschien. Sie wurden geschrieben von Hamilton, Madison und Jay. Hamilton war der Initiator, er entwarf den Gesamtplan und lieferte den größten Teil der Beiträge. Unterstützt wurde er in wesentlichen Fragen, besonders in Details, von Madison, nur wenige der Aufsätze stammen von Jay. Im einzelnen ist die Autorschaft für manche Aufsätze noch strittig.“ Alex Bein, Die Staatsidee Alexander Hamiltons in ihrer Entstehung und Entwicklung, München und Berlin 1927, p. 124/5.

Von amerikanischen Forschern wird der Anteil Madisons bedeutender eingeschätzt. Dafür spricht auch der Umstand, daß die zehnte Nummer des Federalist, die den Kern der gesamten politischen Überlegungen enthält und auf die wir uns im wesentlichen in unserer Darstellung stützen, von Madison geschrieben ist. Als beste Ausgabe des „Federalist“ gilt heute die von P. L. Ford, New York, 1898.

doch die entscheidende Gefahr wird dem neuen Staate nur daraus entstehen können, daß sich bestimmte Interessen zu einer dominierenden Majorität fusionieren, die — wie Madison voraussagt — in der Zukunft voraussichtlich das landlose Proletariat sein wird.

„In zukünftigen Zeiten wird eine große Mehrheit des Volkes nicht nur ohne Grundeigentum, sondern ohne jedes Eigentum überhaupt sein. Daher wird sie unter dem Einfluß dieser gemeinsamen Situation sich zusammenschließen. In diesem Fall werden das Eigentum und die öffentliche Freiheit in ihrer Hand nicht mehr sicher sein. Oder, was auch möglich ist, die Massen werden zu Instrumenten und Werkzeugen des Ehrgeizes werden. In diesem Fall droht eine gleichartige Gefahr auf der anderen Seite.“

Die Aufgabe der Verfassung ist es, die Nation vor diesen Gefahren zu bewahren. „Das Allgemeinwohl zu sichern“, erklärt er, „und die privaten Rechte gegen die Gefahr solcher Gruppenbildungen zu schützen, zu gleicher Zeit aber den Geist und die Form einer Regierung durch das Volk zu bewahren — das ist das große Ziel, dem wir unsere Untersuchungen zu widmen haben.“

So waren sich Madison und mit ihm die ganze Gruppe, die sich unter seine und Hamiltons Führung begab, des Grundproblems vollkommen bewußt, das die amerikanische Verfassung zu lösen hatte, nämlich ob die dreizehn Kolonien weiter in einer losen Vereinigung bleiben sollten, die in ihrem demokratischen laissez-faire die Grundrechte des Privateigentums gefährdete, oder ob in einem fest organisierten Bundesstaat ein kraftvolles Bollwerk gegen die revolutionär-demokratischen Kräfte der Zeit errichtet werden sollte. Hatten sich in den Einzelstaaten bereits Mehrheiten in den gesetzgebenden Versammlungen gebildet, die den demokratischen Willen des Volkes als das höchste und einzige Gesetz deklarierten, so mußte die neue Verfassung demgegenüber ihre eigenen Grundprinzipien dem möglichen Zugriff solcher Mehrheiten entziehen. Government by law and not by men — das war daher die Parole, in der die Föderalisten ihre Absichten verkündeten.

Sollte überhaupt eine von England unabhängige soziale und politische Entwicklung des Landes sichergestellt werden, so mußte der Schutz des Privateigentums als *suprema lex* verkündet und garantiert werden. Das war die Grundanschauung, von der die Schöpfer der amerikanischen Verfassung ausgingen. So wurde der von ihnen vertretene Föderalismus zu einem Mittel, die unabhängige Entwicklung des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten durchzusetzen.

Von dieser Grundüberzeugung gingen die Föderalisten ebenso bei der Abfassung der Konstitution wie auch bei den ersten großen poli-

tischen Maßnahmen aus, die sie nach Erledigung des Verfassungskampfes durchführten. Der „Report on Manufactures“ vom Dezember 1791, den Alexander Hamilton dem Kongreß der Vereinigten Staaten vorlegte, ist ein Dokument, das an staatsmännischer Einsicht und ökonomischem Weitblick nur von wenigen Äußerungen anderer politischer Führerpersönlichkeiten übertroffen wird. Mit klarem Bewußtsein zog es aus den Ergebnissen der industriellen Revolution in England die Lehren für Amerika. Es erkannte, welche ungeheuren Quellen neuen Reichtums in der Anwendung der englischen Prinzipien auf das neue Land sich erschließen würden. Es stellte die außerordentlichen Möglichkeiten fest, welche Fabrikorganisation, Verdrängung der Handarbeit durch die Maschine, fortschreitende Arbeitsteilung und Einbeziehung der gesamten Bevölkerung, Männer, Frauen und Kinder in den Arbeitsprozeß dem neuen Land bieten würden. Es betonte noch einmal die Notwendigkeit der Konsolidierung der nationalen Schuld, wie das Hamilton bereits in seinem Bericht über die öffentlichen Finanzen mit den Worten verkündet hatte:

„Eine nationale Schuld, falls nicht übergroß, wird für uns einen nationalen Segen bedeuten. Sie wird unseren Bund zusammenschmieden. Sie wird die Notwendigkeit schaffen, die Steuern in einem Ausmaße aufrechtzuerhalten, das, ohne drückend zu sein, für die Industrie einen Ansporn bedeutet . . . Sonst bestünde die Gefahr einer zu großen Sparsamkeit und Nachlässigkeit, zu der uns unsere populären Maximen antreiben könnten. Wir arbeiten jetzt weniger als irgendeine zivilisierte Nation in Europa, und die Gewohnheit zu arbeiten ist ebenso wesentlich für die Gesundheit und Kraft des Volkes, wie sie ertragreich ist für die Wohlfahrt des Staates“¹⁾.

Diese von den Föderalisten verfochtene Grundanschauung stand nicht nur im schärfsten Kampf gegen die ursprünglichen demokratischen Kräfte, welche die amerikanische Revolution auf die historische Bühne geführt hatte, sondern sie wurde auch heftig von Gruppen befehdet, die selbst Teile der herrschenden Klasse darstellten. So lebnten die Anti-Föderalisten, die sich später unter Jeffersons Führung zur Partei der Republikaner²⁾ zusammenschlossen, eine Entwicklung der amerikanischen Union nach englischem Vorbild ab. Jefferson schrieb:

¹⁾ Vgl. Parrington, Vol. I, p. 308ff. Ferner: The Works of Alexander Hamilton, edited by Henry Cabot Lodge, New York, 1885; besonders Vol. III: Finance, Trade, Foreign Relations.

²⁾ Erst unter Andrew Jackson nahm die Partei Jeffersons den bis dahin verpönten Namen „Demokraten“ an, den sie bis zum heutigen Tage beibehalten hat.

Vgl. hierzu auch die Schrift von Gilbert Chinard: Jefferson et les Idéologues (d'après sa correspondance inédite avec Destutt de Tracy, Cabanis, I. B. Say

„Allgemein gesprochen stellt die Proportion, die der Landmann in einem Staate zu den übrigen Teilen der Bevölkerung einnimmt, genau die Proportion der gesunden Teile zu den ungesunden dar . . . Solange wir noch Land zu bebauen haben, laßt uns nie den Tag herbeiwünschen, an dem unsere Bürger an einer Werkbank beschäftigt sind . . . Mögen unsere Werkstätten in Europa bleiben! Es ist besser, Vorräte und Rohmaterial zu den Arbeitern dort zu bringen, als umgekehrt die Arbeiter zu den Vorräten und Rohmaterialien hierher zu transportieren . . . Die Menschenmassen in den großen Städten tragen ebensoviel zur Unterstützung einer reinen Regierung bei, wie Schwären zur Kraft des menschlichen Körpers“¹⁾.

Indem Jefferson und seine Freunde sich einer selbständigen kapitalistischen Entwicklung in den Vereinigten Staaten entgegenstellten, vertraten sie damit die Entwicklung Amerikas als einer agraren Basis für den europäischen Kapitalismus. Ihre Schwäche bestand nicht nur darin, daß sie sich einer bereits eingetretenen industriellen Entwicklung in den Kolonien entgegenstimmten; sie lag zum mindesten ebensosehr in dem Umstande, daß sie den Widerspruch zwischen der unabhängigen und selbständigen Farmwirtschaft des Nordens und der Sklavenökonomie des Südens übersahen²⁾.

III.

Wenn, wie die Föderalisten und mit ihnen die Mehrheit der konstituierenden Versammlung glaubten, einander entgegengesetzte Interessen notwendig mit der modernen Gesellschaft entstehen und in der Politik sich widerspiegeln, so folgt daraus mit zwingender Notwendigkeit die Hauptaufgabe, welche der neuen amerikanischen Verfassung gestellt war: sie hat einer möglicherweise sich bildenden Mehrheit,

et Auguste Comte, Baltimore und Paris, 1925, in der es auf S. 51 heißt: „ . . . Jefferson, der so viele Jahre im Kampf gegen die verderblichen aristokratischen Lehren, deren Vertreter Hamilton war, und gegen die Angliederung der amerikanischen Verfassung verbracht hatte.“

¹⁾ Vgl. Charles A. Beard, *The American Party Battle*, New York 1928, p. 36, ferner Parrington, Vol. I, p. 347, wie auch den Brief von Jefferson an John Jay vom 23. August 1785 in *Thomas Jefferson: Letters and Addresses*, edited by Parker and Viles, New York, 1908, pp. 40—42.

²⁾ Es ist interessant und charakteristisch zu beobachten, daß Jefferson, als er im Jahre 1800 die Präsidentschaft übernahm, sich gezwungen sah, die Politik Hamiltons, Madisons und ihrer Freunde zu betreiben, eine Politik, die er 25 Jahre lang so leidenschaftlich bekämpft hatte. „Hätten die Föderalisten“ — schreibt Ch. A. Beard (*Economic Origins of Jeffersonian Democracy*, New York, 1915, p. 449/50) — „tatsächlich ein Abkommen vor der Wahl mit Jefferson getroffen gehabt, so hätten sie kaum eine klarere Anerkennung der von ihnen vertretenen Interessen erreichen können. Ob Jefferson jemals im Ernst einen Krieg gegen die großen kapitalistischen Interessen, die er so heftig angeklagt hat, in Betracht zog oder später die Nutzlosigkeit eines solchen Vorgehens einsah, . . . darüber kann man interessante Spekulationen anstellen. Das Ergebnis jedoch war das gleiche, was auch immer das Motiv seiner Politik gewesen sein mag.“

die gewillt wäre, die Minderheitsinteressen zu majorisieren und zu vergewaltigen, entgegenzuwirken, ihre Weiterentwicklung zu hemmen und durch die Form der politischen Apparatur selbst die miteinander in Widerstreit liegenden Interessen möglichst im Gleichgewicht zu halten.

Durch welche Mittel nun ist das Ziel zu erreichen, dem Madison seine Untersuchungen widmen wollte? Wie er selbst erklärt, gibt es hier nur zwei Möglichkeiten: entweder muß überhaupt die Entwicklung eines gemeinsamen Interesses in einer Mehrheit verhindert werden, oder diese Mehrheit muß, wenn sie durch gleiche Leidenschaften und Interessen zusammengeschmiedet wird, „durch ihre Zahl und ihre lokale Lage dazu unfähig gemacht werden, sich zu vereinigen und Maßnahmen der Unterdrückung durchzuführen“.

In dieser Hinsicht offenbaren sich überhaupt nach Madison die voneinander divergierenden Prinzipien einer Demokratie und einer Republik. Während in einer Demokratie das Volk direkt seinen Willen kundgibt, delegiert es in einer Republik die politische Macht an eine kleine Zahl von Bürgern. Während eine Demokratie sich notwendig aus kleinen geographischen und bevölkerungspolitischen Einheiten zusammensetzen muß, kann eine Republik eine größere Zahl von Bürgern und einen größeren geographischen Raum umfassen.

„Die Wirkung des ersten Unterschiedes besteht darin, die öffentliche Meinung zu verfeinern, indem sie durch das Medium einer gewählten Körperschaft hindurchgeführt wird... Der zweite Unterschied läßt Kombinationen selbstsüchtiger Interessen in einer Republik weniger gefährlich als in einer Demokratie erscheinen... Indem man die räumliche Sphäre ausdehnt und so eine größere Unterschiedlichkeit von Gruppen und Interessen einschließt, macht man es weniger wahrscheinlich, daß eine Mehrheit des Ganzen ein gemeinsames Motiv besitzt, das sie veranlaßt, die Rechte der anderen Bürger anzutasten; oder, falls etwa ein solch gemeinsames Motiv entstehen sollte, macht man es für alle, die sich seiner bewußt sind, schwieriger, ihre Stärke zu entdecken und in Einheit miteinander zu handeln.“

Dieser Auffassung Madisons pflichtete auch Hamilton in einer Rede vor der konstituierenden Versammlung bei, indem er als die beiden Prinzipien, auf denen allein der Aufbau einer Republik möglich ist, die folgenden bezeichnete: erstens müssen Republiken eine solche Ausdehnung besitzen, daß dadurch Kombinationen von Bevölkerungsgruppen auf Grund gemeinsamer Interessen erschwert werden, und zweitens muß durch den Vorgang der Wahl die Repräsentation des Volkes von diesem selbst abgelöst werden.

Wenn demgemäß die demokratische Kammer, das Repräsentantenhaus, direkt durch das Volk, der Senat, die aristokratische Kammer, von den Legislaturen der Einzelstaaten, der Präsident von

Wahlmännern, die nur zu diesem Zweck vom Volk bestimmt werden, gewählt werden, dann wird, wie Madison ausführt, die Wahrscheinlichkeit sehr gering sein, daß „ein gemeinsames Interesse diese drei verschiedenen Zweige der Regierung zu einer einseitigen Parteilichkeit für eine bestimmte Klasse von Wählern zusammenzementiert“.

Diesem Gedankengang entspricht auch das Wahlrecht, das die Verfassung ursprünglich vorsah. Es war nur folgerichtig, daß Madison und Hamilton keine Vorliebe für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht hatten¹⁾. Wenn sie aber trotz aller Bedenken das aktive und

¹⁾ In den Notizen, die sich Madison zu einer Rede über die Frage des Wahlrechts während der Verhandlungen der verfassunggebenden Versammlung gemacht hat, finden sich folgende Bemerkungen: „Das Wahlrecht ist ein fundamentaler Grundsatz in einer republikanischen Verfassung. Seine Regulierung jedoch ist gleichzeitig eine Aufgabe besonderer Feinfühligkeit. Gibt man das Recht ausschließlich dem Eigentum, so sind die persönlichen Rechte in Gefahr. Die feudale Staatsführung allein beweist dies genügend.

Dehnt man es jedoch gleichmäßig auf alle aus, so können die Rechte des Eigentums oder die Forderungen der Gerechtigkeit von einer Majorität ohne Eigentum überrannt werden . . . Dafür liefern andere Regierungen durch das Volk genügend Beweise, und es ist auch nicht ohne Beispiel in unserer eigenen, besonders wenn man an die Gesetze denkt, welche die Vertragstreue in Frage gestellt haben . . .

Da die Besitzer von Eigentum gemeinsam mit den Bürgern ohne Eigentum alle anderen Rechte besitzen, werden sie mehr als diese davon zurückgehalten, die Rechte der anderen zu kürzen. Nichtsdestoweniger ist es sicher, daß es viele verschiedenartige Wege gibt, auf denen die Reichen die Armen unterdrücken können und auf denen das Eigentum die Freiheit in Frage stellt. Die Welt ist voll von Beispielen dieser Art. Die Armen müssen einen Schutz gegen diese Gefahr haben.

Auf der anderen Seite kann man sich die Gefahr für die Besitzer von Eigentum nicht verhehlen, wenn sie schutzlos einer Majorität ohne Eigentum gegenüberstehen. Große Körperschaften werden nicht weniger von ihren Interessen getrieben als Einzelindividuen. Nur werden sie weniger von der Furcht vor Vorwürfen und ähnlichen anderen Motiven, die bei Einzelindividuen eine Rolle spielen, kontrolliert . . .

Die Vereinigten Staaten besitzen einen kostbaren Vorteil in der tatsächlichen Verteilung des Eigentums, besonders des Landeigentums, wie auch in der allgemeinen Hoffnung, Eigentum zu erwerben. Diese letztere Eigentümlichkeit gehört mit zu den glücklichsten Zügen in ihrer Situation, verglichen mit der der Alten Welt, in der keine voraussichtliche Veränderung in dieser Hinsicht dem Volk eine gleiche Sympathie für die Rechte des Eigentums einflößen kann. Augenblicklich hat die Nation eine Mehrheit von Freisassen und ihrer Erben, bzw. von Menschen, die mit Recht hoffen können, ein freies Stück Land zu erhalten. Mag auch der Tag, da solche Freisassen nicht mehr eine Mehrheit in der Gesellschaft umfassen, noch sehr fern sein, so wird er doch eintreten. Kann man auch zugeben, daß das anbaufähige Land noch in viele kleinere Teile aufgeteilt werden kann, so wird dennoch eine wachsende Volkszahl . . . die Freisassen in eine Minorität verwandeln. Und wann immer die Mehrheit ohne Land oder anderes Eigentum und ohne die Mittel oder die Hoffnung, es zu erwerben, sein wird, worin wird dann die Sicherheit der Rechte des Privateigentums gegen die Gefahr einer Gleichheit und Allgemeinheit des Wahlrechtes begründet sein, das die Macht über das Eigentum in Hände legt, die keinen Anteil daran haben?“

The Records of the Federal Convention of 1787, Vol. III, p. 451/2.

passive Wahlrecht nicht an eine verfassungsrechtlich verankerte Voraussetzung eines bestimmten Besitzes geknüpft haben, so lag das einerseits daran, daß man sich nicht auf bestimmte Eigentumsvorbehalte einigen konnte, und andererseits daran, daß die Verfassungen der Einzelstaaten, denen die Bundesverfassung dieses Problem überließ, ihrerseits bereits ein bestimmtes Minimum an Eigentum als Voraussetzung des Wahlrechtes vorschrieben. Es ist bezeichnend, daß sich Überreste dieser Bestimmungen noch bis zum heutigen Tage in einer Reihe von Einzelstaaten erhalten haben.

Die Väter der amerikanischen Verfassung haben so nicht nur in den allgemeinen Prinzipien, die sie der Verfassung zugrunde legten, sondern auch in den konkreten Formen, die sie ihr gaben, einen bewundernswerten politischen Instinkt bewiesen. Nicht nur, daß sie verfassungsrechtlich eine völlige Trennung der Gewalten vorsahen, eine Trennung in eine legislative, exekutive und richterliche Gewalt, die gegeneinander verselbständigt werden sollten, sie haben auch bereits an den Quellen, die sie für die Bildung dieser Gewalten bestimmten, für ihre reale Trennung Sorge getragen. Das Repräsentantenhaus wird nach dem Willen der Väter der Verfassung direkt von den Teilen des Volkes gewählt, die von den Einzelstaaten als geeignet und reif für die Ausübung des Wahlrechtes betrachtet werden. Der Senat wird von den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten gewählt, die ihrerseits im Jahre 1787 auf Grund von bestimmten Eigentumsvoraussetzungen zustande gekommen waren. Der Präsident wird von Wahlmännern bestimmt, die ihrerseits nach Gesichtspunkten, wie sie den Einzelstaaten geeignet erscheinen mögen, gewählt werden. Die Richter des Obersten Bundesgerichts werden vom Präsidenten gemeinsam mit dem Senat bestimmt, die beide direkter Kontrolle durch das Volk entzogen sind und deren Amtszeit länger ist als die des Repräsentantenhauses.

Das Repräsentantenhaus wird auf zwei Jahre gewählt, die Senatoren auf sechs, doch nicht in einem einzigen Wahlgang, denn ein Drittel des Senats muß sich alle zwei Jahre neu zur Wahl stellen. Die Amtszeit des Präsidenten beträgt vier Jahre, die Richter des Obersten Bundesgerichts üben ihr Amt bis zum Tode aus.

Nimmt man einmal mit den Vätern der Verfassung als Ziel derselben den Zweck an, die bürgerliche Ordnung gegen feindliche Majoritäten zu sichern, so wird man wohl zugeben müssen, daß die amerikanische Verfassung eines der sichersten zu diesem Behufe gefundenen Instrumente in der Geschichte der bürgerlichen Welt darstellt.

Man muß sich die amerikanische Verfassung in dieser ihrer technischen Konstruktion vergegenwärtigen, um einzusehen, welche fast unüberwindlichen Schwierigkeiten sie gefährlichen Majoritäten in den Weg legt. Denn sind solche dominierenden Majoritäten unter den Wahlberechtigten der Nation vorhanden, so können sich diese direkt nicht auswirken, weil ihnen ein Hindernis durch die indirekte Wahl von Senat¹⁾ und Präsident entgegengestellt wird. Außerdem müßten sie sich sechs Jahre lang in unverminderter Stärke behaupten, um sich — wenn es ihnen überhaupt gelänge — auf indirektem Wege im Senat fühlbar zu machen; und endlich müßten sie auch noch den Widerstand der richterlichen Gewalt überwinden, was auf legalem Wege nur möglich wäre, wenn während der Amtszeit eines oppositionellen Präsidenten und einer oppositionellen Mehrheit im Senat genügend Richter des Obersten Bundesgerichts stürben, um auch in diesem eine oppositionelle Mehrheit zu errichten. Dabei müßten alle diese Umstände zeitlich zusammenfallen, so daß die dominierende Mehrheit sich über das Repräsentantenhaus hinaus auswirken könnte.

Der Grundgedanke, der die Verfassung der Vereinigten Staaten als Ganzes wie auch in ihren Teilen durchdringt, besteht demgemäß in der Überzeugung, daß das Privateigentum als solches die Regierungsgewalt begründet und über ihr steht, daß die Rechte dieses Privateigentums infolgedessen dem Eingriff politischer Majoritäten entzogen sein sollen. So ist die Verfassung der Vereinigten Staaten in der Form, wie sie von ihren Vätern konzipiert wurde, als ein Mittel gedacht, die bürgerliche Gesellschafts- und Eigentumsordnung gegen die Möglichkeit feindlicher Eingriffe zu sichern.

Für die Biegsamkeit und Elastizität der amerikanischen Verfassung, wie sie 1787 von Madison und seinen Freunden geschaffen wurde, ist bezeichnend, daß auch revolutionäre Veränderungen der ökonomischen und sozialen Struktur des Landes schließlich nur dazu geführt haben, den ursprünglichen Willen der verfassunggebenden Versammlung, nämlich den, das Privateigentum zu schützen, der veränderten historischen Situation anzupassen. Während das Privateigentum im allgemeinen jenseits der Verfassung steht, weil es diese erst begründet, wird der Schutz des Privateigentums im besonderen gewissen Bestimmungen der Verfassung anvertraut. Veränderungen und Ergänzungen der Konstitution, welche der geschichtliche Prozeß ihrer Anpassung an die sich verändernde historische Gesamtsituation

¹⁾ Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts werden die Senatoren direkt durch das Volk gewählt.

des Landes notwendig macht, sind in ihr selbst vorgesehen und mit ihrem Grundgedanken unlöslich verknüpft.

Eines der schlagendsten Beispiele hierfür ist das 14. Verfassungs-Amendement, das nach dem amerikanischen Bürgerkrieg angenommen wurde und zum Ziel hatte, einerseits den Negern die Bürgerrechte zu verleihen, andererseits eine große historische Expropriation, die Expropriation der Sklavenbesitzer der Südstaaten, zu vollziehen¹⁾. Wenn dieses Amendement nur diese beiden Funktionen erfüllt hätte, so besäße es heute nur noch historisches Interesse. Das Amendement enthält jedoch einen kleinen Nachsatz, der für die Klassenbeziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern von grundlegender Bedeutung geworden ist und der damals von einem bewußten Vertreter der aufstrebenden industriekapitalistischen Klasse dem Amendement beigelegt wurde. Dieser Satz heißt: „Kein Einzelstaat soll ein Gesetz annehmen oder durchführen dürfen, das die Rechte von Bürgern der Vereinigten Staaten verkürzt; auch soll es keinem Staate erlaubt sein, einen Menschen seines Lebens, seiner Freiheit oder seines Eigentums zu berauben, ohne das gesetzmäßig vorgeschriebene Verfahren zu beachten. Noch soll es ihm gestattet sein, einem Menschen in seinem Machtbereich den gleichmäßigen Schutz der Gesetze zu versagen.“ Als vor mehreren Jahren der Staat New York die Arbeitsstunden in Bäckereien auf 60 pro Woche begrenzen wollte, erklärte der Oberste Gerichtshof das Gesetz für ungültig, da es die Freiheit des Vertragsrechtes in Frage stelle und damit das 14. Amendement verletze.

Dabei ist es interessant zu beobachten, wie sich in dem Kongreßkomitee, das dieses Verfassungs-Amendement formulierte, zwei Gruppen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, gegenüberstanden. Die eine beabsichtigte nur, die Rechte der Neger sicherzustellen, die andere hatte ihren Blick auf die gesamte, durch die Negeremanzipation vorbereitete und eingeleitete soziale Umwälzung geheftet. Der Führer dieser zweiten Gruppe, ein erfolgreicher Eisenbahnanwalt aus Ohio, hat selbst in einer späteren, vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten gehaltenen Rede seine Absichten bei der Formulierung dieses Satzes ausgesprochen. Es war ihm — wie er mitteilte — aufgefallen, daß die Verfassung der Vereinigten Staaten keine Handhaben gegen einen Eingriff eines Einzelstaates in Rechte

¹⁾ Die Entwicklung der Parteigruppierungen in der dem Bürgerkrieg unmittelbar vorausgehenden Periode behandelt Th. Clarke Smith in seiner Arbeit: „Parties and Slavery, 1850—1859“ (Vol. 18 der Sammlung „The American Nation: A History“, New York 1906).

des Privateigentums bot. So hatte z. B. die Stadt Baltimore Privateigentum zum städtischen Gebrauch ohne Kompensation enteignet, und der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hatte unter den bestehenden verfassungsmäßigen Bestimmungen seine Inkompetenz zugestehen müssen. Dem sollte der letzte Satz des Amendments abbelfen¹⁾.

In der Tatsache also, daß solche Veränderungen wie die eben skizzierte im Sinne der ursprünglichen Verfassung, in ihrer Anpassung an die sich verändernde geschichtliche Situation erfolgt sind, dokumentiert sich der geniale staatsmännische Weitblick ihrer ursprünglichen Begründer.

Aus der Teilung der Gewalten, welche die amerikanische Verfassung vorsieht, aus der Aufspaltung der politischen Funktionen in legislative, exekutive und richterliche, ergeben sich eine Reihe von Konsequenzen für das amerikanische politische Leben, die man beachten muß, wenn man die Rolle der Partei in den Vereinigten Staaten begreifen will. Sollen die Gewalten nämlich wirklich getrennt bleiben, so muß die Präsidialgewalt unabhängig von der Legislative sein. Das amerikanische Kabinett ist daher ein Kabinett des Präsidenten, nicht ein Kabinett des Kongresses, es wird weder aus dem Parlament gebildet, noch kann es durch das Kabinett verändert werden. Als Exekutivorgan ist der amerikanische Präsident während seiner Amtszeit absoluter Diktator, dem Kongreß wie auch seinem eigenen Kabinett gegenüber.

Aus dieser Tatsache ergeben sich bezeichnende Folgen im Gegensatz etwa zu einem parlamentarisch regierten Lande wie England, Folgen, auf die schon Walter Bagehot in seinem zuerst 1868 erschienenen klassischen Buche über die englische Verfassung²⁾ aufmerksam gemacht hat. In England kann das Kabinett Gesetzgebung durch die Drohung eines Rücktritts oder einer Parlamentsauflösung erzwingen. Dem amerikanischen Präsidialkabinett stehen solche Mittel nicht zur Verfügung. Ein parlamentarisches Kabinett bedeutet ferner eine politische Erziehung der Nation, während von einem Präsidialkabinett keinerlei Wirkungen dieser Art ausgehen. Bagehot schreibt:

„Ob die Regierung gestürzt oder an der Macht bleiben wird, wird durch die Debatten und die Gruppierungen im Parlament bestimmt. Ferner durch die Meinungsbildung außerhalb des Parlaments, jener geheimnisvoll sich

¹⁾ Vgl. Charles A. Beard and William Beard, *The American Leviathan: The Republic in the Machine Age*, New York 1930, pp. 47/49, 654ff.

²⁾ Walter Bagehot, *The English Constitution*, London 1913

durchsetzenden Stimmung der Gesellschaft, die auf jene Gruppierung einen großen Einfluß hat. Die Nation ist sich der Tatsache bewußt, daß ihr Urteil von Wichtigkeit ist . . . Bei einem Präsidialkabinett dagegen hat die Nation außer im Augenblick der Wahl keinen Einfluß . . . Zweifellos gibt es auch dann Debatten im Parlament — doch das sind Prologe, ohne daß das Stück auf sie folgt. Es umspielt sie nicht eine Stimmung der Katastrophe: man kann die Regierung nicht stürzen¹⁾).

Unter der gleichen Schwierigkeit leidet bei einer Präsidialverfassung die Presse. Sie kann weder zum Sturz einer Regierung noch zum Aufstieg einer neuen beitragen. Das direkte politische Interesse der amerikanischen Presse wird daher mehr ein passives als ein aktives sein müssen. Denn keiner will lange Artikel lesen, die kaum einen Einfluß auf die Ereignisse ausüben. Wenn aber die Verfassung aus den genannten Gründen die politischen Funktionen der Staatsführung voneinander geschieden und gegeneinander verselbständigt hat, so müssen doch diese Funktionen wiederum zu einer Einheit zusammengefaßt werden, soll der Staatsapparat nicht durch einander kompensierende Kräfte lahmgelegt werden. Diese Aufgabe erfüllt die Partei.

IV.

Die primäre Funktion, welche die politische Partei im staatlichen Leben der nordamerikanischen Union zu erfüllen hat, besteht also nicht darin, irgendein weltanschaulich oder prinzipiell begründetes politisches Programm zu realisieren, sondern vielmehr darin, gegenüber der durch die Verfassung begründeten Trennung und Aufspaltung der Gewalten die Einheit der Staatsführung durchzusetzen und zu garantieren. Ohne sie würde die Staatsgewalt in auseinanderstehende Teile zerfallen, und ein reibungsloses Funktionieren der gesamten politischen Maschinerie wäre dem Spiel des Zufalls überantwortet²⁾. Es ist klar, daß schon aus diesem Grunde, soziologisch

¹⁾ Bagehot, p. 21

²⁾ Vgl. hierzu die Interpretation, die Goodnow dem amerikanischen Parteiensystem in seiner Schrift „Politics in Administration“ gegeben hat.

Auch er leitet die Funktion der Partei aus der Struktur des Regierungssystems ab und weist darauf hin, daß wegen der Teilung der Gewalten und der ihr entsprechenden Dezentralisation der mit politischer Autorität ausgestatteten Organe keine Instanz existiert, die eine zentralisierende und kontrollierende Funktion ausübt. Daher sei der Partei die Aufgabe zugefallen, die divergierenden Gewalten und die auseinanderliegenden Pflichten der verfassungsmäßig vorgesehenen Regierung zu koordinieren.

Auch Croly vertritt in seiner Schrift „Progressive Democracy“ die gleiche Auffassung. Er unterstreicht nur die hierbei mitspielenden sozialen und ökonomischen Faktoren energischer als Goodnow.

Vgl. hierzu auch Charles Edward Merriam: *American Political Ideas. Studies in the Development of American Political Thought*. New York 1920, p. 291 ff.

gesehen, die amerikanische Partei in dem ganzen System der Regierung ein viel größeres spezifisches Gewicht bekommt als etwa in Ländern, in denen die Partei ein integrierender Bestandteil des Verfassungssystems selbst ist. Daß die aktiven Parteiarbeiter in den Vereinigten Staaten ihrer Partei eine Loyalität beweisen, wie sie in europäischen Parteien jedenfalls nicht zu den Selbstverständlichkeiten gehört, daß der amerikanische Wähler sozusagen von Geburt Republikaner oder Demokrat ist, erklärt sich soziologisch schon aus der eigentümlichen Funktion, welche die amerikanische Partei im politischen Gesamtsystem der Nation ausübt.

Erst durch die politische Partei wird schließlich auch garantiert, daß der Sinn der Verfassung, nämlich die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung, erfüllt wird. Prinzipiell wird daher der Kampf um die politische Macht in den Vereinigten Staaten, soweit er sich innerhalb und durch die politische Partei vollzieht, immer ein Kampf rivalisierender bürgerlicher Gruppen sein müssen. Der oben geschilderte Mechanismus der Konstitution schaltet demgemäß von vornherein alle Schichten und Probleme aus, welche die bürgerliche Rechts- und Eigentumsforderung selbst grundsätzlich in Frage stellen.

Diese ihr auf Grund des ganzen konstituierenden Mechanismus zufallende Funktion hat die Partei in den Vereinigten Staaten trotz der fundamentalen in der ökonomischen Basis der amerikanischen Gesellschaft während des letzten Jahrhunderts erfolgten Veränderung mit großem Erfolge erfüllt. Gegenüber den Klassenkämpfen, die die amerikanische Szene erfüllt und die Umwandlung der amerikanischen Gesellschaft in eine hochindustriell und finanzkapitalistisch organisierte begleitet haben, hat die amerikanische Partei stets wie ein Filter gewirkt: in den ruhigeren Perioden der Geschichte war er dicht genug, um die zwischen den Klassen sich abspielenden Kämpfe und die hieraus resultierenden Fragen meist überhaupt nicht durchzulassen, während er in Epochen zugespitzter Konflikte ihren sozialen und politischen Widerhall nur abgeschwächt passieren ließ.

A. M. Sait macht in seiner Schrift „American Parties and Elections“, New York 1927 (bei einer ähnlichen Grundauffassung) noch auf einen anderen Umstand aufmerksam. Er schreibt: „Welches sind demgemäß die Aufgaben, die die Parteien erfüllen? Sie geben erstens dem äußerst komplizierten Regierungsmechanismus Zusammenhalt, der auf Grund der Bundes- und einzelstaatlichen Verfassungen entstanden ist. Zu einem bestimmten Grade mildern sie die Nachteile des Föderativsystems, indem sie die Politik der Einzelstaaten und der Nation in solchen Fällen in Einklang bringen, bei denen politische Handlungen, um effektiv zu sein, gleichzeitig an beiden Stellen stattfinden müssen“ (p. 159).

Nach den obigen Ausführungen wäre es natürlich auch denkbar, daß die Aufgabe, die den politischen Parteien in den Vereinigten Staaten zufällt, von einer einzigen Partei oder von einer Vielzahl von Parteien verwaltet würde. Tatsächlich hat es auch bestimmte Perioden in der politischen Geschichte der Union gegeben, in dem das hundesstaatliche Leben nur eine einzige Partei gekannt hat. Wenn die Präsidialgewalt, die verfassungsrechtlich ja eine dominierende Stellung für sich beansprucht, nicht an die Person eines einzigen Mannes und damit auch an die einer einzigen der zur Macht strebenden bürgerlichen Gruppen gebunden wäre, so hätte sich wahrscheinlich das Zwei-Parteiensystem in den Vereinigten Staaten in seiner heutigen Form nie entwickeln können¹⁾.

Um nun zu begreifen, in welcher Weise die politische Partei im staatlichen Leben der Union ihre fundamentale Aufgabe erfüllt, muß man sich mehr mit der organisatorischen Form, die sich das Parteileben geschaffen hat, als mit den Parteiprogrammen beschäftigen. Natürlich trägt die Organisationsform der politischen Partei in den Vereinigten Staaten — und hier ist absichtlich der Singular gewählt, weil sich auch in dieser Beziehung die beiden Parteien nur noch in Nuancen, nicht mehr im Grundlegenden unterscheiden — auch das Resultat all der Veränderungen in sich, die in den gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen während ihrer geschichtlichen Existenz vor sich gegangen sind. Der Prozeß dieser Veränderungen selbst kann hier nicht verfolgt werden. Es können nur seine Ergebnisse aufgedeckt werden, wie sie sich in den heutigen Organisationsformen der politischen Partei kristallisiert haben.

Der politische Grundmechanismus des amerikanischen Systems ist so konstruiert, daß er die hürgerlichen Eigentums- und Rechtsformen dem eigentlichen politischen Fragebereich entzieht. Dabei enthält er an geeigneten Stellen, mit geschickter Hand eingebaut, Sicherheitsventile für Volksstimmungen, die gegen das hürgerliche System revoltieren. Soll nun die politische Partei die ihr zugefallene Funktion erfüllen, so darf sie diesen politischen Grundmechanismus

¹⁾ „Wäre das amerikanische Volk damit zufrieden gewesen . . . die Wahl von Präsidenten unbestritten in den Händen der herrschenden Gruppe zu lassen, so hätte es sich ohne Gefahr für das Regierungssystem selbst in so viele Parteien spalten können, als Interessen existierten, die nach Repräsentation drängten. Aber da es darauf bestand, sich bei der Wahl von Präsidenten wie bei der von Kongreßmitgliedern zu betätigen, waren die Politiker gezwungen, zwei große Parteien zu bilden, um wenigstens den Schein einer Auswahl aufrechtzuerhalten.“

Holcombe, l. c. p. 317.

nicht stören, sie muß sich ihm vielmehr möglichst ohne große Reibungen einfügen. Sie wird also so organisiert sein müssen, daß sie ein sicheres Instrument in der Hand der herrschenden Gruppen bleibt, dabei aber noch genügend Elastizität besitzt, um divergierenden politischen Strömungen Platz und Wirkungsmöglichkeiten zu bieten. Die empirische, konkrete Form, die sich der Parteiorganismus in den Vereinigten Staaten gegeben hat, bedarf daher einer kurzen Darstellung.

V.

Die Partei stand zunächst außerhalb des Rahmens der amerikanischen Verfassung, wenn sie auch ihre notwendige Ergänzung darstellte. Demgemäß war sie natürlich ursprünglich auch dem Aufgabenbereich des Gesetzgebers entzogen.

Organisatorisch begann die Partei in den Vereinigten Staaten erst um die Wende der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu existieren. Vorher, von der Zeit des Unabhängigkeitskrieges bis zur Präsidentschaft von Andrew Jackson, waren die Parteien der Föderalisten und der Republikaner weniger bestimmt umrissene politische Organisationen als vielmehr Organe, die divergierende politische Anschauungen und Auffassungen zum Ausdruck brachten¹⁾.

Andrew Jackson, Vertreter einer gegen den vordringenden Kapitalismus revoltierenden Farmer-Demokratie, war es, der durch seine Maßnahmen den Boden vorhereitete, auf dem sich eine festgefügte politische Organisation der Partei in ihrer heutigen Gestalt entwickeln konnte. Indem er in seiner ersten Botschaft an den Kongreß als Präsident die Auffassung aussprach, daß öffentliche Posten und Ämter die rechtmäßige Belohnung für loyale Parteitätigkeit seien, leitete er eine Periode und ein System ein, das als Spoils-System bekannt und für die gesamte organisatorische Weiterentwicklung der amerikanischen Partei von entscheidender Bedeutung geworden ist.

Als Jackson seine Theorie von der „Beute, die dem Sieger im Wahlkampf gehört“, verkündete, war die gesamte politische Struktur des amerikanischen Staates noch verhältnismäßig einfach. Politische Ämter gab es wenig; die Bevölkerung war hauptsächlich ländlich; größere Städte existierten nur vereinzelt. Die ökonomische Entwicklung brachte mit der ihr entsprechenden Erweiterung der Aufgaben der Bundesregierung eine Vergrößerung der Zahl der zu be-

¹⁾ Vgl. Claude G. Bowers, *The Party Battles of the Jackson Period*, Boston 1928, p. V.

setzenden Posten und Ämter. Das hatte seinerseits zur Folge, daß der Wirkungsbereich der politischen Partei sich ständig verbreiterte. Damit wurde es unmöglich, weiter die Partei und besonders ihre organisatorischen Formen in der gesetzgeberischen Tätigkeit zu übersehen. Die Partei, die zu Beginn dem Gesetz unbekannt war, ward so immer mehr in den Kreis der Gesetzgebung einbezogen, so daß sie endlich aus einer freiwilligen Assoziation zu einer staatlich sanktionierten wurde¹⁾.

Gegen das Spoils-System, das mehr und mehr zur organisatorischen Machtbasis der Partei wurde, entwickelte sich sofort ein heftiger Kampf, der in einer Civil Service Reform gipfelte, welche wenigstens formal dem Machtbereich der Partei eine große Anzahl von Posten entzog. Trotzdem wird heute noch die Anzahl der Stellen, die auf einer Parteibasis vergeben werden, auf ungefähr 800 000 geschätzt²⁾.

Mit dem Spoils-System entwickelte sich die Macht der Parteimaschine, welche nach den Worten eines der energischsten Kämpfer gegen dieses ganze System die dem Volk gehörende Macht für sich usurpiert und den Boß an Stelle des wahren Parteiführers gesetzt hat. An Stelle von Männern, die führen,

„indem sie die Meinung des Volkes formen und lenken, indem sie eine gemeinsame Überzeugung im Volke durch unaufhörlichen Beweis und flammende Rede herstellen, sind Parteimanager getreten, die ihre Auffassungen über große politische Probleme, wenn sie überhaupt welche haben, nicht ausdrücken können oder wollen . . . Es sind Großlieferanten von Stimmen; Leute, die mit Posten und Wohlstand handeln und schachern. Und während dieses System persönliche Servilität zur Basis politischen Erfolges macht und von seinen Anhängern selbst blinde Parteitreuere fordert, zögert es gleichzeitig nicht, die Partei selbst durch einen Handel mit dem Feind zu verraten³⁾.“

Indem die Parteimaschine die verfassungsmäßig den Wählern gehörende Macht usurpierte, geriet sie in Widerspruch zu dem von Madison formulierten Grundziel der Verfassung, bei einer Ausschaltung der Gefahr dominierender Majoritäten „zu gleicher Zeit den Geist und die Form einer Regierung durch das Volk zu hewahren“. Dieser Widerspruch sollte durch eine Reihe politischer Reformen, besonders durch die Einführung des „direct-primary“-Systems, beseitigt werden.

Mit der Konzentration der ökonomischen Macht ging in der politischen Sphäre eine Konzentration der politischen Macht in den Händen einer kleinen Parteiklique vor sich, welche in Amerika

¹⁾ Vgl. Merriam, p. 278.

²⁾ Vgl. Charles Edward Merriam and Harold Foote Gosnell, *The American Party System: An Introduction to the Study of Political Parties in the United States*, New York 1929, p. 242/3.

³⁾ Vgl. Merriam, p. 275/6.

unter dem Namen der Parteimaschine bekannt ist. Diese hatte in zunehmendem Maße durch ihre Verfügungsgewalt über Posten und Ämter die politische Macht in Gemeinden, Einzelstaaten, wie auch in Washington für sich monopolisiert, eine Monopolisierung, die durch den Umstand unterstützt wurde, daß in den Vereinigten Staaten Steuereinschätzungen nicht von den Zensiten, sondern von den politischen Behörden vorgenommen werden. So war von den durch Andrew Jackson erkämpften demokratischen Errungenschaften nicht mehr viel übrig geblieben. Die den Massen zur Wahl präsentierten Kandidaten wurden in geheimen Sitzungen der Parteimaschine festgestellt, und was den Wählern schließlich nur noch übrig blieb, war die Auswahl zwischen dem demokratischen und dem republikanischen Kandidaten, wobei wahrscheinlich in vielen Fällen beide nicht nach ihrem Geschmack waren.

Das sogenannte „direct-primary law“, das die durch die Allmacht der Parteimaschine gefährdete Repräsentativform der Regierung in den Vereinigten Staaten wieder herstellen sollte und das um die Jahrhundertwende in der Mehrzahl der Einzelstaaten zum Gesetz wurde, suchte daher die Wahl der Parteikandidaten aus einem geheimen, in einem geschlossenen Konventikel vor sich gehenden Akt zu einem öffentlichen zu machen. Die besondere Eigentümlichkeit dieser Gesetzgebung besteht darin, daß die Nominierung der Parteikandidaten zu einer öffentlichen Wahlhandlung gemacht wird, die der Staat beaufsichtigt und an der jedes Mitglied der Partei teilnehmen kann. Die beiden Parteien werden so durch die „direct primary“-Gesetzgebung zu staatlich anerkannten und sanktionierten Verbänden. Ihre Mitgliederlisten unterstehen der staatlichen Aufsicht, und die „primary“-Wahlen (Primärwahlen), in denen die Kandidaten der Partei zu den verschiedenen zu besetzenden Ämtern nominiert werden, vollziehen sich unter staatlichem Schutz und auf Staatskosten. Die Abstimmungen finden getrennt nach Parteien statt. Die Demokraten wie die Republikaner haben ein gesondertes Wahllokal, in dem nur jeweils eingeschriebene Mitglieder der Parteien ihre Kandidaten nominieren können¹⁾.

Die mit der „primary“-Gesetzgebung verfolgten Absichten liefen darauf hinaus, daß die Repräsentanten des Volkes vom Volke selbst

¹⁾ Die „direct primary“ — Gesetzgebung ging von den Einzelstaaten aus und ruht auch heute noch im wesentlichen bei den Einzelstaaten. Infolgedessen haben sich verschiedenartige Systeme von Primärwahlen entwickelt. Eine zusammenfassende Schilderung dieser verschiedenen Systeme findet man bei Merriam and Gosnell, p. 258ff.

bestimmt werden sollten und nicht von einem kleinen Gremium, das von der Parteimaschine dirigiert wird. Der Erfolg der Gesetzgebung war jedoch, daß die Parteimaschine nicht nur in den Primärwahlen die von der Partei zu nominierenden Kandidaten bestimmte, sondern auch praktisch durch die Primärwahlen bereits die Hauptwahlen entschied. In diesen, wie in den meisten ähnlichen Fällen amerikanischer Geschichte, war das Ergebnis einer Bewegung, die auf ihre Fahnen „Mehr Demokratie“ geschrieben hatte, nur das Entgegengesetzte: weniger Demokratie¹⁾.

Um diese Tatsache, die für den organisatorischen Aufbau der Partei von fundamentaler Bedeutung ist, in ihrem ganzen Umfang zu begreifen, muß man einmal versuchen, sich konkret vorzustellen, wie die Parteimaschine diese Primärwahlen kontrolliert und wie sie von hier aus die ganze politische Apparatur des Landes beherrscht²⁾. In den Vereinigten Staaten ist — wie in anderen Ländern auch — das Land in Wahlbezirke und Unterbezirke aufgeteilt, und auf diesen Unterbezirken, die in der nordamerikanischen Union wards und precincts heißen, beruht die politische Kraft und die tatsächliche Macht der Partei. Der unterste Wahlbezirk umfaßt im allgemeinen bis zu 600 Wählerstimmen. Da nun erfahrungsgemäß bei den Primärwahlen höchstens 30% der Wahlberechtigten, meistens sehr viel weniger, an der Abstimmung teilnehmen, genügt es, ungefähr 120 bis 125 sichere Stimmen für die von der Parteimaschine empfohlenen Kandidaten zu mobilisieren, um den Sieg davonzutragen. Meistens braucht man zu diesem Zweck noch sehr viel weniger Stimmen, so daß im Durchschnitt der unterste Wahlbezirk mit ungefähr $\frac{1}{7}$ — $\frac{1}{8}$ aller wahlberechtigten Stimmen vollkommen kontrolliert werden kann. Wie vollzieht sich nun diese Kontrolle?

Für jeden dieser Unterbezirke ist der Partei ein Ward- bzw. Precinct-Boß verantwortlich, dessen Aufgabe es ist, bei den Primärwahlen die Nominierung der von der Parteimaschine aufgestellten Kandidaten durchzusetzen. Das ist für den Boß im allgemeinen ein Liebttes, denn für seine Empfehlungen stimmen seine Familienmit-

¹⁾ Graham Wallas behandelt in seinem Buche „Human Nature in Politics“ (London 1908) Teil II, Kap. 1—2, die allgemeinen Ursachen für die wachsende Unzufriedenheit mit den Methoden demokratischer Repräsentation, wie sie sich in den wichtigsten Demokratien entwickelt haben. Vgl. auch „The Great Society“ (London und New York 1914) des gleichen Autors, p. 297 ff.

²⁾ Eine populäre, von großer Sachkenntnis getragene Darstellung der Partei und ihrer Rolle im sozialen und politischen Leben der amerikanischen Nation unter dem oben genannten Gesichtspunkt findet sich in dem Buch von Frank R. Kent, *The Great Game of Politics*, New York 1923.

Eine anschauliche Darstellung gibt auch Sait, p. 319 ff.

glieder nebst Anhang und all diejenigen Parteimitglieder samt Familienanhang, die durch die Parteimaschine in dem betreffenden Wahldistrikt zu Amt und Brot gekommen sind. Man muß bei diesen Ämtern nicht etwa nur an diejenigen denken, die in Deutschland Beamten vorbehalten sind, sondern es gehören dazu auch sämtliche Posten der Stadtverwaltung bis hinunter zum Straßenfeger und Feuerwehrmann. Mit diesen Stimmen allein wird der Boß in der Mehrzahl der Fälle in der Lage sein, seinen Distrikt nach den Wünschen der Parteimaschine zu dirigieren. Außerdem stehen ihm noch genügend andere Reserven zur Verfügung, die er im Notfall mobilisieren kann. Man muß sich dabei aber darüber klar sein, daß sein Interesse bei den Primärwahlen nicht darin liegen kann, einen möglichst großen Teil der Wahlberechtigten an die Urne zu bringen, sondern umgekehrt: je geringer die Beteiligung, um so sicherer der Sieg für ihn, denn die aktiven Parteimitglieder sind ja verpflichtet; für seine Vorschläge zu stimmen. Genügen aber diese Stimmen in einem besonders heiß umstrittenen Bezirk nicht, so kann er die Dankbarkeit von genügend Wählern für sich in Anspruch nehmen, denen er persönliche Dienste bei der Stadtverwaltung, bei der Verfolgung von Prozessen oder irgendwelchen Ansprüchen geleistet hat. Für die Parteimaschine ist es durchaus nicht entscheidend, ob der Boß bei der Hauptwahl die Parteiliste in seinem Bezirk durchbringt. Versagt er jedoch bei der Primärwahl, so ist er die längste Zeit Boß gewesen.

Der Boß ist oft karriert dargestellt worden, so daß die grundlegende Rolle, die er im gesellschaftlichen Organismus spielt, übersehen wird. Merriam hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein erfolgreicher Boß eine Persönlichkeit sein muß, die fähig ist, mit komplizierten politischen und sozialen Kräften umzugehen, daß er Klassenbeziehungen, Rassenverhältnisse, religiöse Vorurteile, soziale Gewohnheiten in ihren Imponderabilien kennen und beherrschen muß. Vor allen Dingen braucht er ein Verständnis für Massenpsychologie und eine durchdringende Kenntnis der Psychologie der Einzelwähler, um größere Massen von Menschen beeinflussen zu können¹⁾.

Wie Sait feststellt, muß er

„ein Volkstribun sein. Besonders in den großen Städten, in denen der komplexe Mechanismus der Verwaltung, das Durcheinander von zahllosen Gesetzen und Bestimmungen, die Menschen im allgemeinen verwirren und

¹⁾ Eine anschauliche geschichtliche Schilderung des Boß-Systems findet sich bei Gustavus Myers: „History of Tammany Hall“, New York 1917.

außer Fassung bringen, wird seine Hilfe dauernd gesucht. Er berät die Ratlosen, er beseitigt Schwierigkeiten. Er gibt juristischen Rat. Reicht seine eigene Kenntnis nicht aus, so steht ihm jemand anders aus der Organisation zur Verfügung . . .¹⁾).

Das spezifische Gewicht der politischen Tätigkeit mußte sich demgemäß immer mehr nach den Primärwahlen hin verlagern, da nur ein Kandidat, der durch eine Primärwahl nominiert ist, öffentlich zur Hauptwahl gestellt werden kann. Hinzu kommt noch, daß in diesen Primärwahlen nicht nur die Kandidaten für die öffentlichen Posten und Ämter nominiert, sondern auch die Mitglieder der verschiedenen Parteikomitees gewählt werden. Da die Parteimaschine nun auf Grund des eben geschilderten Boß-Systems die Primärwahlen ziemlich sicher in der Hand hat, kontrolliert sie auch damit die Kandidaten, die für die öffentliche Wahl in Frage kommen. Soll demgemäß die Parteimaschine mit ihren Kandidaten von hieran interessierten Gruppen zurückgeschlagen werden, so ist es an keiner anderen Stelle möglich als in den Primärwahlen. Die Sicherung der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung findet also hier ihr eigentümliches und entscheidendes Korrelat. Und die „direct primary“-Gesetzgebung, die ursprünglich dazu bestimmt war, oppositionellen, gegen die Parteimaschine gerichteten Strömungen ungehindertere Ausdrucksmöglichkeiten zu schaffen, hat im Effekt nur die Parteimaschine, deren Macht sie zerstören wollte, gestärkt und es unabhängigen Gruppen unmöglich gemacht, sich mit einem unabhängigen Programm den Wählern zu präsentieren²⁾.

¹⁾ p. 321. Vgl. auch die Schilderung bei Adolf Rein, *Demokratie und Partei in den Vereinigten Staaten von Nordamerika*, in dem von P. R. Rhoden herausgegebenen Sammelwerk: *Demokratie und Partei*, Wien 1931, p. 100ff.

²⁾ I. Allan Smith hat in seiner Schrift: „*The Growth and Decadence of Constitutional Government*“ (New York 1930) die Frage aufgeworfen, warum in den Vereinigten Staaten jede Erweiterung der demokratischen Rechte geschichtlich bisher immer nur zu einer Festigung der bürgerlichen Klassenherrschaft geführt hat. Er beantwortet diese Frage im wesentlichen allerdings mit dem Hinweis auf die Macht der Propaganda, die in den Händen der herrschenden Gruppen bleibt. Wir haben gezeigt, daß die Struktur des amerikanischen Regierungssystems selbst die politische Meinungsbildung in einer effektiven, direkten, durch das Spiel und Gegenspiel der politischen Kräfte bestimmten Form verhindert, während sie auf der anderen Seite zugleich eine Hypertrophie der öffentlichen Meinung in ihrer unbestimmten, weil einflußlosen Form erzeugt. In keinem Land ist die öffentliche Meinung im Grunde so machtlos wie in den Vereinigten Staaten, obwohl sie so machtvoll erscheint. Besonders gilt dies für die Kriegs- und Nachkriegsperiode. Walter Lippmann hat in seinen Schriften darauf hingewiesen, daß eine Revolution in der Kunst eingetreten ist, Zustimmung zu den politischen Maßnahmen eines Systems zu erzeugen. Wie er auseinandersetzt, wird die Kenntnis der Technik, Zustimmung zu bestimmten Maßnahmen unter den davon Betroffenen zu erzeugen, sämtliche politischen Beziehungen in ihren Grundlagen verändern.

Die Institution der Primärwahlen hat die Parteimaschine legalisiert, ihr die staatliche Anerkennung von Gesetzes wegen verschafft und den Aufstieg rivalisierender Organisationen außerordentlich erschwert. Da bei den Primärwahlen getrennt nach Parteien abgestimmt wird, also nur die Mitglieder der eigenen Partei in Frage kommen, hat die Parteimaschine bei diesen Wahlen keine konkurrierende Partei zu fürchten. Es ist ihr daher um so leichter, später bei den Hauptwahlen durch geeignete Abreden mit der gegnerischen Partei ihre spezifischen Absichten durchzusetzen. Auf diesem Wege wird der Unterschied zwischen den beiden Parteien noch mehr nivelliert. So sind die Primärwahlen zum festesten Bollwerk der Parteimaschine in den Vereinigten Staaten geworden.

Die Vielzahl der Wahlen und der durch Wahl zugänglichen Ämter verhindern, daß Niederlagen im nationalen Maßstabe den Einfluß der Partei brechen. So haben seit dem Bürgerkrieg die Republikaner, wenn man von den Präsidentschaften von Cleveland und Wilson absieht, immer den Sieg bei den Präsidentenwahlen davongetragen. Diese Tatsache hat aber keineswegs die Macht der Demokraten in den Einzelstaaten und Stadtverwaltungen vermindert. Und auch im nationalen Maßstabe ist es den Demokraten oft gelungen, während der Amtszeit eines republikanischen Präsidenten demokratische Mehrheiten im Repräsentantenhaus zustande zu bringen.

Wenn nun die legitime Funktion der Partei im amerikanischen Staatsleben darin besteht, gegenüber der verfassungsmäßig begründeten Trennung der Gewalten die Einheit der Staatsführung zu garantieren, so ergibt sich daraus, daß die aus dem organisatorischen Aufbau der Partei resultierenden finanziellen Verflechtungen ebenfalls einen legitimen, wenn auch durch die Verfassung und ihre Gesetze nicht ausdrücklich anerkannten Charakter haben. Da der Parteiorganismus einen notwendigen Teil im Getriebe der Staatsmaschine darstellt, ist es verständlich, daß dieser Organismus die Existenz seiner Funktionäre zu gewährleisten hat. So wird die finanzielle Grundlage der Partei im wesentlichen dadurch gesichert, daß jedes durch die Partei zu Ämtern und Posten gelangte Mitglied einen bestimmten Prozentsatz seiner Einnahmen an die Parteikasse abzuführen hat. Auf der anderen Seite sind die direkten Ausgaben für die Wahlen relativ gering, da sie ja vom Staate bestritten werden, eine Tatsache, die wiederum die Stellung der Parteimaschine und des Boß dadurch stärkt, daß man Außenseitern oder weniger aktiven Parteimitgliedern die relativ gut bezahlten Stellungen von

Wahlbeisitzern offerieren kann. So spiegelt die amerikanische Partei in ihrem organisatorischen und finanziellen Aufbau den Mechanismus der amerikanischen Verfassung selbst wider.

VI.

Da die Parteien in den Vereinigten Staaten keine Klassenorganisationen im programmatischen Sinne des Wortes sind, da infolgedessen bei den Wahlen nicht für ein politisches Programm, sondern für bestimmte Persönlichkeiten abgestimmt wird, erhält das persönliche Moment im politischen Leben der Vereinigten Staaten einen besonderen Akzent.

Wenn daher die beiden amerikanischen Parteien als Parteien nicht mehr bestimmt umrissene Klasseninteressen vertreten, während sich andererseits die bürgerliche Gesellschaft gerade in den Vereinigten Staaten in einer höchst komplexen, klassendifferenzierten Form entfaltet hat, so ist es klar, daß diese differenzierten, oft auseinanderstrebenden Interessen auch einen bestimmten politisch-organisatorischen Ausdruck finden müssen, soweit die Parteien als solche nicht den Rahmen bilden. Auch diese im politischen Mechanismus der Union begründete supplementäre Institution, die sogenannte Lobby, wird meistens ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Korruption und der ungesetzmäßigen Beeinflussung des Gesetzgebers betrachtet. Sie ist oft als unsichtbare Regierung, als dritte Kammer neben Repräsentantenhaus und Senat bezeichnet worden. Ihre Funktion ist es, gegenüber bestimmten gesetzgeberischen Maßnahmen oder Plänen das spezielle Interesse bestimmter Klassengruppen und Klassenschichten zur Geltung zu bringen.

Eine Analyse einer gegebenen politischen Situation in Washington erfordert daher nicht so sehr eine Untersuchung der Parteierklärungen zu bestimmten Fragen, sondern eine Klarstellung der Tätigkeit und Anschauungen der maßgebenden Lobbies. Deren Zahl beträgt nach übereinstimmenden Schätzungen ungefähr fünfzehnhundert, von denen etwa tausend ausgesprochene ökonomische Absichten verfolgen. Sie gliedern sich hauptsächlich nach den entscheidenden Industrie- und Handelszweigen; so gibt es eine Eisenbahn-, eine Petroleum-, eine Stahl-, eine Einzelhandels-, eine Bank- usw. Lobby. Treten die Interessen solcher Gruppen in einen wenigstens für den Augenblick nicht versöhnbaren Konflikt, so kommen die großen Enthüllungen zustande, wie sie während der letzten Jahre oft den

Senat und damit auch die Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten beschäftigt haben. Hierher gehören z. B. die Enthüllungen über die Power-Lobby, die ein gründlich durchdachtes System der Beeinflussung der öffentlichen Meinung in allen ihren Äußerungsformen zutage gefördert haben. Wie diese Lobby in die Universitäten und Hochschulen eingedrungen ist, wie auf ihre Veranlassung ökonomische Lehrbücher geschrieben und benutzt wurden, wie sie die Presse beeinflusst hat, das erzählt Ernest Gruening in einer reich dokumentierten Schrift¹⁾.

Alle diese Lobbies unterhalten in Washington ebenso wie in den Hauptstädten der Einzelstaaten Büros und Vertreter, deren Aufgabe es ist, die geplante Gesetzgebung zu überwachen, dafür zu sorgen, daß Gesetzentwürfe, die den Interessen ihrer Auftraggeber schädlich sind, nicht durchkommen und daß Maßnahmen, die zur Förderung ihrer Gruppen zweckmäßig erscheinen, vor den Kongreß gebracht werden.

Ihre Tätigkeit besteht im wesentlichen nicht etwa darin, Kongreßmitglieder durch geldliche Zuwendungen zu beeinflussen, sondern sie haben den in Frage kommenden Komitees des Kongresses Tatsachen und Argumente in einem Sinne zu präsentieren, der das gewünschte Ziel erreichen läßt. Die ökonomische Struktur des Landes ist heute so kompliziert geworden, daß die einzelnen Kongreßmitglieder unmöglich die Wirkung bestimmter gesetzlicher Maßnahmen übersehen können. Da die beiden Parteien nun Organisationen im nationalen Maßstabe eigentlich nicht kennen — diese werden nur bei Gelegenheit der Präsidentenwahlen gebildet und nach Erledigung der Wahl wieder aufgelöst — und auf Grund ihrer ganzen organisatorischen Struktur sich auch nicht auf bestimmte konkrete politische Linien festlegen, kann das einzelne Kongreßmitglied sachgemäße Information von seiner Partei nicht erwarten; es empfängt sie daher legitimerweise von der Lobby, die auf diesem Wege die spezifischen Interessen der von ihr vertretenen Gruppe durchsetzt. Es ist daher auch kein Wunder, daß es kaum eine gesetzgeberische Maßnahme von Bedeutung gibt, bei der im Kongreß die Abstimmung auf Grund von Parteizugehörigkeit erfolgt.

Die Lobby hat ihr Netz über das ganze Land verbreitet und beginnt ihre Tätigkeit bereits bei der Aufstellung der Kandidaten, welche die Parteien bei den Primärwahlen präsentieren. Unter solchen Ge-

¹⁾ Ernest Gruening, *The Public Pays, A Study of Power Propaganda*. New York, 1931.

sichtspunkten erklärt sich auch der ungeheure Einfluß, den die Frauenorganisationen auf die Politik in den Vereinigten Staaten ausüben können, stellen sie doch eine der machtvollsten Lobbies dar, welche über viele Millionen von Stimmen bei den Wahlen verfügt¹⁾.

Man hat oft die Frage aufgeworfen, warum es in den Vereinigten Staaten keine politische Arbeiterbewegung im europäischen Sinne gibt. Wenn die American Federation of Labor, die in Washington wie auch in den Hauptstädten der Einzelstaaten eine Lobby unterhält, es immer wieder abgelehnt hat, eine Labour Party etwa im Sinne der englischen zur Durchsetzung der politischen Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu gründen, so ist diese Taktik des amerikanischen Gewerkschaftsbundes durch das System der Primärwahlen nur noch bestärkt worden. Nach der Auffassung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes haben die amerikanischen Arbeiter durch die Ausnutzung des Systems der Primärwahlen größere politische Resultate erzielt als die Arbeiter in England oder irgendeinem anderen europäischen Staate²⁾. Die sogenannte „Non-Partisan Policy“ der American Federation of Labor ist nur im Rahmen des ganzen amerikanischen Regierungssystems verständlich. Sie besteht darin, daß die Gewerkschaften die ihnen zur Verfügung stehenden Stimmen zugunsten irgendeines Kandidaten, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit, mobilisieren, sofern er nur die von den Gewerkschaften geforderten gesetzgeberischen Maßnahmen im Kongreß bzw. in den Parlamenten der Einzelstaaten zu vertreten verspricht. Demgemäß hat die von dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund in Washington unterhaltene Lobby u. a. die Aufgabe, bei Abstimmungen im Kongreß die Haltung der verschiedenen Kongreßmitglieder gegenüber Gesetzen, an denen die Gewerkschaften sich interessiert erklärt haben, zu registrieren und dieses Register gewissenhaft bis zum nächsten Wahlgang des betreffenden Kongreßmitgliedes fortzuführen. Hat dieses nun im großen und ganzen in einem Sinne gestimmt, der von den Gewerkschaften bejaht wird, so empfehlen sie ihren Mitgliedern, für seine Wiederwahl einzutreten. Auch hier wirkt also die Institution der Primärwahlen einer unabhängigen oppositionellen Bewegung entgegen. Denn mißliebige Richter, Gouverneure,

¹⁾ Eine ausführlichere Schilderung der Lobby findet sich in der Schrift von Edward B. Logan, *Lobbying*, Annals of the American Academy of Political and Social Science, Philadelphia 1929.

²⁾ Vgl. William English Walling, *American Labor and American Democracy*, New York 1926, p. 126ff., p. 139ff., p. 146ff.

Senatoren usw. kann man heseitigen, indem man in den Primärwahlen gegen sie stimmt¹⁾).

Dieser Konstellation entspricht es auch, daß die gesamte Sozialgesetzgebung der letzten vierzig Jahre, wie im übrigen auch all jene gesetzgeberischen Maßnahmen, die man als progressive zu bezeichnen gewohnt ist, Bewegungen und Strömungen entsprang, deren Quellen jenseits der politischen Parteien lagen. Ihre Stoßkraft gewann sie aus der Agitation straffer oder loser organisierter Minoritäten, denen es gelang, den heiden großen Parteien Konzessionen abzuzwingen.

Die Lobby stellt demgemäß, ebenso wie die politische Partei, in den Vereinigten Staaten eine notwendige Ergänzung der verfassungsmäßig geordneten Organisationen außerhalb der Verfassung, jedoch nicht im Gegensatz zu ihr, dar. Der Kampf zwischen den maßgebenden Schichten der herrschenden Klasse um die politische Macht spielt sich infolgedessen ehensosehr innerhalb der Parteien wie zwischen den Lobbies ab.

VII.

Mit der zunehmenden Industrialisierung des Landes, mit der immer engeren und dichterem Verflechtung aller ökonomischen Beziehungen und Verhältnisse hat natürlich auch die Lobby ständig an Bedeutung gewonnen. Und die Konflikte, die sich ursprünglich im wesentlichen im Rahmen der großen Parteien abgespielt haben, sind heute Kampfgebiet für den Aufmarsch der Lobbies geworden. Natürlich klingt in den beiden Parteien noch das Echo der großen historischen Auseinandersetzungen nach, deren Werkzeuge sie gewesen sind. Obwohl für die Bundespolitik eigentlich nur noch eine politische Partei existiert²⁾, so muß man doch, um das Kolorit des politischen Lebens in den Vereinigten Staaten zu begreifen, den großen geschichtlichen Konflikt, der in den beiden Parteien zum Austrag gekommen ist

¹⁾ Über die Geschichte unabhängiger Arbeiterparteien in den Vereinigten Staaten orientiert die Schrift von Nathan Fine, *Farmer-Labor Parties in the United States, 1828—1928*, New York, 1928. Vgl. ferner Stuart Rice, *Farmers and Workers in American Politics*, New York 1924.

²⁾ In einem etwas anderen Sinne ist es auch richtig, daß die Entwicklung auch in den Einzelstaaten und Gemeinden dahin tendiert, oft die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien aufzuheben und auch organisatorisch eine einzige Partei herzustellen. „Die erfolgreiche Maschine oder der erfolgreiche Boß waren oft in der Lage, beide Parteien zu kontrollieren und so ein einheitliches ‚Zweiparteien-System‘ zu schaffen, innerhalb dessen Parteizwistigkeiten relativ unwesentlich wurden. So wurde, besonders bei lokalen Angelegenheiten, das Zweiparteiensystem tatsächlich zu einer Einheit, wenn man es unter dem Gesichtspunkt der Verfügungsgewalt betrachtet.“ Merriam, p. 270.

und der heute mehr oder minder als abgeschlossen gelten kann, in seinem Ablauf und in seiner Wirkung auf die Parteien verfolgen¹⁾).

Die amerikanische Gesellschaft war von der Zeit ihrer Entstehung an in ihrem Klassenaufbau einfacher als die europäische. Wenn auch zweifellos die Behauptung, daß Amerika keinen Feudalismus gekannt hat, unzutreffend ist, so war doch die ganze gesellschaftliche Schichtung der Klassen in den Vereinigten Staaten klarer und übersichtlicher als in den Mutterländern. Infolgedessen sind auch die politischen Probleme, die mit der Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft verbunden sind, in der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten mit größerer Klarheit abgezeichnet und ohne Beimengungen aus vorhergegangenen Geschichtsepochen, welche die Probleme in ihrer Eindeutigkeit verwirren. Das entscheidende Problem, das den Geschichtsablauf in den Vereinigten Staaten seit Begründung der Union bis um die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts beherrscht hat, war die Umwandlung einer im wesentlichen agrarisch orientierten Gesellschaft in eine industriell-kapitalistische. Die Eroberung der Farmwirtschaft durch und für den industriellen Kapitalismus war die entscheidende Aufgabe der ersten hundertfünfzig Jahre in der amerikanischen Geschichte. Auf dieser Basis stellte ein Parteisystem wie das europäische mit seiner Vielzahl verschiedener Gruppierungen eine Unmöglichkeit dar. Geschichtlich und politisch möglich waren, von unbedeutenden Abweichungen abgesehen, nur zwei Parteien: die Partei der Eroberung der Agrarwirtschaft für den Kapitalismus und die Partei des Widerstandes, eines Widerstandes aber, der sich im Rahmen des kapitalistischen Systems selbst hielt und der dazu bestimmt war, allzu hastige Beschleunigungen der Umwandlung der Agrarwirtschaft zu verzögern und die daraus resultierenden Erschütterungen auszugleichen.

Dieser Kampf hat heute praktisch sein Ende erreicht, da die städtische Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu der Zeit des ersten Bundeszensus nicht ganz 4% der Gesamtbevölkerung betrug, während sie heute ungefähr 80% umfaßt. Mit dieser grundlegenden Veränderung im Leben der amerikanischen Nation hat sich natürlich auch eine fundamentale Veränderung innerhalb der politischen Parteien vollzogen. Die Demokraten, denen Jefferson, Jackson und zuletzt

¹⁾ Eine zuverlässige Chronik der Entwicklung der Republikanischen, bzw. der Demokratischen Partei ist in den folgenden Schriften zu finden: Francis Curtis, *The Republican Party, 1854—1904*. 2 vols, New York 1904. W. S. Myers, *The Republican Party: A History*, New York, 1928. Frank R. Kent, *The Democratic Party: A History*, New York, 1928.

noch Bryan das Ideal einer einfachen, auf den selbständigen Farmer basierten Wirtschaft vorangetragen hatten, sind heute aus einer rein agrarischen zu einer Partei der großstädtischen Bevölkerung geworden. Da die Demokraten als Partei des Widerstandes geschichtlich gesehen gezwungen waren, sich immer mit den unterdrückten Schichten der Bevölkerung zu verbinden, so stellten sich die zuletzt gekommenen Gruppen der Einwanderer hinter sie, während diejenigen Einwandererschichten, denen es gelungen war, von den angelsächsischen Herren anerkannt zu werden, sich meistens der Republikanischen Partei anschlossen.

Mit der Tatsache dieses grundlegenden Konfliktes in der amerikanischen Geschichte, der den Angelpunkt zu ihrem Verständnis darstellt, hängt auch zusammen, daß es in den Vereinigten Staaten trotz aller konfessionellen und religiösen Gegensätze nie einen Kirchenkonflikt in politischer Zuspitzung gegeben hat. Obwohl die Kirchen in Amerika eine nicht zu unterschätzende Macht repräsentieren und repräsentiert haben, haben sie nie wie in Europa großen Grundbesitz ihr eigen genannt. Infolgedessen gab es in den Vereinigten Staaten keine reale ökonomische Basis für klerikale und antiklerikale Parteien wie in europäischen Ländern. Auch innerhalb der beiden Parteien konnten kirchliche Konflikte daher nie akut werden. Andere Fragen, die in Europa zum Streitgegenstand der Parteien wurden, sind in den Vereinigten Staaten auf Grund der Verfassung der gesetzgebenden Beeinflussung durch die Bundesgewalt entzogen. So ist u. a. das Strafrecht und zum großen Teil auch das Zivilrecht, die Arbeitsverhältnisse in den meisten Industrien, Erziehung und Unterricht Domäne der einzelstaatlichen Gesetzgebung geblieben. An solchen Fragen konnte sich also der politische Konflikt in und zwischen den Parteien nicht entzünden, wenigstens soweit es sich um die Bundespolitik in Washington handelte. Der grundlegende Konflikt, der die Geschichte der Vereinigten Staaten durchzieht und den man in stenographischer Abkürzung als den Konflikt zwischen Industrie und Landwirtschaft bezeichnen kann, ist infolgedessen in Amerika nicht durch Probleme verwischt worden, die ihm fremd sind.

Ähnliches gilt noch auf einem anderen Gebiet. Der eigentümliche Charakter der amerikanischen Verfassung hat eine Bürokratie im europäischen Sinne nicht entstehen lassen, ebensowenig wie eine große und einflußreiche Militärkaste mit eigenen abgesonderten Interessen und Auffassungen. Infolgedessen bot sich auch von dieser Seite aus keine Möglichkeit einer anders gearteten Parteienbildung

oder einer Verwischung des grundlegenden historischen Konflikts innerhalb der beiden Parteien selbst.

Es ist bereits festgestellt worden, daß die Demokratische Partei, geschichtlich gesehen, die Partei des Agrarwiderstandes war¹⁾. Mit der Verlegung des Bevölkerungs-Schwerpunktes vom Land in die Stadt hat sich die gesamte politische Situation, für welche die Demokratische Partei den Rahmen bot, grundlegend verändert. Da die Gründer der Partei im wesentlichen Plantagenbesitzer aus den Südstaaten waren, hat die Partei auch heute noch in diesen Teilen des Landes eine bislang nicht erschütterte Majorität. Als Partei der Sklavenbesitzer waren die Demokraten auch die Partei der Niederhaltung der Neger. Aber auch in dieser Beziehung hat die Entscheidung, die im grundlegenden Konflikt zwischen Kapitalismus und Landwirtschaft gefallen ist, die scheinbar so festgefühten Verhältnisse und Beziehungen zu verändern begonnen. Eine Industrialisierung der Südstaaten hat eingesetzt, welche auf der einen Seite die endgültige Auflösung der Klasse der Plantagenbesitzer bedeutet, auf der andern eine Emigration der Neger aus den Baumwollbezirken des Südens in die industriellen des Nordens. Diese Wanderungsbewegung bewirkte politisch eine Stärkung der Republikaner, da der Negerwähler aus Tradition für die Partei der Sklavenbefreier, die Republikaner, stimmt.

Diese Industrialisierung der Südstaaten hat aber für die Demokratische Partei noch eine weitere Folge. Als Partei des Agrarwiderstandes waren die Demokraten traditionell eine Anti-Hochschutzzollpartei. Die wachsende Industrialisierung im Süden, die Entstehung von Eisen- und Textilindustrien in den Südstaaten, führt aber notwendigerweise zu einer Stärkung der Hochschutzzoll-Stimmung bei den Demokraten. Dem läuft eine andere Tendenz entgegen: da in den nördlichen zum größten Teil demokratischen Großstädten der Kapitalexport eine immer stärkere Bedeutung angenommen hat, ergibt sich aus den schutzzollfeindlichen Interessen dieser Gruppen eine Strömung im Rahmen der Demokratischen Partei, die sich auf den Abbau des Hochschutzzolls richtet, in

¹⁾ Neben der Demokratischen Partei sind jedoch in der amerikanischen Geschichte immer wieder Gruppen und Organisationen aufgetreten, die auch programmatisch die Lebensinteressen der Farmwirtschaft zu ihrem Ausgangspunkt nahmen. Besonders reich an Bewegungen und Organisationen dieser Art ist die Zeit zwischen Bürgerkrieg und der Jahrhundertwende. Eine gute Darstellung dieser Periode unter materialistischen Gesichtspunkten hat John D. Hicks in seinem Buch: *The Populist Revolt*, Minneapolis 1932, gegeben.

Übereinstimmung mit den Traditionen der Partei, aber gegen ihren eigentlichen Sinn. Diese Strömung wird noch dadurch unterstützt, daß in den letzten Jahrzehnten das spezifische Gewicht von Industrien gestiegen ist, die durch den Schutzzoll nicht tangiert werden und die zum großen Teil ebenfalls in demokratischen Bezirken entstanden sind. Die großen Public Utility-Gesellschaften sind das beste Beispiel dafür.

Die zunehmende Konzentration des Kapitals, die Verdrängung des kleinen und mittleren Unternehmers aus der Industrie, die Ersetzung des Einzelhändlers und Kaufmanns durch den Kettenladen, das Warenhaus, das Einheitspreisgeschäft, die Proletarisierung der unteren und mittleren Angestelltenschichten, alle diese mit unheimlicher Wucht und Schnelligkeit sich durchsetzenden Prozesse haben die Mittelschichten aufgerieben, welche in den Städten mit zu den entscheidenden Wählermassen der Demokratischen Partei gehört haben. Damit werden gerade die Schichten zerstört, welche der Partei den Kampf um die Anti-Trustgesetzgebung aufgezwungen hatten. Die Partei hört infolgedessen graduell auf, die Partei des Kampfes gegen die Trusts zu sein.

Ein ähnlicher Prozeß hat ihr eine andere soziale Antriebskraft entzogen, den kleinen und unabhängigen Farmer, der traditionell das Kraftreservoir für fortschrittliche demokratische Bewegungen in den Vereinigten Staaten dargestellt hat. Mit der definitiven sozialen und ökonomischen Niederlage des unabhängigen Farmers ist der Kampf zwischen Kapitalismus und Landwirtschaft zu einem Abschluß gekommen, zu einem Abschluß allerdings, der selbst wiederum die Existenzgrundlage des amerikanischen Kapitalismus in Frage stellt. Rein ökonomisch gesehen wäre ein Kapitalismus in den Vereinigten Staaten vorstellbar, der sich die Farmer ebenso wie die städtischen Mittelschichten eingegliedert hätte. Politisch gesehen würde aber das Gleichgewicht eines solchen Systems durch Anstöße der geringfügigsten Art gestört werden können. „In einem Augenblick kapitalistischer Krise würde eine aus Pächtern und Landarbeitern bestehende Farmerbevölkerung, der in den Städten eine Bevölkerung von großkapitalistischen Angestellten und Arbeitern gegenübersteht, nur eine armselige Grundlage für die Institution des Privateigentums abgeben“¹⁾.

Als Partei des Agrarwiderstandes waren die Demokraten traditionell die Partei, welche die Rechte der Einzelstaaten gegenüber

¹⁾ Lawrence Dennis, *Is Capitalism Doomed?* New York 1932, p. 146.

deuten des Bundes vertreten hat. Auch in dieser Beziehung ist jetzt eine grundlegende Wandlung eingetreten. Die Zentralgewalt hat gegenüber den Einzelstaaten eine außerordentliche Stärkung erfahren und das aus vielen Gründen: einmal hat seit der Jahrhundertwende eine mit Riesenschritten fortschreitende Konzentration und Zentralisation des Kapitals eingesetzt, welche die Grenzen der Einzelstaaten verwischt und aufgehoben hat. Ferner hat der Kapitalexport die außenpolitische Rolle der Bundesgewalt den innenpolitischen Funktionen der Einzelstaaten gegenüber akzentuiert. Und schließlich haben sich auch die ökonomischen Aufgaben des Staates im Innern immer mehr erweitert und so die Zentralisierung der Bundesgewalt in Washington gefördert. Infolgedessen hat auch diese Frage aufgehört, ein eigentlicher Konfliktgegenstand zu sein. Sie ist eine historische Erinnerung, die als Tradition im Lehen der Partei lebendig geblieben ist, wenn sie auch die ursprüngliche Parteidifferenzierung in den Vereinigten Staaten ebensowenig wie irgendeines der anderen eben kurz zitierten Fundamentalprobleme der politischen Entwicklung verursacht und bestimmt hat.

Zur Soziologie des mechanistischen Weltbildes¹⁾.

Von

Franz Borkenau (Wien).

Von etwa 1620 an vollzieht sich im Denken der entwickeltsten europäischen Nationen (Frankreich, Italien, Holland, England) eine tiefgreifende Umwälzung, die ihren prägnantesten Ausdruck in der Entstehung der neuen philosophischen Schulen von Descartes, Gassendi und Hohhes findet. Die Erneuerung der Philosophie heudet an diesem Wendepunkt der Denkgeschichte jedoch nicht vor allem eine Veränderung der spezifisch metaphysischen Denkinhalte über Gott, Seele, Unsterblichkeit, obwohl die Umwälzung des Denkens auch diese Themen mitbetrifft. Zentral ist für die ganze „moderne“ Philosophenschule dieser Zeit die Konstituierung einer neuen Auffassung von der Natur und — für einige unmittelbar, für alle implizit — auch von der menschlichen Gesellschaft. Die vollkommene Umwälzung der Erkenntnistheorie, welche die philosophischen Systeme dieser Zeit von der vorhergehenden Periode scharf abhebt, dient eben der Grundlegung der neuen Kategorien der Natur- und Gesellschaftswissenschaft. Daher ist auch die Bedeutung der großen Staatsrechtler wie Althusius und Grotius, der großen Naturforscher wie Galilei, Fermat, Huyghens, Harvey, Pascal für die Entstehung der neuen Weltanschauung nicht geringer als die der eigentlichen Philosophen. In dem Entstehungsprozeß des modernen Denkens geht es — im schärfsten Gegensatz zu seiner weiteren Ausbildung — keine Grenze zwischen Metaphysik und Erkenntnistheorie einerseits, Physik und Soziallehre andererseits.

I. Mathematisch-mechanistisches Weltbild und Manufaktur.

Die neue Denkform läßt sich am besten als das mathematisch-mechanistische Weltbild definieren; es ist mechanistisch, insofern

¹⁾ Das Folgende sind Gedankengänge aus einem Buch, das demnächst in der Schriftenreihe des Instituts für Sozialforschung unter dem Titel „Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild“ erscheinen wird. In der vorliegenden verkürzten Darstellung mußte auf alles Beweismaterial und auf die Aufzeigung zahlreicher Zwischenglieder des gesellschaftlichen Zusammenhanges verzichtet werden.

Geschehen letztlich auf Bewegungen qualitativ gleichartiger und auf Bewegungsübertragung innerhalb einer raum-zeit-Kontinuität zurückgeführt wird — anders als in der folgenden, deren Physik auf der Annahme von Fernkräften und der Einführung besonderer Qualitäten beruht; es ist mathematisch, in Wissenschaftlichkeit und Gewißheit nur der Beweisform euklidischen Geometrie und ihren Nachbildern zuerkannt wird, sofern die Tendenz besteht, das als eine Summe von Bewegungsabläufen gefaßte Geschehen mittels eines Bündels linearer Gleichungen auszudrücken. Das mathematisch-mechanistische Denken über die Rolle der Manufaktur im Produktionsprozeß untrennbar verknüpft. Jedoch ist der Zusammenhang zwischen Naturwissenschaft und industrieller Produktion in der Manufakturperiode ein anderer als in der Periode der großen Industrie. Während in der Wissenschaft eine der mächtigsten Produktivkräfte darstellt, der technische Nutzen der Naturwissenschaft in der Manufakturperiode gleich null gewesen. Die Manufaktur als systematische Organisation der Arbeit auf die primitivsten handwerklichen Prozesse, der Arbeitserlegender handwerklicher Großbetrieb, bedarf keiner Naturwissenschaft und vermag sie nicht zu nutzen; von allen Jahrhunderten der neueren Geschichte ist das 17. bei weitem das ärmste an technischen Erfindungen, seine Naturwissenschaft am reinsten die mechanische Theorie. Innerhalb ihrer spielt die Manufaktur vor allem das Vorbild eines Vorbildes, insofern der manufaktuelle Produktionsprozeß durch weitgehendste Abstraktion von allem Qualitativen abstrahiert ist. Die extreme Arbeitserlegung schafft einerseits ein abstraktes allgemeines Arbeitssubstrat, dessen chemische und physikalischen Qualitäten möglichst ignoriert werden, das nur als Stoff an sich in Betracht kommen soll, andererseits den vollkommen unqualifizierten Arbeiter, der nur als Arbeitskraft an sich in Betracht kommt, dessen Tätigkeit abstrakte Arbeit, reine physikalische Bewegung ist. Der größte Klassiker der Physik der Manufakturperiode, Galilei, behandelt in seiner Hauptschrift, den „Discorsi“, die Gesetze dieser abstrakten Arbeit. Die wissenschaftlichen Abstraktionen der Zeit gehen jedoch über eine bloße Untersuchung der manufaktuellen Technik weit hinaus. Die Träger des neuen Denkens wollen alles Geschehen nach Analogie eines manufaktuellen Arbeitsprozesses erklären. Manche von ihnen begnügen sich mit nicht, sondern versuchen, über die Probleme der Dynamik hinauszugehen und das Weltgeschehen rein logisch-mathematisch zu

fassen. Diese Verallgemeinerung der von der Manufaktur ausgehenden Fragestellungen über den Bereich des gesamten menschlichen Wissens ist nicht aus den Bedürfnissen des technischen Produktionsprozesses, sondern aus den Klassenkämpfen zu erklären, die sich an das Emporkommen der neuen Produktionsweise knüpfen.

II. Der Naturgesetzbegriff.

Welche Rolle spielt nun die Verallgemeinerung der manufakturellen Anschauungsweise in den Klassenkämpfen, die die Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft herbeiführen? Das ergibt sich am besten aus einer Untersuchung der Vorgeschichte der mechanistischen Naturauffassung. Diese soll an einer geschichtlichen Darstellung der Entwicklung des Begriffes „Naturgesetz“ durchgeführt werden; die geeignete Methode hierzu ist die Geschichte der Worthedeutung des Terminus „lex naturalis“. Denn in diesem Terminus verbindet sich vom 13. Jahrhundert ab unmittelbar die Idee der gesellschaftlichen Ordnung mit der Vorstellung von der Naturordnung.

In der neueren Geschichte wird dieser Begriff zum erstenmal bei Thomas von Aquino und seinen Vorläufern Bonaventura und Alexander von Hales (im Zusammenhang mit der Rezeption des Aristotelismus) zum Gegenstand systematischer Erörterung. Der Übergang von der erbständischen zur herufsständischen Gesellschaft führt den Übergang von härtester Askese zu einer relativ weltoffenen Haltung mit sich. Der neue Begriff der „lex naturalis“ ist der wichtigste Ausdruck dieser Wendung. Denn er verknüpft die Begriffe „lex“ und „natura“, die bis dahin sich als das Prinzip des göttlichen Guten und des fleischlichen Bösen in unüberbrückbarer Feindschaft gegenüberstanden. Während für Augustin und das ganze frühe Mittelalter das göttliche Gesetz ein dem Menschen von außen aufgezwungenes Gebot ist, ist es für Thomas der Ausdruck der allgemeinen natürlichen Neigungen des Menschen, einer natürlichen Harmonie seiner physischen Bestandteile und seiner psychischen Bestrebungen, welche freilich nur in einer wohlgeordneten Gesellschaft zu ihrem Rechte kommen können. Um diese in Funktion zu bringen und zu halten, bedarf es erkennender Vernunft, die das im Menschen bloß latent angelegte göttliche Gesetz in Wirksamkeit setzt. Dabei wird, entsprechend der Thomas als „natürlich“ geltenden feudalen Gesellschaftsordnung, angenommen, daß die Natur und also das Naturgesetz der verschiedenen Stände verschieden sei. Der Begriff der „lex

naturalis“ bei Thomas dient der Apologie der berufsständischen Gesellschaft, der Polemik gegen die Lehre vom „irdischen Jammerthal“, der Lobpreisung des Menschen, der fähig ist, Gottes Werke zu verwirklichen, der Lehre von der Übereinstimmung von Trieb und moralischer Norm. Das Naturgesetz gilt eigentlich bloß für die menschliche Gesellschaft, nur im übertragenen Sinn für die außermenschliche Natur.

Mit dem Verfall der feudal-traditionalistischen Gesellschaftsordnung ändert sich die Auffassung vom Menschen, zerreißt der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem Begriff des Naturgesetzes und der Auffassung von der Gesellschaft, schieben sich zwischen Soziallehre und Naturbild immer zahlreichere Mittelglieder ein. Die veränderte Bewertung der Menschennatur führt schrittweise zur reformatorischen Anthropologie. Erschien Thomas der Mensch als von Natur aus mit allen Forderungen der Sitte und der Sittlichkeit übereinstimmend, so gilt er nun inmitten des Verfalls der ständischen Traditionen als ein schlechthin böses Wesen, unfähig, sein eigenes Heil zu wirken, auf die göttliche Gnade bedingungslos angewiesen. In soleher Situation wird das Problem der Ordnung in verdoppelter Schärfe aktuell. Konnte Thomas die Ordnung des Kosmos unmittelbar aus der evidenten Ordnung des menschlichen Daseins ableiten, so muß nunmehr eine Deutung des Weltalls herbeibemüht werden, um den Glauben an die Möglichkeit der Harmonie im Menschenleben aufrechtzuerhalten, die in der erscheinenden Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr aufweisbar ist. Bei Nikolaus Cusanus als dem ersten Denker, der das Problem der Weltharmonie konsequent gestellt hat, kündigen sich so die Grundprobleme der modernen Philosophie an. In der Erscheinung ist die Welt ein Reich der Unruhe, das nicht verstanden werden kann. Diesem Reich der Erscheinung wird ein Reich des Wesens gegenübergestellt, in dem Harmonie und Ordnung herrschen. Dieses Wesen ist unseren irdischen Kräften nicht voll zugänglich, deus absconditus. Aber seine Spuren finden sich überall, einerseits in der „lex naturalis“, die zwar nicht mehr ein Ausdruck der natürlichen Triebkonstitution des Menschen ist, die er aber als Gewissen von Gott eingepflanzt in seinem Herzen trägt; anderseits in der „lex naturalis“ der ewigen Beständigkeit schöner Ordnung in der Natur, die einen allgütigen Schöpfer anzeigt. So wird die Gewißheit der Wesenhaftigkeit des moralischen Naturgesetzes, die aus dem verderbten Menschenleben nicht mehr gewonnen werden kann, der Natur abgezwungen, die sich zu diesem Zwecke eine bewußte Deutung in mathematischen Maßen, nach Art des Neupythagoreismus,

gefallen lassen muß. Die Trennung des physischen vom moralischen Naturgesetz führt dazu, daß das gesellschaftliche Leben nur noch aus den Gesetzen der äußeren Natur deduktiv oder analogisch verstanden werden kann, während Thomas gerade umgekehrt die Natur aus den Zwecken des Menschenlebens erklären will. In der entstehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung erscheinen die gesellschaftlichen Ordnungen dem Menschen nicht mehr, wie im feudalen Traditionalismus, als seine angeborene „Natur“ und noch nicht, wie in der sozialistischen Lehre, als sein Produkt. Wie alles gesellschaftliche Geschehen im Kapitalismus, erscheinen ihm seine Taten als ein ihm von außen kommendes Schicksal, das also jeder antropozentrisch-finalen Deutung verschlossen ist.

Cusanus vertritt eine gesellschaftliche Gruppe, die innerhalb der Auflösung des Feudalismus eine harmonische Gesellschaftsordnung durch Herrschaft einer „weisen“ Oligarchie aufrechtzuerhalten strebt. Seine harmonistische Deutung des Weltalls ist wertlos für jene Schichten, die durch den Zersetzungsprozeß des Feudalismus aus ihrer traditionalistischen Lebensform geworfen worden sind, dadurch aber nicht neue Möglichkeiten der Herrschaft bekommen haben, sondern sich der Notwendigkeit eines qualvollen Anpassungsprozesses an die Bedingungen des Geldkapitalismus gegenübersehen. Für die vom Untergang bedrohten Kleinadeligen, Zunfthandwerker und Intellektuellen, deren Wortführer Calvin ist, bedeutet die Zerstörung der „natürlichen“ feudalen Gesellschaftsordnung das Fehlen jeder Ordnung überhaupt. Der Zusammenhang zwischen der Auffassung der Natur und der Bewertung des moralischen Charakters des Menschen ist nirgends so deutlich wie bei Calvin. Zwar leugnet er nicht das Vorhandensein eines moralischen Naturgesetzes und einer göttlichen Weltordnung, aber in der abgründigen Verderbtheit, die dem Sündenfall gefolgt ist, sind beide dem Menschen unerkennbar geworden. Das Gewissen hat nur den Zweck, den Menschen vor sich selber anzuklagen, ohne daß ihm doch irgendein Weg zum Guten offenstünde. Jetzt ist es voller Ernst mit dem deus absconditus. Da der Mensch durch und durch böse ist, könnte eine Weltordnung nur ein Reich des Teufels sein; gesetzliche Regelmäßigkeit oder schöne Harmonie der Natur zu behaupten, erklärt Calvin daher ausdrücklich für blasphemisch. Er leugnet das moralische wie das physische Naturgesetz.

Die herrschende geldkapitalistische Schicht versucht, sich den Konsequenzen des Calvinischen Pessimismus zu entziehen. Dieser ist

jedoch in der Periode des Geldkapitalismus die einzige konsequente Weltansicht, da der Feudalismus nicht mehr hesteht und die kapitalistischen Lebensformen die Massen noch nicht durchdrungen haben, so daß die gesellschaftliche Wirklichkeit als hloße Herrschaft zerstörender Mächte erscheinen muß. Die Ideologie des Geldkapitals, die Philosophie der Renaissance, ist daher gezwungen, in ihren apologetischen Bemühungen auf jede Sinndeutung der Gesellschaft zu verzichten und ihre harmonistischen Theorien rein vom Standpunkt des vollkommenen Individuums zu begründen, nähert sich aber trotzdem immer mehr der Calvinschen Haltung.

Die erste Etappe auf diesem Wege stellt die Philosophie Ficinos dar; er stellt das Problem der menschlichen Seele in den Mittelpunkt. Unwiderstehlich treiben die „Appetite“ die Seele zu sinnloser Bewegung. Das ist ihre „fatalis lex“. Aber während die erscheinende Bewegung sinnlos ist, hat sie gleichzeitig eine wesenhafte Bedeutung. Im Kreislauf zahlreicher, durch Seelenwanderung verbundener Erdenleben durchläuft sie alle Objekte der Begierde, um sich von allen zu hefreien; so läuft sie im Kreis um Gott, um schließlich in ihn zu fallen. Bei Ficino stehen die Calvin vorwegnehmende Lehre von der vollen Sinnlosigkeit des menschlichen Daseins und die harmonistische Wesensphilosophie unvermittelt nebeneinander. Um so stärkerer Akzent fällt auf eine harmonistische Naturdeutung. Um dem Kreislauf der Seelen Glaubhaftigkeit zu verleihen, konstruiert Ficino die ganze physische und geistige Welt als ein System von Kreisen. Diese Auffassung der Natur als eines harmonischen Systems von Kreisen, der edelsten der Kurven, hat die Naturwissenschaft der Renaissance entscheidend hestimmt. Die statische Ordnung der Gesellschaft, Grundanschauung des Hochmittelalters, hatte wenigstens die Entstehung einer wissenschaftlichen Statik ermöglicht, während jede Art von Dynamik dem Mittelalter verschlossen hlieb. Nun tritt die Bemühung um eine Dynamik der Kreisbewegungen in den Vordergrund und mit ihr die Physik der Himmelskörper als reinste Darstellung dieser Dynamik. Diese Aufgabe hat Kopernikus gelöst. Während dem hohen Mittelalter alles daran lag, den Menschen als die Krone der Schöpfung, die Spitze der hierarchischen Ordnung der Welt, die Erde also als deren Mittelpunkt aufzufassen, wogegen es nichts hedeutete, daß die gequälten ptolemäischen Epicyklen aller schönen Einfachheit har waren, gelten jetzt die Seelen der Himmelskörper als edler denn die Menschenseelen — entsprechend der pessimistischen Bewertung des Menschen und der Superiorität der Natur

über die Gesellschaft. Dagegen steht der Gesichtspunkt der Harmonie in der Natur über allen anderen. Kopernikus bezeichnet ausdrücklich als Motiv seiner Ablehnung des ptolemäischen Systems die Unmöglichkeit, mit seiner Hilfe das Weltall einfach und harmonisch zu konstruieren.

Kommt bei Ficino die entscheidende Rolle des aller sozialen Schranken ledigen vollentwickelten Individuums nur indirekt in seiner rein anthropologischen, asozialen Fragestellung zur Geltung, so stellt es Ludovico Vives ausdrücklich in den Mittelpunkt. Für ihn besteht weder eine finale noch eine harmonistische Weltordnung. Sinn, Trieb, *lex naturalis* des Weltgeschehens ist für ihn die Vollkommenheit jeder Art in ihren vollkommensten Individuen. Die Einheit von Trieb und Norm scheint wiederhergestellt, jedoch auf vollkommen naturalistischer Grundlage. Von hier aus eröffnet sich ein weites, von den Naturgeschichtlern der Spätrenaissance reichlich bebautes Feld empirischer Naturforschung. Sie gilt der Feststellung des besonderen Verhaltens jeder Spezies, wobei der Begriff des Funktionszweckes der Organe für das Individuum umfassende Anwendung findet. Die Fragestellung dieser Empiriker ist durchaus vitalistisch, Probleme der Mechanik tauchen in ihrem Kreis nicht auf. Wohl aber tritt für Vives und seine Nachfolger die Erkenntnistheorie als selbständiges Problem in den Gesichtskreis. Denn wenn alles mittelalterliche Weltverständnis von einer scheinbar evidenten „Natürlichkeit“ des menschlichen Wesens und seiner Strebungen ausging, so ist in Vives' Naturalismus die Überlegenheit der Natur über den Menschen endgültig verfestigt, die Lehre vom Menschen ein Bestandteil der Lehre von der äußeren Natur. Und nun wird das bisher Selbstverständliche zum Problem: Wie können wir der Adäquatheit unseres Wissens von der Außenwelt gewiß sein? Dabei erweist sich die Erkenntnistheorie als Abbild der Metaphysik. Wer die Erkennbarkeit ewiger Ordnungen in der Natur behauptet, muß das Vorhandensein ewiger evidenter Erkenntnisse der menschlichen *ratio* behaupten. Und umgekehrt: wer, wie Vives, ein Bereich der Gesetzmäßigkeit und eines des Zufalls lehrt, muß ein Bereich der ewigen *ratio* und eines der schwankenden *opinio* behaupten. Die Erkenntnistheorie, scheinbar eine Voraussetzung, ist eine Folge der gesellschaftlich bedingten Anschauung von der Weltordnung.

Dem Begriff der „*lex naturalis*“ bei Vives fehlt in Wahrheit seine vorgebliche Eindeutigkeit. Denn welches Individuum innerhalb

einer Art als vollkommen gelten soll, dafür gibt es kein Kriterium. In Vives' Anthropologie ist der Begriff der Norm faktisch verschwunden. Nach ihm verschwindet der Begriff der „lex naturalis“ aus der Theorie. Wie im Staatsrecht an Stelle der Lehre vom Naturgesetz die Theorie des Gottesgnadentums tritt, so treten bei den Naturphilosophen seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, vor allem bei Bodin und Campanella, an Stelle des eine Regelmäßigkeit bezeichnenden Naturgesetzbegriffes Begriffe wie *fatum*, *fortuna*, *providentia*, die die Zufälligkeit alles Geschehens, zunächst des menschlichen und dann alles Naturgeschehens überhaupt, ausdrücken. Den Gipfelpunkt dieser Entwicklung stellt das *novum organon* Bacons dar. Die Baconsche Naturphilosophie ist eine einzige Aufforderung, die Frage der Normen aus der Naturbetrachtung auszuschalten und die Illusion einer einheitlichen, allgemeinen Gesetzmäßigkeit aufzugeben. Bezeichnet in dieser Hinsicht Bacon nicht einen Anfang, sondern den Endpunkt einer jahrhundertelangen Entwicklung, so bringt er der Naturwissenschaft als neues Element die systematische Energie einer praktisch-industriellen Zielsetzung. Das Geldkapital vollzieht seinen Übergang in die Sphäre der Produktion. Aber Bacons Forschen ist unfruchtbar geblieben. Seine angeblich reine Empirie hat nichts zutage gefördert als ein Kunterbunt von Kategorien der Renaissancewissenschaft. Das neue mechanistische Welthild konnte er nicht schaffen, vielmehr entstand es gerade aus einer Wiederherstellung der engsten Verbundenheit zwischen der moralischen und der physischen „lex naturalis“, die auf der Verallgemeinerung der aus der Manufaktur geschöpften Methoden der Naturbetrachtung beruhte.

III. Naturrecht und Gesellschaftsvertrag.

Eine der wichtigsten Vermittlungen zwischen dem mittelalterlichen und dem modernen Naturgesetzbegriff ist die Umwandlung der Staatslehre, die aus dem Siege des fürstlichen Absolutismus zu Beginn des 16. Jahrhunderts und aus den frühbürgerlichen Revolutionen (Aufstand der Niederlande, Hugenottenkriege, Grand revolution) erfolgt. Macchiavelli ist der erste Denker, der konsequent von den Daseinsbedingungen des fürstlichen Absolutismus ausgeht. Zwar ist dieser nicht sein Ideal, im Gegenteil verherrlicht er die mittelalterliche Stadtfreiheit, aber er akzeptiert die Tyranis als unvermeidliche Tatsache und entwickelt die technischen Bedingungen, unter denen sie funktionieren kann. Hierbei ergibt sich sogleich der enge Zusammenhang der neuen Staatsform mit einer neuen Auf-

fassung vom menschlichen Wesen und von der Sittlichkeit. Indem Macchiavelli in dem Entwurfe seiner Politik von allen moralischen Bestimmungen des Staates radikal absieht, leugnet er implizit die reale Bedeutsamkeit des Naturgesetzes im gesellschaftlichen Leben; ohne es ausdrücklich auszusprechen, geht er von der Voraussetzung aus, daß die Menschen einander natürlicherweise feind sind. Absolutismus und pessimistische Anthropologie gehören seitdem untrennbar zusammen. Die Reformation hat diesen Zusammenhang ausdrücklich ausgesprochen. Sie begründet die Lehre von der Herrschaft der Ohrigkeit von Gottes Gnaden mit der Notwendigkeit, den von Natur hösen Menschen mit Gewalt zu bändigen. Für naturrechtliche Ansprüche der Individuen bleibt hier kein Raum.

Jedoch erst durch Bodin wird der Absolutismus im Begriff der Souveränität zum Bestand des Staatsrechts im engeren Sinne. Bodin ist zur juristischen Fassung der Tatsache des Absolutismus durch die Unmöglichkeit seiner theologischen Begründung gezwungen; dies ergibt sich aus der Stellung der royalistischen Mittelpartei in den Hugenottenkriegen, die dem religiösen Fanatismus sowohl der Calviner als der Liguisten den religiös toleranten, auf das innerweltliche Wohl der Untertanen bedachten legitimen bourbonischen Absolutismus entgegenstellt. Bodin vermag jedoch die innerweltliche Begründung der Souveränität nicht zu Ende zu führen, da der innerweltliche Zweck des Absolutismus nur die Wahrung von Leben, Eigentum, Glauben und Wohl der Untertanen sein kann; eben an diese Menschenrechte darf jedoch der Absolutismus nicht gebunden werden, da er sonst aufhörte, absolut zu sein. Bodin muß daher die Souveränität als angebliche empirische Tatsache einfach hinstellen und gewaltsam in alle bestehenden Verfassungen hineindeuten, sowie sie metaphysisch durch Analogien in der Weltordnung (Gottesherrschaft, Patriarchat usw.) stützen. Aber ebensowenig wie Bodin die Souveränität, können seine Gegner, die calvinischen und jesuitischen Monarchomachen, die Menschenrechte in einer systematischen Konstruktion der Gesellschaft begründen. Gegen die „macchiavellistischen“ Greuel der Bartholomäusnacht stellen sie das Recht des Individuums auf seine Existenz, seine Sicherheit, seinen Gottesglauben und seine durch unaufhebbare Rechte garantierten ständischen Ansprüche, und sie sprechen den Untertanen das Recht zu, den Herrscher, der diese Voraussetzungen seiner Herrschaft mißachtet, als Tyrannen zu heseitigen. Hier argumentieren sie jedoch bloß als in ihren Rechten bedrohte Minderheit, sie versuchen gar nicht, diese Rechte, die für

sie einfache Gegebenheiten sind, als notwendige Elemente einer sittlichen Gesellschaftsordnung aufzuzeigen. Die Menschenrechte sind ihnen nicht mehr Bestandteile eines die Gesamtgesellschaft organisierenden Naturgesetzes, sondern bloßes subjektives Naturrecht.

Althusius, der Ideologe des demokratischen Cäsarismus der Oranier (Professor an der Nassauisch-Oranischen Landesuniversität Herborn-Siegen), versucht den Gegensatz zwischen Souveränität und Menschenrechten zu überwinden. Er ist nicht, wie Gierke behauptet hat, Theoretiker einer abstrakten Demokratie, vielmehr scharfer Vertreter des fürstlichen Absolutismus. Die Volkssouveränität dient in seinem System nur dazu, dem Erwählten des Volkes eine möglichst absolute Macht zu vindizieren; der vom Volke eingesetzte Souverän ist normalerweise unabsetzbar. Aber zum Unterschied von Bodin vertritt Althusius nicht eine legitime, sondern eine revolutionäre Herrschermacht, die ihr Recht nur der unmittelbaren Einsetzung durch das Volk verdanken kann. Es geht ihm um die zur Durchsetzung modern-hürgerlicher Verhältnisse geschaffene revolutionäre Diktatur mit monarchischer Spitze. Um die Absolutheit des Herrschers gegenüber allen gesellschaftlichen Verhältnissen sicherzustellen, muß er einerseits die Souveränität für eine notwendige Eigenschaft der Staatsgewalt erklären, andererseits Staat und Gesellschaft identifizieren. Denn ohne diese Identifikation bliebe ja dem gesellschaftlichen Leben ein Bereich unaufhehbarer individueller Freiheitsrechte, die der Souverän nicht antasten dürfte. Gehört aber der souveräne Staat untrennbar zur Gesellschaft, verdankt andererseits der Souverän sein Recht einem Verträge, dann muß die Gesellschaft selbst Produkt eines Vertrages sein. Die so von Althusius begründete Lehre vom Gesellschaftsvertrag zieht die letzten Konsequenzen aus der Antinomie von Souveränität und moralischem Naturgesetz. Bei Althusius wird das Naturgesetz in einem solchen Grade geleugnet, daß alle Verhältnisse des menschlichen Lebens aus vertraglicher Satzung, d. h. aus der Willkür der Individuen abgeleitet werden. Von hier aus öffnet sich der Weg zu der soziologischen Staatslehre des Hobbes. Althusius vermeidet die letzten Konsequenzen Hobbes', dem er im übrigen äußerst nahe steht, nur durch den einzigen naturrechtlichen Rest seines Systems, die Heiligkeit der Verträge. Sie ergibt sich aus der calvinischen Begründung seines Standpunktes. Althusius' Gegenspieler Grotius, den man mit Unrecht für den Begründer der modernen Staatslehre gehalten hat, versucht als Ideologe einer ständischen

Schicht, des holländischen Städtepatriziats, in Anknüpfung an die Scholastik ein objektives Naturgesetz festzuhalten, das der Staatsmacht Schranken setzt und aus dem er die Unaufhebbarkeit erworbener ständischer Rechte ableitet.

IV. Neue Theologie und neue Anthropologie.

Die Lehre von der Souveränität und vom Gesellschaftsvertrag setzt also eine pessimistische Anthropologie voraus. Sie wird daher konsequent nur innerhalb des Protestantismus entwickelt. Umgekehrt entwickelt sich im katholischen Kulturkreis die philosophische Problematik an der dort festgehaltenen Voraussetzung von der Güte und Erlösungsfähigkeit des Menschen, die mit den gegebenen Tatsachen der Zersetzung der feudalen Gesellschaftsordnung und der durch den kapitalistischen Arbeitsprozeß geforderten „innerweltlichen Askese“ in Einklang gebracht werden muß.

Die anthropologischen Probleme kennt auch der Calvinismus, aber sie haben bei ihm keine philosophische Tragweite, weil er sie vermittels eines widerspruchsfreien Pessimismus löst. Der Calvinismus ist der wichtigste Nährboden kapitalistischen Geistes geworden. Zwar ist er selbst nicht ein Produkt des kapitalistischen Arbeitsprozesses, aber ein Produkt der Anpassung an den Einbruch des Geldkapitals in die traditionalistische Wirtschaft vermittels innerweltlicher Askese, die den Weg zum kapitalistischen Arbeitsprozeß öffnet. Hierbei scheint uns, im Gegensatz zu Max Weber, das Bewährungsdogma von geringerer Bedeutung als die Lehre von der abgründigen Verderbtheit des Menschen, die im Calvinismus nicht wie im Luthertum durch die Möglichkeit der Erlösung im Glauben abgeschwächt ist. Diese Lehre wird dann so gewendet, daß jede Verschönerung dieses verderbten Lebens als Teufelsdienst gilt. Daraus ergibt sich die innerweltliche Askese von selbst. Der Gott, der diese Welt beherrscht — ohne seine Existenz, sein ausdrückliches Gebot könnte aus der Verderbtheit der Welt nur ein Leben ohne moralische Schranke folgen —, kann nur ein deus absconditus sein. Letzten Endes ist die innerweltliche Askese irrationalistisch fundiert. Aber gerade darum ist dem Calvinismus das Problem erspart, die Sinnentleerung des kapitalistischen Daseins und den Krieg aller gegen alle mit irgendeinem Ideal vom Guten und Schönen in Einklang zu bringen. Vielmehr nimmt er sie als Tatsache hin.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts ist der Calvinismus zur Konfession von Bankiers, Manufakturbourgeois und industriellen Arbeitern ge-

worden. Die adeligen Schichten scheiden aus. Unannehmbar ist er auch für die Zwischenschicht der Gentry, des Amtsadels, die in Holland wie in England und Frankreich aus feudalen und bürgerlichen Elementen zusammengewachsen ist, vermöge ihres Reichtums die Ämter erobert und ständische Erbllichkeit erlangt hat. In Frankreich erscheint diese Schicht als Noblesse de robe, konsolidiert sich während der Bürgerkriege, setzt im Jahre 1604 die Erbllichkeit der Ämter durch, ist seitdem die einzige von der Krone dauernd relativ unabhängige Klasse und der Hauptträger der modernen Strömungen im geistigen Leben. An das Ideal eines ständisch edlen Lebens gebunden, weist sie den calvinischen Pessimismus von sich. Träger der Bewegung der „Politiciens“, Hauptverteidiger des aufkommenden Absolutismus in seinen ersten Stadien, ist sie der feudalen Staatslehre wie dem Ultramontanismus feindlich.

Die erste ideologische Form, die sie sich gibt, ist der neue Stoizismus von Lipsius und du Vair, den die Corneilleschen Dramen verherrlichen. Ihnen erscheint das gesellschaftliche Leben im Bürgerkrieg als sinnloses Fatum, als ein grundsätzlich Leid bringendes Gehandeltwerden der Menschen von außen, in dem alle bösen Kräfte walten. In der Beurteilung der Realität weichen sie von den Calvinern nicht ab, aber sie stellen diesem Fatum die Ataraxie einer gefaßten Seele gegenüber, die sich den Weltlauf nicht anfechten läßt. Daher lehren sie auch die Freiheit des Willens, aber nicht wie die Thomisten als Fähigkeit des Menschen, selbst den Weg zum Guten zu finden, sondern als negative Kraft, sich das Übel von der Seele abzuhalten. Im Stoizismus zuerst ist äußeres Geschehen und Innerlichkeit schroff geschieden, alles äußere Geschehen, auch im Menschenleben, als dem Menschen fremd aufgefaßt. Der Stoizismus kennt noch kein Problem der modernen Massenmoral, er gilt noch nicht dem kapitalistischen Aufbau, sondern der Selbstbehauptung rationaler Unabhängigkeit inmitten des Untergangs der feudalen Welt.

Selbstbehauptung in der allgemeinen Auflösung bezweckt auch die Ideologie des Hofadels, der Libertinismus, wie ihn Vanini, Theophile u. a. vertreten. Während der Landadel in seinen feudalkatholischen Traditionen verharret, ist der seit dem Ende der Bürgerkriege aufkommende Hofadel von allen feudalen Banden gelöst, kapitalistischen nicht unterworfen, eine Klasse funktionsloser, dabei aber unendlich gewalttätiger Aussauger. Auch der Libertinismus proklamiert die Verderbtheit der Welt, er aber zieht aus ihr den Schluß, daß alle moralischen Sätze nur im Interesse jener, die sie

lehren, aufgestellt seieu, daß die Großen und die Philosophen sich nicht wie die Masse von ihnen betören lassen dürften, daß man es sich in dieser bösen Welt so gut wie möglich sein lassen müsse. Atheismus und Materialismus treten zuerst in dieser Gestalt in der modernen Denkgeschichte auf, ohne jede Verbindung mit mechanistischen Theorien, vielmehr durchsetzt mit allen Sorten von Aberglauben.

Mit dem Eindringen von Merkantilismus und Manufaktur sehen sich Hofadel und Gentry vor das Problem neuer Formen der Massensmoral gestellt. Die Gentry greift zunächst, solange ihre Abneigung gegen den religiösen Fanatismus beider Richtungen überwiegt, zu einer Wiederbelebung der Naturgesetze theorie, deren charakteristischer Vertreter Charron ist. Bei dem Versuch Charrons wird jedoch nur die Unmöglichkeit einer innerweltlich-rationalen Begründung der neuen Moral offenbar. Die menschliche Natur, auf die das moralische Leben begründet werden soll, muß gut sein. Gleichzeitig erweist sich aber Punkt für Punkt, daß sie böse ist, so daß diese beiden Thesen sich ununterbrochen kontradiktorisch gegenüberstehen. Um die Massendomestikation im Sinne der innerweltlichen Askese zu leisten, muß die Gentry wie die Manufakturbourgeoisie zu der irrationalen Begründung auf den deus absconditus greifen. Intensiv wie das Interesse der Gentry als kräftigster der bürgerlichen Schichten an der Neugestaltung der Moral ist, wirft sie sich mit aller Kraft in die religiöse Erneuerungsbewegung und drückt ihr hierbei, zunächst halb unbewußt, ihren Stempel auf.

Voll entwickelt sich die bürgerliche katholische Religiosität jedoch erst im Kampf mit der religiösen Theorie des Hofadels, dem Jesuitismus. Auch der Hofadel ist seit der Zeit Richelieus genötigt, sich der religiösen Erneuerungsbewegung anzupassen, seinen offenen theoretischen Libertinismus aufzugeben. Er tut dies aber in einer mit seinem praktischen Libertinismus vereinbaren Weise. Die von Molina entwickelte Moraltheorie der Jesuiten abstrahiert grundsätzlich von der aller bisherigen Moralthologie zugrunde liegenden Frage, ob der Wille des Menschen im Wesen gut oder böse sei. Sie kennt nur konkrete Gebote, teils positive göttliche Vorschriften, teils aus dem Wesen der Sache entspringende naturrechtliche Sätze. Sie teilt also mit den Calvinern die rein positivistische Auffassung der Moral, trennt sich aber von ihnen durch das Fehlen der innerweltlichen Askese. Vielmehr liefert sie die einzelnen Moralgebote juristischer Interpretation aus, die mangels eines auf strenge Lebensgrundsätze tendierenden Interpretationsprinzips notwendig in die

Richtung äußerster Laxheit führt. Diese bis dahin unbekannte Reduktion der moralischen Forderungen ermöglicht es den Jesuiten, sich einerseits allen Bedürfnissen des libertinischen Hofadels anzupassen, anderseits dem Menschen die Fähigkeit zuzusprechen, sein Heil selbst zu bewirken. Der Reduktion der Moral auf engste positive Gesetzmäßigkeit entspricht bei Molina die Lehre von der Willensindifferenz. Jede Lehre, die eine einheitliche Beziehung des Menschen auf eine finale Weltordnung behauptet, muß auch die Determiniertheit des menschlichen Willens behaupten. Indem Molina die thomistische positive Beziehung des Menschen auf das höchste Gut wie die calvinische negative leugnet, kommt er zur Lehre von der Indifferenz des Willens, der sich frei nach allen Seiten entscheiden kann. Aus der Auflösung der einheitlichen moralischen Grundhaltung in ein Bündel positiver Rechtssätze folgt die Auflösung des Glaubens an eine einheitliche Weltordnung. Dies macht bei Molina — zum erstenmal im modernen Denken — eine scharfe Trennung zwischen äußerer und innerer Notwendigkeit möglich. In der Polemik gegen die finalistischen Moralsysteme vertritt Molina die Allgegenwart der rein äußeren effizienten Kausalität in der Welt, mit alleiniger Ausnahme der Kontingenz in den menschlichen Willensentschlüssen. Diese Lehre hat später Gassendi, ein bewußter Anhänger des Molinismus, zum philosophischen System ausgeweitet. Als Gegengewicht steht dem allen nur die zum Zwecke religiöser Domestikation entworfene Lehre gegenüber, daß der Mensch, der die Anforderungen der Moral aus eigenen Kräften zu erfüllen vermag, zur Erlangung des übernatürlichen Heils der Sakramentsgnade zwingend bedarf: laxeste Moral, aber Unentbehrlichkeit der kirchlichen Heilmittel; libertinische Lebensführung des Hofadels, aber unerbittliche Handhabung des religiösen Herrschaftsinstrumentes.

Dieser Laxheit wirft sich die Moral der Gentry entgegen. Ihr Ziel ist Rationalisierung der Lebensführung, ihre ideologischen Mittel Prädestinationslehre und neuer Platonismus. Ihr Agitationszentrum sind zunächst Bérulles Oratorianer mit Gibieuf als Theoretiker, dann die Jansenisten. Von Calvin trennt sie dessen Lehre von der Verworfenheit alles Menschlichen. Es gibt für sie ein erreichbares System des Guten; denn sie sind Ideologen der optimistischen Gentry. Mit Calvin verbindet sie die Lehre, daß alle irdische Lust als Konkupiszenz Sünde sei. Denn als führende Schicht der Bourgeoisie sind sie Vertreter der innerweltlichen Askese. Sie überwinden diesen Widerspruch durch die platonisierende Grundlehre

ihrer Schule, daß das wahre Wesen des Menschen nicht sein erscheinendes Dasein, sondern das Göttliche in ihm ist. Vom thomistischen Finalismus ist diese Auffassung durch die schroffe Verwerfung alles Irdischen geschieden. Aus Gibieufs Anthropologie ergiht sich von selbst sein Prädestinationismus. Ob ein Mensch imstande ist, zu seinem göttlichen Wesen zu gelangen, hängt von Gottes Vorbestimmung ab. An dieser Stelle ergibt sich das Grunddilemma, das den katholischen Rigorismus zum Scheitern verurteilt hat. Im Gegensatz zum Calvinismus, der das Böse als unvermeidlich anerkennt und nicht als unhedingendes Hindernis der Erwählung betrachtet, lehrt der katholische Rigorismus die Möglichkeit eines guten Lebens, faßt jedoch den Begriff der Verderbtheit nicht weniger weit als der Calvinismus, so daß es zu einer Übersteigerung der moralischen Forderungen kommt. In der Praxis schränkt er sich dadurch auf einen kleinen Kreis von Auserwählten ein. Dies aber erregt wiederum doppelten Anstoß. Denn die aus der Spannung zwischen Realität und moralischen Forderungen unvermeidlich aufsteigende Lehre, daß die wenigsten erwählt sind, führt zu einem pessimistischen Weltbild, das allen Intentionen des Katholizismus und der Gentry widerspricht. Gibieuf lehrt kurzerhand die Erwählung der meisten, im Widerspruch zur Wirklichkeit, Jansenius die Erwählung weniger. Dadurch gelangt er nicht nur hart an die Grenze des Calvinismus, sondern stellt auch seinen Hauptzweck, die moralische Radikalisierung der Seelsorge, in Frage. Denn wenn im Calvinismus die Erwählung eine gratia gratuita und das moralische Leben nur ihr ungewisses Anzeichen ist, so ist im Jansenismus die Erlösung Folge eines sündenlosen Lebens, dieses freilich Resultat göttlicher Prädestination. Sind die moralischen Leistungen nicht zur Virtuosität gesteigert, so sind sie für das Heil wertlos, enthalten also keine Prämie. Faktisch hat daher der Jansenismus nicht als positiv umgestaltende Kraft, sondern nur als eine gegenüber der jesuitischen Laxheit kritische Sekte von Laienheiligen gewirkt. Auf eine solche Sekte von Laienheiligen kommt der moderne Katholizismus in seiner strengen Fassung unvermeidlich hinaus. Denn im Gegensatz zur feudal-traditionalistischen Gesellschaftsordnung beruht die kapitalistische nicht mehr auf der „natürlichen“ Identität von Trieb und Norm, sondern auf ihrer scharfen Entgegensetzung. Will man daraus nicht mit Calvin die Verderbtheit alles Irdischen folgern, dann muß man eine Sphäre moralischen Lebens schaffen, in der die irdischen Triebe nicht zur Geltung kommen. Da aber diese

Sphäre nur Virtuosen der Askese bedingt zugänglich sein kann, erscheint dann unvermeidlicherweise die übergroße Mehrheit der Menschen als verworfen, d. h., die optimistische Intention, die zur Verwerfung der calvinischen Anthropologie führte, ist auf dem Gebiet der praktischen Moral nicht erreicht. Gerade daraus entspringt jedoch die Aufgabe, der schlechten Erscheinung das wesenhaft Gute der Welt theoretisch entgegenzustellen.

V. Descartes.

Descartes hat die Lösung dieser Aufgabe unternommen. Aus einer Gentryfamilie stammend, geht er von der stoischen Moral als Voraussetzung aus. Er anerkennt die fatale Notwendigkeit des Weltgeschehens und verwirft seine finale Deutung. Gleichzeitig lehnt er es aber ab, dieses Geschehen von der Seele hochmütig fernzuhalten. Indem er es verständlich macht, hofft er zu zeigen, daß es gut ist. Die mathematische Mechanik soll zur Grundlage der Moral gemacht werden. So nimmt er den mittelalterlichen Gedanken einer Universalwissenschaft wieder auf. Er gibt seiner Fragestellung zunächst die Form des Suchens nach einem Schlüssel der Wissenschaften. Indem er so an der überlieferten Auffassung von Natur und Menschenwelt zweifelt, eine systematische Neugestaltung des gesamten menschlichen Wissens aus metaphysischen Voraussetzungen ins Auge faßt, muß er an die religiösen Wahrheiten Hand anlegen. So erklärt sich die tiefe Gewissenkrise, die sich am 11. November 1619 in drei Träumen löst, welche er für Gottes unmittelbare Offenbarung hält. In ihnen glaubt er die göttliche Erlaubnis erhalten zu haben, den Weg des Zweifels zu gehen, und die Versicherung, daß dieser Weg ihn nicht zur Zerstörung, sondern zur Wiederherstellung der gottgegebenen religiösen und moralischen Wahrheiten führen werde.

Als provisorische Moral beschließt er die vorläufige Anerkennung aller Gebräuche seines Vaterlandes, um nachher das Wesentliche an ihnen systematisch zu rechtfertigen. Darin ist die wichtigste Voraussetzung seiner Gedankenarbeit bereits enthalten. Er setzt sich das Ziel, den stoischen Pessimismus zu überwinden, aber nicht durch eine Änderung der Welt, sondern unter Festhaltung des stoischen Fatumsbegriffes durch eine Änderung der Gedanken über die Welt. Der Hauptinhalt des stoischen Fatumsbegriffes ist die Kontingenzz des Menschenschicksals. Überwindung der Kontingenzz — im Denken, nicht im Handeln — wird zum Zentralproblem der Descartesschen Philosophie. Sie wäre gelungen, wenn das, was dem Menschen äußer-

lich geschieht, als sein inneres Wesen aufgezeigt werden könnte. Diese Ühereinstimmung des äußeren mit dem inneren Wesen kann im Bereich einer kontemplativen Grundhaltung nur intellektuelle Übereinstimmung sein. Es gilt zu zeigen, daß das Wesen der Welt mit dem Wesen der menschlichen ratio identisch ist. Damit formuliert Descartes das Grundproblem der bürgerlichen Philosophie, wie es sich von ihm bis Hegel immer wieder gestellt hat. Die Spannung, die durch dieses philosophische Grundproblem überwunden werden soll, besteht zwischen der unaufhebbaren mechanischen Fatalität des hürgerlichen Schicksals und dem Bestreben, es optimistisch zu deuten.

Die kontemplative Attitüde ist hierbei nur sekundär durch die Übereinstimmung der französischen Gentry mit den Grundzügen der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ihrer Zeit bedingt. Alle bürgerliche Philosophie hat diese kontemplative Attitüde, die aus dem Gehandeltwerden des Menschen im Kapitalismus, der Fatalität des Geschehens entspringt. Der spezifische Beitrag der Gentry zu der philosophischen Fragestellung Descartes' liegt in seinem Bemühen, diese Fatalität optimistisch zu fassen; wie denn alle großen idealistischen Schulen der Bourgeoisie nicht von dieser selbst, sondern von Zwischenschichten getragen sind. Daher polemisiert auch Descartes gegen die pessimistische Gesellschaftslehre des Hobbes, der er die Möglichkeit, das objektiv Gute in der absoluten Herrschaft zu verwirklichen, entgegenhält. Jedoch führt dies nicht zur Formulierung einer konkreten oder gar einer revolutionären Moral. Immer handelt es sich bloß um die optimistische Interpretierung des unvermeidlichen Geschehens.

Gesetzmäßige Deutung des Fatums als eines rein äußeren Geschehens bedeutet: 1. seine mechanische Deutung als einer Kette reiu äußerer Kausalzusammenhänge, 2. die Rationalisierung dieser äußeren Kausalzusammenhänge, d. h. ihre Fassung in mathematische Gesetze. Das philosophische Ziel kann als erreicht nur gelten, wenn das ganze Weltall mechanisch gedeutet, die Mechanik aber auf reine Mathematik zurückgeführt ist. Denn nur dann stellt das Weltall ein mathematisches System dar, in dem aus wenigen evidenten Obersätzen *more geometrico* alles Konkrete deduziert werden kann. Nur dann wäre die Kontingenz wirklich überwunden. Aus der Aufgabestellung des rationalistischen Fatalismus ergibt sich so die Tendenz auf das rationalistische System. Ursprünglich verneint Descartes es mit einem Griff zu fassen, nämlich vermittels eines allumfassenden Schlüssels der Wissenschaften. Unmittelbar

vor der Traumnacht glaubt er ihn in Form eines allumfassenden Systems der Anwendung von Proportionen gefunden zu haben. Von dieser Illusion muß er lassen. Es bleibt jedoch die geometrische Methode, welche die Forderung der Anschaulichkeit mit der Mathematisierung und der logischen Deduktion verknüpft.

In der Forderung der Anschaulichkeit spiegelt sich die handwerkliche Produktionsgrundlage der Manufakturperiode. Descartes hat andauernd Verwendung soleher mathematischen Methoden abgelehnt, die — z. B. durch die Einführung anschaulich nicht vorstellbarer Größen höherer Potenz — den Rahmen der euklidischen Geometrie sprengen. Der Begriff der „*clara et distincta perceptio*“ formuliert ebenso die Ablehnung soleher nichtanschaulicher rechnerischer Beweise, wie anschaulicher, aber nicht rechnerischer Beweise. Über diese Forderung geht er jedoch in der Richtung der Allmathematik hinaus, einerseits indem er die anschaulichen Größen auf logische Evidenzen zu gründen versucht, anderseits durch den Versuch der Reduktion der Materie auf reinen Raum. Beide Tendenzen stehen im Dienste der Allmathematik, die die konkreten physikalischen Forschungen Descartes' dauernd kreuzt und beeinflusst. Das Bedürfnis, Anschauungen auf Evidenzen zu gründen, macht sich insbesondere bei der Fundierung der Bewegungsgesetze geltend. Descartes erfindet ein Gesetz der Konstanz der Bewegung und begründet es auf Gottes Güte. Die besondere Vollkommenheit dieses Konstanzgesetzes, die er als Selbstverständlichkeit behauptet, ohne sie zu begründen, liegt in Wahrheit im Austausch von Äquivalenten bei der Übertragung der Bewegung von einem Körper zum andern. Die bürgerliche Tauschgleichheit erweist sich so als Grundkategorie der Natur. Höchst fruchtbar ist die allrationalistische Tendenz der Descartesschen Methode in seiner Erneuerung der Mathematik geworden. Indem er eine einheitliche mathematische Zeichensprache schafft, ermöglicht er die Reduktion von Gleichungen verschiedener Potenz, eröffnet sich den Weg zur analytischen Geometrie und schafft so erst die Fundamente einer rein quantitativen, deduktiv verfahrenen Mathematik an Stelle der getrennten Behandlung verschiedener Gleichungen und verschiedener Kurven in der Mathematik des Mittelalters.

All dies unternimmt er bewußt im Dienste der bürgerlichen, katholisch-rigoristischen Weltanschauung. Ein geheimer Pakt mit Bérulle ermöglicht ihm, dem theologischen Tageskampf durch Übersiedlung nach Holland auszuweichen und dort seine Philosophie auszuarbeiten. Diese, im ständigen Kampf mit den Jesuiten verbreitet,

von den Oratorianern systematisch begünstigt, wird im Verlauf der Richtungskämpfe zur philosophischen Begründung sowohl der oratorianischen Mystik als des Jansenismus und wird mit ihnen gemeinsam seit der reaktionären Wendung der Regierung Ludwig XIV. verfolgt. Sie unterliegt auch den gleichen inneren Widersprüchen wie ihre theologischen Schwesterschulen. Denn die Identität des Ichs mit der Außenwelt ist ebensowenig praktisch zu vollziehen wie die Identität des auf reines Denken reduzierten Ichs mit der auf reine ratio reduzierten Außenwelt theoretisch. Hier springt Descartes' rationale Theologie ein. Der in seiner konkreten Erscheinung unbefriedigte Mensch wird auf den unendlichen Progreß der Erkenntnis verwiesen. Wie er ist, ist aber sein Wille weiter als sein Intellekt. Die Unendlichkeit des Willens ist das spezifisch Neue der Descartesschen Anthropologie, die philosophische Proklamierung des unendlichen Strebens des bürgerlichen Menschen als Wesen des Menschen schlechthin. Aus diesem Antagonismus zwischen Wollen und Können entspringt die Unvermeidlichkeit des Irrtums, der in einem allrationalistischen Weltbild das Kardinallaster sein muß. Die Möglichkeit des Irrtums bedeutet das Scheitern des allrationalistischen Systems. Dem entspricht Descartes' Freiheitsbegriff: frei sind wir, soweit wir wissend sind, d. h. mit Notwendigkeit nach dem Guten streben. Also sind wir größtenteils unfrei. Die so entstandene Kluft deckt Descartes durch seine Gottesbeweise zu. Aus der Diskrepanz zwischen unserem Streben nach dem Vollkommenen und unserer Unvollkommenheit erschließt er durch willkürliches Postulat die Existenz eines vollkommenen Wesens. Der Gottesbeweis hat keinen anderen Zweck als die Identität von Ich und Welt, in die Descartes das höchste Gut setzt, die uns aber nur in unendlicher Annäherung zugänglich wäre, als außerhalb unser existent zu setzen. So kompensiert der ontologische Gottesbeweis das Scheitern des Systems, das sich vor allem in dem Verzicht auf die Deduktion der einzelnen Naturerscheinungen äußert. Faktisch überbrückt der Gottesbeweis diese Kluft jedoch nicht, das allrationalistische System bleibt Entwurf, und die Spannung zwischen der teilweisen Rationalisierung eines sinnlosen mechanischen Fatums und seiner systematischen optimistischen Interpretation verbleibt den folgenden Generationen als Aufgabe.

VI. Hobbes.

Ein echter mechanistischer Materialist ist dagegen Hobbes, der Ideologe der Gentry in der englischen Revolution. Sein Materialismus

entspringt aus seiner rein innerweltlichen Apologie der Souveränität. Denn wenn die absolute Gewalt weder, wie bei früheren Naturrechtlern, legitimistisch noch harmonistisch noch durch ein bloßes Vertragsschema gerechtfertigt werden kann, dann bleibt als einzig mögliche Begründung die unaufhebbare Verderbtheit der Menschennatur, die nur durch Zwang gebändigt werden kann, weil das Gute in ihr keine Wirklichkeit hat. Um diesen Schluß unwiderleglich zu machen, muß Hobbes jeden Glauben an andere als rein egoistische und materielle Triebkräfte ausschließen. Der hürgerliche Materialismus ist so mit einer pessimistischen Einschätzung der bürgerlichen Persönlichkeit und mit der Bekämpfung der bürgerlich-revolutionären Richtungen untrennbar verbunden. (Als im 18. Jahrhundert der Materialismus sich mit dem Fortschrittsglauben verbündet, transzendiert er, wie schon Marx hervorbob, die bürgerlichen Schranken in der Richtung des Kommunismus.)

Die Persönlichkeit besteht für Hobbes aus dem Streben nach Macht. Dieses Streben wird u. a. daraus abgeleitet, daß jeder möglichst viel zu besitzen wünsche, d. h. aus der Sphäre des Konkurrenzkampfes. Die entscheidenden Antriebe für diese Machtpsychologie stammen jedoch aus der Sphäre des Klassenkampfes. Hobbes begründet die Notwendigkeit einer absoluten Gewalt aus dem Streben jeder Partei nach der ganzen Macht im Staate; dieses Streben, prinzipiell unbegrenzt und daher auch in der Wahl der Mittel ohne innere Schranken, führt unvermeidlich zum Bürgerkrieg, dem schlimmsten der Übel, wenn die absolute Staatsmacht dem nicht Schranken setzt. Hobbes stößt hier hart an die Grenze einer historisch-materialistischen Einsicht in das Wesen der bürgerlichen Revolution. Er müßte, um zu ihr zu gelangen, nur noch die verschiedenartigen materiellen Interessen der verschiedenen Parteien aufzeigen. Aber dies würde seinen bürgerlichen Standpunkt im allgemeinen und seine Position als Verteidiger des Absolutismus im besonderen aufheben. Er weicht dieser Konsequenz aus, indem er den Parteikampf auf das Niveau des Konkurrenzkampfes herunterbringt, die Partei als das Resultat des Ehrgeizes der sie führenden Individuen faßt, die ganz unabhängig von den vorgeschobenen Ideologien nach unbeschränkter Macht streben. Von der Realität des Klassenkampfes bleibt in der Hobesschen Staatslehre nur die psychologische Tatsache des Machtstrebens, individualpsychologisch mißdeutet. Die Behauptung von einem natürlichen unbegrenzten Machtstreben ist für

Hobbes unentbehrlich, weil ohne sie die Absolutheit der Staatsgewalt nicht gerechtfertigt werden kann.

Hobbes leugnet nicht, daß es auch im vorstaatlichen Naturzustand Vernunftgrundsätze der Selbsterhaltung gibt, die friedliche Verständigung mit dem Mitmenschen befehlen, also ein Naturrecht im eigentlichen Sinn. Aber ganz wie Calvin, in dessen Gedankenwelt der Hobbismus wurzelt, leugnet Hobbes die praktische Wirksamkeit dieses „ersten Naturrechts“, das im Naturzustand durch das *bellum omnium in omnes* unwirksam gemacht wird. Um dieses zu vermeiden, das „erste Naturrecht“ in Wirksamkeit zu setzen, bedarf es der Übergabe sämtlicher natürlichen Rechte der Individuen in die Hände des absoluten Herrschers. Dies ist das „zweite Naturrecht“, das formal alle Sätze des ersten aufhebt, um sie inhaltlich durchzusetzen. Dabei meint Hobbes mit dem „zweiten Naturrecht“ durchaus nicht den Stuartschen Staat der allgegenwärtigen Staatsintervention, vielmehr ist er als streng bürgerlicher Denker ein Gegner des Staatskirchentums, der Monopolwirtschaft usw. Sein Absolutismus ist nicht wohlfabritsstaatlich, sondern formal-juristisch, bürgerlich-freihändlerisch gemeint. In der Konstruktion befindet sich jedoch ein klaffender Widerspruch, der das ganze System des Hobbes aufhebt. Die Notwendigkeit der Souveränität ergibt sich für ihn daraus, daß allein absolute Macht das Leben der Staatsbürger garantieren kann, ihre Bekämpfung also dem Selbstmord gleichsteht und eine Absurdität bedeutet. Aber der absolute Souverän ist nicht materiell stärker als die sämtlichen Individuen, die ihm ihre Selbständigkeit abgetreten haben, und also machtlos, wenn deren Machttriebe wirklich unbezwingbar sind. Daher muß Hobbes das größte Gewicht auf Einheit der politischen Meinungen, die durch den Absolutismus herzustellen ist, legen. Aber wenn der Absolutismus sich letztlich auf die Überzeugung der Untertanen von der Notwendigkeit gesellschaftlichen Lebens stützen muß, dann ist er überflüssig, weil diese Überzeugung dann auch ohne formal-juristische Absolutheit des Herrschers zur Vermeidung des Bürgerkrieges ausreicht. In seinem Bemühen, von den realen Machtverhältnissen der realen Klassen im Dienste einer formal-juristischen Konstruktion zu abstrahieren, gleichzeitig aber seine Staatstheorie materialistisch zu unterbauen, kommt Hobbes zu dem Schluß, daß etwas (nämlich der Parteienkampf) logisch absurd sei, was real durchaus möglich ist. Dieser Widerspruch ist unauflöslich.

So geht Hobbes von den Trieben natürlicher Wesen aus, um ihnen in dialektischer Antithese ein rationales System von Rechtsnormen

entgegenzustellen. Diese eigenartige Konstruktion seines Systems gibt den Schlüssel zu der vielumstrittenen Frage, welcher philosophischen und erkenntnistheoretischen Schule Hobbes zuzurechnen ist. Nicht mehr als Gassendi hat der Materialist Hobbes in die Geschichte der modernen Naturwissenschaft eingegriffen. Er hat das Experiment ausdrücklich verworfen, mit den mechanistischen Grundeinsichten seiner Zeit das menschliche Wissen von der Natur für abgeschlossen gehalten; ausschließlicher als bei irgendeinem anderen Denker der Zeit ist bei ihm die Naturauffassung von der Sozialwissenschaft her bestimmt. Er ist weder reiner Empirist noch reiner Rationalist. Vom reinen Rationalismus trennt ihn der Unterschied, den er zwischen Raum und Körper macht und den er durch den Begriff des *conatus* zu überbrücken trachtet; die streng nominalistische Logik; das Ausgehen von der sinnlichen Erkenntnis. Aber vom Empirismus und Sensualismus trennt ihn nicht nur seine streng mechanistische Auffassung der Natur, sondern auch die Definition des Denkens als Rechnen und der Versuch, auf nominalistischen Voraussetzungen eine synthetisch-deduktive Logik aufzubauen. Aus Voraussetzungen, die dem Rationalismus strikt widersprechen, bemüht er sich, ein *more geometrico* deduzierendes rationalistisches System zu gewinnen. Es ergibt sich das aus dem Grundwiderspruch seiner Staatslehre.

Hobbes ist der Ideologe des fortgeschrittensten Teiles der *landed gentry*. Die eigentliche Verwirklichung seiner absolutistischen Theorie hat zwar die Cromwellsche Diktatur gebracht, und er hat dieser auch gedient. Aber er hat seine Theorie ursprünglich im Dienste der Stuarts entwickelt, nicht weil er deren Politik inhaltlich billigte, sondern weil ihm in seiner praktisch-politischen Haltung ebenso wie in seiner theoretischen die Allgewalt der Staatsmacht wichtiger schien als ihre konkreten Maßnahmen, d. h. die bürgerliche Form der Staatsmacht (die Souveränität) wichtiger als der bürgerliche Inhalt ihrer nächsten Schritte. Es liegt dies in der Situation der frühbürgerlichen Revolutionen, die im Gegensatz zu den klassischen bürgerlichen Revolutionen eine moderne Staatsmacht erst geschaffen haben; jeder Parteienkampf bedeutet dann unmittelbare Gefahr des Rückfalls in feudale Selbständigkeiten. Diese Einsicht lag freilich zunächst dem ländlichen Grundbesitz näher als der städtischen Bourgeoisie, die durch die Stuartische Wohlfahrtsstaatspolitik unmittelbar geschädigt war. Aber ein Vertreter der Gentry ist Hobbes auch unter Cromwell geblieben. Wie er unter den Stuarts der Gentry

absoluten Gehorsam rät, dem König aber eine rein innerweltliche Fundierung seiner Staatsmacht und Berücksichtigung der hürgerlichen Bedürfnisse, so predigt er unter der Cromwellschen Diktatur wiederum der Gentry Unterwerfung, dem Diktator aber Aussöhnung mit dem ländlichen Grundbesitz, um einen Block der ländlichen Klassen gegen die aufsässigen manufakturrellen und proletarischen Schichten zustande zu bringen. So ist Hohhes der erste ganz konsequent hürgerliche Staatstheoretiker, zugleich aber der Vertreter einer konservativen Bourgeoisie. Konservative Bourgeoisie trat als Resultat des Prozesses der ursprünglichen Akkumulation in der Landwirtschaft zum erstenmal in der englischen Revolution auf.

VII. Pascal.

Ist Hobbes der Begründer des mechanistischen Pessimismus, so ist Pascal sein Vollender. Das Einzigartige der Situation Pascals liegt darin, daß für ihn, der der zweiten Generation der Mechanisten zugehört, die mechanistischen Prinzipien der Natur und Gesellschaftslehre schlechthin selbstverständlich geworden sind (er hemüht sich daher nicht mehr, sie zu hegründen, sie sind für ihn die einzig möglichen), daß er aber aus seiner individuellen Verzweiflung am eigenen Dasein alle Antinomien dieser Prinzipien konsequent zu Ende denkt, ohne doch die Grenzen des bürgerlichen Weltbildes zu transzendieren. Eine solche Haltung wäre beim Herannahen der klassischen bürgerlichen Revolutionen nicht mehr möglich gewesen, da diese das Proletariat auf den Plan rufen. Pascal ist daher der einzige weder feudal noch sozialistisch gerichtete, gleichwohl ganz konsequente Kritiker der bürgerlichen Daseinsform. Rechnet er im allgemeinen den Janse-nisten zu, so trennt er sich doch von ihnen in der entscheidenden Frage: der Gültigkeit der Einsichten der ratio. Sein schroffer Antirationalismus wäre, obwohl von rationalistischen Voraussetzungen ausgehend, calvinisch, wenn ihm nicht das durchaus katholische Problem der erlebbaren individuellen Erlösung im Mittelpunkt des Denkens stünde. Nur gerade durch das Festhalten an diesem Problem, nicht durch irgendeine seiner Antworten, gehört Pascal dem Katholizismus zu.

Pascal mißt die rationalistischen Systeme eines Descartes und Hobbes an der Realität des Lebens, d. h. er stellt dem Rationalismus die unaufgehobene Kontingenz des menschlichen Schicksals gegenüber. Für ihn existiert das Vertrauen, daß die Antinomien des Lebens

in der Wirklichkeit verschwinden, wenn sie im Denken aufgelöst sind, nicht. Er verachtet daher den Regreß von den individuellen und sozialen Problemen des menschlichen Daseins auf die Naturtheorie und stellt das Problem des sittlichen Daseins des Menschen wieder unmittelbar in den Mittelpunkt. Hierbei ergibt sich ihm, daß Bejahung und Verneinung des göttlichen Naturgesetzes im Menschen gleich unmöglich sind.

Das sittliche Wesen des Menschen, wie es die Stoiker gepredigt haben, ist Fiktion. Denn das Naturrecht ist inhaltlich verschieden je nachdem, wer es ausspricht, und der einzige objektive Maßstab des Rechtes ist die Macht. Pascal schiebt die cartesische Apologie beiseite, hält sich aber auch bei den rationalistischen Folgerungen nicht auf, die Hobbes aus dieser Machtstaatslehre zieht. Er landet vielmehr bei der calvinischen Folgerung, daß alles Recht ein logisch und sittlich nicht begründbarer Ausdruck der Macht, eben darum aber einfach zu akzeptieren ist. Die Ausübung der Macht hört auf, Funktion eines höheren Rechtes zu sein, sie wird wie bei Macchiavelli einfache Folge der Begierde. Pascal faßt Hobbes und Macchiavelli zusammen und vernichtet damit alle Lehren des bürgerlichen Naturrechts.

Aber bei diesem Calvinschen Endresultat bleibt er nicht stehen. Er stellt fest — und darin ist er katholisch und eben das Festhalten dieser katholischen Fragestellung ermöglicht ihm, die Antinomien des bürgerlichen Daseins allseitig zu entwickeln —, daß ein Leben rein nach den Trieben nicht möglich sei. Seine Verneinung des libertinischen Daseins konzentriert sich in seiner Kritik des „Divertissement“. „Divertissement“ ist für ihn jeglicher Zeitvertreib, sei es die scheinbar um des Nutzens willen geschehende Arbeit, sei es das offen als Selbstzweck gesuchte Vergnügen. Pascal weist nach, daß keine dieser Strebungen ihren Zweck in sich selbst trägt, daß alle über sich selbst hinaus in eine Unendlichkeit weisen, daß also alle widerspruchsvoll sind. Die pessimistische Wendung der katholischen Anthropologie ermöglicht es Pascal, zu erkennen, daß innerhalb des Kapitalismus kein qualitativ bestimmtes Ziel, sondern nur der unendliche Progreß als solcher gilt. Dieser unendliche Progreß aber stößt auf die unabänderliche Tatsache des Todes, der so zur sinnvernichtenden Zentralwahrheit des Lebens wird. In diesem Widerspruch zwischen dem unendlichen Streben und der Beschränktheit des menschlichen Daseins erscheint jede Tätigkeit als widerspruchsvoll. An den Fragen des unendlichen Progresses hat Pascal den allseitigen Widerspruch des bürgerlichen Daseins, das ihm als das

menschliche schlechthin erscheint, entwickelt und diese „negative Dialektik“ ausdrücklich als die allgemeinste Form des menschlichen Daseins formuliert.

Aus dem Leben überträgt sich die negative Dialektik auf das Denken. Pascal als erster hat den Rationalismus in der Naturforschung konsequent im Bewußtsein seiner Stückhaftigkeit angewandt; er als erster hat mit äußerster Strenge die Formulierung von Naturgesetzen der Verifizierung durch das Experiment untergeordnet und sich dadurch die Einsicht in das grundsätzlich Unabgeschlossene der Naturforschung eröffnet. Daraus ergibt sich aber unmittelbar die moralische Nutzlosigkeit der Naturforschung. Denn das Fatum, das nur durch Verständlichmachung erträglich werden könnte, bleibt unaufgehoben, wir bleiben hilflose Punkte inmitten einer Unendlichkeit.

So gibt es keine unmittelbare Befriedigung im Guten, denn der Mensch ist böse; damit fällt der Thomismus. Es gibt keine unmittelbare Evidenz der dem Herzen eingeschriebenen moralischen Wahrheiten; damit fällt der Scheinoptimismus der Stoiker, der Jesuiten, des Grotius. Es gibt keine Überwindung des kontingenten Bösen im rationalen Denken, weil unser Wissen grundsätzlich unabgeschlossen ist; damit fällt das rationalistische System Descartes'. Aber es gibt auch kein Sichbescheiden in dieser bösen Welt, weil das Individuum die Forderung nach einem im Guten erfüllten Dasein nicht aufzugeben vermag; damit fallen die unter sich so verschiedenen Resignationen der Libertiner, der Calviner und des Hobbes. Was bleibt, ist der hoffnungslose Widerspruch als allgemeine Form, das abstrakte Erlösungsbedürfnis inmitten einer völlig erlösungsfernen Welt. Der Gott, der diese Erlösung wirken könnte, ist ein deus absconditus im schärfsten Sinne, und nur ganz äußere Zeichen wie die Bibelbeweise und die stumpfe Gewohnheit des Glaubens einerseits, eine mit nichts Menschlichem verbundene übernatürliche Gnade anderseits können zu ihm führen.

Was Pascal — unhistorisch wie alle Mechanisten — als das Wesen des Menschen schlechthin faßt, ist aber das Wesen der besonderen Epoche, in der er lebt. Ihre Überwindung ist mitbedingt durch die Einsicht in ihren historischen Charakter. Als Fichte das, was Pascal die ewige Verderbtheit des Menschen nennt, als das „Zeitalter der vollendeten Sündhaftigkeit“ definiert, ist die anthropologische Grundhaltung die gleiche geblieben, aber die historische Fassung des Problems kündigt das Heraufdämmern der Überwindung dieses Zeitalters an.

Zum Problem der Freizeitgestaltung.

Von

Andries Sternheim (Genf)¹⁾.

I.

Diese Arbeit soll sich auf die Freizeitgestaltung der Arbeitnehmer beschränken. Bei dem außerordentlichen Umfang des Problems ist schon aus praktischen Gründen eine Begrenzung notwendig, wenn auch nicht verkannt werden kann, daß einem tieferen Eindringen in die Verwendung der Freizeit aller gesellschaftlichen Schichten vom soziologischen und sozialpsychologischen Gesichtspunkt aus größte Bedeutung beigemessen werden muß.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und durch die fortschreitende Sozialpolitik hat die Arbeiterklasse im Laufe der Zeit eine große Wandlung durchgemacht. Große Schichten haben sich geistig und kulturell gehoben. Der Anteil der Arbeiter an dem öffentlichen Leben hat in jeder Richtung stark zugenommen. In den meisten, vor allem den industriellen Ländern sind sie aus einem passiven ein aktives Element geworden. Da das Gesamtproblem der Freizeit in seiner soziologischen sowohl als sozialpsychologischen Bedeutung in der wissenschaftlichen Literatur noch kaum angeschnitten wurde, ist diese Arbeit als ein Versuch zu betrachten, zunächst auf die Bedeutung einiger wichtiger Aspekte hinzuweisen.

Als Freizeit wird hier diejenige Zeit betrachtet, welche nach der normalen Arbeitsperiode übrig bleibt. Die Freizeit ist daher als Antipode zu der auf dem normalen Arbeitsplatz verbrachten Zeit gedacht. Ausdrücklich wird bei dieser Begriffsbestimmung von normaler Arbeitsperiode und normalem Arbeitsplatz gesprochen, da die Freizeit auch für zusätzliche Arbeit zur Befriedigung eigener oder fremder Bedürfnisse verwendet werden kann. Weiter bleibt die Freizeit der völlig aus dem Wirtschaftsprozeß Ausgeschiedenen und derjenigen,

¹⁾ Aus den Arbeiten der Genfer Zweigstelle des Instituts für Sozialforschung.

die noch nicht im Wirtschaftsprozeß tätig sind, außer Betracht¹⁾. Der Begriff Freizeitgestaltung auf Grund der angegebenen Begrenzungen soll sich also nur auf die Zeit beziehen, welche nach Vollendung der normalen Arbeitszeit übrig bleibt unter Abzug der Stunden, die für die Reproduzierung der Arbeitskraft notwendig sind. Unter diesem Gesichtspunkt soll unter Freizeitgestaltung nicht nur die planmäßige Verwendung, sondern die Anwendung der Freizeit als einheitliches Problem, das alle Verwendungsarten umfaßt, verstanden werden.

II.

Die Frage der Freizeitgestaltung wurde erst dann zum Problem, als ihre Dauer überhaupt eine Art der Verwendung ermöglichte, die mehr bedeutete als die einfache Reproduktion der Arbeitskraft. Die Tatsache, daß vor dem Krieg ein Arbeitstag von 9—10 Stunden und länger als normal betrachtet wurde, gibt schon eine Erklärung, weshalb damals von einem Problem der Freizeitverwendung nicht die Rede sein konnte. Unter den damaligen Umständen waren nicht einmal die Institutionen der Arbeiterklasse auf die Behandlung dieser Frage eingestellt. Sie waren hauptsächlich Kampforganisationen zur Gewinnung politischen und gewerkschaftlichen Einflusses. Hierzu war vor allem die Anzahl ihrer Mitglieder von größter Bedeutung; die Qualität stand dabei zurück. In vielen Ländern handelte es sich für diese Organisationen besonders darum, den Kampf gegen das vorhandene Gefühl der Minderwertigkeit zu führen²⁾, ein Kampf, der erst allmählich seine Erfolge mit der Hebung der ökonomischen und sozialen Lage zeigte.

Die Bestrebungen, die Arbeiter in die Kulturgemeinschaft einzubeziehen, ihr Selbstbewußtsein zu beben, forderten an erster Stelle die Ausbildung einer Führerschaft. Die Ämter innerhalb der Institutionen der Arbeiterbewegung wurden anfänglich aus rein finanzieller Notwendigkeit größtenteils ehrenamtlich ausgeübt. Nur eine kleine Schar von Leuten, die hervorragendsten aus der Arbeiterklasse, gestalteten damals ihre Freizeit auf eine positive Art und Weise. Als die Arbeiterbewegung größeren Einfluß gewann, waren ihre Forde-

¹⁾ Das für die gesamte Gesellschaft so wichtige Problem der Freizeitverwendung und Beschäftigung der Arbeitslosen wird deshalb in dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

²⁾ „Mit der Ausbildung des Fabriksystems sank die Arbeiterschicht nach Auffassung der Unternehmer zu einem relativ unerheblichen Appendix der Maschinen herab.“ (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Art. Arbeitszeit. S. 893. 4. Aufl. Jena 1923.)

rungen auf kulturellem Gebiet zunächst sehr beschränkt. In den meisten Ländern führte sie in erster Linie den Kampf um die Entwicklung der Sozialgesetzgebung und stellte daneben die konkreten Forderungen nach obligatorischem Schulbesuch und besserer Berufsausbildung¹⁾.

Der Weltkrieg hat auch hier umwälzend gewirkt. In den meisten europäischen Ländern wurde ab 1919, unter aktivster Mitwirkung des Internationalen Arbeitsamtes, der Achtstundentag gesetzlich eingeführt und in Tarifverträgen festgelegt. Daneben kamen in vielen Ländern eine Anzahl Verordnungen über Ladenschluß zustande, welche auch für die Angestellten im Einzelhandel eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit bedeuteten. Die Tatsache, daß einer großen Schicht hauptsächlich industrieller Arbeiter eine Anzahl von Freistunden zur Verfügung gestellt wurde, die nicht nur zur Reproduktion der Arbeitskraft dienten, hat eigentlich erst das Problem der Freizeitverwendung geschaffen.

Eine einfache Erklärung für das Zustandekommen des verkürzten Arbeitstages ist das Bedürfnis des Arbeiters nach einem größeren Quantum von Freizeit. Die Beantwortung der Frage: was hat die Arbeiterschaft dazu veranlaßt, diese Verkürzung zu beanspruchen, ist damit jedoch noch nicht gegeben. Der Hinweis auf das zunehmende Machtbewußtsein der Arbeiterklasse und die Steigerung ihres Persönlichkeitsgefühls reicht nicht aus. Das Hauptmotiv war wohl viel mehr das Bedürfnis nach einer Verminderung der Anzahl der Arbeitsstunden als gerade das Verlangen nach einer auf eine bestimmte Art und Weise zu verwendenden Freizeit. Man könnte hier von einem negativen Motiv reden. Es lassen sich noch zwei andere Motive denken, welche in der Psyche der Arbeiterschaft eine Rolle gespielt haben: 1. bei einer Gruppe das Verlangen nach einer größeren Freizeit infolge eines inneren Bedürfnisses, ohne zu wissen, was man damit anfangen solle, also ein unbestimmtes Verlangen; 2. bei einer anderen Gruppe, die wahrscheinlich äußerst klein gewesen ist, eine positive Vorstellung von der Verwendung ihrer Freizeit.

¹⁾ „Die Frage der Arbeiterbildung spielte unter den nationalen Erziehungsaufgaben nur eine geringe Rolle. Nur die Erziehung für die Wirtschaft, die berufliche Ausbildung der Arbeiter fand sorgfältigere Berücksichtigung. Daß es sich hier um eine eigene, weit umfassendere Aufgabe handelte, um die Erschließung der seelischen und geistigen Kräfte einer großen Volksschicht, um ihrer selbst wie um der Nation willen, zu deren lebenswichtigsten Organen sie gehört, wurde nur von wenigen empfunden.“ (Theodor Leipart und Lothar Erdmann: Arbeiterbildung und Volksbildung, Berlin 1928, S. 7.)

Wenn theoretisch drei verschiedene Motive angenommen werden können (negativ, unbestimmt und positiv), so ist eine Korrelation zwischen Kürzung der Arbeitszeit und einer bestimmten Verwendung der Freizeit nicht zu verkennen. Die beiden Faktoren wirken unmittelbar aufeinander ein.

Obwohl im allgemeinen angenommen werden kann, daß gesetzliche oder sonstige Maßnahmen, welche auf Besserung der Lebensverhältnisse solcher Schichten hinzielen, auch mit Zustimmung dieser Schichten, ja ganz bestimmt auf ihr Drängen zustande gekommen sind, so ist das Bild, das nach der Erreichung dieser Ziele sich herauskristallisieren wird, immerhin unsicher. Insbesondere trifft dies auf die uns hier interessierende Frage zu. Erst dann, als die Arbeitszeit gekürzt wurde, wurden die großen Probleme, wie die Freizeit zu verbringen sei und welche Tendenzen sich bei der großen Masse offenbaren, aufgerollt. Die psychologischen Vorbedingungen für eine konstruktive Freizeitverwendung mußten von den führenden Instanzen noch geweckt werden.

Die Differenzierung in der Art der Freizeitverwendung ist als eine Folge vieler einzelner oder in gegenseitigem Zusammenhang auftretender Faktoren zu betrachten. Sowohl nationale wie anthropologische, geographische und allgemeinkulturelle Faktoren spielen hier eine wesentliche Rolle; von der Auffassung über die Aufgaben des Staates hängt es ab, ob der Staat auf dem Gebiet der Freizeitverwendung als absolute Herrschermacht auftritt oder man alles dem freien Spiel der Kräfte überläßt.

Die Möglichkeiten der Freizeitverwendung sind im absoluten Sinn unbegrenzt, ihre Ausnutzung ist jedoch letzten Endes durch die bestehende Produktionsweise und die gesellschaftliche Struktur bestimmt. Nirgends stärker als bei der Freizeitverwendung kommt es darauf an, inwieweit die den Menschen innewohnenden Triebregungen und geistigen Bedürfnisse bereits in dem Arbeitsprozeß selbst teilweise oder völlige Befriedigung finden oder, indem sie in ihm ungesättigt bleiben, auf andere Weise befriedigt werden müssen.

Auch bei der auf dem Gebiet der Freizeitverwendung anseheinend vorherrschenden Willkür muß nach einem Kausalzusammenhang zwischen Produktionsweise und Betätigung in der Freizeit gesucht werden. Die analytische Sozialpsychologie steht hier noch vor einer großen Aufgabe. Hat sie sich doch mit der Frage der Entstehung der physischen, psychischen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft zu befassen, und zwar im Zusammenhang einerseits mit der vor-

handenen Produktionsweise und ihren spezifischen Arbeitsmethoden, andererseits mit den Möglichkeiten und Grenzen der Bedürfnisbefriedigung innerhalb der Freizeit.

Nachstehend wird auf Umfang und Bedeutung einiger Arten der Freizeitverwendung hingewiesen. Eine Typologie wird angestrebt, kann aber bei dem heutigen Stand der Untersuchungen noch nicht vorgelegt werden.

Am allerwichtigsten erscheinen uns diejenigen Arten der Freizeitverwendung, die Massencharakter tragen und in ständiger Verbreitung begriffen sind. Als solche nennen wir zunächst Sport, Kino, Rundfunk und Kleingärtnerei.

III.

Mehr als in anderen Zweigen der Freizeitgestaltung ist der Sport in seinen vielen Verzweigungen imstande, die in der Arbeiterschaft vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen. Von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus muß dem Sport im gegenwärtigen Zeitalter eine besondere Bedeutung beigemessen werden, und zwar physiologisch, indem er ein Gegengewicht zu der alltäglichen einförmigen, maschinellen Arbeit bildet; psychologisch, indem libidinöse Bedürfnisse, der Geltungstrieb, die Aggressionsneigungen und das Glorifizierungsbedürfnis hier in großem Maße befriedigt werden¹⁾; soziologisch, indem er die Annäherung von Mensch zu Mensch fördert und vom Standpunkt der gesellschaftlichen Gruppensolidarität aus betrachtet eine wichtige Rolle spielt; ideologisch, insoweit die sportliche Betätigung ideell begründet wird (Stärkung der Volkskraft, des Nationalismus, der proletarischen Solidarität usw.); sozialpolitisch, insoweit er zweckbewußt auf die Aufrechterhaltung des physischen (und psychischen) Gleichgewichts des Arbeitnehmers tendiert; politisch, insoweit er offen oder verdeckt militaristische Ziele verfolgt. Einige wenige Einzelheiten sollen auf die nationalen Verschiedenheiten wie auf die große Wichtigkeit des Sports als sozialpsychologisches Problem hinweisen. In manchen europäischen Ländern, besonders in Frankreich und Belgien, besteht eine wahre „folie de sport“. Jean-Henri Adams²⁾ stellt aber dar, daß die große französische Sportbewegung nur eine Fassade ist, hinter der

¹⁾ Wichtig für die Sozialpsychologie ist hier die Analyse der besonderen Gründe für die aktive und passive Sportbeteiligung.

²⁾ „L'Education physique et les sports“ in: „Les loisirs et l'éducation populaire“ (Les Cahiers du Redressement français. No. 21. Paris 1927) S. 6.

sich nichts wesentlich Konstruktives hefindet. Er macht nur für die Gymnastikvereine eine Ausnahme. Die Sportbewegung hat in Frankreich nach dem Krieg sehr stark zugenommen. Gab es im Jahr 1919 9900 Sportvereine, so betrug ihre Anzahl 1927 bereits 20000. Im ganzen erscheinen in Frankreich 130 Sportblätter. Wenn behauptet wird, so führt Adams aus, daß es in Frankreich 2 Millionen Sportliebhaber gibt, dann glauben wir nicht, daß es mehr als 200000 Personen gibt, die wirklich Sport treiben; die übergroße Mehrzahl sind nur Zuschauer bei Footballmatches und lesen die roten und gelben Sportblätter. Darf man die Äußerung von Jean Beaudemoulin¹⁾ als richtig betrachten, dann lesen die jungen sich am Sport beteiligenden Arbeiter nur „L'Auto“, statt der gewöhnlichen Tagespresse. „Die politischen Fragen sind ihnen gleichgültig. Sie stellen ihre geliebten Athleten über die Arbeiterführer.“ Mehr als in vielen anderen Ländern scheint hier Mangel an Bildungsbedürfnis vorzuherrschen.

Auch in Belgien interessiert sich die große Masse besonders für den Sport, d. h. für die Wettkämpfe. Buset, Generalsekretär des belgischen Instituts für Arbeiterbildung, erklärt in einem Artikel: „Où nous mène la passion sportive“ in „La vie ouvrière“, Monatschrift der Bildungszentrale (Februar- und Märznummer 1932), daß von einer rein aktiven oder passiven Teilnahme beim Sport im absoluten Sinne nicht gesprochen werden kann, weil diejenigen, die nicht direkt am Spiel teilnehmen, als sog. „supporters“ eine große Rolle spielen²⁾. Zur Herbeischaffung von Material über die „passion sportive“ hat Buset in der genannten Zeitschrift einen Fragebogen veröffentlicht, der von den Lesern ausgefüllt werden sollte. Es wurden u. a. die folgenden Fragen gestellt:

Besuchen Sie regelmäßig die sportlichen Veranstaltungen?

Lesen Sie lieber die Sportblätter als die Parteiblätter?

Wird in Ihrer Fabrik viel über Sport geredet und mehr als über soziale Fragen?

Liest die Mehrzahl Ihrer Kameraden lieber Sportblätter als unsere Tageblätter?

Sind sie in der Mehrzahl Teilnehmer an sportlichen Veranstaltungen?

Kommt es öfters vor, daß Sie einen Tag verlieren, indem Sie an den in der Woche stattfindenden sportlichen Veranstaltungen teilnehmen?

Glauben Sie, daß dem Zutritt jüngerer Arbeiter in unsere Organisation durch die „passion sportive“ und durch die Ausübung des Sports entgegengearbeitet wird?

¹⁾ Enquête sur les loisirs de l'ouvrier français, Paris 1924, S. 239.

²⁾ B. sagt: „Ich glaube, daß man in Belgien hunderttausend von braven Leuten zählen könnte, deren Betätigung als „supporter“ dazu führt, daß sie den größten Teil ihrer Freizeit auf den Sportplätzen verbringen, Sportzeitungen lesen und vom Sport sprechen.“ (S. 39)

Diese Fragen wurden von 100 Lesern der Zeitschrift beantwortet, und zwar von Arbeitern, Angestellten, Lehrern und einigen Studenten. Obwohl der Enquete aus methodischen Gründen keine allzugroße Bedeutung beigemessen werden kann, scheint das Ergebnis doch recht charakteristisch:

„Die Arbeiter bevorzugen in übergroßer Mehrheit, wie wir schon annehmen, diejenigen Blätter, die am ausführlichsten über Sport berichten, und besonders diejenigen, die diesen Mitteilungen einen literarischen Schwung geben. Wie man erwarten konnte, teilen die Befragten uns einstimmig mit, daß die große Mehrheit ihrer Arbeitskollegen Besucher sportlicher Veranstaltungen sind; verschiedene bemerken noch dazu, daß es besonders die jüngere Generation ist, die die Sportveranstaltungen mit größtem Eifer besucht.“ (S. 60)

Einen anderen Charakter trägt der Sport in Großbritannien, wo er mehr als vornehmes Spiel betrachtet wird. In ganz England ebenso wie in den Vereinigten Staaten gibt es überall von Privatleuten gegründete sog. „playing fields“. So besteht in London bereits länger als 40 Jahre eine große musterhafte Playing Field Society mit der Aufgabe, Cricket, Fußball u. a. derartige Spiele bei den Londoner Beamten und Arbeitern zu fördern, um die physischen und moralischen Kräfte der Bevölkerung zu heben. Im allgemeinen gibt es auf dem Gebiet des Sports in England keine scharfe Klassentrennung, ebensowenig wie auf dem Gebiet der Bildungsbestrebungen.

In den großen modernen Arbeitersportorganisationen ist die Bewegung mit einer bestimmten Idee verwachsen: der kulturellen Hebung der Masse im Kampf für den Sozialismus. Klar wird der Ursprung dieser Bewegung, die sich besonders in den mitteleuropäischen Ländern entwickelt hat, von Paul Franken skizziert.

„Nach den Novembertagen 1918 trat die Arbeiterschaft als ein wesentlicher Faktor in das öffentliche Leben ein. Es war ein weiter Raum geschaffen, in dem sich die Kräfte frei entfalten konnten, die bis dahin gebunden und gehemmt waren. Besonders die proletarische Jugendbewegung, vor allem aber auch die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung wurden jetzt Massenbewegungen im wahrsten Sinne des Wortes. In der Arbeiterklasse entwickelten sich Machtbewußtsein und Machtwille nach dem Zusammenbruch der alten Gewalten in stärkstem Maße. Das blieb nicht ohne Einfluß auf das Vereinsleben. Auf vielen Gebieten der proletarischen Kulturbestrebungen machte sich ein neuer und kühner Geltungsdrang bemerkbar, als Rückwirkung auf den harten und eisernen Zwang furchtbarer Kriegsjahre. Vier lange Jahre hatte man den menschlichen Körper mißachtet. Verzweiflung, Trauer und Hunger hatten selbst die leiseste Sehnsucht nach erhebender Freude, nach einer Ausfüllung der freien Stunden, die diesem tiefen Sehnen entsprach, unterdrückt. So ist es zu verstehen, daß nach dem Ende des Kriegsschreckens die Freuden des Lebens entdeckt und erlebt sein wollten. Sport, Wandern usw. zogen große Massen, besonders der arbeitenden Jugend, in ihren Bann. Körperpflege

und Leibesübungen gaben dem Leben von hunderttausenden Proletariern einen neuen Inhalt und kamen zu ihrer großen Bedeutung in der gesellschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit. Der Sport wurde zu einer Großmacht¹⁾).

Es ist bemerkenswert, wie stark die sozialistische Sportbewegung seit dem Weltkrieg zugenommen hat. In Deutschland, einem stark durchorganisierten Land, betrug die Mitgliederzahl des Arbeiter-Turnerbundes 1919 400 000 Mitglieder, 1927 über 700 000²⁾).

Auch die Mitgliederzahl der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale ist sehr stark gestiegen, und zwar von 370 000 im Jahre 1920 auf fast 2 Millionen im Jahre 1932; allein 1931 hat die SASI um 85 000 Mitglieder zugenommen.

Besondere Aufmerksamkeit muß den Grundsätzen gewidmet werden, welche in Italien auch auf sportlichem Gebiet herrschen. Hier ist die Verwendung der Freizeit nicht in erster Linie auf das Wohl des Individuums, sondern auf die Interessen des Staates bezogen. In einem Bericht über die Rolle des Sports in der Erziehungsarbeit der Dopolavoro, der zentralen Freizeitorganisation, wird gesagt³⁾:

„Kaum zwei Jahre genügten für die Tätigkeit der ‚Dopolavoro‘, um bei den italienischen Arbeitermassen einen noch nie dagewesenen Enthusiasmus für alle denkbaren Sportarten zu entfalten. Es erübrigt sich zu erwähnen, daß rd. 3 Millionen Personen an den verschiedenen sportlichen Veranstaltungen der ‚Dopolavoro‘ teilgenommen haben. Diese Einrichtung umfaßt hunderte von Unternehmungen gegründete Sportverbände, daneben unzählbare lokale Gesellschaften und neue Sportgruppen, die auf Veranlassung der regionalen und lokalen Organe der ‚Dopolavoro‘ gegründet wurden.“ (S. 332)

Neben einer Untersuchung der politischen und religiösen Einstellung der Sportvereine in den einzelnen Ländern wäre es interessant zu wissen, aus welchen Kreisen sich ihre Mitglieder rekrutieren, besonders wie groß die Teilnahme qualifizierter und unqualifizierter und andererseits die Anzahl der politisch und gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Mitglieder ist. Mit Bezug auf die Anzahl der Qualifizierten und Unqualifizierten muß jedoch im voraus be-

¹⁾ Paul Franken: Vom Werden einer neuen Kultur, Berlin 1930, S. 25 und 26.

²⁾ Einige andere Ziffern vom Jahr 1929, für die uns keine Vergleichszahlen bekannt sind, lassen wir noch folgen:

Radfahrerbund „Solidarität“, Sitz Offenbach	251 520 Mitglieder
Arbeiterschachbund, Chemnitz	13 000 „
Freier Seglerverband, Berlin	1 616 „
Arbeiter-Anglerbund, Berlin	5 890 „
Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Chemnitz	8 216 „

nach C. Gellert: 10 Jahre Sozialistische Sport-Internationale, Leipzig 1930. Vgl. auch das bereits erwähnte Buch von Paul Franken.

³⁾ L'Activité de l'Opera Nazionale Dopolavoro, dem im Jahre 1930 in Lüttich abgehaltenen 1. internationalen Kongreß für die Freizeit vorgelegt.

rücksichtigt werden, daß besonders jüngere Arbeiter der Sportbewegung angehören, die zwar nicht zu den qualifizierten Arbeitern gehören, aber doch nicht als ungeschult angesehen werden können, da ihre Berufsausbildung öfters noch nicht abgeschlossen ist.

IV.

Ebenso wie der Sport fordert das Kino nur ein Mindestmaß an geistiger Anstrengung. Es dient als Emotionsentlastung und ermöglicht die Befriedigung natürlich vorhandener, jedoch von der Gesellschaft auf eine bestimmte Weise modifizierter Triebe. Für das Proletariat ist das Kino das einfachste und zweckmäßigste Mittel, seine wirkliche Lebenssituation zu vergessen und sich in eine andere, illusionäre Welt zu versetzen. Das Kino ist als Massengenußmittel besonders wegen seines Spannungswechsels und seiner Gefühlsreize brauchbar.

In einer vom Institut International du Cinématographe Educatif, Rom, herausgegebenen Schrift¹⁾ wird mit folgenden Worten auf den Unterschied zwischen dem gesprochenen Wort (Vorträge) und dem Film hingewiesen:

„Das Wort ist am wenigsten geeignet, die von emotionellen Typen verlangte Stimmung hervorzurufen. Es richtet sich gewöhnlich an verantwortliche Elemente, bezieht sich auf Lebensäußerungen wie Politik, Kunst oder rein geistige Dinge. Dies alles hat nicht immer Interesse und ermüdet psychisch sogar durch die geistige Anstrengung, welche vom Zuhörer gefordert wird. Was beim Wort auch fehlt, ist das Element der Vorstellung, welche von größter Bedeutung ist. Man darf die suggestive Wirkung des Films, der das Leben in seiner Bewegung reproduziert, so wie es ist, deswegen nicht verkennen.“ (S. 246)

Die Frage des Einflusses des Films auf die Arbeitnehmerschichten ist wissenschaftlich bisher kaum bearbeitet worden. Die Film-Literatur befaßt sich fast ausschließlich mit der Bedeutung der Filmindustrie als großindustrieller Erzeugerin dieses Konsumtionsgutes oder mit dem ästhetischen Wert der Filme. Fest steht wohl, daß die Popularität, ja die Daseinsmöglichkeit des Films überhaupt der Anpassung entstammt, welche die in ihm produzierten Gehalte an die herrschenden Gedanken, Auffassungen und Triebwünsche der gegenwärtigen Gesellschaft vornehmen. Stärker als Literatur und Vorträge ist der Film dazu geeignet, auf positive Weise der Masse bestimmte Gefühle und Gedanken aufzudrängen, welche sich vollkommen der vorhandenen Vorstellungswelt anpassen. Filme, die

¹⁾ „Les Aspects sociaux du Cinéma“, H. 4, o. J.

nach anderen Richtungen tendieren, sind ein Problem für sich; sie verschwinden in der großen Masse der „Anpassungs-Filme“ oder machen die Errichtung besonderer Organisationen für ihre Vorführung notwendig¹⁾).

Natürlich gibt es auch andere Gesichtspunkte. Der Film hat dem Arbeiter in fremde Länder und weite Gesellschaftskreise Einblick gegeben, die ihm vorher nur aus der Literatur bekannt sein konnten. Dadurch hat er sich, wenn auch vielfach in verzerter Form, nicht nur größere Kenntnisse der Lebensgewohnheiten und Auffassungen anderer Schichten angeeignet (die er wohl auch nachzuahmen versucht), sondern es sind in ihm Bedürfnisse geweckt worden, die er vorher nicht kannte.

Seitdem erkannt ist, daß der Film als Beeinflussungsmittel große Qualitäten besitzt, wird er auch bewußt in den Dienst der Massenbeherrschung gestellt. In Italien gibt es seit April 1926 eine Verordnung, nach der die Kinotheater des Landes verpflichtet sind, kulturell wertvolle Filme zu projizieren, die die Bevölkerung zu guten Bürgern erziehen und die nationale Erziehung fördern sollen. Weiter steht der Film in einzelnen Ländern im Dienste zahlreicher Unternehmungen, um die Belegschaft an den Betrieb fester zu binden. Von besonderer sozialpsychologischer Bedeutung ist die Herstellung und Vorführung von Kulturfilmen durch Arbeiterorganisationen und Genossenschaften als Gegenstück zu den Alltagsfilmen.

Eine tiefere Untersuchung des ganzen Filmproblems wird erst möglich sein, wenn in einer Reihe von Groß- und Provinzstädten über Anzahl der Kinos, Art und Qualität der gebotenen Filme, Alters- und Schichtenzusammensetzung der Zuschauer und über die von Arbeiterorganisationen veranstalteten Filmvorführungen genaueres Erhebungsmaterial vorliegt.

V.

Die Bedeutung des Rundfunks für die Freizeitverwendung läßt sich in wesentlichen Punkten mit der des Kinos vergleichen: die massenhafte Benutzung des Rundfunks als Freizeitverwendung, der universelle Charakter, den beide gemein haben, die aktive Beeinflussung und die Anpassung an den Geschmack und die Ideenwelt seiner Hörer, eine Anpassung, die ja noch viel detaillierter als beim

¹⁾ In diesen Ausführungen wird der Film vom sozialpsychologischen Gesichtspunkt aus betrachtet; die Frage des künstlerischen Wertes lassen wir beiseite.

Film durchgeführt werden kann. Jedoch gibt es zugleich einen wesentlichen Unterschied, indem der Rundfunk durch Vermittlung des gesprochenen Wortes den Geist der Zuhörer direkter und unverhüllter beeinflusst als der Film; so kann der Rundfunk in den Händen bestimmter gesellschaftlicher oder politischer Schichten auf die Ideenwelt der Arbeiterschaft eine starke Wirkung ausüben. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß in einigen Ländern die Arbeiterorganisationen oder religiöse Richtungen Rundfunkorganisationen besitzen, die zu bestimmten Stunden selbständig senden und damit ihre spezifischen Auffassungen in der Welt verbreiten können.

Vor allem hat die Beeinflussungsmöglichkeit zugenommen, seitdem die Anzahl der Empfangsgeräte sich stark vermehrt hat, deren größter Teil sich bei den Arbeitnehmern befindet. Bereits vor einigen Jahren konnte das Internationale Arbeitsamt die nachfolgende Feststellung machen:

„In Deutschland gibt es z. Z. etwa 4 Millionen Hörapparate. Die Zahl hat sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelt, und es muß betont werden, daß der größte Teil der Apparate Arbeitern gehört. In der Tschechoslowakei hat sich die Zahl der Arbeitern gehörigen Apparate verdoppelt und beläuft sich gegenwärtig auf mindestens 300 000“¹⁾.

Eine Beurteilung des Grades, in dem der Rundfunk die Arbeiterschaft beeinflusst, ist wegen des Mangels an eingehenden Untersuchungen noch nicht möglich.

Zweifellos hat der Rundfunk die Tendenz, das Familienleben des Arbeiters zu stärken. Bis zu welchem Ausmaß ist schwer festzustellen, da gerade die Anwendung des Rundfunks außerhalb des Hauses, besonders in Wirtshäusern eine entgegengesetzte Wirkung ausüht und auch eine Reihe anderer Faktoren (Kino, Tanz) das außerhäusliche Leben fördern.

Für die Beantwortung der Frage, wieweit sich der Geschmack des Arbeitnehmers unter Einfluß des Rundfunks entwickelt hat, sind umfangreiche Erhebungen nötig. Sie müßten feststellen, welche Sendungen bei ihm am beliebtesten sind und inwieweit angenommen werden kann, daß durch den Rundfunk der Anteil an anderen Veranstaltungen (Konzerten, Versammlungen, Vorträgen) herabgesetzt wird. Aus den Resultaten derartiger Untersuchungen ließe sich schließen, in welchem Maße der Rundfunk die Mentalität der heutigen Arbeitnehmerschichten beeinflusst und psychische und geistige Bedürfnisse befriedigt.

¹⁾ Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes vom Jahre 1929, S. 278.

VI.

Neben Sport, Kino und Radio spielt die Kleingärtnerei in der Nachkriegsperiode als Freizeitverwendung eine wichtige Rolle. Sowohl über den Umfang wie über die Ursachen der Bedeutung der Kleingärtnerei liegt schon viel Material vor. Vor dem Krieg bestanden in einer Reihe von Ländern bereits die Schrebergärten, die sich nach dem Krieg zusammen mit Kleintierzucht stark fortentwickelt haben. Die Zunahme von Kleingärtchen hat schließlich in den meisten europäischen Ländern zur Gründung von Organisationen geführt, die seit 1927 zu einer Internationale der Kleingärtnerorganisationen zusammengefaßt sind. Ihr Sitz befindet sich in Esch-sur-Alzette (Luxemburg); sie organisiert keine Berufsgärtner, sondern nur Liebhaber. Viele dieser Organisationen erhalten Staats- oder Gemeindezuschüsse. Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, gibt es außer $2\frac{1}{2}$ Millionen der Internationale angeschlossenen Mitgliedern, die mit ihren Familien auf 11 Millionen geschätzt werden können, noch abertausend von Kleingärtnern, die keinem Verband angeschlossen sind. Einige Ziffern über die organisierten Kleingärtner lassen wir hier folgen:

Deutschland	432 544 ¹⁾
England	120 000
Österreich	34 392
Belgien	65 000
Schweiz	11 000

Bemerkenswert sind die verschiedenen Motive, welche zur Begründung der Kleingärtnerbewegung dienen. Neben dem Wunsch, sich in der Freizeit ein zusätzliches Einkommen zu schaffen, spielt zunächst das Moment der Erholung eine große Rolle. Die Arbeiter, soweit sie in den Großstädten ihrer Arbeit nachgehen, wollen ihre Freizeit in einer ruhigen Atmosphäre verbringen. Der Garten ist „der wahre Ruhe- und Erholungsplatz für den Menschen, der unter physischer und geistiger Überbelastung unter dem Druck unseres Maschinenzeitalters leidet“²⁾.

Wir finden ferner als Motiv den Ruf: „Zurück zur Natur“. Die Erde nährt uns, alles kommt nur von der Erde, so heißt es, und wir müssen ihr alle unsere Kräfte widmen. Damit zusammenhängend wird dann auf die Liebe zum eigenen Land und eigenen Boden hin-

¹⁾ Die Gesamtzahl der Kleingärtner wird für Deutschland auf $1\frac{1}{2}$ Millionen geschätzt.

²⁾ „La fondation de l'Office International des Jardins ouvriers“, S. 21.

gewiesen. „Notre pays, notre propre terre!“ Besonders spielen derartige Motive in Frankreich eine Rolle. Die Liebe zum eigenen Boden gründet auch teilweise auf der Auffassung, daß das „Zurück zur Natur“ schließlich zur Stärkung der eigenen Rasse beitragen wird. Auch die sozialen Motive spielen eine Rolle, man verweist auf die „große soziale Pazifizierung, die die internationale Kleingärtnerbewegung darstellt“. Dabei wird einerseits an den friedlichen Einfluß des Landlebens gedacht, andererseits an die Lösung sozialer Probleme durch Bearbeitung brachliegenden Landes. Weiter nennen wir noch das kleinbürgerliche Motiv: Jedem sein Fleckchen Erde, jedem sein Eigenheim! In den Schriften der obengenannten Internationale wird sehr oft darauf hingewiesen, daß ein eigenes Heim das größte denkbare Glück ist. In einem offenen Brief an den Völkerbund (25. Januar 1931), in dem mehrere Forderungen im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des Bodens gestellt wurden, heißt es u. a.:

„Das internationale Büro für Kleingärten und Arbeitergärten ist keine Vereinigung von Gemüse- und Blumenzüchtern. Wir sind die Züchter eines neuen Geistes, die Züchter der Erneuerung der Arbeiterfamilie durch den Kleingrundbesitz, die Züchter der Befestigung des Friedens, des Völkerfriedens zu Hause und infolgedessen des Friedens unter allen Völkern. — Wir verlangen zur rechten Stunde, Herr Präsident, daß der Völkerbund unseren Grundsatz in Betracht ziehe: „Jedem sein Fleckchen Erde, jedem sein Eigenheim!“

Es wird Nachdruck auf die Herbeiführung des Familienglücks gelegt, welches durch die Schaffung eines eigenen Heims erreicht werden kann. Immer wieder wird auf den Zusammenhang zwischen Eigenheim und Familienglück hingewiesen. So finden wir in der Zeitschrift der internationalen Kleingärtnerorganisation folgende belgische Notiz¹⁾:

„Bis heute hat die Belgische National-Liga bereits tausende von Arbeitern zu Eigentümern gemacht, deren Familien fortan in viel größerer Sicherheit leben. Sie erfreuen sich eines intensiveren Familienlebens, das auf der Basis gesicherten Wohlstands täglich inniger wird. Die allgemeine Anwendung unseres Systems ist der Weg zu einer friedlicheren und klügeren Gesellschaftsklasse“ (S. 32.)

Eigentümlicherweise sind es sogar einander entgegengesetzte soziale Gruppen, die die Bedeutung der Kleingärtnerbewegung unterstreichen. Von sozialistischer Seite wurde auf dem dritten Internationalen Kleingärtnerkongreß eine offizielle Kundgebung zugunsten dieser Bewegung veranstaltet. Auf dieser Zusammenkunft, abgehalten in Essen 1929,

¹⁾ „Bulletin“ vom September 1931.



äußerte sich der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Heinrich Limbertz, wie folgt:

„Im Namen der Sozialdemokratischen Partei Essens und im besonderen Auftrag des Vorstandes der Partei in Berlin sowie der Reichstagsfraktion gestatte ich mir, Ihnen zu Ihren Verhandlungen den besten Erfolg zu wünschen. Daß meine Partei Ihre Bestrebungen mit großem Interesse verfolgt und sie nach Möglichkeit zu unterstützen bereit ist, brauche ich wohl nicht besonders auseinanderzusetzen. Das ist für eine Partei, deren Ziel die Erreichung größtmöglicher Wohlfahrt für die größtmöglichste Zahl der Menschen ist, selbstverständlich.“ (Kongreßprotokoll S. 135)

Auch L. Piérard, ein angesehener belgischer Sozialist, der sich eingehend mit den Problemen der Freizeitverwendung befaßt, tritt als ein Befürworter der Kleingärtnerci auf. Im belgischen Parlament hat er sich wie folgt geäußert:

„Ah! die großen sittlichen Folgen des kleinen Stückchen Landes: der Mann geht nicht mehr ins Wirtshaus, er widmet sich völlig seinem Garten. Seinem Garten! Wie ihn dieser vom Fabrikarbeiter zum anderen Menschen macht. Land des Friedens, nach Anstrengung und Lärm, Land der Freiheit in der Sonne und in der frischen Luft¹⁾.“

Andererseits wird die Kleingärtnerbewegung besonders in Frankreich, aber auch in anderen Ländern von den Unternehmern finanziell und moralisch unterstützt. Nach einer Äußerung von Robert George Picot, dem Vorsitzenden des französischen Verbandes der Kleingärtner, gibt es in Frankreich 150 000 Gärten, die von der Großindustrie gegründet wurden. Es wäre interessant, im einzelnen zu untersuchen, welche Motive die Unternehmer zu ihrer Mithilfe veranlassen und welchen Einfluß diese Gartengründungen auf die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern ausüben²⁾.

Für das Problem der Aufrechterhaltung der Arbeiterfamilie hat die ständige Entwicklung der Kleingärtnerci eine wesentliche Bedeutung.

VII.

Wir gelangen jetzt zu einer Reihe anderer Verwendungsarten der Freizeit, die teilweise noch weniger als die bisher behandelten übersehbar und statistisch kaum erfaßbar sind. In vielen Fällen können höchstens Vermutungen ausgesprochen werden.

Zunächst ist hier das Gebiet der Bildungstätigkeit zu nennen, zu dem wir Lektüre, „Arbeiterbildung“ und Theaterbesuch rechnen.

¹⁾ „L'Organisation des Loisirs du Travailleur en Belgique et à l'étranger“. Paris 1931, S. 225.

²⁾ Der bereits erwähnte R. G. Picot betont in „Le jardin ouvrier“, in: „Les Cahiers du Redressement Français“, Paris 1927, daß der Garten den Arbeiter jedenfalls von allem, was ihn an die Klassentrennung erinnert, fernhalte (S. 135).

Es wäre zu untersuchen, welche Zeitungen vor allem von den Arbeitern gelesen werden. Die Arbeiterpresse sämtlicher Richtungen hat sich in den letzten 10 Jahren sehr stark geändert. In ihr spiegeln sich alle Arten der Freizeitverwendung wieder, denen sich die Arbeiterklasse zuwendet. Die Presse wird immer mehr von der Partei- zur Volkszeitung und an das Durchschnittsbedürfnis angepaßt. Dies führt dazu, daß die Arbeiterzeitung sich in vielen Fällen, abgesehen von ihren politischen oder religiösen Tendenzen, nicht wesentlich von den bürgerlichen Blättern unterscheidet. Ist diese Änderung der Zeitung sowohl ihrem Inhalt wie ihrer Aufmachung nach ein Entgegenkommen an den Geschmack und die augenblicklichen Bedürfnisse der großen Masse, so wirken diese Änderungen andererseits wieder beeinflussend auf die Arbeiter im Sinne der bürgerlichen Gedankenwelt zurück. Unzweifelhaft ist auch die Rationalisierung einer der Faktoren, welche beim Arbeiter das Verlangen hervorgerufen haben, nach seiner täglichen Arbeit sich nicht zu eingehend mit schwierigen Fragen beschäftigen zu müssen. Auch für die Angestellten, deren Arbeit ebenfalls stark mechanisiert ist, scheinen dieselben Bedürfnisse zu bestehen. So schreibt Max Rössiger u. a.: „Eine acht- oder jetzt oft schon wieder neunstündige Arbeitszeit im rationalisierten und entpersönlichten Betrieb zerrt an den Nerven und weckt auch bei sonst Anspruchsvolleren den Hunger nach leichter Kost als Betäubungsmittel“¹⁾. Die hier angedeutete Umbildung der Arbeiterzeitung; zusammen mit der immer wachsenden Differenzierung in der Verwendung der Freizeit und die dadurch herbeigeführte Entwicklung des Vereinswesens haben die Herausgabe einer Reihe von Zeitungen und Zeitschriften, welche speziellen geistigen, sozialen und sonstigen Interessen dienen, zur Folge gehabt.

Bei der Untersuchung der Rolle des Bücherlesens muß ein Unterschied zwischen dem Lesen und Kaufen von Büchern gemacht werden. Was gelesen wird, ist teilweise durch statistische Angaben von Bibliotheken, Lesevereinen, Volksbüchereien usw. zu erfassen, aber gewöhnlich fehlt die Erfassung der Berufszugehörigkeit der Leser, so daß diesen Statistiken nur ein relativ geringer Wert zugemessen werden kann²⁾. Übrigens geht aus ihnen nicht hervor, wie oft Bücher angefragt wurden, also ein Bedürfnis danach bestand,

¹⁾ Max Rössiger, *Der Angestellte von 1930*, Sieben-Stäbe-Verlag, Berlin 1930. S. 64.

²⁾ Eine Ausnahme bildet das ausgezeichnete Buch von Walter Hofmann, „Die Lektüre der Frau“, Leipzig 1931. Es enthält ausführliche Betrachtungen über die Lektüre der Frau verschiedener sozialer Schichten.

das Buch jedoch ausgeliehen war. Wieviel Arbeiter Bücher kaufen und was sie an Literatur besitzen, muß noch durch Befragung von Sachverständigen, am besten durch eine besondere Erhebung festgestellt werden.

Die Art der Arbeiterbildung und die Institutionen, welche sich damit befassen, sind in den verschiedenen Ländern sehr stark differenziert. Wir sehen hier von den Ländern ab, in denen die Bildungseinrichtungen unmittelbar unter der Kontrolle des Staates und im Dienste der Staatsziele stehen, wie Italien und Rußland, und unterscheiden zwei Haupttypen, den apolitischen und den politischen. Von einer Arbeiterbildung kann in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten nicht gesprochen werden, da eine Trennung zwischen allgemeiner und Arbeiterbildung generell nicht besteht. Fast alles, was hier unternommen wird, geschieht durchaus unpolitisch; die rein politischen Instanzen, die sich mit Bildung befassen, sind Ausnahmen. Der Individualismus läßt einen bedeutenden Einfluß des Staates auf die Bildung nicht zu. Dieser gibt höchstens Zuschüsse, ist jedoch selbst für den Charakter der Bildungsarbeit nicht verantwortlich. Hier sei noch an die umfassende Bildungsarbeit der Volkshochschulen und die von kirchlichen Instanzen betriebene Volksbildung erinnert, die sich jedoch nicht ausschließlich den Interessen der Arbeitnehmer zuwendet.

Der politische Typ wird durch die prinzipiell sozialistische Arbeiterbildung repräsentiert, wie sie in Ländern wie Deutschland, Österreich, Holland, den skandinavischen Ländern und Belgien vorherrscht, wo eigene Bildungsorganisationen der Arbeiterklasse bestehen, die als ihren Endzweck ausdrücklich die Herbeiführung einer sozialistischen Gemeinschaft angeben. Mit der Vergrößerung der Zahl der Ämter, die von Vertrauensmännern der Arbeiterorganisationen besetzt werden, wird jedoch auch diese prinzipiell sozialistische Bildungsarbeit mit allgemeinen Erziehungsabsichten vermischt, die nicht unmittelbar mit sozialistischen Zielvorstellungen zusammenhängen (Ausbildung von Vollbürgern, guten Gewerkschaftsfunktionären und Vertretern in öffentlichen Instanzen). Zu bemerken ist hier noch, daß viele Arbeiten, die von Bildungsinstitutionen verschiedener Richtungen unternommen werden, bei ihrem neutralen Charakter ebensogut von einer neutralen Stelle aus gemacht werden könnten. Jedoch herrscht allmählich die Auffassung vor, daß auch diese neutrale Arbeit am besten im eigenen Kreise, in der eigenen Organisation mit ihrer besonderen Sphäre gedeiht.

Bei der Beurteilung der Bedeutung des Theaters hat man zunächst an das öffentliche Theater zu denken, wo die Besucher als Zuseher eine passive Rolle spielen. Trotz der in einer Reihe von Ländern unter Mitwirkung von Arbeiterorganisationen geschaffenen Theater und trotz der Gründung der Volksbühnen-Vereine gilt mancherorts der massenhafte Besuch von Theatern der Aufführung sog. „Volksdramen“, die das eigene Leben des Arbeiters gewöhnlich auf melodramatische Art und Weise reproduzieren, die Solidarität verherrlichen und dadurch dem Narzismus der Besucher schmeicheln. Eine andere Grundform bildet das Theater, wie es vor allem in bäuerlichen Gegenden gepflegt wird, wo öfters noch heute historische Dramen oder religiöse Spiele aufgeführt werden. Daneben nennen wir die Dilettantenvereine, wie sie vor allem in den lateinischen und angelsächsischen Ländern bestehen.

VIII.

Daß mit der Zunahme der Freizeit auch die Zerstreuungen sich vervielfältigen, ist mit Hinsicht auf die differenzierten Bedürfnisse der verschiedenartig veranlagten Menschen klar. Die Arbeiterpresse liefert dafür ein deutliches Beispiel. Rubriken, welche vor dem Krieg kaum in einer Tageszeitung vermutet wurden, machen jetzt einen wesentlichen Bestandteil dieser Blätter aus. Wir denken an die regelmäßig erscheinenden Nachrichten über Rudersport, Schwimmen, Fußball, Kanu und Kanubau, Basteleien, Errichtung von Taubenschlägen, Karten- und Schachspiel, Photographieren, Baukurse für Anfertigung von Radioapparaten, Vereinswesen, Briefmarkensammeln usw.

Es fällt schwer festzustellen, inwieweit qualifizierte oder nichtqualifizierte, politisch und gewerkschaftlich organisierte oder unorganisierte Arbeiter sich dieser oder jener Zerstreuungsmittel bedienen. Generell darf gesagt werden, daß das Hauptquantum an Freizeit, über das die Arbeiter verfügen, die Entwicklung der verschiedenen persönlichen Bedürfnisse stark fördert und deswegen eine immer größere Verschiedenheit der Entspannungsmöglichkeiten auftritt. Die durch den besseren Wohnungsbau, soziale Hygiene, günstigere Arbeitsbedingungen ermöglichte angenehmere Lebensweise¹⁾

¹⁾ Für die sozialpolitische Bedeutung der vermehrten Freizeit bieten die Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes wichtiges Quellenmaterial, besonders diejenigen, welche als Grundlage für die Behandlung der Freizeitfrage auf der 1924 abgehaltenen Internationalen Arbeitskonferenz erschienen sind.

hat teilweise zu einer Übernahme vieler Arten der Freizeitverwendung geführt, die längere Zeit das Privileg der Mittelklassen und sogar der Großbourgeoisie waren¹⁾. Hier zeigt sich ein Prozeß der Nachahmung in vielen Richtungen, dessen Tragweite sowohl für die Morphologie des Klassenkampfes wie für die gesellschaftliche Kultur überhaupt von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung ist.

Neben dieser Übernahme vieler Gewohnheiten anderer gesellschaftlicher Kreise ist die Wiederbelebung einer Reihe von Arten der Freizeitverwendung zu beobachten, welche in der organisierten Arbeiterklasse längere Zeit als die Vergnügungen der „nicht klassenbewußten Arbeiter“ gegolten haben. Angeln, Kartenspiel, Kegelspiel, Billardspiel, das Halten von Tauben werden auch in den klassenbewußten Arbeiterkreisen mehr und mehr betrieben und sogar als gute Formen der Freizeitverwendung propagiert.

Schwer fällt es, ein positives Urteil über die Bedeutung des Wirtshauses für die Freizeit auszusprechen. In den verschiedenen Ländern und hier wieder für Stadt und Dorf nimmt es eine ganz verschiedene Bedeutung ein. Besonders in Frankreich und Belgien tragen z. B. das „Cabaret“ oder das „Estaminet“ einen durchaus sozialen Charakter, so daß ein regelmäßiger Wirtshausbesuch nicht als minderwertig gilt. Es sind außerfamiliäre Plätze, wo sich die Kameradschaft und das Bedürfnis an gesellschaftlichem Verkehr weiter entfalten. Über den Besuch des Wirtshauses als Freizeitverwendung liegt bisher wenig positives Material vor. Offizielle französische Erhebungen vor ungefähr 10 Jahren haben festgestellt, daß der Wirtshausbesuch seit der Einführung des verkürzten Arbeitstages stark abgenommen hat.

Andere Freizeitverwendungen, die wir hier erwähnen, die aber ihrem Wesen nach auch unter andere Gruppierungen fallen, sind Wandern, Besuch von Museen, Ausstellungen und schließlich — ein Problemkreis für sich — die Beschäftigung innerhalb der Familie. Von großer Bedeutung ist endlich die Tätigkeit in Vereinen aller Art.

IX.

Mit der Umstrukturierung der Freizeitbestrebungen der Arbeiterschaft geht — soweit es sich um festgegründete Organisationen handelt

¹⁾ „Tausende von Arbeitern, welche früh den Arbeitsplatz verlassen, können im Sommer Wasser und Sonne genießen und lernen ein wenig vom Leben in der freien Luft kennen, das vor einigen Jahren nur das Vorrecht der begüterten Klassen war.“ Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes vom Jahre 1928, S. 257.

— auch eine relative Abnahme der freiwilligen politischen und insbesondere gewerkschaftlichen Betätigung Hand in Hand. Mit dem Wachstum der Verbände und der Zunahme der finanziellen Tragkraft ist die Möglichkeit geschaffen, allmählich über einen großen Apparat mit besoldeten Kräften zu verfügen. In Zeiten heftiger Agitation, bei großen politischen und gewerkschaftlichen Aktionen, Wahlen, Mitgliederwerbung geht die Anzahl derer, die ihre Freizeit in den Dienst ihrer Organisation stellen, in steigender Richtung; die aktive Mitarbeit der großen Masse der Mitglieder ist in normalen Zeiten nur bei radikalen Kampforganisationen die Regel.

X.

Eine eingehende Analyse des Entwicklungsprozesses der Freizeitverwendung in der Nachkriegszeit wird als Beitrag für die Psychologie und Geistesrichtung der heutigen Arbeiterschaft sowie für die Aufdeckung bestehender gesellschaftlicher Zusammenhänge fruchtbar sein. Bei diesen Untersuchungen wird das Problem der Familie öfters mit hineinbezogen werden müssen, indem diese durch die Wandlungen der Freizeitbenutzung unmittelbar beeinflußt wird und selbst durch innere Faktoren auf die Freizeitgestaltung zurückwirkt. Bisher wurde das Problem der Kürzung des Arbeitstages fast ausschließlich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus behandelt, dagegen die durch die Kürzung entstandene Mehrung der Freizeit und ihre Verwendung als Gesamtproblem im allgemeinen weder soziologisch noch sozialpsychologisch untersucht. Einige Gesichtspunkte zur Inangriffnahme dieser Probleme sind hier gezeigt worden.

Prinzipiell darf jedoch das Problem der Freizeit niemals als selbständiges Studienobjekt in Angriff genommen werden, in dem Sinn, als handle es sich hier um ein Problem, das, außerhalb der Arbeitssphäre liegend, auch wesentlich davon getrennt wäre. Wenn Marx vom „Reich der Freiheit“ gesprochen hat, das erst anfängt, „wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört“¹⁾, so kann dieser Begriff „Freiheit“ nie im absoluten Sinn gemeint sein, sondern nur im Gegensatz zur wirtschaftlichen Gebundenheit. Ebenso wenig wie in der geistigen und in der psychischen Sphäre läßt sich eine Zweiteilung des Arbeiters als Produzent und als Mensch durchführen. Unter völliger Anerkennung des Primats des wirtschaftlichen Elements sehen wir ein Aufeinander-

¹⁾ Marx, Das Kapital, III. Bd., Volksausgabe, S. 316.

einwirken, ein Durchdringen der in den beiden Teilgebieten vorhandenen oder neuerzeugten geistigen und physischen Gegebenheiten. Doch glauben wir schon jetzt feststellen zu dürfen, daß der Arbeitszeit für die Modifizierung der biologisch gegebenen Triebstruktur, der Freizeit für die Entwicklung der geistigen Faktoren ein maßgebender Platz einzuräumen ist. Das Studium der einzelnen Arten der Freizeitverwendung unter Anwendung der analytischen sozialpsychologischen Methode wird erst Aufschluß über die psychologischen Vorbedingungen des Entstehens, Fortbestehens und gegebenenfalls des Verfalls bestimmter Freizeitzeige geben und somit als wichtiger Beitrag zur Aufdeckung der derzeitigen Gefühls- und Denkwelt der modernen Arbeiter und Angestellten und der sie bedingenden Faktoren dienen können.

Zur gesellschaftlichen Lage der Musik.

Von

Theodor Wiesengrund-Adorno (Frankfurt a. M.).

II. — Reproduktion. — Konsum.

Die Entfremdung zwischen Musik und Gesellschaft spiegelt in den Antinomien der musikalischen Produktion sich wider: als reale gesellschaftliche Tatsache wird sie greifbar am Verhältnis von Produktion und Konsumtion. Zwischen beiden vermittelt die musikalische Reproduktion. Sie dient der Produktion, die nur reproduziert unmittelbar gegenwärtig zu werden vermag, anders als toter Text verharrte; sie ist die Form jeglichen musikalischen Konsums, weil nur an reproduzierten Werken und nie an bloßen Texten die Gesellschaft Anteil gewinnen kann. Die Forderung der Produktion — als die nach Authentizität — und die der Konsumtion — als die nach Verständlichkeit — richten sich gleichermaßen an die Reproduktion und verschränken sich in ihr: das Postulat „deutlicher“ Wiedergabe des Werkes etwa kann ebensowohl von der sinngemäßen Darstellung des Textes wie von der Auffaßbarkeit für den Hörer her an die Reproduktion ergehen. Wenn dergestalt in den innersten Zellen der Reproduktion Produktion und Konsumtion sich hegegnen, dann bietet Reproduktion den genauesten Schauplatz für die Konflikte, die sie miteinander auszutragen haben. Als Reproduktion entfremdeter Musik vermag sie die Gesellschaft nicht mehr zu erreichen; als Reproduktion für die Gesellschaft verfehlt sie die Werke. Denn konkrete Reproduktion hat es — wie die landläufige Kunstkritik stets wieder möchte vergessen machen — weder mit einem ewigen Werk an sich noch mit einem an konstante Naturbedingungen gebundenen Hörer zu tun, sondern mit geschichtlichen. Nicht bloß ist das Bewußtsein der Hörerschaft vom Wechsel der gesellschaftlichen Bedingungen abhängig; nicht bloß das der Reproduzierenden vom Stande der musikalischen Gesamtverfassung: die Werke selber haben ihre Geschichte und verändern sich in ihr. Ihr Text nämlich ist eine bloße Chifferschrift, die Eindeutigkeit nicht verbürgt und in der

mit der Entfaltung der musikalischen Dialektik — die wieder gesellschaftliche Momente in sich faßt — wechselnde Gehalte erscheinen. Die Veränderung der Werke selbst stellt sich dar in der Reproduktion. Und zwar, im Zeichen der radikalen Entfremdung, als Schwinden der reproduktiven Freiheit. Die vorkapitalistische Reproduktion war beherrscht von Tradition: Tradition musikalischer Zünfte, Tradition oft auch einzelner Familien. Das traditionale Moment garantierte einen stetigen Zusammenhang zwischen der Musik und ihrer Hörerschaft in der Stetigkeit der Wiedergabe; das Werk stand nicht isoliert der Gesellschaft gegenüber, sondern in der Reproduktion behauptete sie Einfluß auf die Produktion, und bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts, also bis zur Beseitigung der Generalbaßpraxis durch die Wiener Klassik, gingen Produktion, Reproduktion, Improvisation ohne scharfe Grenze ineinander über; selbst ein so streng auskomponierter Formtyp wie die Bachische Fuge, die sich, Erbin der mittelalterlichen Polyphonie, der Generalbaßpraxis nicht unterworfen hatte, läßt dem Interpreten in Tempo und Dynamik, die im Text nur gelegentlich fixiert sind, volle Freiheit und gibt die Regelung einer Tradition anheim, die noch Jahrhunderte nach der Einführung der temperierten Stimmung irrational bleibt. All das ändert sich mit dem Sieg der bürgerlichen Klasse. Das Werk setzt sich selbständig und in einem rationalen Zeichensystem der Gesellschaft als Ware gegenüber; die Tradition der Interpreten und ihrer Zünfte reißt mit der Durchsetzung der freien Konkurrenz ab; die „Schulen“ werden zu Lern- und Gesinnungsgemeinschaften ohne Verbindlichkeit der übermittelten Lehrgehalte; die Restbestände traditionaler Musikübung, wie etwa Mahler in Wien sie vorfand, sind, nach seinem Wort, durchsichtig als „Schlamperei“. Der Eingriff des Interpreten ins Werk, in der Zeit vor der definitiven Verdinglichung der Werke jeweils möglich und selbst gefordert, wird zur schlechten Willkür, die die Authentizität des rational bezeichneten Werkes von sich fernhalten muß. Die Geschichte der musikalischen Reproduktion im letzten Jahrhundert hat die reproduktive Freiheit vernichtet. Der Interpret hat einzig noch die Wahl zwischen zwei Anforderungen rationaler Art; er muß entweder sich streng auf die Realisierung, allenfalls Entzifferung der genauen Sprache der musikalischen Zeichen beschränken, oder er muß den Wünschen entsprechen, die die Gesellschaft als Markt an ihn richtet und in denen die Gestalt des Werkes untergeht. Zwischen beiden Forderungen vermittelte im 19. Jahrhundert die „Interpretenpersönlichkeit“ als letztes musikalisches Refugium irrationaler Repro-

duktion im kapitalistischen Prozeß. Sie steht in deutlicher Beziehung zur Form der freien Konkurrenz und enthält so viel Irrationales in sich wie diese. Dem Werk dient sie, indem sie dessen Gehalte, im Rahmen des vorgezeichneten Textes und seiner Zeichen, nochmals gleichsam aus sich selbst hervorbringt; das wird möglich durch die Homogenität der Struktur von Autor und Interpret, die beide in gleicher Weise hürgerliche „Individuen“ sind und in gleicher Weise den „Ausdruck“ bürgerlicher Individualität vollbringen: Liszt, Rubinstein, beide expressive Komponisten und als Interpreten „Nachschöpfer“, sind Urbilder solcher Interpretation. Die Gesellschaft, der sie die Musik darbieten, ist ebenso individualistisch beschaffen wie sie; in ihnen erkennt sie sich wieder, in ihnen nimmt sie von den Werken Besitz, und in den Triumpfen, die sie den Virtuosen, weit mehr als den Komponisten, bereitet, feiert sie sich selber. Es ist die entscheidende Veränderung, die die gegenwärtige musikalische Reproduktion dem 19. Jahrhundert gegenüber erfuhr, daß das Gleichgewicht von individualistischer Gesellschaft und individualistischer Produktion vernichtet, die Freiheit der Reproduktion vollends problematisch geworden ist und nirgends besser als hier mag an musikalischen Phänomenen der Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus sich erkennen lassen. Zwar die „Interpretenpersönlichkeit“ besteht im Musikleben fort und dürfte gesellschaftlich wirksamer sein als je zuvor: aber ihre Funktion ist völlig geändert, und die Souveränität, mit der sie Werken und Publikum gleichermaßen gebietet, verbirgt diktatorisch den Sprung zwischen freiem Interpreten und Werk. Die musikalische Produktion aber, soweit sie dem Markt gegenüber Selbständigkeit behauptet, fordert gänzliche Unterordnung des Interpreten unter den Text, und diese Unterordnung bleibt nicht auf die gegenwärtige Produktion beschränkt, sondern wird zum notwendigen Postulat auch der vergangenen gegenüber, wofern nicht im Lichte der fortgeschrittensten Produktion die Wiedergabe der alten überhaupt unmöglich ist und die vergangenen Werke dem strengen Interpreten transparent und stumm vor Augen liegen. Indem Schönberg als Komponist die tonale Kadenz und alle in ihr entspringenden Formmittel beseitigte, entfielen auch die ihnen als selbstverständlich zugeordneten und darum nicht ausdrücklich vermerkten Mittel der Darstellung, deren Selbstverständlichkeit gerade dem früheren Interpreten seine Freiheit garantierte. Jetzt ist der Text bis zur letzten Note und bis zur unmerklichsten Temponuance bezeichnet, und der Interpret wird zum Exekutor des eindeutigen Autorenwillens. Wenn solche Strenge bei Schönberg

dialektisch in der Strenge eines Kompositionsverfahrens entspringt, nach welchem ohne alles vorgegehene und sozial garantierte Material die Musik gänzlich „auskomponiert“ wird, dann ist bei den minder genau bezeichneten Notentexten Strawinskijs, undialektisch zwar, doch mit ähnlichem Ergebnis, die Freiheit des Interpreten ausgeschlossen durch Stil und „Geschmack“ eines Objektivismus, der sich zwar nicht rein auskonstruiert, aber doch vom Interpreten gänzliche Unterordnung unter seine objektive Attitüde verlangt und diese Unterordnung, wenn sie schon nicht in Komposition und Zeichengebung festgelegt ist, wenigstens in einer affektlosen, dem Spiel mechanischer Instrumente angeglichenen Vortragsweise zum Ausdruck bringen möchte. Die Verbesserungen und Erfindungen im Bereich der mechanischen Musikinstrumente, die eine präzisere Wiedergabe jedenfalls als die durch mittlere und unkontrollierte „freie“ Interpreten gewährleisten, mögen dabei das Reproduktionsideal mitgeformt haben, und jedenfalls hekräftigt es die Ansprüche gesellschaftlicher Deutung der musikalischen Reproduktionsverhältnisse, daß deren immanente Problematik die gleiche Einschränkung der reproduktiven Freiheit, die gleichen Tendenzen zu Technisierung und Rationalisierung zeitigte, welche von außen mit der gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung: durch Vervollkommnung der Maschinen und Ersatz der menschlichen durch mechanische Arbeitskräfte musikalisch aktuell wurden. Diese Tendenzen blieben nun nicht auf die Wiedergabe zeitgenössischer Musik beschränkt. Die geschichtliche Veränderung der Werke im Rahmen ihrer mehrdeutigen Texte spielt sich nicht beliebig ab, sondern gehorcht strikt den Erkenntnissen, die im Raum der musikalischen Produktion gewonnen sind. Genauerer Anschauung unterworfen, fordert ältere und zumal die „klassische“ deutsche Musik, um so realisiert zu werden wie ihre Konstruktion heute dem Auge sich darbietet, die gleiche strenge, jegliche improvisatorische Freiheit des Interpreten verwehrende Wiedergabe wie die neueste. Die Forderung sachlich adäquater Wiedergabe der Werke hat sich dabei von dem — ohnehin schwer kontrollierbaren — Willen der Autoren ganz emanzipiert und gerade in solcher Emanzipation kommt der geschichtliche Charakter von Reproduktion bündig zutage. Wollte man etwa eine frühere Beethovensche Klaversonate so „frei“, mit so willkürlich-improvisatorischen Veränderungen zumal der Grundzeitmaße der einzelnen Sätze spielen, wie es, nach zeitgenössischen Berichten, der Pianist Beethoven tat — vor der heute erst, durch die spätere Produktion, ganz erkennbaren konstruktiven

Einheit solcher Sätze müßte die scheinbar authentische Interpretationsweise schlechterdings als sinnwidrig sich darstellen.

Indem nun aber in der immanenten Auseinandersetzung mit den Werken fortgeschrittenste, am aktuellen Stande der Produktion orientierte Interpretation zur Idee ihrer Selbstaufhebung gelangt und sich zwangsläufig, gerade in den besten Repräsentanten, auf die reine Wiedergabe der Werke konzentriert, kommt es zum offenen Konflikt mit der Gesellschaft, mit dem Publikum, das sich durch den Interpreten im Werk vertreten fühlt und durch dessen Opfer nun ausgeschlossen wird. Schärfer noch der Reproduktion als der Produktion gegenüber zeigt sich die Ambivalenz der Gesellschaft im Verhältnis zur Rationalisierung. Mit der Vervollkommenheit der technischen Mittel zum Zweck der Ersparnis von Arbeitskräften, mit der fortschreitenden Verselbständigung der Musik als einer gegen abstrakte Einheiten tauschbaren Ware, die sich schließlich von der Gesellschaft ablöst, hat die bürgerliche Gesellschaft den musikalischen Rationalisierungsprozeß nicht bloß befördert, sondern überhaupt erst ermöglicht; die Konsequenzen der Rationalisierung aber greifen den Bestand der bürgerlichen Ordnung in ihren Grundkategorien an, und vor ihnen weicht sie zurück in eine Begriffswelt, die nicht bloß die immanent-musikalische, sondern auch die immanent-bürgerliche Wirklichkeit längst hinter sich zurückließ, die aber dafür wieder zur ideologischen Verhüllung der monopolkapitalistischen Entwicklung der Gesellschaft sich als besonders tauglich erweist. Die Rationalisierung musikalischer Produktion und Reproduktion, Resultat der gesellschaftlichen, wird als „Entseelung“ perhorresziert, wie wenn man fürchtete, die Irrationalität des gesellschaftlichen Zustandes, die aller „Rationalisierung“ zum Trotz sich behauptet, werde im Lichte radikalerer künstlerischer Rationalität allzu deutlich; die „Seele“ wird dabei stillschweigend der bürgerlich-unabhängigen Privatperson gleichgesetzt, deren Recht man ideologisch um so sichtbarer statuieren möchte, je mehr es ökonomisch-gesellschaftlich in Frage gerückt ist. Die plattesten Antithesen sind dem Konsumentenbewußtsein recht, um sich vorm Zugriff der ihrem Erkenntnischarakter nach aktuellen Reproduktion zu schützen und eine Art des Musizierens zu gewährleisten, deren Hauptfunktion es ist, mit Traum, Rausch und Versenkung die Realität zu verbergen und den Bürgern im ästhetischen Bilde eben jene Triebbefriedigungen zu verschaffen, die die Realität ihnen verwehrt; für die aber das Kunstwerk mit dem Preis seiner integralen Gestalt zu zahlen hat. Organik wird

da gegen Mechanik, Innerlichkeit gegen Leere, Persönlichkeit gegen Anonymität ausgespielt. Der Objektivismus hat, in seiner konzilianteren deutschen Form, versucht, solchen Einwänden, wie sie gegen die rationale Reproduktion laut werden, von der Produktionsseite aus zu hegegnen, indem er die verlorene reproduktive Freiheit oder wenigstens deren Schein als „Musikantentum“ in den Text aufnahm und den Text derart aus den instrumentalen Spielweisen entwickelte, als ob die freie Möglichkeit von Reproduktion die Produktion selher erst ermöglichte. Der Scheincharakter dieses Vermittlungsversuches kommt daran zutage, daß die Funktionen, die gerade die Reproduktion erfüllen müßten, der Produktion überantwortet werden; damit bleibt der „Text“ und die dingliche Komposition für das „Musizieren“ die letzte Instanz, und das Musikantentum ist bloße ornamentale Zutat zur Komposition. Die Musiziermusik war denn auch dem Publikum gegenüber unwirksam genug. Zum Vollstrecker von dessen Willen wurde dafür die gleiche „Interpretenpersönlichkeit“, die im 19. Jahrhundert dem Durchbruch des individuellen Ausdrucks in der Musik gedient hatte und deren Funktion nun drastisch verändert ist. Sie muß eine doppelte Aufgabe erfüllen. Einmal muß sie, mit der Souveränität ihrer „Auffassung“, die verlorene Kommunikation zwischen Werk und Publikum herstellen, indem sie die Gestalt des Werkes in einer Art von Vergrößerung oder Überplastik hervortreibt, die zwar dem Werke unangemessen sein mag, dafür aber dessen affektive Wirkung auf das Publikum sicherstellt. Dann aber muß sie das Werk als Ausdruck einzelmenschlicher Dynamik und privater Beseeltheit, der es doch nicht mehr ist, beschwören; die Fähigkeit, Werke in einer Gestalt heraufzuholen, die sie längst nicht mehr haben und vielleicht niemals hesaßen, ist es vor allen anderen Eigenschaften, die den „prominenten“ Dirigenten auszeichnet. Die Wunschbilder von vitaler Fülle und ungebundenem Schwung, von beseelter Organik und unmittelbarer, nichtverdinglichter Innerlichkeit spendet er leibhaftig denen, welchen die kapitalistische Wirtschaft real die Erfüllung aller solchen Wünsche versagt; und bestärkt sie zugleich im Glauben an ihre eigene Substanz, welche eben die unsterblichen, soll sagen: unveränderlichen Werke hervorbrachte, die er beschwört, über die sie kraft ihrer Bildung ebenfalls verfügen und die sie als Fetisch zugleich verehren. Der zeitgenössischen Produktion steht er — im strikten Gegensatz zu den Vorbildern aus dem 19. Jahrhundert — fremd oder ablehnend gegenüber, demonstriert einmal ein modernes Werk als abschreckendes Beispiel oder läßt allenfalls die neue Musik als Übergang zur Re-

stauration der alten Seelenkunst gelten, hält sich aber sonst an die heroisch-bürgerliche Vergangenheit — Beethoven — oder an einen Autor wie Bruckner, der den Pomp der gesellschaftlichen Veranstaltung mit dem gleichen Anspruch auf Beseeltheit und Innerlichkeit vereint, welcher der des prominenten Interpreten ist. Daß derselbe Dirigententyp, der unersättlich-versunken das Adagio aus Bruckners Achter zelehriert, wie ein Konzernherr darauf auszugehen pflegt, möglichst viele Organisationen, Institute und Orchester in seiner Hand zu vereinen, ist das genaue gesellschaftliche Korrelat zur individuellen Beschaffenheit einer Figur, die im Kapitalismus musikalisch Trust und Innerlichkeit auf den gemeinsamen Nenner zu bringen hat. Und daß in der Typengeschichte des gegenwärtigen prominenten Interpreten der Dirigent, der ungehunden und widerspruchslos den Orchestermechanismus beherrscht, die freie Konkurrenz der instrumentalen und vokalen Virtuosen zurückdrängte; daß es gerade ein einzelner, eben eine „Persönlichkeit“ ist, die über Musik und Publikum gleichermaßen gebietet und im Namen des Publikums, aber ohne dessen Willen und mit Kommandogesten die Vergangenheit zitiert; daß schließlich sein Erfolg gerade von der Geste des Befehls getragen wird, mit der er dem Publikum hegeget — das alles zeigt vollends den einzelnen, der angeblich die Mechanisierung überwindet, als den Monopolherren, der den rational-mechanischen Apparat der Einsicht der Individuen entzieht, um im eigenen Interesse darüber zu verfügen. Seine ideologische Herrschaft wird getragen vom Ruhm, in welchem die Gesellschaft seine restaurativ-reproduktive Leistung wieder und wieder reproduziert. So genau ist das Klassenbewußtsein auf das ihm angemessene Interpretenideal eingestimmt, daß es Interpreten, die ihm nicht entsprechen, mag immer deren sachliche Qualität und selbst Suggestivkraft unbestreitbar sein, heseitigt; im Vorkriegswien nicht anders als im gegenwärtigen Mailand und Berlin.

Die Forderungen der gegenwärtigen Gesellschaft an eine Musik, die ihr, als ihre Ideologie, Genüge leisten soll, so wie sie im Problem-bereich der Reproduktion an der Figur der „Interpretenpersönlichkeit“ dialektisch zutage kommen — diese Forderungen sind es, die den offiziellen, von der Instanz der Bildung sanktionierten musikalischen Konsum der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt beherrschen. In ihrem „Musikleben“, wie es in den Opernhäusern und Konzertsälen seine traditionale Stätte einstweilen noch behauptet, hat die bürgerliche Gesellschaft mit der entfremdeten Musik eine Art von Waffenstillstand geschlossen und verkehrt mit ihr in vorsichtigen und genau

regulierten Formen. Freilich ist der Waffenstillstand beliebig kündbar: das „Musikleben“ reagiert prompt und exakt auf jede Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Bürgertum. So hat etwa die Expropriation der gebobenen Mittelschichten durch Inflation und Krise diese Schichten aus den Opern und Konzerten verscheucht und an die Radioapparate verbannt, deren Zerstreutheit wieder die Atomisierung des Bürgertums, den Ausschluß der bürgerlichen Privatperson von den öffentlichen Dingen adäquat ausdrückt: vorm Lautsprecher ist der Bürger ökonomisch und musikalisch dem Monopol, sei's auch dem „gemischtwirtschaftlichen Betrieb“, überantwortet. Weil das Musikleben dergestalt die innerbürgerlichen Strukturänderungen unmittelbar registriert, ist die Analyse gehalten, die immanenten Differenzen und Widersprüche des Bürgertums einzurechnen. In einer Sphäre, in der der autonome Anspruch der isolierten Kunstwerke bereits gebrochen und durch den Marktbedarf ersetzt ist, vermöchte hier Statistik wesentliches Material zur gesellschaftlichen Deutung zu gewinnen. Solches Material liegt nicht vor. Immerhin darf Beobachtung einige Befunde beistellen. Was zunächst die Oper anlangt, so hat sie auch als Konsummittel ihre Aktualität eigentlich verloren. Die Funktion, die ihr im 19. Jahrhundert vorab zukam, die der Repräsentation, ist ihr jedenfalls für den Augenblick genommen: die depossidierten Mittelschichten haben weder ökonomisch die Kraft, solche Repräsentation zu stützen, noch bilden sie mehr eine kulturelle Einheit, die so sublimierter Repräsentationen fähig wäre, wie es die des Operntheaters einmal waren; allenfalls gedenken sie in den „Meistersingern“ ihrer glücklicheren Jahre. Die Großbourgeoisie aber, die repräsentieren kann und will, vermeidet es, als herrschende und ökonomisch leistungsfähige Schicht sich allzu offen darzustellen; ihre Repräsentationen behält sie einstweilen exklusiveren Zirkeln vor als denen in den Logen, die für jedes Opernglas erreichbar sind; sie ist zudem am Opernrepertoire desinteressiert und schafft sich ihre musikalischen Domänen lieber in den großen Konzertgesellschaften, die sie ökonomisch und programmpolitisch beherrscht, ohne sich allzuweit zu exponieren. Immerhin ließe sich denken, daß bei fortschreitender politischer Ausbildung der monopolkapitalistischen Herrschaftsformen die Oper nochmals einiges vom alten gesellschaftlichen Glanze zurückgewönne. Einstweilen wird sie teils von Abonnenten aus der älteren Generation der „gebildeten“ Mittelschichten besucht, die in ihr die eigene Vergangenheit, den triumphalen Bürger-rausch besonders Wagners zitieren und zugleich, indem sie bei einer

Kunstform stehen bleiben, die in der Breite der Produktion von den gesellschaftlichen Veränderungen wenig berührt ward, gegen die künstlerischen Neuerungen und deren gesellschaftliche Intentionen insgesamt protestieren. Teils auch füllen die Opern Angehörige solcher bürgerlichen Kreise, die, wie manche Kleinhändler und auch handwerkerlich-zünftlerische Berufe, ökonomisch noch einen gewissen Standard behaupten, von der „Bildung“ aber durch Ursprung und Erziehung ausgeschlossen sind. Es ist das jener Typ des Opernbesuchers, der sich zwar freut, den Marsch aus „Aida“ und die Arie der Butterfly wieder zu hören, die ihm aus Kino und Kaffee vertraut und seiner musikalischen Schulung angemessen sind; der aber zugleich seiner tatsächlichen ökonomischen Stellung und der Möglichkeit gesellschaftlichen Aufstiegs schuldig zu sein glaubt, solche Konsumstücke an einer Stelle entgegenzunehmen, die vom alten bürgerlichen Bildungsideal geweiht ist und an der anwesend zu sein dem Besucher, wenigstens in seinen eigenen Augen, etwas von der Würde der Bildung verleiht. Der Anteil dieses — freilich sehr modifizierbaren — Typus am Opernpublikum darf als recht erheblich vermutet werden. Charakteristisch ist der völlige Ausfall der jüngeren großbürgerlichen Generation, der gesamten Intellektuellenschicht und der Angestelltenschaft. Die entworfene Struktur ist vorab die des Publikums der Provinzoper. In den großstädtischen Zentren, Berlin, auch Wien, ist einerseits durch den ausgebildeteren Mechanismus der Zerstreuung das Bürgertum weiter noch von der Oper abgelenkt, so daß die Mittelschichten für die Oper weniger in Betracht kommen als in der Provinz. Andererseits wird der Oper, im Namen wirklich vorhandener oder fiktiver „Fremder“, eine repräsentative Dignität zugesprochen, die die Großbourgeoisie enger an sie fesselt und gelegentlich Opernvorstellungen als „gesellschaftliche Ereignisse“ möglich macht.

Größer ist die Funktion der Konzerte im Haushalt des Bürgertums. Die krude Stofflichkeit der Oper fehlt im Konzert. Sie ist barockes Erbgut, das durch die Verlagerungen der Gewichte innermusikalischer Entwicklung von der vokalen auf die instrumentale Seite in den letzten Jahrhunderten sich weithin unberührt erhielt: der Anteil der Oper am bürgerlichen Humanismus und Idealismus ist bloß mittelbar und einzig in den größten Werken der Gattung, bei Mozart, im Fidelio, im Freischütz fraglos. Gerade die Stofflichkeit bindet die unteren Mittelschichten an die Oper, die in ihr ein Ähnliches wie eine Regression in vorbürgerliche Zustände vollziehen mögen. Die gleiche Stofflichkeit aber schreckt die Oberschicht, als „naiv“,

„primitiv“, „roh“, zurück. Sei es, daß sie in der vorbürgerlichen und jedenfalls nichtbürgerlichen Stoffwucht des Operntheaters, die stets politisch sich zu aktivieren vermöchte, die Gefahr wittert; sei es, daß sie ein Interesse daran hat, den Charakter der Wirklichkeit als einer Welt hloßer Dinge zu verhergen, wie ihn die Oper mit unhekümmerter Entdeckerfreude manifestiert — zu verbergen, gerade weil er stets noch der Charakter der hürgerlichen Wirklichkeit selber ist: die Oberschicht weicht davor in eine „Innerlichkeit“ aus, die ihr um so genehmer ist, je weiter sie sich von den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Einsicht in deren Widerspruch distanziert; und die sich musikalisch sogar repräsentieren und mit dem Schein unmittelbarer Kollektivität hekleiden läßt. Das Großbürgertum liebt die Konzerte und die humanistisch-idealistische Bildungsideologie, die es in den Konzertsälen — ohne sie selbst zu durchschauen — pflegt, lockt die Bildungsschicht im weitesten Umfang, bis zu deren depossidierten und kleinhürgerlichen Vertretern, ehendorthin. Die Zweiheit von „Bildung und Besitz“, die in den Konzertsälen ideologisch sich versöhnt, prägt in der Doppelheit der Orchester zahlreicher Städte sinnfällig sich aus: während die „Philharmoniker“ in teuren Konzerten, deren Exklusivität durch das Stamm-Ahonnement-System garantiert ist, mit ruhmreichen auswärtigen Stars und einer überaus hegrenzten Zahl sanktionierter, gleichsam zeremonieller Werke für das Großbürgertum spielen, dienen die „Symphonieorchester“, mit vorsichtig dosierten Novitäten im traditionalistischen Programm, mit der Einbeziehung von einheimischen, „hodenständigen“ Kräften und mit billigen Preisen der mittleren Bildungsschicht, solange die Lage der Wirtschaft es ihnen noch gestattet. Die Solistenkonzerte, deren Zahl wegen des Risikos für die Konzertgeber einschrumpft und denen nicht mehr die alte Teilnahme hegegnet, die auch gerade durch die Reduktion ihrer Anzahl dem öffentlichen Bewußtsein mehr und mehr entschwinden, beschränken sich zusehends auf den Kreis der monopolisierten Stars. Konzerte, die, wie die Veranstaltungen der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik, ostentativ die gegenwärtige selbständige Produktion vertreten, demonstrieren deren Isoliertheit mit ökonomischer Drastik; sie werden, gleichviel welche Richtung der Moderne sie propagieren, fast nur noch von Musikern besucht, die ihre Karten nicht hezahlen; treten also aus der Sphäre der musikalischen Produktion nicht heraus und sind wirtschaftlich gänzlich unproduktiv: Zuschuß- und Defizitunternehmungen. Die wenigen Amateure, die sie stützten, Bürger meist, die nicht oder nicht mehr unmittelbar am wirtschaft-

lichen Produktionsprozeß teilhaben, hat die Wirtschaftskrise ausgeschaltet. Einen „Konsum“ Neuer Musik gibt es überhaupt nicht. Soweit sie noch zur Reproduktion gelangt, wird es ihr möglich durch ökonomisch kaum eben tragfähige Organisationen der Künstler untereinander oder durch politisch gefärbte internationale Meetings, die sich als fiktiv erweisen, sowohl was die Stellung der einzelnen Staaten zur aktuellen musikalischen Produktion wie ihr Interesse an „geistigem Austausch“ anlangt, und denen lange Fortdauer nicht mehr prognostiziert werden kann. Indem diese Meetings aus ökonomischen Rücksichten an der Fiktion des Konsums und „Austauschs“ liberalistisch festhielten, haben sie sich durch die Kompromisse ihrer Programmpolitik auch musikalisch-immanent um jede Verbindlichkeit gebracht.

Das Bewußtsein der Konsumenten des offiziellen Musiklebens ist nicht blank auf die Formel zu bringen. Die Rede vom ideologischen Charakter des bürgerlichen Musikkonsums bedarf der Erläuterung. Sie ist nicht so zu verstehen, als liege dem Musikkonsum kein realer Bedarf zugrunde; als sei das ganze Musikleben nichts als eine Art tönender Kultur-Kulisse, die die bürgerliche Gesellschaft zur Täuschung über ihre wahren Zwecke errichte, während hinter der Szene ihr eigentliches, ökonomisch-politisches Leben sich abspiele. Wieviel auch immer das Musikleben von solchen Funktionen übernehmen mag, wie hoch auch der Anteil von Repräsentation, von spezifisch „gesellschaftlichen“, nämlich vom musikalischen Bedarf abgelösten Zwecken am Musikleben angeschlagen werden muß: daran ist es nicht genug. Vielmehr ist die ideologische Macht des Musikkonsums um so größer, je weniger er als bloßer Schein und dünne Oberfläche durchschaubar ist; je genauer er mit tatsächlichen Bedürfnissen kommuniziert, aber derart, daß mit ihm ein „falsches Bewußtsein“ produziert, die gesellschaftliche Lage für die Konsumenten verhüllt wird. Das Bedürfnis nach Musik ist in der bürgerlichen Gesellschaft vorhanden und wächst mit der Problematik der gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Individuen nötigt, ihre Befriedigung außerhalb einer unmittelbaren gesellschaftlichen Wirklichkeit zu suchen, die sie ihnen versagt. Diese Befriedigung gewährt ihnen das Musikleben „ideologisch“, indem es ihre — dialektisch produzierte — Tendenz, aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu fliehen oder sie sich umzudeuten, aufnimmt und ihnen Gehalte entwirft, die die gesellschaftliche Wirklichkeit nie besaß oder längst verlor und an denen festzuhalten objektiv die Intention in sich einschließt, eine Veränderung der Gesellschaft zu hintertreiben, welche

notwendig eben jene Gehalte entlarven müßte. Gerade daß das „Musikleben“ die Bedürfnisse des Bürgertums so adäquat befriedigt, — daß es aber in der Form der Befriedigung das hestehende Bewußtsein anerkennt und stabilisiert, anstatt in seiner eigenen Form die gesellschaftlichen Widersprüche aufzudecken, zu gestalten und in Erkenntnis über die Beschaffenheit der Gesellschaft umzusetzen: das macht das ideologische Wesen des Musiklebens aus. Wenn Nietzsche den „Rausch“, den Musik hervorruft, einen unfruchtbaren, schwer aktivierbaren Rausch, als unrein und gefahrvoll verwarf, so hat er, bei aller Fragwürdigkeit seiner Kategorien und eines umstandslos an Wagner orientierten Musikbildes, jedenfalls den Zusammenhang von Bedürfnisbefriedigung und ideologischer Vernebelung richtig erkannt, welcher das Gesetz der hürgerlichen Musikübung ausmacht, und hat auch das Unbewußte als Schauplatz jenes Zusammenhanges visiert. Im Schutz des Unbewußten vollzieht sich der Umgang des Bürgertums mit der Musik: der legale des „Musiklehens“ und mehr noch der illegale mit der „leichten“ Musik. Die Unbewußtheit des Verhältnisses garantiert zugleich auch den Fettscharakter der Musik-Dinge; Ehrfurcht, aus dem theologischen Bereich schief genug ins ästhetische projiziert, verbietet die bewußte, „analysierende“ Beschäftigung mit Musik, deren Auffassung dem „Gefühl“ vorbehalten bleibt: die Unkontrollierbarkeit der privat-bürgerlichen Reaktionsweisen und die fettschhafte Isolierung der musikalischen Gestalt selber korrespondieren miteinander. Jede technologische Besinnung, die mit dem musikalischen Gefüge etwa auch dessen gesellschaftliche Funktion erhellen könnte, wird im Namen des Gefühls verwehrt, dafür aber die Kenntnis allgemeiner und unverbindlicher Stilbegriffe im Namen der Bildung gefordert. Ehrfurcht und Gefühl heften sich an Zelebritäten der Vergangenheit, vor denen Kritik und Frage verstummt und in denen zugleich die hürgerliche Gesellschaft ihren eigenen Ursprung als den von Heroen zu behaupten liebt. Heute, da die offizielle Musikkultur in der rationalisierten Gesellschaft vorab zur Apologie verpflichtet ist, nutzt sie gleichermaßen bürgerlich-revolutionäre Objektivität — „Klassik“ — und hürgerlich entsagende Subjektivität — „Romantik“ —; die Verherrlichung des Sieges der hürgerlichen ratio ehensogut wie das Leiden des einzelnen unter ihrer Alleinherrschaft ist Gegenstand des bürgerlichen Musiklehens und in seinen kanonischen Werken ausgedrückt; die Ambivalenz eines Gefühls, das an Klassik und Romantik gleichermaßen sich sättigt, ist die des Bürgertums seiner eigenen ratio gegenüber. Jenseits der Spannung rational konstituierter

Objektivität und irrational hetonter, privater Innerlichkeit registriert das Bürgertum im „Musiklehen“ noch die Phasen seines hochkapitalistischen Aufschwungs. In den „Meistersingern“, einem der aufschlußreichsten und nicht umsonst gesellschaftlich beliebtesten Werke, wird der Aufstieg des bürgerlichen Unternehmers und seine „national-liberale“ Versöhnung mit der Feudalität in einer Art von Traumverschiebung thematisch. Der Wunschtraum des ökonomisch arrivierten Unternehmers läßt nicht ihn vom Feudalherren, sondern den Feudalherren vom reichen Bürgertum rezipiert werden; der Träumende ist nicht der Bürger sondern der Junker, dessen Traumlied zugleich, gegenüber dem rationalen Regelsystem der bürgerlichen „Meister“, die verlorene, vorkapitalistische Unmittelbarkeit wiederherstellt. Das Leiden des hürgerlichen Individuums unter der eigenen und zugleich entfremdeten Wirklichkeit, die Tristanseite der Meistersinger, vereint sich, im Haß gegen den Kleinhürger Beckmesser, mit dem Bewußtsein des weltwirtschaftlich-expansiv gerichteten Unternehmers, der die bestehenden Produktionsverhältnisse als Fesseln der Produktivkräfte erfährt und vielleicht bereits, im romantischen Bilde des Feudalherren, das Monopol an Stelle der freien Konkurrenz ersehnt: wie es denn tatsächlich auf der Festwiese nicht mehr zu einer Konkurrenz, sondern hloß deren Parodie in der Auseinandersetzung zwischen Junker und Beckmesser kommt. In dem ästhetischen Triumph Sachsens und des Junkers sind die Ideale des Privatiers und des Exporteurs noch gegeneinander ausbalanciert. Bei Richard Strauß, dem letzten bedeutenden hürgerlichen Komponisten, dessen Musik das Bürgertum konsumiert, hat, wie bereits Ernst Bloch erkannte, die Weltwirtschaft die Oberhand gewonnen. Innerlichkeit und Pessimismus sind liquidiert. Der „Schwung“, als Unternehmmergeist, emanzipiert sich. Chromatik und Dissonanz, vordem Mittel der Befreiung der hürgerlichen Musik aus einem vorgesetzten, irrationalen System und Träger einer Dialektik, die das Material angreift und verändert, verlieren die revolutionär-dialektische Kraft und werden, wie Exotik und Perversität in den Sujets, zum bloßen Emblem weltwirtschaftlicher Freizügigkeit; technisch heliehig als Klexe verwandt, die in jeder Sekunde vom gesunden Optimismus der Quartsextakkorde geligt werden können. Das Material, das in Straußens Musik schließlich hervortritt, ist gewissermaßen das Urmaterial aller hürgerlichen Musik, das diatonisch-tonale, das das Bürgertum trotz aller Strukturänderungen in Wahrheit so treu festhielt wie das Prinzip der Profitrate und das bei Strauß, indem es sich die fremden Märkte Literatur, Orient,

Antike und Dixhuitième unterwirft, mit einigem Zynismus auftritt. Die Divergenz zwischen dem phrasenhaft-vielberufenen „technischen Raffinement“ Straußens, nämlich einer von außen gesetzten, nicht material-immanenten, sondern zufälligen und eigentlich irrationalen „Beherrschung“ der Apparatur — und einer historisch unberührten, harmlosen, feuchtfröhlichen Musiksubstanz: diese Divergenz mag nicht bloß dem empirischen Bewußtseinsstand des großbürgerlich-industriellen Unternehmers um 1900 recht angemessen sein: sie zeichnet auch wieder deutlich die Selbstentzweiung des Bürgertums seiner ratio gegenüber ab, die es zugleich steigern und bremsen muß. Immerhin ist in der nachwagnerischen Musiksituation, durch die gesellschaftliche Entwicklung und die immanente Dialektik des Wagnerschen Werkes, die Entfremdung von Musikmaterial und Gesellschaft hercits so weit gediehen, daß eine Produktivkraft wie die Straußsche nicht umstandslos die materialen Forderungen ignorieren und der Gesellschaft sich gefügig zeigen konnte. In seinen besten Werken, *Salome* und *Elektra*, ist zwar die Divergenz ebenfalls angelegt; in der *Jochanaanmusik* wie in den gesamten Schlußpartien der *Elektra* behauptet sich Banalität, aber am Anfang der *Salome*, im *Elektra*-monolog und der *Klytemnästraszene* verselbständigt sich gleichsam sein Kompositionsmaterial und stößt, gegen seinen Willen, hart an die Grenze des tonalen Raumes. Diese Grenze ist zugleich die des Konsums: von beiden Werken fühlte das Publikum musikalisch wie stofflich sich chokiert und verweigerte ihnen, wenn schon nicht alle Opernhäuser, doch den sicheren Platz im Repertoire. Nach Strauß hat es Schluß gemacht und der Schlußstrich tangiert sein *œuvre*. Aber er hat ihn selber gezogen. Von allen Komponisten des Bürgertums vielleicht der klassenhewußteste, hat er mit dem „*Rosenkavalier*“, seinem größten Erfolg, die materiale Dialektik selber von außen abgehrochen, die Diatonik von allen gefährlichen Fermenten gesäubert und den Jungen Herrn aus großem Hause, gerade eben noch eine Hosenrolle, mit der Tochter des Reichen Neugeadelten vermählt, während die Marschallin, Erbin Hans Sachsens und Isoldens zugleich, das Nachsehen hat und Trost im abstrakten Bewußtsein von Vergänglichkeit. Mit dem *sacrificium intellectus* ans Konsumentenbewußtsein erlischt die Straußsche Produktivkraft: was auf den *Rosenkavalier* folgt, ist Kunstgewerbe. — Der Bruch von Produktion und Konsumtion, dem Strauß als Produzierender zum Opfer fiel, hat zunächst nur in Deutschland die extreme Gestalt angenommen. In Frankreich, wo der Industrialisierungsprozeß minder weit getrieben war und da-

mit die Antinomien der bürgerlichen Ordnung sich minder radikal ausprägen, stimmen beide länger zusammen. Das musikalisch interessierte Bürgertum, im Besitz ausgiebigerer Freizeit und durch die Malerei des Impressionismus geschult, vermag der Bewegung weiter zu folgen; die Musik, nicht isoliert noch und nicht dialektisch in sich durch die Polemik zur Gesellschaft, kann ihre Mittel sublimieren, ohne sie substantiell anzugreifen. Noch Debussy, autonomer Künstler gleich den impressionistischen Malern, deren Technologie er in die musikalische transponiert, darf als Klang und Wohllaut Elemente der bürgerlichen Genuß- und selbst Salonmusik mitnehmen ins wählerischste artistische Verfahren. Freilich tritt bei ihm wie bei Strauß, auch theoretisch: im Dogma von den natürlichen Obertönen und der daraus entspringenden Rousseau-Parole, als Resultat aller Sublimierung das musikalische Urmaterial des Bürgertums, die Diatonik, kahl und archaisch hervor, und der wissende Ravel dann weiß sich nicht anders damit abzufinden als psychologisch-literarisch: durch zärtliche Ironie. Damit ist aber auch in Frankreich die Versöhnung am Ende. Die Komponisten der Nach-Ravelschen Generation dort zeigen den verdächtigsten Mangel, der französischen Künstlern widerfahren kann: den an Metier. Die Tradition, die lange noch bewahrte, ist abgerissen; die isoliert-musikalische Schulung im Sinne Schönbergs dafür nicht ausgebildet. — Zwischen der ernsten Produktion und dem bürgerlichen Konsum zeigt sich allerorten offen das Vakuum. Die immanent-aus-kristallisierte bleibt unzugänglich; die aber, die sich auf den Konsum einrichtet, wird in ihrer subalternen Mattheit vom Großbürgertum selber als „epigonal“ zurückgewiesen. Es sieht sich damit bestimmter stets auf den begrenzten und nicht mehr ergänzungsfähigen Kreis der „Klassik“ zurückgeworfen. Der Rückgriff auf vorliberalistische Klassik, die Ablehnung auch der „gemäßigten Moderne“ entspricht genau dem ökonomisch-politischen Rückgriff auf vorliberalistische Formen, wie ihn dialektisch der Liberalismus selbst bedingt, wofern er nicht über sich fortschreitend hinausgehen will.

Unterhalb des „Musiklebens“, unterhalb von Bildung und Repräsentation, erstreckt sich das Reich der „leichten“ Musik. Mit Kunstgewerbe und Chanson, Männerchorliteratur und versiertem Jazz setzt es das Musikleben bruchlos fort und nimmt so viel von oben auf wie ihm nur erreichbar ist; nach unten erstreckt es sich bodenlos bis in eine Unterwelt weit jenseits der bürgerlichen „Schlager“, aus welcher nur zuweilen Blasen wie das beängstigende „Trink, trink, Brüderlein trink“ zum Bewußtsein aufsteigen. Die leichte Musik

befriedigt unmittelbar Bedürfnisse, und zwar nicht nur des Bürgertums, sondern der gesamten Gesellschaft. Zugleich aber ist sie, als reine Ware, der Gesellschaft am fremdesten; sie drückt nichts von ihrer Not und ihrem Widerspruch mehr aus, sondern bildet selber einen einzigen Widerspruch zu ihr, indem sie mit der Triebbefriedigung, die sie den Menschen gewährt, ihre Erkenntnis der Wirklichkeit fälscht, von der Wirklichkeit sie ahdrängt, sie aus der Geschichte, der musikalischen wie der gesellschaftlichen, herauslöst. Indem die Gesellschaft die leichte Musik als „Kitsch“ passieren läßt, der zwar kein ästhetisches Recht heanspruche, aber als Mittel der Zerstreuung auch keiner Kritik unterliege, hat sie auf ihre Weise mit der Paradoxie der leichten Musik sich abgefunden, die von jeglicher den Menschen zugleich die nächste und die fernste ist. Dieselben Produkte, die wie Tagträume bewußte und unhewußte Wünsche der Menschen erfüllen, werden vom Kapitalismus mit all seiner Technik den gleichen Menschen aufgezwungen, ohne daß sie irgendeinen Einfluß darauf hätten; ohne daß sie hefragt würden; ja ohne daß sie sich nur dagegen wehren könnten. Vorm Zugriff der Erkenntnis ist die leichte Musik mehrfach geschützt. Einmal gilt sie als harmlos, als das kleine Glück, das man den Menschen nicht rauhen dürfe; dann als unernst und der gebildeten Betrachtung unwert; endlich aber ist der Mechanismus der Wunscherfüllung durch die leichte Musik so tief ins Unhewußte versenkt und so sorgfältig im Dunkel des Unbewußten helassen, daß er gerade in den wichtigsten Fällen — wie etwa denen der „absurden“ Schlager von der Form „Wer hat denn den Käse zum Bahnhof gerollt“ — ohne Theorie kaum zugänglich ist und der genauesten, im Auge des Bürgertums „künstlichen“ Interpretation, wohl auch der genauesten psychoanalytischen Schulung bedarf. Die technologische Betrachtung im Sinne der Kunstmusik vermag wenig zutage zu fördern, da es gerade die Vulgärmusik charakterisiert, daß sie eine autonome Technologie nicht ausbildete, um als Ware den Anforderungen des Konsums prompt genügen zu können. An Stelle technologischer Analyse hätte ein Aufweis der wenigen, regressiv festgehaltenen und offenbar archaisch-symbolischen Typen zu treten, mit denen die Vulgärmusik haushält; und es wäre weiter das Schema der Depravation zu entwerfen, in welcher einzig die leichte Musik Geschichte registriert und dem archaischen Triebmechanismus einfügt; endlich wären die Veränderungen der leichten Musik, die, der „Geschichtslosigkeit“ ihrer Typen zum Trotz, umfänglich und wichtig sind, zu beschreiben und in ihrer ökonomischen Konstitution zu ergründen. All das ist von der organisierten Wissen-

schaft nicht erfaßt und nicht einmal das Material philologisch bereitgestellt. Über die evidenten Relationen zwischen der gegenwärtigen und der älteren Vulgärmusik, also den überlieferten Tanzformen, dem geselligen Lied, der Opera buffa, dem Singspiel; und über die folkloristisch-befriedigte Konstatierung von „Urmotiven“ ist man nicht hinausgelangt. Es käme aber gerade hier, wo die Invarianten offenkundig liegen, weit weniger darauf an, sie herauszupräparieren, als sie funktionell zu deuten; zu zeigen, daß das Gleiche, die identischen Triebstrukturen, denen die leichte Musik sich anpaßt, jeweils nach dem Stande des gesellschaftlichen Prozesses völlig verschiedene Bedeutungen annimmt; daß derselbe vulgäre Liedtyp etwa, mit dessen Profanität das junge Bürgertum des 17. und 18. Jahrhunderts die feudale Hierarchie enthüllen und verhöhnen mochte, heute gerade der Verklärung und Apologie der bürgerlich rationalen Profanwelt dient, deren Schreibmaschinen, aller Rationalisierung zum Trotz, sogar in Musik sich setzen und sich singen, also in „Unmittelbarkeit“ verwandeln lassen; und es wären im Zusammenhang mit dem Funktionswechsel auch die Formveränderungen aller Arten leichter Musik zu studieren. Wenn der apokryphe Charakter der leichten Musik ihre gesellschaftliche Erforschung erschwert, so würde sie erleichtert dadurch, daß eine autonome Dialektik der Produktion hier fortfällt; daß also die Enthüllung der Vulgärmusik nicht durch den technologischen Aufweis ihrer immanenten Widersprüche vermittelt zu sein braucht, weil sie, dem gesellschaftlichen Diktat gehorchend, gesellschaftlichen Kategorien weit geringeren Widerstand entgegengesetzt als die selbständige Produktion und das gebildete Musikleben. Aber das dunkle Reich der leichten Musik ist noch unbetreten und über seine Topographie sollte um so weniger etwas präjudiziert werden, als die geringe Zahl der Grundtypen ebenso wie die drastische ideologische Funktion mancher Phänomene dazu verführen, die ganze Sphäre vorwegnehmend und ohne die geforderte pragmatische Strenge aus ihrer „Idee“ auszukonstruieren — wodurch die gesellschaftliche Deutung nicht bloß um die Zuverlässigkeit, sondern wahrscheinlich auch um die Fruchtbarkeit gebracht würde. Noch die überlegen-aperçuhafte Behandlung der leichten Musik bleibt ihr hörig, indem sie die zweideutige Ironie, mit der heutzutage die leichte Musik gleich vielen Filmen sich zu belächeln liebt, um unangefochten passieren zu dürfen, von ihr übernimmt und als Gegenstand des Spiels akzeptiert, was erst der unerbittlichen, vom Lachen ungerührten Betrachtung als die verhängnisvolle Macht des Truges vor Augen liegt, die in der leichten

Musik sich konzentriert. Ehe solehe Betrachtung möglich wird, müssen fragmentarische Hinweise genügen.

So alt die Spannung von Kunst- und Vulgärmusik ist: radikal wurde sie erst im Hoehkapitalismus. In früheren Epochen hat die Kunstmusik je und je durch Einbeziehung der Vulgärmusik ihren Umkreis zu erweitern, ihr Material zu regenerieren vermocht; die mittelalterliche Polyphonie, wenn sie sich ihre *cantus firmi* aus Volksliedern holte, ebenso wie Mozart, als er die Guckkasten-Kosmologie der Zauberflöte mit der Vereinigung von *Opera seria* und Singspiel zustande brachte. Noch bei den Operettenmeistern des 19. Jahrhunderts, Offenbach und Johann Strauß, war die Divergenz der beiden musikalischen Produktionssphären zureichend beherrscht. Heute ist die Möglichkeit des Ausgleichs geschwunden und Versuche der Verschmelzung, wie sie manche beflissene Kunst-Komponisten zur Zeit der Jazzmode unternahmen, bleiben fruchtlos. Es gibt kein „Volk“ mehr, dessen Gesang und Spiel von der Kunst aufgegriffen und sublimiert werden könnte; die Ersehliefung der Märkte und der bürgerliche Rationalisierungsprozeß haben die gesamte Gesellschaft auch ideologisch den bürgerlichen Kategorien unterstellt, und die Kategorien der gegenwärtigen Vulgärmusik sind allesamt solehe der bürgerlich-rationalen Gesellschaft, die nur, um konsumfähig zu bleiben, in den Bewußtseinsstrahlen gehalten sind, die die bürgerliche Gesellschaft den unterdrückten Klassen, aber auch sich selbst auferlegt. Das Material der Vulgärmusik ist das veraltete oder depravierte der Kunstmusik. Bei Johann Strauß noch ist es vom gleichzeitigen kunstmusikalischen wohl durch das „Genre“, nicht aber gänzlich getrennt: seine Walzer lassen Raum zu harmonischer Differenzierung, so wie sie thematisch aus kleinen, kontrastierenden, niemals leer wiederholten Einheiten gebildet sind, deren überraschende Verknüpfung den Reiz, die „Pikanterie“ des Straußischen Walzers ausmacht und ihn zugleich mit der Tradition der Wiener Klassik verbindet, von der er sich über den älteren Strauß, Lanner, Schubert herleiten mag. Es ist nun das entscheidende Faktum der Geschichte der neuen Vulgärmusik, daß der definitive Bruch, die Preisgabe des Zusammenhangs mit der selbständigen Produktion, die Aushöhlung und Banalisierung der leichten Musik selber genau zusammenfällt mit der Industrialisierung der Produktion. Die Autoren der leichten Musik wurden durch die ungemein scharfe Konkurrenz zur Massenproduktion gezwungen; die arrivierten unter ihnen haben dann, schon vor dem Krieg, sich zu Kompositionstrusts zusammenge-

schlossen, die im Salzkammergut sich niederließen und in planvoller Zusammenarbeit mit Librettisten und Theaterdirektoren Outsider und Neulinge fernhielten, durch die Einengung der Produktion auf ihre eigene begrenzte Zahl aber die Herstellung vor allem der Operetten bis zur Zahl und Art der einzelnen „Nummern“ normten; sie haben zugleich von vornherein den Absatz ihrer Gebilde einkalkuliert, darum alle Schwierigkeiten vermieden, die das Behalten und Nachsingen der Melodien verhindern könnten und denen das Wiener oder Pariser Bürgertum von 1880 noch gewachsen war. Musikalisch ist das Signal der Industrialisierung der Produktion die völlige Beseitigung aller Kontraste innerhalb der Melodien und die Alleinherrschaft der — selbstverständlich schon früher als Mittel zur Einprägung gehandhabten — Sequenz; der Walzer der „Lustigen Witwe“ dürfte exemplarisch den neuen Stil statuiert haben, und der Jubel, mit dem das Bürgertum Lehars Operette begrüßte, ist dem Erfolg der ersten Warenhäuser zu vergleichen. Oscar Strauß etwa, der noch aus der Wiener Tradition kommt, sein Handwerk gelernt hat und um gestaltenreichere Operettenmusik sich mühte, mußte sie entweder kunstgewerblich, also ohne die gesellschaftliche Schlagkraft des Johann Strauß pflegen oder der Industrialisierung sich angleichen; Leo Fall ist der letzte, der sich mit einigem Anstand aus der Affäre zog. Sie alle aber hängen mit der bürgerlichen Kunstmusik noch zusammen durch die Form der Operette selber als einer Einheit, einer — wenn auch parodistischen — „Totalität“, die musikalische Architektur, Profilierung der Figuren und schließlich sogar den Einfall verlangt. Die industrielle Entwicklung der leichten Musik löste dann auch die letzte ästhetische Bindung und verwandelte die leichte Musik in einen Markenartikel. Die Stofflichkeit der Revue hat die subjektiven Formelemente der Operette beseitigt und die Operetten beim Hörer unterboten, nicht nur, indem sie ihm die Girls vorführte, sondern indem sie ihn vom letzten Zwang geistigen Vollzuges, denkender Teilnahme an den Vorgängen und ihrer Einheit befreite und die Bühne dem ungebundenen Spiel der Wünsche preisgab, womit die Revueoperette übrigens, sonderbar genug, gewissen Intentionen der selbständigen Produktion sich anglich; sie hat die Wiener Operette und ihre ungarischen Ableger zunächst konkurrenzunfähig gemacht. Der Tonfilm dann eliminierte den musikalischen Einfall. Während noch ein Schlager wie „Valencia“, um den Markt zu bezwingen, die Banalität seiner Sekundschritte durch asymmetrische, „aparte“ Metrik von anderen Banalitäten unterscheiden mußte, sind die durchrationalisierten,

kapitalistisch-arbeitsteiligen Fabriken der Tonfilmschlager solcher Mühe enthoben. Ihre Produkte dürfen aussehen und klingen wie sie wollen, sie werden „Erfolge“; die Hörer müssen sie nachsingen, nicht bloß weil die präzise Maschinerie ohne Unterlaß sie ihnen einbämmert, sondern vor allem, weil das Tonfilmmonopol verbindet, daß andere Musikware überhaupt an sie herangebracht wird, die sie wählen könnten. Hier hat musikalisch der Monopolkapitalismus rein und extrem sich durchgesetzt und in Machwerken wie „Bomben auf Monte Carlo“ seine Omnipotenz auch bereits politisch ausgewertet. Ist damit die Vulgärmusik von den Bildungskategorien der bürgerlichen Gesellschaft, an deren Fortbestand diese selber interessiert ist, ihrer Form und Struktur nach ganz losgerissen, so hält sie die Stoffe der Bildung dafür fest als Fetische. Die Industrialisierung der leichten Musik und der Verschleiß von bürgerlichem Bildungsgut, den sie vollzieht, sind äquivalent. Kein Zufall, daß zur gleichen Zeit, wo die letzten Chancen musikeigener Produktion leichter Musik geschrumpft sind, die Operette dafür den „schöpferischen“ Künstler glorifiziert, indem sie ihm die Melodien stiehlt: das „Dreimäderlhaus“ gehört als Reklame und Ideologie notwendig zum ökonomischen Unterbau der Schlagerfabrikation und jede weitere Aushildung der industriellen Apparatur hat den Fetisheharakter des Bildungsgutes in der leichten Musik extremer befestigt; Friederike und das „Land des Lächelns“ mit seiner Exotik sind Schwesterwerke, und die Jazz-Fertigindustrie lebt von der Verarbeitung „klassischer“ Musik, die Bildung als Rohstoff ihr liefert und die, als Fetisch, im Glück der Wiederbegegnung Bildung bestärkt. Es war die ideologische Funktion der Jazzmusik, als der zunächst großbürgerlichen Form der gegenwärtigen Vulgärmusik, deren Warencharakter und die entfremdete Produktionsweise zu verdecken, den Markenartikel als „Qualitätsarbeit“ anzubieten. Sie sollte den Schein improvisatorischer Freiheit und Unmittelbarkeit in der Sphäre der leichten Musik erwecken; darum konnte sie von den gleichsinnigen Bestrebungen in der Kunstmusik so bequem adaptiert werden. Psychologisch ist das Manöver des Jazz jahrelang gelungen: dank der Struktur einer Gesellschaft, deren Rationalisierungsmechanismus zwangsläufig die Notwendigkeit der Verhüllung seiner selbst erzeugt, um absatzfähig zu bleiben. Sachlich ist der Warencharakter der Jazzmusik evident. Wie beim Jazz von „unmittelbarer“ Produktion keine Rede sein kann; wie die Arbeitsteilung in „Erfinder“, Korrektor, Harmonisator und Instrumentator hier womöglich noch weiter getrieben ist als bei der Operettenherstellung; wie selbst die

scheinbaren Improvisationen der Hot-music genau genormt und auf ganz wenige Grundtypen zurückführbar sind: so ist beim Jazz auch musikalisch-immanent Freiheit und rhythmischer Reichtum Schein: metrisch herrscht die pure Achttaktigkeit, die die Synkopen und „scheintaktigen“ Einschaltungen nur als Ornament benutzt, aber in den harmonisch-formalen Verhältnissen unangefochten sich behauptet, und die rhythmische Emanzipation bleibt gebunden an die durchgehaltenen Viertel der großen Trommel. Unter der reicheren Oberfläche des Jazz liegt kahl, unverändert, deutlich ablösbar, das primitivste harmonisch-tonale Schema mit seiner Gliederung in Halb- und Ganzschluß und damit der ebenso primitiven Metrik und Form. Es ist gesellschaftlich und musikalisch gleichermaßen aufschlußreich, daß Jazzkapellen und Jazzkomposition ohne weiteres der Mode der Militärmärsche gehorchen konnten, als der politische Umschwung in der Krisenentwicklung erfolgte, das großbürgerliche Unternehmertum an Stelle der Weltmarktexpansion und deren exotisch-folkloristischer Korrelate in der Vulgärmusik nationale Autarkie proklamierte und von seiner Gebrauchskunst sie verlangte; die große Trommel, die zuvor die tänzerischen Urgefühle kolonialer Völker repräsentieren sollte, reguliert jetzt den Marschschritt einheimischer Formationen. — Die Elemente des musikalischen Impressionismus, die der Jazz benutzt hat, die Ganztonskala, die Nonenakkorde, die akkordischen Parallelbewegungen vermögen an alldem nichts zu ändern. Nicht bloß, daß sie erst erscheinen, nachdem die Dialektik der Kunstmusik sie hinter sich zurückließ, nachdem sie selbst als Reizwerte erschöpft sind; so wie die Vulgärmusik der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von der voraufgehenden Romantik das Chroma übernahm. Wesentlicher ist, daß diesen Mitteln beim Jazz jegliche formbildende Kraft genommen ward. Wie jene alten Salonpièces, Walzer, Charakterstücke und Rêverien die Chromatik nur in Gestalt harmoniefremder Zwischentöne der Melodie einfügten, ohne das harmonische Fundament selber zu ehromatisieren, so erscheinen beim Jazz die impressionistischen Floskeln nur als Interpolationen, ohne das harmonisch-metrische Schema zu stören. Die leichte Musik hält an der Diatonik, als ihrem „Naturgrund“, starr fest und ist dieses Naturgrundes um so sicherer, je eher sie sich, wie im Jazz, einmal einen Exzeß erlauben kann.

Wenn das Schema der Depravation der leichten Musik vorgezeichnet wird von ihrer Immanenz im statischen Ausgangsmaterial der bürgerlichen Kunstmusik: der Tonalität; und wenn danach das Verhältnis der leichten und der Kunstmusik auch gesellschaftlich

keine übergroßen Schwierigkeiten bietet, so sind dafür die einer Typenlehre um so erheblicher. Schon der typische Grundsachverhalt der leichten Musik, die Scheidung in Couplet und Refrain, ist nicht leicht zugänglich. Erwägt man den historischen Ursprung im Wechsel von Einzel- und Chorgesang; vergleicht man damit den Trick vieler gegenwärtiger Schlager, im Couplet gleichsam die Geschichte des eigenen Refrains zu erzählen, so ergibt sich als wahrscheinlich die Auslegung: es wolle in ihrer stereotypischen Gestalt die leichte Musik die Tatsache der Entfremdung meistern, indem sie das berichtende, zusehauende, abgelöste Individuum, sobald es den Refrain anstimmt, in ein fiktives Kollektiv aufnimmt und in seiner Geltung dadurch bestärkt, daß es an der Objektivität des Refrains teilhat, ja den Inhalt des Refraintextes als seinen eigenen im Couplet erlebt, den es dann im Refrain staunend und erhoben als kollektiven Inhalt wiedererkennt. Der psychologische Mechanismus der Schlagerbildung wäre sonach narzißtisch, und dem entspräche die Forderung der beliebigen Nachsingbarkeit der Schlager: indem jeder Hörer die Melodie, mit der er bearbeitet wird, sogleich nachsingen kann, identifiziert er sich mit den ursprünglichen Trägern der Melodie, gehobenen Persönlichkeiten, oder mit dem kriegerischen Kollektiv, das die Lieder anstimmt, vergißt darüber seine Vereinzelung und empfängt die Illusion, entweder vom Kollektiv umfassen oder selber eine gehobene Persönlichkeit zu sein. Immerhin herrscht dieser Mechanismus nicht ausnahmslos: wenn auch der überwiegende Teil der Schlagerproduktion an der Scheidung von Couplet und Refrain festhält, so waren doch gerade einige der erfolgreichsten Schlager der Nachkriegszeit wie *The dancing tambourine* und *The Wedding of the painted doll* solche, die von der Scheidung abgehen: der erste ein Tanzstück mit Trio, der zweite eine Art von „Charakterstück“ im Sinne des 19. Jahrhunderts. Bei solchen Stücken, deren Erfolg nicht Texten zuzuschreiben ist, läßt sich der psychologische Mechanismus weit weniger bequem aufdecken; beim *Tambourine* mag eine gewisse melodische Plastik zumal des Trios, beim *Puppenstück* das Moment der Infantilität mitspielen, aber solche Bestimmungen sind schon weit weniger bündig als die psychoanalytischen, die, fast möchte man vermuten: jeder Schlagertext provoziert, um hinter der psychoanalytisch-individuellen Bedeutung eine zweite und gefährlichere: die gesellschaftliche zu verbergen. Wenn aber bei jenen beiden Instrumentalschlagern der Anteil der Musik am Effekt so erheblich ist, so hat man kaum ein Recht, ihn bei den Textschlagern zu vernachlässigen. Eine Methode nun, die psychologische

Wirkung von Musik zu analysieren, ist noch nicht ausgebildet und auch Ernst Kurths Musikpsychologie gibt für das hier erreichte Problem, vielleicht das aktuell wichtigste der gesellschaftlichen Deutung der Musik, keine zureichenden Anweisungen. Und es ist die Frage, ob hier Psychologie ausreicht: ob nicht gerade die entscheidenden Kategorien von der gesellschaftlichen Theorie beigestellt werden müßten. Die „Psychologie“ der Schlager im herkömmlichen Sinn führt auf Triebkonstanten. So etwa ist es einleuchtend, zur Erklärung des „absurden“ Schlagertyps die anale Regression samt ihrer sadistischen Komponente heranzuziehen, die in den zuständigen Schlagertexten selten fehlt; die Absurdität stellt sich als leicht ergänzbare Zensurlücke dar. Mit der Bestimmung der anal-sadistischen Struktur jener Schlager ist aber nichts über ihre gegenwärtige gesellschaftliche Funktion ausgemacht und die Wirkung auf eine natürliche Triebanlage und deren Konflikte mit Gesellschaft überhaupt zurückgeführt, die jeder Zeit gleich eigentümlich sein könnte, während Ursprung und Funktion der Schlager im Kapitalismus außer Frage stehen. Solange aber die gesellschaftliche Dialektik und die Analysis der Triebstruktur diskret oder bloß „ergänzend“ nebeneinander stehen, ist die konkrete Wirkung der leichten Musik nicht durchschaut, sondern einzelnen Wissenschaften zur Bearbeitung überlassen, die, im Sinne der bürgerlichen Wissenschaftssystematik, isoliert verfahren und in ihrer Trennung eine der fragwürdigsten Disjunktionen des bürgerlichen Denkens selber voraussetzen: die von Natur und Geschichte. Es sieht sich damit die gesellschaftliche Deutung der leichten und schließlich aller Musik als ihrer zentralen Frage der gegenüber: wie sie verfahren solle, ohne mehr die Zweifelhait natürlicher Statik — in den Triebkomponenten — und geschichtlicher Dynamik — in den sozialen Funktionen — methodisch voraussetzen zu müssen. Wenn, wie sie es bislang tat, Musik dem Schematismus der individuellen Psychologie sich entziehen sollte; wenn bereits die elementarste ihrer Wirkungen einen konkreten gesellschaftlichen Zustand voraussetzt, ausdrückt, tendenziell auf einen hinweist; wenn Natur selber musikalisch nicht anders als in geschichtlichen Bildern erscheint, dann könnte die materiale Beschaffenheit von Musik Hinweise bieten, wie etwa der dialektische Materialismus nicht zwar die „Frage“ nach dem Verhältnis von Natur und Geschichte zu lösen, wohl aber in Theorie und Praxis die Frage abzuschaffen vermöchte.

Neuere Literatur über Planwirtschaft¹⁾.

Von

Gerhard Meyer (Frankfurt a. M.).

Aus der Fülle der neueren Planwirtschaftsliteratur sollen hier unter Verzicht auf Vollständigkeit im wesentlichen drei Gruppen, amerikanische, französische und deutsche Veröffentlichungen, in der Form einer „bibliographie raisonnée“ gesichtet werden. Dieser Versuch erfordert eine vorherige Verständigung über die dabei verwandten Begriffe. Unter Planwirtschaft sei die bewußte planorientierte Gestaltung des totalen Wirtschaftsablaufs im Dienste der Krisenverhütung und Wachstumsstetigkeit verstanden. Partikulare Eingriffe in den Wirtschaftsmechanismus ohne „Leitregelung“ des Gesamtablaufs konstituieren also noch keine Planwirtschaft. Daß diese notwendig total ist, bedeutet aber nicht, daß sie auch „universal“ sein, d. h. alle einzelnen Teilprozesse direkt von einer Zentrale her regulieren muß. Es muß vielmehr als offene Frage gelten, ob dem Ziel der Planwirtschaft eine direkte universale Planung, bei der es praktisch nur einen einzigen Haushalt gibt, oder aber eine z. T. indirekte, auf dem Zusammenspiel von „Selbstregelung“ und „Leitregelung“ beruhende „partielle“ Organisation des Wirtschaftslebens mehr gerecht werden würde. Planwirtschaft kann — dies führt zu einer weiteren Unterscheidung — nicht gedacht werden ohne Berücksichtigung der zugrundeliegenden Sozialordnung, innerhalb deren sie funktionieren soll. Unter diesem Gesichtspunkt sprechen wir entweder von kapitalistischer oder von sozialistischer Planwirtschaft. Kapitalistische Planwirtschaft ist das auf die Zähmung der konjunkturellen Dynamik ausgerichtete System von Eingriffen und Einbauten in die vornehmlich unternehmungsweise erfolgende Erwerbswirtschaft unter prinzipieller Aufrechterhaltung der privaten Verfügungsgewalt von Unternehmern und Kapitalisten über alle entscheidenden Wirtschaftsmittel und damit auch über die freien Arbeiter. Innerhalb dieses Rahmens wird man je nach der formalen Trägerschaft zwischen einer Unternehmerplanwirtschaft und einer Staatsplanwirtschaft unterscheiden können. Wichtiger ist die Frage nach der faktischen Trägerschaft, d. h. nach den Gruppen, die an Planwirtschaft im Kapitalismus interessiert sind. Danach lassen sich mit Lorwin (s. u.) ein „business-type“ und ein „social progressive type of planning“ einander gegenüber-

¹⁾ Diese Sammelbesprechung ist einer umfangreichen kritischen Studie des Verf. über die wichtigste planwirtschaftliche Literatur entnommen, die im Auftrag des Instituts für Sozialforschung ausgeführt worden ist, aber aus Raumangel nur zum kleinsten Teil veröffentlicht werden kann. Die Literatur über die sowjetrussische Planwirtschaft soll einem besonderen Artikel vorbehalten bleiben.

Die Schriftleitung.

stellen, je nachdem ob die Unternehmer unumschränkt oder aber nur bei Kompromissen mit anderen Schichten, z. B. den Arbeitern, ihre Herrschaft zu behaupten vermögen. Notwendig ist die Abgrenzung vom Staatskapitalismus. Dieser liegt da vor, wo der Staat selber als kapitalistischer Unternehmer auftritt. Es ist dies noch keine Planwirtschaft. Die sozialistische Planwirtschaft hat eine grundsätzlich veränderte Sozialordnung zur Voraussetzung: hier ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln zugunsten des Gemeineigentums beseitigt, die Kapitalherrschaft gebrochen. Die Planwirtschaft muß auch hier nicht als universale gedacht werden. Unter Zurückstellung der Frage nach der Durchführbarkeit beider Formen unterscheiden wir daher: Sozialismus mit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln aber bloßer zentralistischer Leitregelung der prinzipiell in den Marktmechanismus verflochtenen Wirtschaftseinheiten, als „Marktsozialismus“ einerseits und universale zentralistische Planwirtschaft (einschließlich des Konsums) als „Verwaltungssozialismus“ andererseits. Von der sozialistischen Planwirtschaft ist der Staatssozialismus abzugrenzen. Bei ihm handelt es sich um die staatliche Bewirtschaftung bestimmter Produktionszweige (oder auch nur Betriebe) nach „gemeinwirtschaftlichen“ Prinzipien. Das gemeinwirtschaftliche Prinzip, dessen Grenzfall die Gratislieferung von Leistungen mit Deckung der Kosten aus Steuern oder anderen Erträgen bildet, weist zwar eine gewisse Affinität zum Sozialismus auf, findet sich aber prinzipiell, zumindest als Korrektiv, auch im Kapitalismus. Was seinen planwirtschaftlichen Charakter anlangt, so liegt dabei zunächst nur partikuläre Planung vor.

Mit dieser Systematisierung der Grundbegriffe der Planwirtschaftsdiskussion ist zugleich auch eine gewisse Übersicht über die Hauptprobleme gegeben. Wir stellen die neuen Publikationen nach dem Erscheinungsland zusammen, um den nationalen Eigentümlichkeiten der Fragestellung gerecht zu werden.

I. Amerikanische Planwirtschaftsliteratur.

Der umfangreichen amerikanischen Planwirtschaftsliteratur ist ein stark technischer Charakter eigen. Nicht nur, daß vorwiegend organisationstechnische Fragen in den Vordergrund gestellt werden, vor allem werden die Ingenieure als die eigentlichen Vorkämpfer gegen Unwirtschaftlichkeiten aller Art und als Träger einer neuen Wirtschaftsordnung angesehen. Auf diese Weise wird auch das Klassenkampfproblem umgangen. Abgesehen von einigen Sozialisten halten fast alle amerikanischen Planwirtschaftler am kapitalistischen Privateigentum fest und suchen es allenfalls öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen. Neben der technologisch-sozialreformerisch eingestellten Bewegung existieren auch unternehmerische Bestrebungen. Einen allgemeinen Überblick über die Grundlagen der sozialprogressiven Richtung gibt das glänzend geschriebene Buch von

1. Soule, George, *A Planned Society*. The Macmillan Co., New York 1932. (295 S.; \$ 2.50)

Nach einer interessanten Kritik des Liberalismus und der „unmanaged civilization“ beschwört S. das Bild der amerikanischen

Kriegswirtschaft, beschreibt Aufbau und Leistungen der russischen Planwirtschaft und entwirft dann den Vorschlag einer sozialprogressiven kapitalistischen Planwirtschaft für die Vereinigten Staaten. Er sieht darin eine letzte Chance für die Privatwirtschaft, ist aber selber hinsichtlich ihrer Verwirklichung etwas skeptisch. Dies wohl mit Recht, zumal sein Planungsvorschlag im wesentlichen auf Freiwilligkeit beruht. Ökonomisch-theoretisch ist vor allem seine Anlehnung an die in USA., besonders bei den Planwirtschaftlern, populäre Foster-Catebingsche Unterkonsumtionstheorie bedenklich. — Ebenfalls eine gute Charakteristik der amerikanischen Planwirtschaftsbestrebungen bietet

2. Lorwin, Lewis, *The Problem of Economic Planning. (Materialien des World Social Economic Congress. Amsterdam 1931. 43 S.)*¹⁾

L. macht als erster den Versuch, eine — mit gewissen Modifikationen auch von uns verwandte — Begriffsbestimmung und Typologie von Wirtschaftsplanung je nach der zugrundegelegten soziologischen Ordnung aufzustellen. Seine in einigen Punkten anfechtbare Gruppierung bietet besonders hinsichtlich des business und des social-progressive type of planning, den er selber (mit relativ stärkerer Bereitschaft zu Zwangseingriffen als andere Autoren) vertritt, ein gutes Bild der Auseinandersetzung in der amerikanischen Literatur.

3. Person, H. S., *Scientific Management as a Philosophy and Technique of Progressive Industrial Stabilization. (Materialien des World Social Economic Congress). Amsterdam 1931. (64 S.)*

P., leitender Direktor der Taylor-Society, zeichnet die Entwicklung der Bewegung für wissenschaftliche Betriebsführung, die von der Rationalisierung der kleinsten Einheiten, der Arbeitsplätze, an über die verschiedenen Mittelglieder schließlich zur Rationalisierung der Volkswirtschaft, ja der Weltwirtschaft gedrängt wird, da Unstabilität des Milieus jede Teilrationalisierung gefährdet. Alles wird vom Standpunkt des Technikers gesehen. P. betont besonders die zur Rationalisierung notwendige Zusammenfassung der Industriezweige und neigt daher stark zu derjenigen Art des Kampfes gegen die Trust-gesetze, die für die Großunternehmungen charakteristisch ist. — Aus der Reihe der Schriften, die positive „Pläne“ wiedergeben, sind zu nennen:

4. Haan, Hugo, *American Planning in the Words of its Promoters. A Bird's-Eye Survey expressed in Quotations. The American Academy of Political and Social Science. Philadelphia 1932. (51 S.; 25 cts.)*²⁾

Haans Übersicht, die die bis März 1932 vorliegende „Planning“-Literatur verarbeitet, ordnet den Stoff äußerst übersichtlich nach einheitlich bei jedem Autor angewandten Gesichtspunkten. Dabei

¹⁾ Vgl. das Gesamtprotokoll des Kongresses unten unter Nr. 14.

²⁾ Eine deutsche Ausgabe, in der die bis Ende September erschienene Literatur verarbeitet ist, erscheint im Verlag dieser Zeitschrift unter dem Titel: Das amerikanische „Planning“.

fällt auf, wie sehr die Amerikaner auf Äußerlichkeiten der vorgeschlagenen Planwirtschaftsorganisationen eingehen, grundlegende ökonomische, soziologische und politische Überlegungen aber zumeist hintanstellen.

5. Beard, Charles A., *America Faces the Future*. Houghton Mifflin Co. Boston 1932: (VIII u. 416 S.; \$ 3.00)

In diesem Sammelwerk sind zunächst unter dem Titel: „The new intellectual and moral climate“ schon vorher veröffentlichte Aufsätze (u. a. von Butler, André Maurois und Foster) zusammengestellt, die die Ausbreitung des Planwirtschaftsgedankens dartun sollen. Darauf folgen unter dem Titel „Blue Prints for a Planned Economy“ eine Reihe von Vorschlägen einer allgemeinen Planwirtschaftsorganisation und spezieller Pläne für einzelne Wirtschaftsgebiete. Neben reinen Unternehmerplänen (hier ist vor allem der Plan des Präsidenten der General Electric, Gerard Swope, zu nennen) finden sich auch gemäßigt sozialreformerische. Im Vordergrund des Interesses steht der Kampf gegen die Antitrustgesetze. Swope begnügt sich damit; er konzediert nur zum Ausgleich öffentliche Kontrolle der geforderten Industrieverbände und gewisse sozialpolitische Einrichtungen. Von anderen wird daneben die Notwendigkeit einer zentralen Planorganisation und z. T. auch einer Repräsentativvertretung aller organisierten Industrien verfochten. Die eigentlichen ökonomischen Probleme werden nur wenig behandelt. In dieser Hinsicht hebt sich sehr vorteilhaft heraus der „sozialprogressive“ Planentwurf:

6. Long-Range Planning for the Regularization of Industry. *The Report of a Subcommittee of the Committee on Unemployment and Industrial Stabilization of the National Progressive Conference*. *The New Republic*. Vol. LXIX, No. 893, Part 2. New York 1932,

zu dessen Verfassern u. a. Soule und vor allem J. M. Clark gehören. Der Plan sieht eine Fülle von Organisationsformen für alle Wirtschaftszweige vor. In den Körperschaften sollen alle Interessen, auch die der Arbeiter und Konsumenten, vertreten sein. Auf diese Weise hoffen die Verfasser die von ihnen scharf kritisierte Gefahr der Organisierung: monopolistische Produktionseinschränkung, bannen zu können. In betontem Gegensatz zu den bisherigen Plänen, die sich in partikularen Regulierungen erschöpfen, wird als die Aufgabe der Planwirtschaft Wachstumsregulierung („the regularized growth“) und Verbesserung der Massenversorgung bezeichnet. Diesem Ziel ordnen sich die in großer Vollständigkeit und mit theoretischer Fundierung dargestellten Maßnahmen der Planwirtschaftsorgane unter, zu denen außer den Industrieorganisationen ein informierendes und beratendes zentrales Planamt gehört. Im ganzen will man der Privatwirtschaft, die nicht an sich, sondern nur unter dem „laissez faire“ versagt habe, eine neue Chance geben.

7. *A Four-Year Presidential Plan 1932—36, prepared by the League for Independant Political Action. New York 1932. The Nation, Vol. 134, No. 3476, Sect. 2, Febr. 17th, 1932.*

Dieser Plan, der als Grundlage für eine etwaige Wahlkampagne der sozialprogressiven Gruppogedacht ist, fordert ganz allgemein „social control“, für bestimmte Produktionszweige auch Verstaatlichung. An dem Institut der „Public Utilities“ wird scharfe Kritik geübt. — Erwähnung verdienen ferner noch die Sondernummern einiger Zeitschriften, darunter:

8. *Survey Graphic, When We Choose to Plan. Vol. XX, No. 6. New York, March 1932.*

An dieser Sondernummer sind hervorragende Teilnehmer des Amsterdamer Kongresses wie Lorwin, Person, Mary v. Kleeck und Neurath beteiligt. Mehrere Aufsätze berichten über Planung in einzelnen Wirtschaftszweigen. Wichtig ist der Bericht von Isador Lubin über die Vernehmungen von Sachverständigen vor einer Unterkommission des Senats betr. den Vorschlag des Senators La Follette, einen „National Economic Council“ zu errichten.

9. *The American Economic Review, Vol. XXII, No. 1. Supplement. Papers and Proceedings of the forty-fourth Annual Meeting of the American Economic Association. Menasha (Wisc.) March 1932. Second Session — Economic Organization and the Control of Industry. (S. 63—104)*

Der hier abgedruckte Vortrag des Industriellen Harriman beweist, daß die heute an Planwirtschaft interessierten Unternehmer im wesentlichen nur Organisationsfreiheit für die einzelnen Industriezweige meinen. Tugwell, ein Führer der institutionalistischen Schule, betont stark das Dilemma, daß Planwirtschaft notwendig, aber keine Macht vorhanden sei, sie einzuführen.

10. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science. National and World Planning, ed. by E. M. Patterson. Vol. 162. Philadelphia. Juli 1932.*

Hervorgehoben seien der Beitrag v. Haans über internationale Planung, eine Arbeit Frank G. Dickinsons, der nachzuweisen sucht, daß eine Stabilisierung der Konjunktur, jedenfalls auf absehbare Zeit, nicht etwa Vollbeschäftigung, sondern nur die für Aufschwung und Krise bisher durchschnittliche Beschäftigung ermöglichen würde, Fosters schon im Titel genügend charakterisierte Stellungnahme: „Planning in a Free Country: Managed Money and Unmanaged Men“, und endlich die drei einleitenden Aufsätze über die Möglichkeit kapitalistischer Planung: Lindeman vertritt eine sozialprogressive kapitalistische Planwirtschaft mit gemäßigtem Zwangscharakter; der Sozialist O. Blanshard stellt in scharfer Antithese sozialistische und kapitalistische Planwirtschaft einander gegenüber; der Aufsatz des Harvardprofessors W. B. Donham endlich bejaht von einem ziemlich liberalen Standpunkt aus die Frage: „Can Planning be Effective without Control?“ und bietet gewissermaßen einen Auszug aus

11. Donham, Wallace Brett, *Business Looks at the Unforeseen*. Whittlessey House. New York 1932 (IX u. 209 S., geb. \$ 2.50)

D. hält besonders zäh an dem amerikanischen Ideal der „Unkontrolliertheit“ fest, aber er erklärt „Planung“ im Sinne einer vernünftigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik für notwendig und fordert darum eine beratende „Central Thinking Agency“. Er beurteilt alle wichtigen Pläne danach, ob eine neue Bürokratie und zentralistische Eingriffe daraus erwachsen könnten. Seine Vorschläge beinhalten eigentlich nur ganz konservative Maßnahmen (einschl. Zöllen). — Ein Rundfunkvortrag von

12. Slichter, Sumner H., *The Limitations of Planning*. The Univ. of Chicago Press. Chicago 1932. (12 S.)

übt überzeugende Kritik vornehmlich an den „voluntaristischen“ Planwirtschaftsentwürfen. S., Professor in Harvard, weist zunächst nach, daß die Organisierung der einzelnen Industriezweige nach Aufhebung oder Einschränkung der Antitrustgesetze die Krisen eher zu verschärfen drohe und erörtert dann die Aussichten eines beratenden „National Economic Council“. Unter Heranziehung von Beispielen aus der jüngsten amerikanischen Erfahrung zeigt er, daß die Planstelle wegen ihrer Ohnmacht versagen und an entscheidenden Punkten mit mächtigen Finanzinteressen in Konflikt geraten würde. Trotzdem solle man einen Versuch in dieser Richtung machen.

Schließlich noch ein Werk, daß seinem Gehalt nach ein viel weiteres Ausmaß hat, in seinem letzten Teil aber auch eine Kritik der Planwirtschaft enthält:

13. Hansen, Alvin Harvey, *Economic Stabilization in an Unbalanced World*. Harcourt Brace & Co., New York 1932 (IX u. 384 S.; geb. \$ 3.00)

H. behandelt zunächst eine Reihe von internationalen Depressions- und Krisenfaktoren, dann Probleme der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung, darauf die Frage der Bevölkerungsstabilisierung und schließt mit dem Abschnitt „Toward a Stabilized Capitalism?“. Hinsichtlich der Möglichkeit der völligen Ausschaltung der Krisen und Konjunkturen unterscheidet er scharf zwischen einer absolut monopolistischen Organisation und freier Konkurrenz, unabhängig davon, ob es sich um eine kapitalistische oder sozialistische Ordnung handelt. Im Falle freier Konkurrenz hält er einen erheblichen Grad der Stabilisierung der Beschäftigung für unmöglich, dagegen könne eine „completely centralized economic autocracy“ die Krisen ausschalten. Eine kapitalistische Diktatur mit einem System von Trusts würde diese planwirtschaftliche Aufgabe ebensogut lösen wie die russische kommunistische Diktatur. Aber H. weist mit größtem Nachdruck auf die Kehrseite der Stabilisierung hin: sie opfere die Freiheit und vor allem den Fortschritt. Trotzdem hält er eine Entwicklung in dieser Richtung für wahrscheinlich. Recht problematisch ist seine enge Zueinanderordnung von monopolkapitalistischer und kommunistischer Diktatur einerseits und (relativ) freier kapitalistischer und sozialistischer

Marktwirtschaft andererseits. Vor allem sieht er in der Konzeption einer sozialistischen Marktwirtschaft eine solche Annäherung von Kapitalismus und Sozialismus vollzogen, daß ihm schließlich der Gegensatz zwischen beiden Systemen als relativ unwesentlich erscheint gegenüber einem anderen Gegensatz, dem von Konkurrenz und Monopol, der für ihn zusammenfällt mit der Antithese von Demokratie und Autokratie.

II. Europäische Literatur über Planwirtschaft mit Ausnahme der deutschen.

Die europäische Diskussion über die Möglichkeiten der Wirtschaftsplanung hat gegenüber der amerikanischen schon wegen der viel stärkeren Bedeutung des Sozialismus in den „alten“ Ländern ein anderes Gepräge. Auch sind die Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Literaturkreis relativ locker. Es ist das Verdienst des Amsterdamer Kongresses, hier zum ersten Mal einen Kontakt hergestellt zu haben. Die Verhandlungen und Materialien dieses Kongresses sind jetzt in einer von M. L. Fleddérus musterhaft besorgten Ausgabe veröffentlicht unter dem Titel:

14. **World Social Economic Planning.** *The Necessity for Planned Adjustment of Productive Capacity and Standards of Living.* International Industrial Relations Institute (I. R. I.). The Hague 1932. (LXIII u. 935 S.; in 2 Bdn.; H. Fl. 4.50)

Wegen seines internationalen Charakters mußte der Kongreß das Problem der Weltplanung, der Abhängigkeit nationaler Wirtschaftsplanung von einer Ordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen stark betonen. Gewiß sind dabei unmittelbare praktische Ergebnisse nicht erzielt worden. Aber sowohl in den Vorträgen als auch in der Diskussion sind viele wichtige Gesichtspunkte hervorgehoben worden, und es wurde der in Deutschland sehr beliebten Verkoppelung von Planwirtschaft und Autarkie eine in mancher Hinsicht fruchtbarere Fragestellung gegenübergestellt.

Auch Albert Thomas beschäftigte sich in seinem letzten Bericht

15. **Internationale Arbeitskonferenz.** XVI. Tagung. Bericht des Direktors. Internationales Arbeitsamt. Genf 1932. (112 S.; RM. 4.—) mit der internationalen Diskussion über Planwirtschaft als Rettung aus der Wirtschaftskrise. Er selbst neigte unter starker Betonung des Genossenschaftsprinzips und monetärer Maßnahmen zu einem solchen auf internationale Zusammenarbeit gestützten Versuch schon im Kapitalismus. (Vgl. auch S. 194.)

16. **World Planning,** *Supplement to the „Week-end Review“.* August 22, 1931. London 1931. (14 S.)

Diese Sondernummer zum Amsterdamer Kongreß enthält u. a. kurze Beiträge von Lorwin, Neurath und Carli (Italien).

17. Wibaut, F. M., *De Redding. Uitgave van de S.D.A.P. (Die Rettung; hrsg. v. d. S.D.A.P.) Amsterdam 1932. (30 S.; 5 Cents)*

W. schildert zunächst die krisenhafte Nachkriegsentwicklung mit dem Ergebnis, daß der Kapitalismus völlig am Ende sei, und sieht die Rettung allein in einer weltumfassenden sozialistischen Planwirtschaft, die von den internationalen Arbeiterorganisationen auf demokratischer Grundlage unter Ablehnung russischer Methoden und unter besonderer Betonung staatlicher Bank- und Geldpolitik propagiert und durchgesetzt werden müsse.

In Frankreich stehen im Mittelpunkt der Debatte die Bemühungen eines Kreises von jüngeren Abgeordneten und Publizisten der Linken, eine Planwirtschaft als möglich zu erweisen, die einerseits „antikapitalistisch“ ist, andererseits aber das traditionelle sozialistische Mittel der „Nationalisierung“ ablehnt. Der Führer dieser Gruppe ist Bertrand de Jouvenel. Die starko Beachtung, die seine Programmschrift „*L'Economie dirigée*“ (Valois. Paris 1928) fand, veranlaßte das Journal de Commerce zu einer Sondernummer

18. Journal de Commerce, *Résultats et possibilités de l'économie dirigée*, No. 2229, 14. année. Paris, le 9 Juin, 1932.

Die wichtigsten Beiträge stellen die Aufsätze dar, die das Problem auf Grund der russischen, deutschen und italienischen Erfahrungen kritisch behandeln. — In einer Sondernummer des Organs der jungen Linken

19. Notre temps, *Economie dirigée*. 6. année, 3. série, 7 et 14 août No. 154. 155. Paris 1932. (Sp. 439—501; 3 frcs.)

antwortet de J. auf eine ganze Reihe von besonders im Journal de Commerce (a. a. O.) entbaltene n Angriffen sowie auf Fragen, die der radikalsozialistische Abgeordnete Bergery an ihn richtete. Bergery kritisiert besonders de Jouvenels „Mischform“ von Kapitalismus und Sozialismus: „Vous avez rêvé d'une économie dirigée pour le profit de la collectivité et réalisée pour le profit de l'individu“ — ein klassischer Einwand gegen alle prinzipiellen Verfechter einer sozial-reformerischen Planwirtschaft. De J. gibt als Grundprinzip der „économie dirigée“ an: gleichmäßigere Einkommensverteilung und Orientierung an den Bedürfnissen der Massen. Bei Aufrechterhaltung der Geldwirtschaft bedeutet dies allmähliche Egalisierung der Kaufkraftverteilung. Die neben der Angleichung von kaufkräftiger Nachfrage und Bedürfnissen wichtigste Aufgabe der Planwirtschaft, die Angleichung von Produktion und Nachfrage, glaubt de J. vor allem mit Hilfe der staatlichen Kreditpolitik bewältigen zu können. Damit erhalte der Staat ausreichenden Einfluß auf die großen Unternehmungen. Für die kleinen Unternehmungen genüge gute Information über die Marktchancen. Diese Planwirtschaft darf nach de J. nicht auf bloß nationaler Grundlage, sondern muß in europäischem Rahmen erfolgen und auf eine Weltplanung hinzielen. Die „économie dirigée“ sei Sozialismus, denn sie verfolge die gleichen Ziele wie der proletarische Sozialismus, die Ausschaltung des Großkapitals.

20. Laurat, Lucien, *Economie planée contre économie enchaînée. Les cahiers bleus, seconde série, No. 12, 15 mai 1932. Valois. Paris 1932. (124 S.)*

L. geht davon aus, daß auch nach der Übernahme der politischen Macht eine Sozialisierung nicht auf einmal möglich ist, sondern je nach der Reife der Industrie schrittweise erfolgen muß. Die wachsende Trennung von Leitung und Eigentum der Unternehmungen determiniert die Großunternehmungen als den Ort, wo die Sozialisierung sofort einsetzen muß und ohne volkswirtschaftlichen Schaden auch einsetzen kann. Damit wird eine Kontrolle über den Akkumulationsprozeß erlangt, durch die die Möglichkeit Krisen auslösender Unterkonsumtion ausgeschlossen wird. Das zweite Hauptmittel stellt die Bankenkontrolle dar, die die von seiten der Sparer und Kleinunternehmer der Planwirtschaft drohenden Gefahren beseitigen kann. Die „économie planée“ könne — unter der Voraussetzung einer Arbeiterregierung — die Krise sofort beheben.

21. de Man, Henri, *Réflexions sur l'économie dirigée. L'Eglantine. Paris-Bruxelles 1932. (46 S.)*

De Man hebt den Einfluß der Taylorbewegung auf das Plandenken hervor. Die heutige Wirtschaft werde aus einer Wirtschaft der Unternehmer immer mehr zu einer Wirtschaft der Ingenieure und Bankiers. Es herrsche eine Tendenz zur „autonomen Unternehmung“ und parallel damit zu einem wirtschaftlichen Neofeudalismus, der auch in Trustbildung und Kartellierung zum Ausdruck komme. Diese neue Form gibt sich ein planwirtschaftliches Ansehen, aber die eigentliche Planwirtschaftsbewegung ist gerade gegen diesen Monopolismus gerichtet. De Man sucht die auf dem Amsterdamer Kongreß aufgestellte Forderung einer Planwirtschaft im Innern und eines Abbaus des Protektionismus nach außen aus jener antifeudalistischen Frontstellung zu erklären, wobei er Wechselbeziehungen zwischen Unterkonsumtion infolge Lohndrucks und ökonomischem Nationalismus hervorhebt. Er hält eine von Sozialisten und Liberalen gemeinsam getragene Planwirtschaftsbewegung schon im Rahmen des kapitalistischen Systems für möglich.

III. Die neuere deutsche Planwirtschaftsliteratur.

Inhaltlich geht auch in Deutschland — und gerade hier am stärksten — der Streit um vier Fragen: erstens die Leistungsfähigkeit des Liberalismus und die Möglichkeit der Rückkehr zur freien Wirtschaft, zweitens im Zusammenhang damit die Verbindung oder scharfe Scheidung von „Interventionismus“ und Planwirtschaft, drittens die technischen Grenzen jeder Planwirtschaft, viertens kapitalistische oder sozialistische Planwirtschaft und wenn das letztere, welche Organisationsform. Die letzte Fragestellung bildet das Hauptgliederungsprinzip der folgenden Übersicht. Vorweg sei ein Buch genannt, das man im eigentlichen Sinne nicht zur wissenschaftlichen Literatur zählen kann, das aber für eine Reihe von Veröffentlichungen wohlmeinender ökonomischer Laien typisch ist:

22. Wächter, *Planung, Führung, Ordnung. Um Staat und Wirtschaft der Deutschen*. Edwin Runge. Berlin 1931. (X u. 312 S.; br. RM. 3.60, geb. RM. 4.80)

W. fordert unter Ablehnung der Demokratie einen dem Kapitalismus an Leistung weit überlegenen straff militärischen „Kommunismus“ im Inneren („militärisch kann man alles machen, das weiß jeder alte Soldat“; S. 281) bei scharfem Wettbewerb von Exportkonzernen auf dem Weltmarkt, der darum möglich sei, weil es in der militärischen Wirtschaft ja keine Lohnkosten gebe. — Schwer einzuordnen ist die Gelegenheitsarbeit von

23. Sombart, Werner, *Die Zukunft des Kapitalismus*. Buchholz & Weißwange. Berlin 1932. (54 S.; RM. 0.90)

Man darf sie zum Typ der kapitalistischen Planwirtschaft rechnen, sofern Planwirtschaft als System des Spätkapitalismus gemeint wird. Im wesentlichen geht es in der kleinen Broschüre um den Begriff der Planwirtschaft (oder „sinnvollen“ Wirtschaft), dem die drei Merkmale: Umfassendheit, Einheitlichkeit und Mannigfaltigkeit zugesprochen werden. Die knappe Klassifikation der Mannigfaltigkeit der Formen und Mittel (Gesamtplan, direkte und indirekte autoritäre Eingriffe, Erziehung) enthält gewiß richtige Hinweise, läßt aber eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der wirklichen Problematik vermissen.

Schon im Titel befürwortet deutlich eine kapitalistische Planwirtschaft

24. Schröder, Paul, *Die Überwindung der Wirtschaftskrise durch den Plankapitalismus*. Gustav Fischer. Jena 1932. (180 S.; RM. 8.—)

S. analysiert die üblichen Vorschläge zur Behebung der Krise, verwirft sie (mit nicht immer zutreffenden Gründen) und fordert die etappenweise Einführung des Plankapitalismus, einer Plan-Marktwirtschaft mit fester Währung, festen Einzelpreisen (Ausnahmen bei Kostenwandlungen), festem Lohn und Zins. Gleichzeitig wird freie Konkurrenz, Privateigentum und privates Unternehmertum verlangt, allerdings organisiert in Zwangsein- und -verkaufsverbänden, die die Übersicht über den Markt vermitteln. Das Kreditwesen wird aus dieser Sphäre sogenannter Konkurrenz herausgelöst. Es gibt keinen Kapitalmarkt, sondern nur Kapitalverwaltung. — Ein weiteres hier zu erwähnendes Programm einer Planwirtschaft im Kapitalismus (zweifelloso mit sozialreformerischer Absicht) ist

25. v. Ungern-Sternberg, Roderich, *Die Planung als Ordnungsprinzip der deutschen Industriewirtschaft*. Ferdinand Enke. Stuttgart 1932. (108 S.; br. RM. 4.—)

Unter starker Betonung des Organisatorischen vertritt U.-St. im Anschluß an Rathenausehe Ideen das Planprinzip der „Industriegemeinschaften“. Hierfür wird ein ausführlicher Gesetzentwurf vor-

gelegt. Alle Industriezweige sollen in Produktions- und Absatzgemeinschaften zwangsweise zusammengefaßt und von Zentralkreditdirektionen, deren Verwaltungsmehrheit aus Staatsvertretern bestehen soll, geleitet werden. Dabei gibt es auch vertikale Zusammenfassungen. Für den ganzen Industriezweig, der systematisch auf den höchsten Stand gebracht werden soll, gilt eine einheitliche Preisbildung nach Grenzkosten. Die Differentialprofite werden (fälschlich) nur als Prämie für fortschrittliche Unternehmer angesehen. Während die Produktpreise als beweglich gedacht werden, sind die Preise der Produktionsfaktoren (Lohn und Zins) fixiert. Den Einwand möglicher Konflikte zwischen dem Profitinteresse der Unternehmer- und Industrieverbände einerseits und den Zentralkreditdirektionen andererseits versucht U.-St. mit dem Hinweis auf den Einfluß der „Staatsvertreter“ und durch den Ruf nach „ausreichend sozialistisch-gemeinwirtschaftlichem Geist“ der Unternehmer zu entkräften.

Zwischen die Literatur über kapitalistische und sozialistische Planwirtschaft sei hier eine Gruppe von Arbeiten eingefügt, die als Zwischentyp aufzufassen sind und über deren Zuordnung man streiten könnte.

26. Braeutigam, H., *Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus*. Carl Heymann. Berlin 1932. (97 S.; br. RM. 3.—)

Dieses Buch ist ein ernsthafter Versuch einer wirtschaftstheoretischen Begründung des Nationalsozialismus. Der Grundgedanke ist: in der heutigen Wirtschaft besteht „Zinsknechtschaft“, und zwar muß ein einheitlicher und normaler Zins sowohl für freies wie für bereits investiertes Kapital herausgewirtschaftet werden. Dieses Prinzip erzwingt einen Monopolkapitalismus, der allein die wegen der Zinsknechtschaft notwendigen Profite garantiert, und führt durch monopolistische Produktionseinschränkung und Preisüberhöhung zu Kapitalverlusten und Arbeitslosigkeit. Zur Beantwortung der Frage, wie die Mängel der Kapitalwirtschaft mit ihren Krisenfolgen vermieden werden können, entwickelt B. zunächst ein ideales System eines extremen Marktsozialismus mit Gemeineigentum und zentraler Kredit- und Investitionspolitik und weist die Möglichkeit seines Funktionierens nach. B. versucht dann zu zeigen, wie eine annähernde Verwirklichung dieser idealen sozialistischen Verkehrswirtschaft auch bei grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums an den Produktionsmitteln möglich sei. Im Prinzip wird das „Unternehmertum“ des ständisch geregelten Wettbewerbs gefordert. Die Ständekammern haben sowohl Monopole wie Schleuderkonkurrenz zu verhindern. Richtige Lohnpolitik verlangt monopolistisch und staatlich beeinflusste Lohnfestsetzung mit dem Ziel stabiler Nominaleinkommen bei festen Geldpreisen, daneben Gewinnbeteiligung. B. fordert weiter Zwangskapitalbildung und zentrale Verteilung des Neukapitals grundsätzlich nach dem Ort der höchsten „Gewinne“, aber bei Wahrung der Proportionalität der Produktionszweige und Arbeitsplatzbeschaffung für freigesetzte Arbeiter.

- Etwa in die gleiche Zwischenstellung gehören auch die mit nationalen Autarkieforderungen eng verknüpften planwirtschaftlichen Vorschläge des „Tatkreises“:

27. Eschmann, Ernst Wilhelm: *Übergang zur Gesamtwirtschaft*, in: „Die Tat“. Hrsg. von Hans Zehrer, 23. Jahrg., Heft 6, September 1931. Eugen Diederichs, Jena 1931.

E. versucht, dem Autarkiegedanken eine realistischere Fassung zu geben, und skizziert darauf unter Abhebung der deutschen von den spezifisch russischen Aufgaben die Ordnung einer „Gesamtwirtschaft“, die ebenso wie die Autarkie und in Verbindung mit ihr „die Souveränität der Nation über die Wirtschaft“ gewährleisten soll. Es wird ein staatlicher und ein „freier“ Sektor unterschieden. Zu jenem sollen vor allem die Kraft- und Rohstoffwirtschaft, ferner alle Trusts und Konzerne der verarbeitenden Industrie, sowie die Banken, Handelsmonopole und einige besondere Wirtschaftszweige gehören. Dem „freien“ Sektor mit Privateigentum und privater Unternehmerverantwortung ist prinzipiell der übrige Teil der verarbeitenden Industrie sowie die bäuerlich zu organisierende Landwirtschaft zugewiesen. Doch sind auch die freien Betriebe in die von einem staatlichen Planorgan geleitete „Planwirtschaft“ einzugliedern. An Stelle der „willkürlichen“ Kapitalbildung soll eine planmäßige, durch das öffentliche Bankwesen geregelte treten. Diese „gegen den Besitz, aber für das Eigentum“ eintretende Planwirtschaft wird auch antikritisch verteidigt: in der Theorie und Praxis des Marxismus werde die Bedeutung der Mittelschichten, vor allem der Bauern, auch für den Aufbau der künftigen „Nationalwirtschaft“ verhängnisvoll unterschätzt. — Auch Ferdinand Fried hat kürzlich, nachdem er schon vor Eschmann zwar nur sehr kurze, aber um so weitreichendere Perspektiven einer vornehmlich auf eine deutsche Staatswirtschaft gestützten planmäßigen Großraumwirtschaft gegeben hatte¹⁾, aus der konkreten Lage heraus ein „Umbau“-programm entworfen:

28. Fried, Ferdinand: *Der Umbau in der Wirtschaft*, in: „Die Tat“. Hrsg. von Hans Zehrer, 24. Jahrg., Heft 6, September 1932. Eugen Diederichs, Jena 1932.

Die allein aus der Krise herausführenden Maßnahmen: Arbeitsbeschaffung durch Siedlung, Arbeitsdienst und Erschließung von Südosteuropa und die dafür notwendige Geldschöpfung, sind nur planmäßig und nur durch einen starken, autoritären Staat zu verwirklichen. Diese staatliche Planwirtschaft, die den Erwerbstrieb zu binden und den Gemeinschaftsgeist herauszuarbeiten hat, ist zunächst eine kreditwirtschaftliche; sie wird aber mit einer großen Verstaatlichungsaktion verknüpft. Diese soll den Bergbau, große Teile der Schwerindustrie, Staatsmonopole, Kraft- und Verkehrswirtschaft einschl. Großschifffahrt

¹⁾ Fried, Ferdinand: Wo stehen wir? in: Die Tat, 23. Jahrg., Heft 5, August 1931, S. 354ff., bes. S. 383ff.: Der Weg des neuen Deutschland.

und vor allem das Kreditwesen umfassen. Auffällig ist die mehr oder minder versteckte kriegswirtschaftliche Motivierung dieser Maßnahmen. Von den inneren Problemen der Planwirtschaft wird nicht gesprochen¹⁾.

Die nun folgenden Werke stammen von Sozialisten, die vor allem das Problem des Übergangs zu einer sozialistischen Wirtschaft zur Diskussion stellen. Zunächst seien zwei kleine einander ergänzende Schriften erwähnt. Die eine (populär gehaltene) ist

29. Mendelsohn, Kurt, *Kapitalistisches Wirtschaftschaos oder sozialistische Planwirtschaft?* J. H. W. Dietz. Berlin 1932 (67 S.; RM. 0.75),

worin die in der Krise offenbarten Kapitalfehlleitungen und die „unnötigen“ Fehler der Unternehmer und Bankiers dargestellt werden. Die andere (wissenschaftlichere) ist

30. Frieder, Otto, *Der Weg zur sozialistischen Planwirtschaft. Geschichte und Verwirklichung einer Idee.* J. H. W. Dietz. Berlin 1932. (67 S.; RM. 0.75)

F. schildert nacheinander Sozialisierung als Utopie, als Projekt und als Experiment (Rußland) und geht dann auf die Frage der Sozialisierung in Deutschland ein. Hier bespricht F. zunächst eine Reihe von Planwirtschafts- und Sozialisierungsvorschlägen, wobei er die auf Kontroll-einrichtungen abzielenden Forderungen der Sozialdemokratie hervorhebt, und erörtert dann selbständig die Probleme des Sozialismus und der Sozialisierung. Dabei werden die entscheidenden politischen Voraussetzungen in den Vordergrund gerückt.

31. Lederer, Emil, *Planwirtschaft.* J. C. B. Mohr. Tübingen 1932. (48 S.; RM. 1.20)

L. schwächt den Gegensatz zwischen „freier Wirtschaft“ und „Planwirtschaft“ praktisch durch den Hinweis ab, daß Elemente der einen jeweils in der anderen möglich seien. Das Hauptproblem ist aber nicht diese partikuläre Planwirtschaft, sondern die Frage, ob eine totale krisenverhütende Planwirtschaft denkbar sei. L. bejaht das und fordert entsprechende Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Krise und zur Verhütung von Konjunkturschwankungen überhaupt. Bekannt ist sein Vorschlag einer partiellen naturalwirtschaftlichen Erwerbslosenwirtschaft. Vor allem aber fordert L. Kreditkontrolle, die in sich eine gewisse Kraft zur Weiterentwicklung in Richtung auf eine Produktionskontrolle trage. Es bleibt jedoch fraglich, ob diese nach L. schon im Kapitalismus durchzuführende Kredit- und schließlich Produktionskontrolle wirklich zum Vollsozialismus führt, den L. am Schlusse der Schrift als Marktsozialismus kurz skizziert. Im Vordergrund steht hier das Problem der Wirtschaftsrechnung und der Kapitalrechnung: beide bieten nach L. keine Schwierigkeiten. Das sozialistische System der Kapitalakkumulation habe vor dem kapitalistischen drei Vorzüge:

¹⁾ Über die Einordnung dieser „Tat“pläne in das hier gewählte Grundschema siehe auch Pollock im vorigen Heft dieser Zeitschrift S. 18, Anm. 2.

erstens könnte die Kapitalbildung größer sein, insofern ein großer Teil des heutigen Mehrkonsums der Gewinn- und Zinsbezieher dafür zur Verfügung stände; zweitens wäre die Produktion nicht notwendig an eine gewisse „Verzinsung“ des Kapitals gebunden, etwaige Disproportionalitäten brauchten nicht durch Konkurs und Produktionseinstellung liquidiert zu werden; drittens: es müßte sich infolge von Fehldispositionen und daran anschließender Einschränkung der Neuinvestitionen nicht das Sozialprodukt absolut verringern.

L. hat in einer neuen Veröffentlichung nochmals zu Spezialproblemen der sozialistischen Wirtschaft Stellung genommen:

32. Lederer, Emil, *Die Güterverteilung als Problem des Sozialismus* In: *Die Güterverteilung in der Gesamtwirtschaft. Drei Vorträge von O. v. Nell-Breuning, Othmar Spann und Emil Lederer. Einzelhandelsverlag Berlin 1932. (87 S.; RM. 1.—; S. 39—56)*

L.s Vortrag ragt durch seine klare Gegenüberstellung der Funktionen des Handels im Kapitalismus und im Sozialismus hervor. Es gibt auch im Sozialismus distributive Funktionen, aber diese sind sicher eingeschränkter als heute und werden zum großen Teil auch andere Träger haben. Das wesentliche Spezifikum des Sozialismus sieht L. hier in der Möglichkeit einer grundsätzlich neuen Einkommensverteilung.

33. Leichter, Otto, *Kapitalismus und Sozialismus in der Wirtschaftspolitik. Der Kampf der neuen mit den alten Wirtschaftselementen. C. L. Hirschfeld. Leipzig 1932. In: Festschrift für Carl Grünberg zum 70. Geburtstag, S. 382—411.*
34. Leichter, Otto, *Die Sprengung des Kapitalismus. Die Wirtschaftspolitik der Sozialisierung. Wiener Volksbuchhandlung. Wien 1932. (171 S.; br. RM. 4.—, geb. RM. 5.—)*

Neue Entwicklungselemente der heutigen Wirtschaft: Kapitalkonzentration, Staatseingriffe und die wachsende Macht der Arbeiterklasse, stellen nach L. den alten kapitalistischen vier „neue“ Wirtschaftsgesetze gegenüber: die Tendenz zur solidarischen Planmäßigkeit der Verteilung, die Einschränkung der kapitalistischen Profitrechnung, die Einengung der Unternehmerselbständigkeit und die Politisierung der Wirtschaft. Diese „Gesetze“ sprengen auf die Dauer den Kapitalismus und führen zum Sozialismus. Darunter versteht L. sozialistische Marktwirtschaft mit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und zentraler Planung vor allem der (öffentlichen) Kapitalbildung und der Kapitallenkung, die durch die Staatsbanken erfolgt. Der Außenhandel wird durch ein Monopol geregelt. Für die Landwirtschaft sollen Getreidemonopole usw. sorgen. Die Löhne dürfen nicht diktatorisch von oben festgelegt werden, sondern sollen zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern des Allgemeininteresses vereinbart werden. Daß freie Konsumwahl und die Möglichkeit genauer Kostenkalkulation vorgesehen werden, versteht sich von selbst bei diesem Gesamtbild. Soweit irgend möglich, muß Betriebs- und Wirtschafts-

demokratie herrschen. Der Weg zu diesem Ziel führt im Kampf der alten mit den neuen Gesetzen über einen planwirtschaftlichen „Staatskapitalismus“. Die sozialistische Wirtschaftspolitik macht dabei auf den verschiedenen Gebieten bestimmte Etappen durch. Für die Monopole führt der Weg von einer Monopolkontrolle zur Investitionskontrolle, die zur Preisfestsetzung und schließlich zu planmäßiger Entscheidung über den gesamten Wirtschaftsplan überleitet und notwendig bei der Vergesellschaftung der Produktion endet. Ähnlich beginnt die Kreditwirtschaft mit der Bankenkontrolle, geht über zur Kapitalbeteiligung des Staates und führt unter Ausnutzung dieser Position zur Verstaatlichung der Banken. Im ganzen vertritt L. wirtschaftsdemokratische Gedanken in austromarxistischer Färbung. — Das

35. *Material für ein Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften. 2. Afabundesauschuß-Sitzung. Berlin, 22. März 1932. (6 S.)* wurde zum großen Teil, jedoch mit noch stärkerer Betonung der sozialistischen Politik, in das kürzlich von den Gewerkschaften herausgegebene Programm übernommen. Beide Broschüren können deshalb im folgenden als Einheit behandelt werden.

36. *Umbau der Wirtschaft. Die Forderungen der Gewerkschaften. Verlagsgesellschaft des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin 1932. (39 S.; br. RM. 0.40)*

„Es gilt den Raum zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu gestalten.“ Die darauf gerichteten Forderungen gliedern sich folgendermaßen: zunächst Konjunkturpolitik, die zugleich sozialpolitische Funktionen erfüllt, dann Maßnahmen für die einzelnen Wirtschaftsgebiete und zum Schluß der Aufbau der Planwirtschaft.

Die Hauptforderung zu „Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft“ lautet: „... systematische Stärkung der Massenkaufkraft und Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung.“ — Von den einzelnen Wirtschaftsgebieten werden zunächst Industrie und Handel betrachtet. Der demokratische Staat (wer damit konkret gemeint ist, wird nicht gesagt) soll die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft besetzen. Das bedeutet Überführung der Rohstoffindustrie, der Großchemie, der Energie- und Verkehrswirtschaft in Gemeineigentum. Ein gut Teil der Problematik, die der Verstaatlichung anhaftet, wird deutlich hervorgehoben. Es soll keine rein zentralistische Planwirtschaft erstrebt werden: „Beherrschung von der Zentrale, im übrigen aber sehr weitgehende Dezentralisation“ (zur Sicherung echter Freiheit). Dieser „Dezentralismus“ bedingt — vom Grundgedanken her nur folgerichtig — die Zulassung persönlichen Arbeitseigentums bei Bauern und Handwerkern. Die Enteignung richtet sich also gegen das „ausbeuterische kapitalistische Großeigentum in Industrie und Landwirtschaft.“ Energisch wird die Enteignung des Großgrundbesitzes gefordert, gleichzeitig aber in der Siedlungsfrage die Oppenheimersche genossenschaftliche Großsiedlung stärker hervorgehoben. Die Vorschläge über Kredit- und Bankwesen folgen den vom Afabund gemachten: also schrittweise Verstaatlichung und Bankenamt, in dem

u. a. auch die Gewerkschaften und Verbraucher vertreten sein sollen. Die Endforderung des planwirtschaftlichen Außenhandelsmonopols wird abgegrenzt gegen die modernen Autarkiepläne. Das Umbauprogramm stellt vermutlich ein sehr bedeutsames Zwischenglied in der Reihe von Versuchen der Arbeiterorganisationen dar, von wirtschaftsdemokratischen Zielsetzungen zu einer stärkeren Betonung des Endziels, der sozialistischen Planwirtschaft, zu gelangen.

Nachdem im bisherigen sozialistische Publikationen besprochen worden sind, die eine kapitalistische Planwirtschaft als Weg zum Sozialismus für möglich und notwendig halten, seien nun diejenigen Neuerscheinungen vertreten, die, zumeist unter deutlicher Ablehnung jener Zwischenlösungen, nur das sozialistische Zielbild als solches hinzustellen versuchen.

37. Landauer, Carl, *Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft*. Duncker & Humblot. München 1931. (VI, 222 S.; br. RM. 9.—, geb. RM. 11.50)

L. geht von der Feststellung aus, daß eine sozialistische Ordnung der kapitalistischen in „produktiver“ Hinsicht überlegen sein muß, wenn sie Bestand haben soll. Als Maßstab der Produktivität wählt er den Grad der Vollkommenheit der individuellen Bedarfsdeckung, die in der idealen Verkehrswirtschaft optimal sein müßte. Aber diese „reine“ Verkehrswirtschaft hat nie existiert, und es kommt L. darum zunächst darauf an, die „antiproduktiven Erscheinungen in der realen Verkehrswirtschaft“ aufzudecken. Unter diesem Titel behandelt er das Monopol sowie Arbeitslosigkeit und Krisen, die er letztlich (unter Verwendung des Kapitalmangel- und des Irrtumsarguments) auf den technischen Fortschritt zurückführt. Als weitere Folgen der technischen Entwicklung leitet er aus dem steigenden Anteil des fixen Kapitals einerseits eine wachsende Konjunktorempfindlichkeit der Wirtschaft, andererseits eine Machtsteigerung der Gewerkschaften ab, die in zunehmendem Maße die auch für die Arbeiter notwendige Kapitalbildung gefährden könnte. Gerade daraus schließt er auf die Notwendigkeit einer sozialistischen Wirtschaft, in der der Ausgleich zwischen Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiter nicht durch das Klassenverhältnis zwangsläufig gestört wird. Im zweiten Abschnitt kritisiert L. treffend alle Versuche, den Kapitalismus durch gemeinwirtschaftliche Kontrolle zu regulieren. Überzeugend ist sein Hinweis auf die Grenzen der Wirksamkeit der Monopolkontrolle und der Notenbankpolitik. Der dritte Abschnitt entwirft das Bild eines Marktsozialismus, mehr noch: einer sozialistischen Konkurrenzwirtschaft, die eine Verbindung von Zentralismus und Dezentralismus, Staatssozialismus und Genossenschaftssozialismus darstellt. Die einzelnen Staatsbetriebe konkurrieren friedlich untereinander, sie machen unterschiedliche Gewinne, an denen Betriebsangehörige und Betriebsleiter beteiligt werden. Zugleich aber wird an den entscheidenden Stellen das Wachstum der Wirtschaft durch das Kreditmonopol, das erst im Sozialismus wirksam sein kann, reguliert. Die Grundlage der zentralen Kapitalpolitik ist ein Investitionsprogramm sowie die Möglichkeit, ein bestimmtes Ausmaß der Akkumulation direkt und indirekt

zu erzwingen. Eine Voraussetzung des Investitionsprogramms ist nach L. eine naturalwirtschaftliche Kontrollrechnung, die in Ergänzung der Geldrechnung das mengenmäßige Ineinandergreifen der verschiedenen Produktionszweige sicherstellt. Das zweite Element der Wachstumsplanung, die Regulierung des Akkumulationstempos, unterliegt im Sozialismus der Entscheidung der Gesamtarbeiterschaft, die selbst den erwünschten Spargrad bestimmt. Daß dabei Interessenkonflikte entstehen können, hält L. für sehr möglich, aber es erscheint ihm unwahrscheinlich, daß sich daraus neue Klassengegensätze entwickeln. Hinsichtlich des Weges zum Sozialismus entscheidet sich L. unter Ablehnung einer radikal-revolutionären Haltung und scharfer Kritik der Versuche, dem Sozialismus durch allmählichen „planwirtschaftlichen“ Umbau des Kapitalismus näherzukommen, für eine systematische Sozialisierungsaktion (mit Entschädigung aus Steuermitteln), die im Verlauf von 12—15 Jahren zur Übernahme der wichtigsten Teile der Industrie durch den Staat führen müsse. Erst dann könne mit dem Aufbau einer echten Planwirtschaft begonnen werden. — Gleiches Niveau mit diesem ausgezeichneten Werk hält

38. Heimann, Eduard, *Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung*. (Sozialistische Aktion, hrsg. v. Walter Pahl und August Rathmann, H. 1.) Alfred Protte. Potsdam 1932. (63 S.; RM. 1.20)

Auch H.s Sozialismus ist ein stark dezentralistischer und daher marktwirtschaftlicher Sozialismus. Die Notwendigkeit des Marktes wird mit der Unentbehrlichkeit einer rationalen Kostenrechnung, die nur bei freier Preisbildung möglich sei, begründet. Es ist allerdings nicht ganz klar, inwieweit dieses Prinzip der freien Preisbildung mit den später eingeräumten Möglichkeiten monopolistischer und gemeinwirtschaftlicher Preispolitik vereinbar ist. Mit der Preisrechnung zugleich verlangt H. auch eine Kapital- und Zinsrechnung im Sozialismus. Marktwirtschaft und Kapitalrechnung widersprechen nach H. nicht dem sozialistischen Prinzip: „Gerade für die marxistische Betrachtung kommt alles auf die soziologische Grundordnung an, innerhalb deren sich die Wirtschaftsvorgänge abspielen.“ Kann aber eine solche Marktordnung auch Planwirtschaft sein? Zunächst gibt H. eine knappe Analyse des nach seiner Meinung wichtigsten Konjunkturfaktors, des den Arbeiter freisetzenden technischen Fortschritts. Daraus folgt die Aufgabe der Planwirtschaft, technische Fortschritte und Kapitalbildung zur Finanzierung nicht nur der Fortschritte selbst, sondern auch der Neuschaffung von Arbeitsplätzen für die freigesetzten Arbeitskräfte aufeinander abzustimmen. Die Mittel dieser Konjunkturregelung sind zentrale Kapitalbildung und zentrale Kreditwirtschaft. Hier schließt H. sich weitgehend Landauer an. Das Verhältnis von zentralem Plan und Markt stellt sich nach allem so dar, daß durch die zentralen Eingriffe wohl die Daten des Preis-Mengen-Systems verändert werden, nicht aber der Marktmechanismus selbst gestört wird. — Die soziologische Grundordnung dieses Sozialismus wird von H. gekennzeichnet durch die drei un-

trennbaren Forderungen: Aufhebung der Klassenscheidung, Freiheit und Ordnung. Dem Freiheitsverlangen der Arbeiter muß im Sozialismus durch möglichste Dezentralisierung, Stärkung der Eigenverantwortung und vor allem Selbstgestaltung auch des Arbeitslebens Erfüllung gegeben werden. (Der sozialistischen Arbeitsordnung widmet H. einen besonderen Abschnitt.) Der Beseitigung der Klassen dient die Abschaffung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Freilich sind nach H. der Sozialisierung Grenzen gezogen: sie ist unmöglich bei den städtischen Kleingewerben und vor allem bei der Bauernwirtschaft, hier aber auch nicht nötig, weil die Vereinigung von Arbeit und Eigentum, die der Sozialismus erstrebt, z. B. im Bauernbetrieb noch erhalten ist und sich da als produktiv erweist¹⁾. Heimann ist im übrigen ganz wie Landauer der Meinung, daß die Sozialisierung dem Aufbau der eigentlichen Planwirtschaft voranzugehen hat.

39. Klein, Georg, *System eines idealistischen Sozialismus. Theoretische Grundlegung einer planwirtschaftlichen Volks- und Weltwirtschaftsordnung*. W. Braumüller. Wien-Leipzig 1931. (XV u. 294 S.; RM. 11.—)

K. stellt unter starker Ausrichtung auf das Organisatorische die sozialistische Wirtschaft als Geldwirtschaft dar und teilt sie in zwei Hauptgruppen ein. Die größere (A), die alle mit relativ viel Kapital ausgerüsteten Betriebe umfaßt, befindet sich in Gemeineigentum. Die kleinere (B) umschließt die Kleinbetriebe einschließlich der Bauernwirtschaften; hier bleibt das Privateigentum erhalten. Die gesamte Wirtschaft wird streng gegliedert: erstens nach der gesellschaftlichen Zweckleistung in Wirtschaftsverbände, zweitens nach der sozialen Schichtung in Berufsverbände. Die eigentliche Zusammenfassung erhält die Wirtschaft durch einen zentralen Geld- und Bankapparat, über dessen Verrechnungskonten sämtliche Geldbewegungen der Abteilung A gehen. Die Zentralbank ist Informationsquelle und Werkzeug für die Politik des Zentralwirtschaftsamts, das die Preise festsetzt und das Wachstum der Wirtschaft regelt. K. vertritt einen „halbstarren“ Marktsozialismus mit nach den Grenzkosten kalkulierten festen Preisen. Als Ziel schwebt ihm letztlich die Schaffung einer Weltplanwirtschaft vor. Das vielleicht wichtigste Kapitel des Buches ist eine Darstellung und Beantwortung der wirtschaftstheoretisch, psychologisch, axiologisch und empirisch begründeten Einwände gegen den Sozialismus.

40. Schiff, Walter, *Die Planwirtschaft und ihre ökonomischen Hauptprobleme*. C. Heymann. Berlin 1932. (106 S.; RM. 3.60)

S. entwickelt zunächst den Begriff der Planwirtschaft, stellt die Unmöglichkeit einer kapitalistischen Planung fest und erörtert sodann

¹⁾ Die Theorie des Arbeitseigentums ist inzwischen von H. mehrfach behandelt worden, vor allem in: Sozialismus und Mittelstand, Neue Blätter für den Sozialismus, hrsg. von E. Heimann, F. Klatt, A. Rathmann, Paul Tillich. 3. Jahrgang, Heft 7. Alfred Protte. Potsdam 1932.

ausführlich die Voraussetzungen und die Hauptprobleme einer sozialistischen bzw. einer bei Erhaltung eines privatwirtschaftlichen Sektors doch sozialistisch orientierten Planwirtschaft, wobei eine Reihe wichtiger Einwände und Ergänzungen in einem besonderen Abschnitt zusammengefaßt werden. S.' Bild enthält Konsumfreiheit, Markt, Geld, Preise und Löhne, jedoch mit veränderten Funktionen und unter weitgehender Aufhebung des Automatismus. Im Vordergrund steht das Problem einer Konsumplanung mittels Durchschnittsberechnung von natural bestimmten „Lebenslagen“ der einzelnen Produzentenschichten. Die Darstellung wird belastet durch den Versuch, Grenznutzen- und Arbeitswerttheorie in einer normativen Ebene zu verknüpfen. Die eigentlichen Wachstumsprobleme werden nur sehr kurz behandelt. S. ist sichtlich an der Problemstellung des Verwaltungssozialisten Neurath orientiert; offenbar schätzt er die Ordnungsfunktion des Marktes nur gering ein. Um so charakteristischer ist sein Eintreten für einen, freilich gebundenen, Marktsozialismus und für das Prinzip größtmöglicher Freiheitschancen. Insofern ist auch S. noch zu der Gruppe des mehr oder minder dezentralisierten „Marktsozialismus“ zu rechnen, dessen starkes Vordringen in der heutigen Diskussion unsere Übersicht deutlich zeigt.

41. Pollock, Friedrich, *Sozialismus und Landwirtschaft*. C. L. Hirschfeld. Leipzig 1932. In: *Festschrift für Carl Grünberg zum 70. Geburtstag*, S. 397—431.

P., der im Gegensatz zu den bisher behandelten Autoren Marktwirtschaft und Sozialismus für unvereinbar hält, skizziert die Stellung der Sozialisten (von Marx über Kautsky und David bis zu den neuesten Programmen) zur Agrarfrage, insbesondere zum Betriebsgrößenproblem und formuliert dann das Kernproblem: Ist sozialistische Gesellschaft in unserem Sinne (d. h. auch marktlose Gesellschaft) sowohl technisch als auch gesellschaftlich mit klein- und mittelbäuerlichem Besitz dauernd vereinbar? Nach allen Richtungen wird diese Frage entschieden verneint. Besonders stehe der antikollektivistische Klassencharakter des Bauerntums dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft im Wege. Diese sei nur bei kollektiver und großbetrieblicher Durchführung der Agrarproduktion möglich. Da die neueste Entwicklung der Landwirtschaft nach P.s Meinung den Großbetrieb nicht nur im Getreidebau, sondern auch in der Viehzucht zum Siege führt, schafft sie eine wesentliche Voraussetzung des Sozialismus.

42. Pollock, Friedrich, *Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus und die Aussichten einer planwirtschaftlichen Neuordnung*. In Heft 1/2, Jg. I (1932) dieser Zeitschrift.

P. sieht in der Durchführung einer planwirtschaftlichen Neuordnung die einzige Möglichkeit, die schweren und in der Zukunft sich noch verschärfenden Schäden des Kapitalismus zu beseitigen. Er stellt die wichtigsten Einwände gegen eine Planwirtschaft zur Diskussion und kommt zu dem Schluß, daß trotz des Vorhandenseins der ökonomischen Voraussetzungen eine Planwirtschaft so lange nicht zu erwarten ist, als die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür fehlen.

43. Hermberg, Paul, *Planwirtschaft*. In: *Die Arbeit: Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde*. Hrsg. von Th. Leipart. 9. Jahrg. Berlin 1932. (I. *Planwirtschaft und Wirtschaftskrise*. Heft 4. — II. *Planwirtschaft und Verteilung*. Heft 6. — III. *Wege zur Planwirtschaft*. Heft 8. — IV. *Planwirtschaft und Markt*. Heft 10.)

H. formuliert als zentrales Problem: kann Planwirtschaft Krisen verhindern? Die Haupttypen der Krisentheorie werden gegenübergestellt; allen gemeinsam ist die Behauptung einer mangelhaften Regelung des Ausdehnungstempos der Wirtschaft. Die damit der Planwirtschaft gestellte Aufgabe kann nicht durch partielle Eingriffe, wohl aber von einer an einem Gesamtplan orientierten Zentralstelle gelöst werden. Der von H. vertretene Typus von sozialistischer Planwirtschaft schwankt in eigenartiger Weise zwischen Verwaltungs- und Marktsozialismus. Prinzipiell wird Planwirtschaft als marktfeindlich angesehen, und H. behauptet gegen Mises, daß rationale Rechenhaftigkeit nicht Marktpreise voraussetze. Dennoch werden praktisch wenigstens Arbeitsmarkt und Konsumgütermarkt zugelassen. Einen besonderen Markt der Produktionsmittel dagegen sucht H. in einer Polemik gegen Heimann nicht nur als unnötig, sondern auch als mit wirksamer Planwirtschaft unvereinbar nachzuweisen. Entsprechend ist die Einstellung H.s gegenüber dem Verteilungsproblem: die Vergütung nach Leistungs- und Knappheitsprinzip soll durch das mehr oder minder marktfeindliche Bedarfsprinzip eingeschränkt werden. H. hält daran fest, daß Planwirtschaft auch die Versorgung zu regeln habe, versteht darunter aber nicht Warenrationierung, sondern Kaufkraftzuweisung. Die kapitalistische Antinomie, daß erhebliche Einkommensdifferenzierung und überhaupt Besitzeinkommen als ungerecht empfunden werden, andererseits aber zur Kapitalbildung notwendig sind, kann nach H. nur in einer sozialistischen Planwirtschaft aufgehoben werden, in der von der Gesamtheit die Quoten von Kapitalbildung und Verbrauchseinkommen festgelegt werden. Der wichtigste Beitrag der Aufsatzreihe dürfte der dritte, „Wege zur Planwirtschaft“ betitelte, sein. H. zeigt an mehreren Beispielen die Gefahr, die in der Einführung oder Begünstigung „sozialistischer“ Formen inmitten eines kapitalistischen Milieus, in der Verwechselung von Weg und Ziel liegt. Die Frage nach dem Wege zur Planwirtschaft wird aus einer wirtschaftspolitischen zu einer allgemeinpolitischen, zur Frage nach dem Wege zur politischen Macht, die die Grundlage einer einheitlichen Wirtschaftsführung bildet. Damit stellt sich H. praktisch in eine Front mit Heimann und Landauer — trotz aller Differenzen in der inhaltlichen Konzeption des Zielbildes, die zum guten Teil auf einer sehr unterschiedlichen Stellungnahme zu der vor allem von Mises vorgebrachten Kritik am Sozialismus beruhen.

44. Tisch, Kläre, *Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen*. Bonner Dissertation, Wuppertal-Elberfeld 1932

entwirft ein ähnliches Bild einer sozialistischen Wirtschaft, die nur einen Markt der Konsumgüter kennt. Die „Preise“ der Produktions-

faktoren und Produktionsmittel sollen „auf dem Papier“ nach den Prinzipien der Gleichgewichtstheorie ohne Zuhilfenahme des Marktes bestimmt werden. Im übrigen enthält die Dissertation eine Darstellung und Kritik der bisherigen Lösungen des Problems der sozialistischen Wirtschaftsrechnung und der Misesschen Kritik.

Zum Abschluß seien vier Werke genannt, die dem Gedanken des Sozialismus und der Planwirtschaft kritisch gegenüberstehen.

45. Mises, Ludwig, *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*. Zweite, umgearb. Aufl. Gustav Fischer. Jena 1932. (XIV u. 500 S.; br. RM. 18.—, geb. RM. 20.—)

Diese Neuauflage des bekannten Werkes, das bei seinem ersten Erscheinen der Theorie der sozialistischen Wirtschaft zweifellos einen starken Anstoß gegeben hat, im übrigen aber eher eine Darstellung des Liberalismus als des Sozialismus vermittelt, ist gegenüber der ersten Fassung nur unwesentlich verändert. Die neuere Auseinandersetzung über die Möglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung ist nicht mehr berücksichtigt.

46. Pohle, Ludwig, *Kapitalismus und Sozialismus*. 4. völlig neugest. u. wesentl. erw. Aufl., a. d. Nachl. hrsg., bearb. u. erg. von Georg Halm. Julius Springer. Berlin 1931. (IX u. 316 S.; br. RM. 6.60, geb. RM. 7.80)

Das gegenüber der dritten Auflage etwa auf den doppelten Umfang erweiterte Werk wurde von Halm durch Abschnitte über sozialistische Wirtschaftsrechnung, das russische Experiment und das freigewerkschaftliche Programm einer „Wirtschaftsdemokratie“ bereichert. Die Schrift ist ebenfalls von liberalem Standpunkt aus geschrieben. In der neuen Anordnung zeichnet ein erster Abschnitt die Grundlagen des „Kapitalismus“, der zweite, bei weitem umfangreichste, beschäftigt sich mit der sozialistischen Kritik am Kapitalismus, der dritte endlich entwickelt das Wesen des Sozialismus aus den Prinzipien der Gleichheit und Sicherheit und schildert seine Hauptrichtungen. Die Verf. glauben eine zunehmende Entleerung des ursprünglichen Sozialismusbegriffes feststellen zu können. Hinsichtlich der Möglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsrechnung verharret H. auf seinem bekannten kritischen Standpunkt.

47. Gottl-Ottillienfeld, Friedrich v., *Der Mythos der Planwirtschaft. Vom Wahn im Wirtschaftsleben*. Gustav Fischer. Jena 1932. (VII u. 114 S.; RM 5.—)

Auf der Grundlage seiner gebildetheoretischen Anschauung vom Wirtschaftsleben entwickelt G. die grundsätzliche Einstellung der heutigen Wirtschaft auf marktmäßige „Selbstregelung“, die jedoch in vielfältigen, von G. analysierten Formen durch eine „Leitregelung“ ergänzt wird. In diesen partiellen zwangswirtschaftlichen Einbauten und Eingriffen sieht G. „Planwirtschaft als Tatbestand“. Davon wird unterschieden „Planwirtschaft als Programm“ — die Forderung einer vernünftigeren planmäßigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik — und endlich die „Planwirtschaft als Wunschbild“. Die damit gemeinte

Zielsetzung wird zunächst als Forderung universaler Verwaltungswirtschaft gedeutet, als identisch mit dem Programm der „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ erwiesen und in vielen Richtungen scharf kritisiert. Konsumfreiheit, also Marktwirtschaft, hält G. mit totaler Planung für unvereinbar. Besonders temperamentvoll rechnet G. ab mit dem Glauben an eine „Evolution nach totaler Zwangswirtschaft hin“ und mit der Meinung, jedes Stück partieller Planwirtschaft und Gemeinwirtschaft bedeute schon einen Schritt weiter zum sozialistischen Endziel.

48. Dobretsberger, Josef, *Freie oder gebundene Wirtschaft? Zusammenhänge zwischen Konjunkturverlauf und Wirtschaftsform*. Duncker & Humblot. München u. Leipzig 1932. (165 S.; geb. RM. 9.—)

D. sucht die Frage, ob eine zwangsläufige Tendenz zu „gebundener Wirtschaft“ (wozu er u. a. neben Monopolbildungen auch „Planwirtschaft“ rechnet) bestehe, auf eine neue Weise zu beantworten: die jeweiligen Wirtschaftsformen sind eine Funktion des Konjunkturverlaufs und wandeln sich mit diesem. Unter Konjunktur sind hier vor allem die „langen Wellen“ zu verstehen, die durch das wechselnde Tempo der Bevölkerungsentwicklung, der Kapitalbildung und der technischen Fortschritte sowie durch das Maß der Marktausdehnung bestimmt sind, ohne daß diese Phänomene selbst näher analysiert werden. Je nach der Konjunkturlage verstärken sich die Tendenzen zur „freien“ oder „gebundenen“ Wirtschaft. Diese Tendenzen werden aber nach D. sofort ideologisch zu Idealsystemen übersteigert. Unter diesem heuristischen Prinzip untersucht er eine Reihe „neuer Tatsachen“, u. a. auch die Planwirtschaftstendenzen, den Bolschewismus (dessen neuere Entwicklung als endgültiger Beweis für die Unmöglichkeit der vollsozialistischen Planwirtschaft genommen wird), die Klassenkampfintensität und die Funktion der Kartelle. Das Buch prophezeit für einen kommenden Aufschwung einen starken Rückgang aller Bindungstendenzen und der dazugehörigen Ideologien. Die geistreich verfochtene These erscheint zuweilen überspitzt. Die Meinung, daß die „Konjunkturen“ unabwendbares Schicksal seien, wird trotz allem nicht als zwingend erwiesen.

Immerhin dürfte Dobretsbergers Prognose für das nächste Jahrzehnt richtig sein und auch für die Planwirtschaftsdiskussion Geltung haben. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über Möglichkeiten und Grenzen kapitalistischer und sozialistischer Planwirtschaft haben jedoch zweifellos zu Erkenntnissen geführt, die über die heutige Krisis hinaus ihre theoretische und praktische Bedeutung behalten werden.

Besprechungen.

Philosophie.

Jaspers, Karl, *Philosophie*. J. Springer. Berlin 1932.

1. Band: *Philosophische Weltorientierung*. (XI u. 340 S.; geh. RM. 8.80, geb. 10.60) — 2. Band: *Existenzerhellung*. (VI u. 441 S.; geh. RM. 11.40, geb. 13.20) — 3. Band: *Metaphysik*. (VI u. 237 S.; geh. RM. 6.60, geb. 8.40)

„Philosophie“ schlechthin nennt Jaspers kurz und ein wenig anspruchsvoll sein Werk. „Philosophieren“ ist der Weg zur Ergreifung des Seins. Sein ist einmal Gegenständliches, „In-der-Welt-sein“, Philosophie „philosophische Weltorientierung“, die auf die „Grenzprobleme“ stößt, welche die Unmöglichkeit einer philosophisch befriedigenden Seinserfassung im Rahmen einer Philosophie als Weltorientierung zeigen. Alle Weltbegriffe sind faktisch Begriffe von einzelner Wirklichkeit, nicht von aller Wirklichkeit. Zwischen den einzelnen Sphären der Welt — Materie, Leben, Seele, Geist — liegen Sprünge. Die gegenständliche Welt ist Objekt für ein aktiv auf sie gerichtetes Subjekt, sie setzt das Ich voraus, das sie zum bloßen Objekt gemacht hat, das andererseits nicht von der Beziehung zum Objekt gelöst werden kann. Der Betrachtung der gegenständlichen Welt tritt gegenüber die „Erhellung“ der Ich-„Existenz“ mit ihrer Ursprünglichkeit, Freiheit, Entscheidung, ihrer absoluten Einmaligkeit und Geschichtlichkeit, ihrem „In-Kommunikation-treten“ mit andern „Existenzen“. Existenzerhellung ist nicht Wissen vom Ich, Erfassen seines Wesens — solches ist unmöglich, hieße das Ich zum Gegenstand machen —, sie läßt uns das Ich in seiner Freiheit als „möglich“ zum Bewußtsein kommen, schafft Raum für sein Eingreifen, bedeutet Appell an mich, „aus dem Ursprung meiner selbst“ zu handeln, in Kommunikation mit andern als freien Personen. Drittens ist Sein die „absolute Wirklichkeit“, nach der die Metaphysik fragt, das letzte „An-sich“. Sie ist jenseits der Subjekt-Objektbeziehung stehend, transzendent; jeder Versuch, in den Kategorien und Inhalten der empirischen Welt eine metaphysische Wirklichkeit zu denken, führt zu Täuschungen, aber wir vermögen „in der Immanenz des empirischen Daseins und der Existenz Grenzen zu erfahren, an denen sie uns gegenwärtig ist“. Es gibt in der Existenz „Grenzsituationen“; die Einsicht in die Unvermeidlichkeit von Kampf, Schuld, Leiden, Tod. In diesen Grenzsituationen, die wir unserm Bewußtsein verhüllen, wenn wir die „Welt“ als einziges Sein annehmen, „enthüllt sich uns die Fragwürdigkeit des Seins der Welt und unseres Seins in ihr“, aus ihnen steigt das unvermeidliche Fragen nach dem Transzendenten auf. Nur in einer Form können wir uns dies Transzendente zum Bewußtsein bringen: dadurch, daß uns die Welt und unsere Existenz zu „Chiffren“ werden; nicht zu Symbolen jedoch, deren

Sinn wir vom Symbol abzulösen und für sich zu denken vermöchten, sondern deren Sinn für uns nur in der „Transparenz“ der Chiffre selbst da ist. Alles kann Chiffre für uns werden, alle Metaphysik ist ein „Chiffrelesen“, aber die metaphysischen Weltaspekte sind dann selbst wieder Chiffren, sozusagen zweiter Ordnung, und müssen als solche von uns gelesen werden; sie gliedern sich in die allgemeine Geistesgeschichte ein, die existentiell gesehen zu unserer eigenen Geschichte, in unser „Existenz“ aufgenommen, mit ihr in die Fragwürdigkeit des gesamten Daseins — bestimmten Einzeleins — gestellt, in das zu unserem Schicksal gehörige „Scheitern“ hineingezogen wird. Dies Scheitern selbst aber ist sozusagen die letzte Chiffre, in der wir die Transzendenz erfassen: „Wahrheit ist, wo scheiternde Existenz die vieldeutige Sprache der Transzendenz in die einfältigste Seinsgewißheit zu übersetzen vermag.“

Jaspers Werk ist ein charakteristisches Beispiel für das die deutsche Philosophie der Gegenwart auszeichnende Bestreben, über den eigenen Schatten zu springen, etwas in Worten auszudrücken, von dem in demselben Atemzug gesagt wird, daß es nicht ausdrückbar ist, und aus der Unmöglichkeit der Metaphysiken eine Metaphysik zu machen. Aber eine Metaphysik, die nicht in Begriffen, in Worten fixierbaren Sinnes gedacht, sondern in Symbolen, in Sinnbildern erlebt wird. Schon die Worte, in denen die „Existenzerhellung“ vollzogen wird, bezeichnen nicht etwas, sondern appellieren, wecken zu einem Handeln, zu einem Tun; die Worte der Metaphysik des Transzendenten sind „Chiffren“ ohne ablösbaren Sinn, die sozusagen jene Weckrufe der Existenzorhollung in einer Grundmelodie verfestigen. Die Grenzen zwischen Philosophie und Dichtung verschwimmen, Dichtung nicht im Sinne eines dichtenden Spiels mit Begriffen, sondern eines Stimmungsausdrucks in Gedanken. Schließlich steckt hinter Jaspers Philosophie eine bestimmte, in sich konsequente, für unsere Zeit charakteristische Grundhaltung eines philosophierenden Menschen sich selbst und der Welt gegenüber — eine, nicht die Philosophie —, ein bestimmtes Grundethos. Roh umschrieben ist es das Ethos eines Menschen, der aus der Relativierung aller Wertungen und Wahrheiten, aus der Unerfindlichkeit eines letzten objektiv und allgemeingültig verbindlichen Ziels und andererseits der Unmöglichkeit einer fatalistisch hinzunehmenden Notwendigkeit alles Geschehens, angesichts der Fragwürdigkeit alles objektiv Seienden und des Mangels einer einsichtig und für alle gültigen Richtschnur, Ruhe findet in dem freiwilligen Ergreifen, dem Wollen des Schicksals, in das er geworfen ist. Die „Treue“ gegen dies Gegebene und zugleich Gewollte wird ihm Substanz des eigenen Seins, in ihr handelt er zugleich ganz aus der augenblicklichen Situation, fügt sich also in sie, in sein geschichtliches Sein an seiner Zeitstello restlos ein, ganz und gar „frei“, „unbedingt“ aus sich selbst; als Werkzeug der Zeit und der Geschichte und als freie Persönlichkeit. Jaspers Grundhaltung berührt sich hier mit andern, neben Heidegger wäre der „Kairos“-Kreis zu nennen.

J. war bekanntlich ursprünglich Arzt. Die besten Abschnitte seines Buches sind m. E. die, in denen er die ärztliche Situation als Beispiel heranzieht und psychologisch analysiert, die Situation des modernen Arztes, der es ablohnt, vor dem Kranken und sich selbst den lieben Gott zu spielen.

Überhaupt ist Situationspsychologie die eigentliche Stärke Jaspers, als Situationpsychologie möchte ich auch seine Philosophie verstehen — und in diesem Sinn als Beispiel für eine künftige „Psychologie der Weltanschauungen“.

Ernst v. Aster (Gießen).

Spann, Othmar, *Geschichtsphilosophie*. Gustav Fischer. Jena 1932. (XV u. 456 S.; RM. 15.—; geb. RM. 16.30)

Es ist die ausdrückliche Absicht dieses Buches, ein „inneres Verhältnis zum Geiste“ wiederherzustellen, welches dem modernen Menschen durch die Schuld von allerlei dämonischen Gewalten weithin verloren sei. Bei so eindeutigen Bedürfnis nach Restauration ist es nicht anders möglich, als daß dieser restaurierte Geist nicht in Vollzug und Anwendung, sondern in gleichsam götzenhafter Isolierung, wenn auch als Lehre (vom Ween der Geschichte) errichtet und vorgeführt wird. Solcher Geist hat keine Aufgabe und ist nicht Aufgabe, nicht der Auflösung oder Austreibung der Dämonen und nicht der realen Befreiung. Weit entfernt, durch Geist angegriffen zu werden, kommen die Dämonen vielmehr geradezu in der hier entwickelten geschichtsphilosophischen „Kategorienlehre“ vor und sind dort unter dem deutschen Namen „Unholde“, den „Führern“ als „Helden und Heiligen“ entgegengesetzt, eigens festgehalten und bestätigt. In einem Zuge ist so das Element, das von je den widerspenstigen Motor alles logisch-kategorialen Ordners ausmachte, in die Ordnung mit aufgenommen — und diese Ordnung selbst ihrer Kraft und Möglichkeit, Realität zu befassen, beraubt. Schon dies ist Symptom dafür, daß eine derartige Kategorienlehre (welche im Buch zwischen „Vorfragen“ und „Metaphysik“ das Kernstück bildet) nicht viel mehr ist als ein Arsenal von Etiketten, die beliebigen geschichtlichen Vorgängen und Gegenständen aufgeklebt werden können. Bestimmte historische Namen und Szenen werden denn in der Tat als bloße „Beispiele“ für die oder jene Kategorie genannt: es gibt Beispiele für „Unholde“ (etwa Rousseau, Danton, Locke, Marx, Darwin, Freud), für „unholdische Spannungen“ (etwa als „staatliche Entartungen“: „Demokratie vom Altertum bis heute“, „Revolutionen des Untermenechentums“, darunter auch 1789), es gibt sogar an einer Stelle ein durchgeführtes Exempel dafür, wie durch eine gewisse Kunst der Kombination und Permutation die kategorialen Grundbegriffe so zur Serie verknüpft werden können, daß sie auf die abendländische Staatengeschichte sich anwenden lassen. Sie beginnt danach mit der „Urgründung“ des karolingischen Lehensstaats und endigt unter Ziffer 7 mit der „heilenden Neugründung“ durch „ständische Organisation des Lebens“, wozu der Faschismus Mussolinis die einzige bisherige Annäherung sei. Mit einladender Voreicht fügt der Autor, den Beispielcharakter der Realität nur noch verdeutlichend, sogleich hinzu: „Wer mit den Beispielen nicht einverstanden ist, braucht darum die Kategorien als solche noch nicht zu verwerfen.“ — Dies Verhältnis beliebiger Subsumtion von diesem und jenem „in“ der Geschichte unter die obendrein noch permutablen „Kategorien“ straft in seiner Zufälligkeit den Wortlaut der Kategorien unaufhörlich Lügen. Eben darum die gewaltsam apodiktische Form einer echlicht mitteilbaren „Lehre“ und numerierter „Lehrsätze“! Aus alledem ist deutlich, daß

„Sinn“ hier weder praktisch gewollt noch metaphysisch erdeutet, sondern nicht anders wie ein Fetisch bloß aufgestellt und ausgeschrien wird. Der Kampf gegen Kausalität und Fortschritt, der hier auf jeder Seite angesagt wird, vermag sich um so weniger durch Argumente zu stützen, je mehr „der Geist“ sich in ein Ding zusammenzieht. So lesen wir's drastisch in dem Satze: „Der Geist ist etwas so Kostbares, daß er nur selten in der Natur anzutreffen ist.“ Oder — mit einer Wendung, die dem „Empirismus“ der Okkultisten genau gleichkommt —: „Solche Wunder des Geistes sind in der Geschichte mit Händen zu greifen“.

Dieses Stadium philosophischer Ohnmacht, gewollter Ohnmacht des Menschen, hat einen Zustand mitbestimmen helfen, der allerdings gegenwärtig mit Händen zu greifen ist. Dolf Sternberger (Heidelberg).

Gogarten, Friedrich, *Politische Ethik. Versuch einer Grundlegung.* Eugen Diederichs. Jena 1932. (220 S.; RM. 4.20, geb. 6.40)

Gogarten unterscheidet in seinem neuen Buch, das sich ebenso gegen den politischen Liberalismus wie gegen die liberale Theologie richtet, zwischen zwei Forderungen verschiedenen Rangs. Der „Du-sollst-Sinn“ der ethischen Forderung, der das „unaufhebbare Bösessein des Menschen“ aufdeckt, richtet sich nicht eigentlich auf das Handeln des Menschen, sondern auf ihn in seinem Sein. Das Böse können gute Taten nicht überwinden. Daß es überwindbar sei, meint derjenige, der im Sinne des „Man-tut-das-und-das“ fordert, damit also die ethische Forderung an die Bedingung knüpft, der Angesprochene bekenne sich zu dem Kreise des „man“. Das Gute, welches dem (bösen) Menschen allein zugänglich ist, geschieht im Staat, der — eine äußere Ordnung im Chaos — den Menschen vor den zerstörerischen Gewalten des Menschen schützt. Daher haben ethische Forderungen im „Man-tut-das-und-das“-Sinne ethische Qualität nur dann, wenn sie die „Du-sollst-Forderung“ nicht verdecken, sondern offen halten; sie haben sie also, wenn das „man“ den Staat repräsentiert und so die an sich ethisch neutralen „Man-tut-das-und-das“-Forderungen auf die Erhaltung der Ordnung gerichtet sind. — G.s politische Ethik stützt sich auf Luthers Theologie und Staatslehre. Ihre theologische und theologiegeschichtliche Bedeutung steht hier nicht in Frage. Was aber das Politische dieser Ethik betrifft, ist zu erwidern, daß sich von G. aus keine konkrete Antwort auf die Frage ergibt, die zwar protestantische Theologen sehr selten, Millionen Menschen aber, die nicht mehr auf sie hören, sehr laut erheben: wie sie innerhalb einer Ordnung leben sollen, über deren Prinzipien Gott die mächtigsten Interessenten entscheiden läßt. Obwohl es zu dem bezwingenden Ernst, mit dem G. seine Gedanken entwickelt, in Widerspruch steht, daß er Darstellung und Kritik des Marxismus aus gelegentlichen Bemerkungen C. Schmitts und einigen Aufsätzen de Mans bedenkenlos übernimmt, sei darauf hingewiesen, daß diese politische Theologie durch eine Welt von den Elaboraten Stapels getrennt ist. Hans Speier (Berlin).

Frank, Philipp, *Das Kausalgesetz und seine Grenzen.* Julius Springer. Wien 1932. (XV u. 308 S.; br. RM. 18.60)

Dieses Werk gibt eine zugleich wissenschaftlich strenge und gemeinverständliche klärende Übersicht über die Konsequenzen, die sich mit

Bezug auf den Sinn und die Anwendbarkeit des Kausalgesetzes aus der neuesten Entwicklung der Physik, besonders seit der Quanten- und Wellenmechanik und dem Übergang von der dynamischen zur statistischen Gesetzmäßigkeit ergeben haben. Im Gegensatz zu den heute in weiteren wissenschaftlichen Kreisen vorherrschenden Erwartungen besteht die Bedeutung dieser Entwicklung nach der Darstellung F.s nicht in einer nunmehr auch auf dem Gebiet der theoretischen Physik vollzogenen Abwendung von der Strenge der „mechanistischen“ Kausalität und Zuwendung zu solchen „organischen“ bzw. schon direkt animistischen Vorstellungen wie „Ganzheit“, „Plan“, „Zweck“, „Willensfreiheit“, „Atomseele“ u. dgl. m. Vielmehr handelt es sich lediglich um die prinzipiell auch schon früher gegebene, durch die neueste Entwicklung aber aktualisierte Notwendigkeit einer solchen Formulierung des Kausalgesetzes, durch welche dieses einerseits von allen metaphysischen und philosophisch apriorischen Sinnlosigkeiten gereinigt, andererseits aus einer bloßen allgemeinen Tautologie immer mehr in besondere, erfahrungsmäßig entscheidbare Wirklichkeitsaussagen umgewandelt wird.

Man sieht, das Programm dieses streitbaren Positivisten besteht keineswegs in einer sog. „Überwindung des mechanischen Materialismus“. F. erklärt, daß an dem Leninschen Kampf gegen die philosophierenden Machisten „vom Standpunkt einer Soziologie der wissenschaftlichen Theorien aus vieles richtig“ gewesen sei. Auch gegenüber den antipositivistischen Tendenzen des heute im marxistischen Lager vertretenen „Materialismus“ nimmt F. nicht dieselbe ablehnende Stellung ein wie gegenüber den verschiedenen metaphysischen Strömungen in der gegenwärtigen Philosophie und Wissenschaft. Er widmet fast in jedem Kapitel seines Buches einige Abschnitte solchen Fragen wie dem „Kampf gegen die Philosophie in Sowjetrußland“, dem „Dialektischen Materialismus“, der „Rolle von Kausalität und Zufall in der materialistischen Geschichtsauffassung“. In all diesen Auseinandersetzungen zeigt er sich bemüht, die gemeinsame fortschrittliche Grundtendenz des positivistisch-machistischen und des dialektisch-marxistischen Materialismus herauszuarbeiten.

Karl Korsch (Berlin).

Schaxel, Julius, *Das Weltbild der Gegenwart und seine gesellschaftlichen Grundlagen*. Urania-Freidenker-Verlag. Jena 1932. (79 S.; RM. 1.30, geb. 1.80)

Diese Streitschrift eines wirklich „frei denkenden“ modernen Naturforschers erscheint als eine bewußte Antithese gegenüber solchen weit verbreiteten Publikationen über das naturwissenschaftliche „Weltbild“ wie dem bekannten Buch von Bavink oder dem kollektiven Werk von Grote, Hartmann u. a., die nicht nur tatsächlich ihrem Inhalt nach, sondern auch ganz bewußt nach der Absicht ihrer Herausgeber den Zweck verfolgen, auf den „krassen Materialismus“ der vergangenen Periode mit einer „kräftigen Reaktion“ einzusetzen. Da es natürlich unmöglich ist, auf jeweils 10—20 Seiten solche großen Bereiche wie die seit der Jahrhundertwende immer mehr verschärfte „Krise der Wissenschaft“, das Verhältnis von „Wirtschaft und Wissenschaft“, von „Kapitalismus und Natur-

wissenschaft“, „Proletariat und Gesellschaftswissenschaft“, „Sozialismus und Planwissenschaft“, auch nur in den Hauptzügen vollständig zu bewältigen, so beschränkt sich Sch. in den 5 Teilen seiner „Hauptdarstellung“ mit Recht auf ein „Gerippe“ mit nur gelegentlicher ausführlicher Behandlung wichtiger Einzelheiten. Er ergänzt aber dieses Gerippe durch einen „Anhang“ von 10 ong gedruckten Seiten, angefüllt mit äußerst wertvollen und inhaltsreichen Hinweisen auf das Schrifttum, treffend ausgewählten charakteristischen Zitaten und einer kritischen Kennzeichnung der Zusammenhänge. Er bemerkt mit Grund, daß der Leser, der diesem „Wegweiser“ zu folgen vermag, „gegenständliche Fülle und höchste Aktualität“ finden wird. Der „rote Faden“ in der Hauptdarstellung wie im Anhang wird gebildet durch die Anwendung des historischen Materialismus von Marx, Engels, Lenin auf die Ausbildung des heutigen wissenschaftlichen „Weltbildes“, seine gesellschaftlichen Grenzen und die Durchbrechung dieser Grenzen durch die bewußt gesellschaftliche und planmäßige sozialistische Erkenntnis der Arbeiterklasse.

Karl Korsch (Berlin).

Cohn, Jonas, *Wertwissenschaft. Erster Teil: Axiotik, Zweiter Teil: Systematik*. F. Frommann. Stuttgart 1932. (XVI u. 420 S.; RM. 5.80)

Philosophie der „Werte“ tritt ausdrücklich erst im 19. Jahrhundert auf, ist ein Produkt des 19. Jahrhunderts. Hermann Cohens präziser Satz, der Wert sei „die Kategorie des Verkehrs“, deckt die meist und auch im vorliegenden Werke verschwiegene Grundlage solchen Philosophierens auf. Verkehr und Tausch, obwohl weder als Faktum noch als Problem ausdrücklich hier behandelt, ermöglichen doch allein sowohl jene Aufteilung der Welt in „Kulturgebiete“ und ihre Nivellierung unter dem Aspekt einer immer wiederkehrenden gleichen Struktur von Wert, Werthaltung und Wertbezug überhaupt, wie auch jene Versammlung der Geschichte in ein systematisches Pantheon der Werte, welche in der Theorie des „Verstehens“ sich die erkenntnistheoretische Rechtfertigung geschaffen hat. Wenn auch die „Systematik“ der Cohnschen Wertwissenschaft die Werte selber als ein überaus kompliziertes Gebäude von einander fundierenden, immer höher aufsteigenden Stufen (mit den Namen ihrer jeweiligen „Wertzentren“ — oder Subjekte — benannt als „Leben“, „Erleben“, „Selbst“, „Person“, „Gemeinschaft“, „Geist“) sinnreich verknüpft und entfaltet, so ist dieser Bau doch insofern durchaus unhegelianisch, als „jede Stufe ihren Eigenwert“ behält oder als, anders ausgedrückt, die Zeit wie auch die bestimmten geschichtlichen Orte gänzlich eliminiert sind. Die Architektur durchkreuzt und umfängt nur ein zunächst planes Nebeneinander von „Kulturgebieten“, das eingestandenermaßen den Ausgangsstoff der Wertforschung und insbesondere der „Axiotik“ (Analyse der Wertstruktur als solcher) bildet. Und sie tut auf diese Art dem mystisch-idealistischen Bedürfnis Genüge, Hoffnung auf Erlösung (im theologischen und also zeitlichen Verstande) in einen einzigen simultanen Raum, eben als Stufengebäude, einzufangen und zu bannen. Vor aller Ausführung ist denn die Gefahr der Negation von „Kultur“ und Wert überhaupt (am Exempel Rousseaus und Buddhas) durch einen gänzlich in abstracto bleibenden Überrumpelungsbeweis

(S. 101, 104) aus dem Wege geräumt und so der Name „Kultur“ — durchaus in konservativer Defensive — als Garantie der Positivität aller Werte gerettet worden. Die Wirkung der „Dialektik“ (welche die Eigentümlichkeit dieser Wertlehre ausmacht gegenüber früheren entweder psychologisch-pragmatisch oder phänomenologisch-material begründeten Systemen) besteht wesentlich in der Entfaltung jener Stufen als reflexiv selbständiger Ganzheiten, eigentümlich schwebender Gebilde, welche die Werte aus der dinghaften Verfassung in die Bewegung des „Akts“ zurücknehmen sollen, tatsächlich aber wohl eher dem wirklichen Menschen ein genußreiches Gefängnis bereiten helfen. — Es darf aber auch im kurzen Referat nicht ausgelassen werden, daß hier der Geist, der „Sinn“ und die Wertbezüge nicht mehr allmächtig sind: daß es in diesem Werke, worin die Arbeit eines Lebens niedergelegt ist, die eigentlich großartigen Sätze sind, in welchen gerade die Grenzen des Sinnverstehens erörtert werden und an denen somit die Kultur zum Stückwerk wird vor der „Unverständlichkeit alles dessen, wovon wir abhängen“ (411). Die Religion als „Idee eines allumfassenden Sinnganzen“, welche doch zugleich die Fremdheit Gottes und der Welt als Natur mit enthält, macht so den Beschluß der Wertsystematik, ohne sie aber metaphysisch abzuschließen.

Dolf Sternberger (Heidelberg).

Croce, Benedetto, *Tre saggi filosofici. (Drei philosophische Essays.)*
Libreria Cuni. Palermo 1932. (69 S.; 8 L)

Im ersten Essay handelt Croce von der Ästhetik und der Volkswirtschaft als den beiden Wissenschaften, deren Betonung das Geistesleben der Neuzeit von dem des Mittelalters unterscheidet. Die weltliche Natur der beiden neuen Wissenschaften sei weder den am Alten hängenden noch den zum Neuen strebenden Geistern zum Bewußtsein gekommen, und doch vollziehe sich in beiden die Versöhnung von Sinnlichkeit und Geistigkeit, von Natur und Geist. Sie seien die modernen Wissenschaften par excellence. Unter dem Titel „Philosophie als moralisches Leben und moralisches Leben als Philosophie“ führt C. im zweiten Essay aus, daß die Unterscheidung zwischen philosophischem und nichtphilosophischem Denken nicht logischer, sondern psychologischer Art sei. Philosophie ist das Bedürfnis nach Zusammenhang und Übereinstimmung — *cohaerentia* —, das bei den verschiedenen Menschen verschieden weit reicht und bei einigen ganz fehlt. Im praktischen Verhalten bezeichnen wir einen hohen Grad dieser *cohaerentia* als Charakter, ihr Fehlen als Charakterlosigkeit. Aber das philosophische Bedürfnis nach Zusammenhang und Übereinstimmung hängt mit dem sittlichen Bedürfnis nach beidem, dem Charakter, zusammen. Erkenntnis setzt sittliche Bereitschaft für die Wahrheit voraus. Echte Philosophie muß man leben. — Im dritten Essay — „Gnade und freier Wille“ — beleuchtet C. die Tatsache, daß sich in der Einhoheit des geistigen Lebens das menschliche Handeln verschieden darstellt: vom theoretischen Standpunkt als notwendig, ohne Schuld und Verdienst, vom praktischen als freie Tat, für die man sich verantwortlich fühlt. C. fragt sich, „ob der jahrhundertelange Kampf der Theologen über Gnade und freien Willen sich nicht durchsichtiger und einfacher darstellen

ließe, wenn man ihn auf einen Zusammenstoß oder eine Verwechslung zwischen dem theoretischen und geschichtlichen Standpunkt und dem praktischen und moralischen zurückführe. Man könne sagen, daß wir uns beim Denken der Geschichte immer auf den Standpunkt der Gnade und Vorsehung und der Rechtfertigung durch den Glauben stellen und beim Machen der Geschichte, also im Gestalten des praktischen Lebens, auf den des freien Willens, der Verantwortlichkeit und der Rechtfertigung durch die Werke".

Oda Olberg (Wien).

Weber, Heinrich und Peter Tischleder, *Handbuch der Sozialethik. Erster Band: Wirtschaftsethik.* S. O. Baedeker. Essen 1931. (XXXVI u. 556 S.; geb. RM. 16.—)

Die erste systematische katholische Wirtschaftsethik. Sie will das wirtschaftliche Handeln den scholastischen Moralgesetzen unterwerfen. Der merkwürdige Versuch ruht auf der doppelten Voraussetzung: daß erstens die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung in ihren ökonomisch-rechtlichen Grundlagen ethisch indifferent sei; daß zweitens die aus der mittelalterlichen Scholastik tradierten Moralprinzipien „unwandelbare“ Geltung hätten und auf jedwede historische Sozialverfassung angewandt werden könnten.

Von der bisherigen sozial- und wirtschaftsethischen Literatur des Katholizismus hebt sich das Werk dadurch bemerkenswert ab, daß in ihm eine gründliche Kenntnis des kapitalistischen Funktionsmechanismus verarbeitet ist. Die Verfasser — ein Nationalökonom und ein Moraltheologe — bemühen sich, an den tatsächlichen, ökonomisch vorgeschriebenen Funktionen der Kapitalgeber, Unternehmer, Börsenspekulanten, Händler und Arbeiter die Anwendbarkeit ihrer ethischen Prinzipien nachzuweisen. Der Erfolg ist allerdings weniger eine sittliche Normierung als eine moralische Legalisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Sie wird unterstützt durch eine scharfe, polemisch-heftige Kritik des Sozialismus, die keine neuen und überzeugenden Argumente enthält.

Heinrich Mertens (Frankfurt a. M.).

Bonnecase, J., *Philosophie de l'impérialisme et science du droit.* Delmas. Bordeaux 1932. (290 S.; 40 Frs.)

Aus dem ersten kritischen Teile ergeben sich dem Verf. vier „Grundbegriffe“ für die Philosophie des Imperialismus: es seien nach Ernest Seillière zunächst der „wesenhafte Imperialismus im Lebewesen“, dann die „Mystik“, drittens die „Romantik“, endlich die „Vernunft“ im Gegensatz zum Instinkt oder zum Gefühl. Die Vernunft schaffe und baue kraft Willens und Begriffs, das Gefühl ahme nach kraft „égotisme pathologique, mysticisme conquérant, velléité et terminologie rationnelles“.

Der zweite Teil will die gewonnenen Begriffe auf die Rechtswissenschaft anwenden, aber erst durch Heranziehung zweier weiterer Postulate, die sich aus der Antithese „rational-irrational“ ergeben. Z. B. gilt dem Verf. der juristische Imperialismus rational als Privatrecht, irrational als Staats- und internationales Recht. Der imperialistische Juridismus zeitigt demnach mit seiner „dreifachen Mystik der Rasse, der Klasse und des

Individuums“ ein rassenhaftes internationales Recht, aber kein klassenhaftes Staatsrecht, weil dieses sich auf ein Privatrecht reduziere. Ein offenkundiger Widerspruch! Denn wie kann man einen „Begriff“ rationalisieren? Entweder sind „Mystik“ und „Romantik“ rationale Begriffe und dann nicht rationalisierungsbedürftig. Oder sie sind keine Begriffe und müssen aus der Rechtswissenschaft ausscheiden. Gerade wenn man damit einverstanden ist, daß der Rechtsbegriff „un point fixe au milieu du tourbillon social“ sein müsse, bleibt die Behauptung unverständlich, daß die Rechtswissenschaft von der Rechtsphilosophie „nicht zu trennen“ sei. Verf. gerät eben in die Klemme, die er bei den Gegnern von rechts (Hauriou und Renard) und von links (Duguit und Lacroix) zu beseitigen sucht: die Verwechslung von wissenschaftlichem Begriff und philosophischem Postulat zwingt ihn zur willkürlichen Reduzierung der Sozialwissenschaft auf die Rechtswissenschaft.

M. Tazerout (La Roche, Yon).

Marcuse, Herbert, *Hegels Ontologie und die Grundlegung einer Theorie der Geschichtlichkeit.* Vittorio Klostermann. Frankfurt a. M. 1932. (367 S.; RM. 15.—)

Marcuses Unternehmen, gerichtet auf den system-tragenden „Seinsentwurf“ Hegels, wird gefördert durch dessen eigene philosophische Vorgeschichte. Seit Diltheys Forschungen und der Nohlischen Ausgabe der theologischen Jugendschriften ist kein Zweifel an der Priorität des Lebensbegriffes bei Hegel als des zugleich einheitlichen und sich entzweienden, daran die dialektische Umdeutung der Kantischen Subjekt-Objekt-Problematik erst als systematische Ausprägung der philosophischen Grunderfahrung sich anschließt. M. nun sucht diesen Lebensbegriff herauszulösen aus dem Bereich von Faktizität, in welchem er gewonnen ist, und als „Sinn“ nicht sowohl des Seienden als von Sein selbst zu erfassen, der als reine Möglichkeit aller Faktizität vorgeordnet, ob auch notwendig auf existierendes Seiendes verwiesen ist. „Der Grundsinn von Sein, der den Ansatz des Seinsbegriffes bestimmt, ist die ursprüngliche Einheit der Gegensätze von ‚Subjektivität‘ und ‚Objektivität‘ . . . Indem diese Einheit von Hegel als einigende Einheit gefaßt und als das Geschehen des Seienden selbst begriffen wird, wird die Bewegtheit als Grundcharakter des Seins erkannt“ (S. 5); darum Hegel nicht mehr wie üblich auf den bereits verdinglichten, faktischen „Geist“ interpretiert, wie er die späten materialen Systemausführungen beherrscht, sondern auf den „vollen Seinsbegriff des Lebens“ (S. 7). Als dessen „eigentlichstes Sein“ wird verstanden „das begreifende Sein: der ‚Begriff‘“ (S. 6); „wissende Bewegtheit“. — Das Buch gliedert sich in die ontologische Interpretation von Sein als wissender Bewegtheit und den Fundierungsversuch einer existentialen Theorie der „Geschichtlichkeit“. Diese möchte schließlich die Verwandlung der ontologischen Ausgangsfragen Hegels in Deutungen der Faktizität nicht bloß bezeichnen, sondern aus der Problematik der „Phänomenologie“ verständlich machen: als „Verwandlung des Lebensbegriffs in den Seinsbegriff des Geistes“ und als „Verwandlung der wissenden Bewegtheit in die Bewegtheit des absoluten Wissens“. Damit scheint M. von Heideggers publieker Lehrmeinung, die er sonst mit der Strenge des Schülers vertritt, entscheidend abzuweichen: er tendiert vom

„Sinn von Sein“ zur Erschließung des Seienden; von Fundamentalontologie zur Geschichtsphilosophie; von Geschichtlichkeit zur Geschichte. Das macht die Bedeutung des Werkes aus und eröffnet es zugleich der Kritik. Wenn M. so weit geht, nicht sowohl mehr bloß die Möglichkeit des Faktischseins ontologisch auszulegen als vielmehr die Möglichkeit der Auslegung faktischen Seins aus der ontologischen Struktur herzuleiten, wäre konsequent zu erwägen: warum überhaupt philosophisch die „ontologische“ Frage der Interpretation der realen geschichtlichen Fakten noch vorausgeht, während doch M. den Bruch zwischen Faktizität und Ontologie schließen möchte. Ist die konstitutive „Ganzheit“ selber vorfaktische, ontologische Grundstruktur oder weist sie auf historisch bestimmte Faktizität zurück: das gleiche „Subjekt“, in dem M. nicht umsonst das „eigentlichste Sein“ der Hegelschen Bewegtheit sieht? Dann schließe die Frage nach dem Hegelschen Sinn von Sein als Möglichkeit um in die nach dem Sinn von Subjektivität als Wirklichkeit. Und hat nicht gerade die „Ganzheit“ des Hegelschen Entwurfs als eine des „Systems“ den geschichtlich-faktischen Anspruch absoluter Subjektivität zur Voraussetzung? Deutet nicht der Fundierungsanspruch der neuen Ontologie eben als Anspruch auf „Ganzheit“ seinem Wahrheitsgehalt nach zurück auf den Idealismus und damit einen innergeschichtlichen, auf bestimmte Pragmatik bezogenen philosophischen „Standpunkt“?

Theodor Wiesengrund-Adorno (Frankfurt a. M.).

Nitzscheke, Heinz, *Die Geschichtsphilosophie Lorenz von Steins. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts.* R. Oldenbourg. München u. Berlin 1932. (145 S.; RM. 6.—)

Die Leipziger Dissertation aus der Freyer-Schule gibt eine systematische Darstellung der Geschichtsphilosophie von Lorenz von Stein, der neben Marx mit Recht der Begründer der deutschen Soziologie genannt wird. Fern einer gegenwärtig verbreiteten Formalsoziologie ist seine Gesellschaftswissenschaft gleichzeitig universale Geschichtsphilosophie. Dies zeigt deutlich N. in seinem Hauptteil über die materielle Geschichtsphilosophie bei Stein, die nach Troeltschs Schematik im Anschluß an seine formale Geschichtslogik ausführlich behandelt wird. Der Verf. untersucht u. a. Steins philosophische Anthropologie, seine Philosophie der Arbeit, die historischen Triebkräfte (Geschichte als „Bewegung der Interessen“), die Gesetze der Geschichte, Geschichte und Gesellschaft, Geschichte und Staat. Vor allem die Analyse der Realisierung der geschichtlich-gesellschaftlichen Neuordnung bei Stein beleuchtet sein eigentümliches Schwanken zwischen Realismus und Idealismus. In einem zweiten Teil wird die geistesgeschichtliche Stellung und die innere Entwicklung Steins untersucht, wofür N. drei Epochen feststellt (bis 1841 Hegel-Einfluß, bis 1851 Einwirkung des positivistischen Westens, schließlich Annäherung an romantisch-konservative Denkhaltung).

N. führt über Grünfelds bisher beste Analyse von Persönlichkeit und Werk Lorenz von Steins ein gutes Stück hinaus und gibt eine wertvolle Grundlegung einer geistesgeschichtlichen Biographie. Die gewissenhafte und umsichtige Studie gewinnt darüber hinaus Bedeutung dadurch, daß

sie in der Analyse des markantesten geschichtsphilosophischen Soziologen einen fruchtbaren Beitrag gibt für die in der gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussion zentrale Problematik von Geschichte und Soziologie und damit von dem Grundcharakter der Soziologie überhaupt.

Sigmund Neumann (Berlin).

Suranyi-Unger, Theo, *Geschichte der Wirtschaftsphilosophie.* Junker & Dünnhaupt. Berlin 1931. (70 S.; RM. 3.60)

Das nur 70 Seiten starke Heft bespricht über 200 Autoren. Eine gewisse Oberflächlichkeit in der Behandlung seines Stoffes wird man dem Verf. daher nachsehen müssen. Er knüpft seine Untersuchung über die Wechselwirkungen zwischen Philosophie und Wirtschaftstheorie an den Entwicklungsgang der Volkswirtschaftslehre selbst an. Hierdurch werden die wenigen, aber sachlich überaus wichtigen Forscher beiseite gelassen, die das Gebiet der Wirtschaftsphilosophie von philosophischer Seite her bearbeitet haben. Ich erwähne hier Scheler, Görland, Kroner, Lukacs u. a. Außerdem ist es — entgegen der Auffassung des Autors — für jegliche Erörterung wirtschaftsphilosophischer Probleme entscheidend wichtig, zwischen der persönlichen Philosophie der Ökonomen und den philosophischen Grundlagen der ökonomischen Systeme scharf zu unterscheiden.

Franz Meyer (Breslau).

Mehring, Franz, *Zur Geschichte der Philosophie. Mit Einleitung und Anhang von August Thalheimer.* Soziologische Verlagsanstalt. Berlin 1931. (420 S.; br. RM. 6.50, geb. RM. 8.50)

Der Herausgeber des Bandes teilt die Tätigkeit Mehrings auf dem Gebiete der Philosophiegeschichte in vier große Gruppen ein: 1. die Vermittlung und kritische Sichtung des Erbes der klassischen deutschen Philosophie; 2. die Erforschung des Übergangs von der Hegelschen Philosophie über die Neuhegelianer und Feuerbach zum wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels; 3. die Erläuterung und Anwendung des historischen Materialismus und die kritische Abwehr seiner Gegner; 4. die Klarlegung und Verteidigung der kritischen Auflösung der Religion im allgemeinen und des Christentums im besonderen. Die Aufsätze zu Punkt 1 und 2 bilden das Kernstück des M.schen Werkes. M. hatte, wie Thalheimer in der Einleitung auch hervorhebt, nur ein schwaches Interesse für die Fragen der Logik und Dialektik und war fast ausschließlich historisch interessiert.

Es besteht natürlich die Gefahr, daß M.s philosophiegeschichtliche Arbeiten heute als „veraltet“ beiseite gelegt werden. Sind sie doch noch vor dem Weltkriege abgeschlossen worden. Inzwischen ist durch die Marx-Engels-Gesamtausgabe ganz neues Material für das Hauptthema M.s veröffentlicht worden. Vor allem aber hat sich die methodische Einstellung zu einer historisch-materialistischen oder erkenntnissoziologischen Behandlung der Philosophiegeschichte so grundlegend verschoben, daß alle heute zu dieser Frage möglichen „Standpunkte“ von Mehring durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt sind. Trotz dieses Hauches von Vergänglichkeit bewahren die Aufsätze den Charakterzug „klassischer“ Leistungen.

Franz Meyer (Breslau).

Allgemeine Soziologie.

Gründer der Soziologie. Eine Vortragsreihe unter Mitwirkung von G. L. Duprat, H. Freyer, A. Meusel, F. K. Mann, L. v. Wiese u. M. Weber. Gustav Fischer. Jena 1932. (VII u. 158 S.; RM. 7.50)

Das Buch enthält eine Vortragsreihe des L. von Wieseschen Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität Köln. Die Auswahl der behandelten Forscher ist etwas willkürlich. 78 Seiten sind allein Schöffle aus Anlaß eines Gedenktages gewidmet. L. von Wiese zeichnet in wenigen Strichen ein Gesamtbild dieses Autors, Mann behandelt ausführlich seine Wirtschafts- und Finanzsoziologie. Aus beiden Darstellungen ergibt sich deutlich das Willkürliche, Sprunghafte, Widerspruchsvolle in Schöffles Denken, auch die Breite seines Gesichtskreises und sein Reichtum an Einfällen. Seine Verbindung mit Comte und Darwin nach rückwärts, mit dem Spanschen Universalismus nach vorwärts, trotz mancher bedeutender Gedanken auch das im Grunde Unschöpferische seines Denkens treten sehr überzeugend hervor. — Freyer charakterisiert in prächtiger Kürze und Klarheit die Soziologie der Romantik als das Werk entwurzelter Intellektueller, die sich mit den konservativen Mächten der Gesellschaft verbinden, die gewaltige Bedeutung dieses Bündnisses für die Entstehung des geschichtlichen Weltbilds einerseits, das Unverständnis der Romantiker für den modernen Kapitalismus andererseits. Meusel gibt auf nur 13 Seiten eine alles Wesentliche berücksichtigende Quintessenz des Marxismus, den er in orthodoxer Interpretation als Einheit von Theorie und proletarisch-revolutionärer Praxis charakterisiert. — Duprat entwirft eine Gegenüberstellung von Comte und Durkheim. Er bestreitet Durkheim „jede wissenschaftliche Kultur“, leugnet jeden bedeutenden Fortschritt der Soziologie seit Comte, bemüht sich im übrigen nicht, diesen, der ihm Inbegriff des Richtigen und Durkheim, der ihm Herold alles Falschen ist, aus Situation und Problemstellung zu verstehen. — Marianne Weber gibt einen kurzen Abriß der Biographie und des Lebenswerkes Max Webers.

Franz Borkenau (Wien).

Thurnwald, Richard, *Die menschliche Gesellschaft. 2. Bd.: Werden, Wandel und Gestaltung von Familie, Verwandtschaft und Bündnen.* W. de Gruyter. Berlin u. Leipzig 1932. (360 S.; geb. RM. 20.—)

Hatte Thurnwald im 1. Bd. des Werkes (s. diese Ztschr. I, 1932, 229f.) durch die „repräsentativen Lebensbilder“ einer großen Zahl von Naturvölkern die verschiedenen Formen der Vergesellschaftung in ihrer Verflechtung mit der jeweiligen Gesamtkultur aufgezeigt, so bringt der vorliegende 2. Band die systematische Darstellung der entscheidenden sozialen Institutionen, die jedoch, wie Verf. mit Recht hervorhebt, gerade bei den niederen Naturvölkern nicht die Merkmale der „Unbedingtheit, Festigkeit und Unabänderlichkeit“ an sich tragen, wie wir Europäer sie als unerläßlich für das Wesen einer „Institution“ ansehen, und die deshalb auch nur selten klar umrissen und unmittelbar faßlich in Erscheinung treten.

Den weitaus größten Teil des Buches nimmt der Abschnitt „Familie und Verwandtschaft“ ein, dem gegenüber die Ausführungen über die „Bünde“

(Männerbünde, Geheimbünde, die mit ihnen in engem Zusammenhang stehenden Jünglings- und Mädchenweihen) fast nur als Anhang erscheinen. Über die Gliederung und Anordnung des Stoffes kann man oft verschiedener Meinung sein; es wäre z. B. sicher besser gewesen, die erst als 9. und 10. Kapitel erscheinenden grundlegenden Auseinandersetzungen über Mutter- und Vaterrecht der Darstellung der Familie vorausgehen zu lassen. Im übrigen sind alle wichtigen sozialen Institutionen unter gelegentlicher Heranziehung europäischer Gesellschaften behandelt: Familie, Sippe, Klan und Großfamilie, die Stellung der Frau und ihre wirtschaftliche Bedingtheit, die Ehe nebst Ehebruch und Scheidung, die Heiratsformen und -ordnungen, die „sexuellen Sitten“ (worunter auch die Prostitution gefaßt ist), die Art der Verwandtschaft, die Stellung des Kindes (wobei die Erziehung, dieses interessante und auch für unsere Pädagogik so aufschlußreiche Kapitel primitiven Zusammenlebens leider nur ganz kurz abgetan wird) und endlich der Altersablauf.

Über der in ihrer Gesamtheit stattlichen Zahl von Quellen, die der Verfasser kritisch gesichtet als Grundlage bzw. Belege für die Herausarbeitung der besonderen Formen und Varianten der einzelnen sozialen Institutionen heranzieht, darf nicht vergessen werden, daß sie doch nur einen kleinen, dazu stark von Zufällen abhängigen Ausschnitt aus den tatsächlich existierenden gesellschaftlichen Einrichtungen der Völker der Erde darstellen und daß deshalb allgemein gültige Folgerungen und Schlüsse kaum möglich sind. Ein Hinweis, der weder dem hochverdienten Verfasser noch dem methodisch geschulten Ethnologen etwas Neues sagt, der aber vielleicht doch von Wert ist für diejenigen, die auf den Nachbar- und Grenzgebieten der Ethnologie arbeiten und deshalb weniger als der Ethnologe der Erfahrung ausgesetzt sind, daß neben den bestehenden weitreichenden Zusammenhängen und Beziehungen der Kulturen doch auch jede einzelne Kultur ihr ausgeprägtes Eigenleben hat und die Variabilität und Vielgestaltigkeit kultureller und sozialer Formen und Institutionen viel größer ist, als es eine im wesentlichen auf Synthese, auf die Feststellung von Kulturverwandtschaft, ausgehende Forschungsrichtung erkennen läßt.

Ernst Vatter (Frankfurt a. M.).

Sorokin, Pitirim, *Soziologische Theorien im 19. und 20. Jahrhundert*. Deutsche Bearbeitung von Hans Kaßpohl. C. H. Beck. München 1931. (VII u. 342 S.; geh. RM. 10.50, geb. 13.50)

Das leider von 785 auf 342 Seiten gekürzte Standardwerk des bekannten russischen Soziologen, der jetzt an der Harvard-Universität lehrt, stellt einen großen Fortschritt gegenüber den bisherigen Geschichten der Soziologie dar: die geschichtsphilosophische Spekulation tritt völlig zurück, es werden nicht Prinzipien untersucht, sondern das Material auf seine Haltbarkeit geprüft. Infolge der besonderen Neigung des Verf. zu statistischen und induktiv-experimentellen Darstellungen werden nicht die dogmatischen Voraussetzungen der verschiedenen Schulmeinungen, sondern die Spezialuntersuchungen hervorgehoben. Über die Einteilung der Schulen läßt sich streiten. S. hat nicht eine Problemgeschichte gegeben, sondern

die Lehren nach Einflüssen der Nachbargebiete: soziale Physik, Geographie, Anthropologie und Biologie, Psychologie und Soziologismus unterschieden, dabei ist jeweils eine Kritik unter dem Gesichtspunkt der positiven Ergebnisse angefügt. Leider wird die deutsche Literatur ungenügend behandelt, von der eigentlich deutschen Gesellschaftswissenschaft seit Hegel und L. von Stein ist nicht die Rede; Gumpłowicz ist unter die Soziologen kurz eingereiht, die romantische Schule bis Spann wird nur ganz nebenbei behandelt, die wissens- und kultursoziologische Schule kommt überhaupt nicht vor. Pareto und Leplay werden entsprechend gewürdigt. Unter dem Titel „Biologische Theorien“ sind nicht nur die organizistischen und darwinistischen Lehren, sondern auch die anthropologischen Schulen eingereiht. Sehr ausführlich gibt S. im Anschluß an die Lehre vom Daseinskampf eine Soziologie des Kriegs. Die soziologistische oder vielmehr neupositivistische Schule von de Roberty, Espinas und Durkheim wird unter dem Gesichtspunkt: „Wissenschaft als primärer sozialer Faktor“ zu vereinfacht gesehen. Unzureichend ist die Kritik der sog. wirtschaftlichen Schule von Karl Marx, in der nur der wirtschaftliche Gesichtspunkt als altbekannt und einseitig in seinem Determinismus abgelehnt wird; dagegen werden wirtschaftliche Bedingungen für körperliche und geistige Merkmale und Zusammenhänge von Verarmung und Verbrechen, Wirtschaftsverhältnissen und politischen Institutionen und Revolutionen, Verfall und Fortschritt konstatiert. Während die sog. formale Schule, zu der Tönnies gerechnet wird, damit abgetan scheint, daß sie nur eine unvollständige Aufzählung der Formen gebe, welche in den „Theorien des Rechts“ seit jeher viel genauer angegeben würden, und enzyklopädisch genannt wird, weil eben der soziale Inhalt aus den verschiedensten Wissenschaften entnommen wäre, wird die psychologische Schule gründlich und richtig behandelt. Die sozialen Funktionen des Rechts sind zu kurz gekommen, dagegen sind die experimentellen Untersuchungen über Familie, Beruf, städtische Umgebung, Rhythmus und Zyklus sozialer Veränderungen und des Verf. eigene Darstellungen über soziale Beweglichkeit, also die experimentellen soziologischen Sonderuntersuchungen außerordentlich lehrreich. Das vorliegende Werk ist mit seiner weiten Übersicht in Deutschland zum Studium sehr zu empfehlen.

Gottfried Salomon (Frankfurt a. M.).

Kroner, Rlehard, *Kulturphilosophische Grundlegung der Politik*. Junker & Dünnhaupt. Berlin 1931. (112 S.; RM. 5.50)

K. versucht einen allgemeinen philosophischen Kanon für Politik, politische Ziele und politisches Handeln aufzustellen. Politik sei — vom philosophischen Standpunkt aus gesehen — Kampf um Verwirklichung berechtigter Interessen (zum Unterschied von bloßer Gewalt) und Entfaltung der ewigen Idee des Rechts. Das Forum, vor dem über Existenzberechtigung politischer Interessen gerichtet wird, ist das „allgemeine Rechtsbewußtsein“, das also anscheinend diese ewige Idee des Rechts legitim verkündet. Dieses nicht weiter nach seiner Herkunft erforschte sittliche Rechtsbewußtsein der einzelnen Menschen schlägt dialektisch um in die objektive Sinnwirklichkeit des Staates; der Staat ist eine übersinn-

liche, aber nichtsdestoweniger konkrete individuelle Persönlichkeit. Deshalb ist auch die Frage nach der Entstehung des Staates falsch gestellt: „Wie können Menschen etwas erzeugt haben, das mächtiger ist als sie?“ Eine eindeutige Wahl zugunsten von Monarchie oder Demokratie wagt K. nicht zu treffen. Entscheidend aber erscheint ihm das Führerprinzip als Ausdruck der Staatspersönlichkeit, „erst durch den Führerwillen wird das Volk überhaupt zum Volk zum Unterschiede vom Haufen oder von der bloßen Masse“. Folgerichtig hekennt er sich auch zum Ständestaat und zum Klassenstaat, die natürlichen Rangordnungen entsprächen.

K. versucht eine Nachkonstruktion der Hegelschen Staatsphilosophie, mit der Krönung des Systems in der Philosophie der Kultur. Aber die Übernahme unverwandelter Hegelscher Kategorien scheint uns in der vorliegenden Form heute nicht mehr möglich. Das Ergebnis ist ein System, das uns mehr eine Mythologie deucht als eine Philosophie, um so mehr, als K. das vorliegende Material der heutigen Soziologie, Ökonomie und Staatstheorie außer acht läßt. Die spekulativ beginnenden Gedanken des Verf. gipfeln in politisch liberalen Behauptungen, die nach dieser philosophischen Grundlegung nicht an Objektivität und Überzeugungskraft gewonnen haben. Eher scheint uns die Polemik K.s gegen „politische Philosophie als Ideologie“ auf sein eigenes Buch zuzutreffen.

Peter von Haselberg (Frankfurt. a. M.).

Schütz, Alfred, *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt*. Julius Springer. Wien 1932. (285 S.; br. RM. 12.—, geb. RM. 13.50)

S. macht den Versuch, die Max Webersche Lehre von der verstehenden Soziologie und vom Idealtypus unter Heranziehung der Bergsonschen Ich-Metaphysik phänomenologisch zu interpretieren. Er stellt das rationale Verstehen sozialer Gebilde im Sinne Webers dem intuitiven Verstehen Diltheys, das ihm als unwissenschaftlich gilt, scharf gegenüber. Das gründliche, in der Beweisführung tadellos korrekte Werk ist reich an Anregungen nach vielen Richtungen. Wir heben den soziologisch bedeutsamen Grundgedanken heraus: S. zeigt, wie das Verstehen auf dem Weg vom Ich zu den sozialen Gebilden immer höhere Grade von „Anonymität“ erreicht. Schon das Erleben des Ich ist nicht mit dem Leben identisch. Dies geht in der durée im Sinne Bergsons vor sich, jenes dagegen in reflexiver Zuwendung zum Leben, das dabei als abgelaufen vorgestellt wird. Handeln beruht noch mehr auf der Phantasie des Vollzogeneins der Handlung. Im Erlebnis des Du, das zum Mitwelterlebnis erweitert werden kann, liegt noch immer das Ich-Verstehen zugrunde. Handelt es sich aber um bloße Umwelt, die mir nicht mehr durch persönliche, sondern bloß durch sachliche Beziehungen verbunden ist, dann reduziert sich ihr Verstehen auf die Anwendung eines Schemas, in dem ich typischen Verhaltensweisen von Individuen, die für mich sachlich bedeutsam sind, entsprechende Intentionen dieser Individuen unterlege. Allem menschlichen Handeln und daher auch meiner Deutung der Umwelt liegt die Mittel-Ziel-Relation zugrunde. Jedes idealtypische Handeln, d. h. jede typische Mittel-Ziel-Relation muß kausaladäquat und sinnadäquat sein, d. h. das Mittel muß nach unserem Erfahrungswissen tatsächlich zum Ziel führen, dieses Ziel

aber auch gemeint sein. Ganz durchsichtig wird diese Relation nur im Fall des rationalen Handelns, wo das Ziel wie alle zu ihm führenden Mittel völlig eindeutig sind. Es ist daher der ideale Anwendungsfall der verstehenden Soziologie. Im Gegensatz zum Verf. bin ich der Meinung, daß sein — formell ganz unanfechtbarer — Gedankengang zur Auflösung der idealtypischen Soziologie führt. Es zeigt sich, daß die idealtypische verstehende Soziologie — im Gegensatz zur intuitiven — auch nicht einmal den Versuch macht, Ziele zu verstehen. Die „Anonymisierung“ ist nämlich das Unverständlich-Werden fremdpsychologischen Verhaltens, je weiter wir uns von ihm entfernen. Letzten Endes ist für diese Methode jedes fremde Ziel eine bloße, eben nicht verständliche Gegebenheit. Von der verstehenden Soziologie bleibt nichts übrig als das Wissen, daß alles menschliche Handeln aus Mittel-Ziel-Relationen besteht, die wir nach einem vom Ich übernommenen Schema verstehen. Die Inhalte des Schemas aber erschließen sich nicht verstehend, sondern nach dem Ursache-Wirkung-Schema verfahrenen erklärenden Methoden. Für die Diskussion der einschlägigen Fragen ein völlig geklärtes Begriffsmaterial zur Verfügung gestellt zu haben, ist das Verdienst des Werkes von S.

Franz Borkenau (Wien).

Karl Marx / Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie*. (Marx-Engels Gesamtausgabe, I. Abteilung, Band 5.) Marx-Engels-Verlag. Berlin 1932. (XIX u. 706 S.; RM. 16.50)

Der von V. Adoratskij herausgegebene Band enthält die erste vollständige Ausgabe der erhaltenen Teile der „Deutschen Ideologie“. Die beiden Hauptstücke waren schon bekannt, der „Feuerbach“ in der Ausgabe von Rjazanow, der „Sankt Max“ in der Ausgabe von Bernstein. Aus dem „Westphälischen Dampfboot“ (1847) ist ein Artikel gegen Karl Grün übernommen, interessant insofern, als er vollständig die Beurteilung des „wahren Sozialismus“ im „Kommunistischen Manifest“ antizipiert. Zum ersten Mal erscheinen hier im Druck zwei kleine Bruchstücke, „Das Leipziger Konzil“ und „Schluß des Leipziger Konzils“ sowie der 18 Seiten umfassende „Sankt Bruno“ gegen Bruno Bauer, der sich auf der Linie der sonstigen Marxschen Kritik an den Junghegelianern bewegt. „Der Dr. Georg Kullmann“, eine witzige Polemik gegen einen kommunistischen Propheten, dürfte von Moses Heß stammen und von Marx nur redigiert sein. Einige bisher unbekannte Tagebucheinträge von Marx (als Anfang abgedruckt) geben sonst nur in vollendeter Fassung bekannte Gedanken im Zustand des Entstehens. Ein umfassendes Verzeichnis der Textvarianten wird jede kritische Durcharbeitung des nun endlich vollständig vorliegenden Werkes erleichtern.

Franz Borkenau (Wien).

Marcuse, Herbert, *Neue Quellen zur Grundlegung des historischen Materialismus*. In: *Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik*, IX. Jg., Nr. 8. Berlin 1932

Daß die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahre 1844“ von Marx zu „einem entscheidenden Ereignis in der Geschichte der

Marx-Forschung“ geworden sind, dürfte nach den gründlichen Äußerungen zahlreicher Sachkundiger feststehen. Allein die Interpretation weist eine schreffe Divorgenz in der Frage auf: hegelianisch-philosophischer oder materialistisch-positivistischer Marxismus? M. sieht die Bedeutung der Manuskripte in ihrer zentral-philosophischen Fragestellung. Marx geht in der ersten an der klassischen Nationalökonomie geübten Kritik vom Begriff eines „Wesens des Menschen“ aus, der in der ontologischen Kategorie der Arbeit, der totalen gegenständlichen Lebensäußerung, gründet. Nach M. bildet diese — in Wirklichkeit durchaus metaphysische und von Marx selbst in der „Deutschen Ideologie“ nachträglich destruierte — Begriffsmystik das „eigentliche Fundament“ der „Theorie der Revolution“. Doch verkennt M. offensichtlich die Bedeutung der von Marx vorgenommenen Identifizierung seiner empirisch-praktischen Theorie des Proletariats in der bürgerlichen Gesellschaft mit dem in vorwissenschaftlichen Kategorien („Mensch“) formulierten elementaren Protest des Proletariats gegen seine unerträgliche Existenz.

A. F. Westermann (Frankfurt a. M.)

Fischer, Hugo, *Karl Marx und sein Verhältnis zu Staat und Wirtschaft*. Gustav Fischer. Jena 1932. (102 S.; RM. 4.50)

Alexander, Werner, *Kampf um Marx. Entwicklung und Kritik der Akkumulationstheorie*. Alfred Protte. Potsdam 1932. (VIII, 139 S.; RM. 4.50)

Fischer weist die anschaulichen Elemente der Marxschen Lehre auf und sucht Marx aus seiner Welt heraus, der kapitalistischen Welt des 19. Jahrhunderts, zu verstehen. Im Vordergrund steht das „Ökonomistische“ der Epoche, in der auch das Außerwirtschaftliche des menschlichen Lebens als Funktion des Wirtschaftlichen ausgedrückt ist. Unbegründet wird gegen Marx selbst der Vorwurf des Ökonomismus erhoben. M. habe nicht das Wirtschaftliche zugleich als Funktion des Politischen bestimmt. Zugrunde liegt die Abneigung des Verf. gegen eine geschichtsphilosophische Auffassung des Ökonomischen als der determinierenden Späre. Der Kapitalismus wird umgekehrt als Dekadenz des sozialen Lebens abgeleitet, erst der Verfall der älteren Kultur habe die Emanzipation der Wirtschaft nach sich gezogen. Die Neuordnung muß daher, so schließt F. rückblickend, an den Status des Mittelalters anknüpfen. F. irrt hier doppelt. Einmal ist das mittelalterliche Gemeinwesen kein Staat, und Sätze wie: „Im Mittelalter ist Volksleben und Staatsleben identisch“ — „Das Mittelalter ist im tiefsten Sinne demokratisch, allerdings war es die Demokratie der Unfreiheit“, sind angesichts der Ständeverfassung, der Herrschaft einer kleinen Zahl Privilegierter und des Fehlens einheitlicher Gewalt und eines einheitlichen politischen Willens ohne Sinn. Zum andern gilt die These von der „Wirtschaftsfähigkeit des modernen Staates“ (Politik als Mittel der Wirtschaft) ebenso von der mittelalterlichen Feudalverfassung — man vergleiche nur die Familiengeschichte souveräner Häuser — wie vom Staat des 19. Jahrhunderts. Auch die andere These des Verf., daß das Gesetz der Rentabilität zurückzutreten habe hinter „einem politisch sinnvollen Ergebnis“, ist das Argument jeder staatlichen Intervention überhaupt. Ein

Wunschbild „protektionistischer Maßnahmen und staatlicher Subventionen“ als sozialer Norm, wie es der Verf. entwickelt, ist allerdings damit nicht zu begründen.

Die Schrift von Alexander ist ein dankenswerter Beitrag zur Akkumulations- und Zusammenbruchstheorie. A. behandelt in übersichtlicher Weise die Entwicklung der Marx'schen Theorie, ihre Ausgestaltung bei Tugan-Baranowsky, Otto Bauer, Rosa Luxemburg, Fritz Sternberg und geht ebenso ein in die Einzelheiten der Kontroverse mit Neißer, Großmann, Lederer, Hilferding, Bucharin u. a. „Die Imperialismustheorie braucht nicht die Akkumulationstheorie, die Akkumulationstheorie nicht den Ausweg des Imperialismus“ — „Die Akkumulationstheorie ist eine vollkommen untragfähige Basis für eine Imperialismustheorie“, ist das Ergebnis dieser Arbeit. Der Verf. nennt seine Schrift einen kritischen Epilog und glaubt unter den jahrzehntelangen Streit einen Schlußstrich setzen und den Weg für eine neue richtige Deutung von Akkumulation und Imperialismus freimachen zu können. Das reiche Material der letzten Schrift von Sternberg, „Der Niedergang des Kapitalismus“, ist von A. noch nicht berücksichtigt.

Kurt Moldenhauer (Berlin).

Dickmann, Julius, *Das Grundgesetz der sozialen Entwicklung*. Wien 1932. (60 S.). — Ders., *Der Arbeitsbegriff bei Marx*. Wien 1932. (55 S.). Beide als Manuskript vervielfältigt.

Die beiden Schriften bilden die ersten Hefte einer Reihe „Beiträge zur Selbstkritik des Marxismus“. Die erste stellt einen Versuch dar, die Grundkonzeption der materialistischen Gesellschaftstheorie von Marx durch eine neue zu ersetzen. D.s These besagt, daß nicht die von innen heraus erfolgende Ausweitung der Produktivkräfte die ihnen früher adäquaten Produktionsverhältnisse beseitigt („sprengt“), sondern daß „das Hervorgehen einer neuen Produktionsweise aus einer älteren auf das durch den ungehemmten Gebrauch bewirkte Zusammenschrumpfen der natürlichen Grundlage ihrer Anwendung zurückzuführen ist“ (S. 13). Diese neuartige Auffassung belegt D. durch ein umfangreiches Material und versucht, die grundlegenden Äußerungen von Marx und Engels über Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im einzelnen als widerspruchsvoll aufzuzeigen. Aber D.s Begriff der Produktivkraft deckt sich nicht mit dem von Marx-Engels; Marx kennt neben den natürlich bedingten noch die gesellschaftlich bedingten Produktivkräfte; D. handelt nur von den natürlich bedingten. Seine Schlußfolgerungen aus diesem relativ engen Produktivkraftbegriff treffen daher die Marx'sche Produktivkrafttheorie nur unvollständig, sie berühren demgemäß auch nicht die kapitalistischen Krisen als Knotenpunkte der „sozialen Entwicklung“. Nichtsdestoweniger bedeutet die Schrift von D. wegen ihrer Originalität einen interessanten Beitrag zur Diskussion des Problems der sozialen Entwicklung.

Im zweiten Heft, „Der Arbeitsbegriff bei Marx“, zeigt sich die oben erwähnte einseitige Herausstellung des Naturfaktors als bewußte theoretische Pointe D.s. Er sieht den großen Mangel des Marx'schen Begriffs der „abstrakt-allgemeinen Arbeit“ eben in der Abstraktion von der Naturbasis, der physiologisch-mechanischen Energieverausgabung. Nach D.

ist die abstrakt-allgemeine Arbeit, die bei Marx als die einzig wertbildende auftritt, von der konkret-nützlichen, die Gebrauchswerte schafft, nicht dadurch unterschieden, daß diese einen natürlichen, jene aber einen rein gesellschaftlichen Charakter hat. Vielmehr sind beides nur natürliche Funktionen ein- und derselben gesellschaftlichen Produktionstätigkeit des Menschen, die abstrakt-allgemeine als äußerlich-mechanische Energieverausgabung, die konkrete als geistig-zwecksetzende Tätigkeit. Wertbildend ist auch nach D. nur die abstrakt-allgemeine Arbeit, das Problem der potenzierten Wertbildung durch „qualifizierte“ Arbeit besteht für ihn nicht, diese falle ausschließlich in den Bereich der Gebrauchswertschöpfung — ein Zusammenhang, den Marx nicht gesehen habe. Eine eingehendere Beurteilung der D.schen Kritik wäre nur sinnvoll, wenn er seine eigene Werttheorie dargestellt hätte. Dies hat er einem der folgenden Hefte vorbehalten. Seine vorliegende Kritik des Marxschen Arbeitsbegriffs stützt D. auf die Ergebnisse der modernen Arbeitswissenschaft.

A. F. Westermann (Frankfurt a. M.)

Lubienski, Zbigniew, *Die Grundlagen des ethisch-politischen Systems von Hobbes*. Ernst Reinhardt. München 1932. (302 S.; geh. RM. 12.—, geb. RM. 14.—)

Das Leopold von Wiese gewidmete Werk ist eine vorwiegend deskriptive Darstellung des soziologischen Begriffssystems des Hobbes und als solche — einige minder wesentliche Punkte, die Zweifel erregen, ausgenommen — einwandfrei und fleißig gearbeitet. Es zeigt sich jedoch an der Schrift wieder einmal, daß ein gesellschaftskritisch-politisches Werk wie das von Hobbes nicht analysiert werden kann, ohne es selbst zum Objekt soziologischer Untersuchung zu machen. Nur eine soziologische Fragestellung kann ergeben, worauf es dem Denker ankam, nur sie kann also das organisierende Moment eines Systems verständlich machen. Dieses Zentralproblem ist bei H., aus naturhaften Beziehungen zwischen den Menschen Normen ihres gesellschaftlichen Lebens abzuleiten, deren Übertretung einen logischen Selbstwiderspruch bedeutet. Da ein solcher Versuch in sich widerspruchsvoll ist, trägt jeder einzelne Grundbegriff bei H. einen gleichartigen Widerspruch in sich. L. hat zwar das Paradoxe dieses Beginns nicht verkannt, da er aber seine zentrale Rolle nicht erfaßt hat, unterläßt er es, seine Einsicht in den Grundwiderspruch des H.schen Systems auf alle seine Bestandteile anzuwenden. Vielmehr bricht in der Einzeldarstellung immer wieder die Tendenz durch, die Auffassungen H.s zu harmonisieren. Diese Unfähigkeit des Verf., Widersprüche in der Theorie systematisch zu entwickeln, beruht auf seiner Abneigung, ihre entscheidende Rolle in der Praxis zu sehen. „So haben stürmische Zeiten stets Augenblicke einer gewissen Entspannung zur Folge, in denen der Wille zur Rückkehr zu den normalen ruhigen Verhältnissen überwiegt“ (S. 29). Das soll als Erklärung der politischen Grundtendenz des H. gelten. Kein Wunder, daß L. versagt, sobald er über die bloße Darstellung hinaus die Rolle von H. in der Entwicklung des Denkens zu erfassen sucht. „Hobbes kann als der Vorläufer jener naturalistischen Richtung in der Staatswissenschaft gelten, deren Hauptvertreter wie H. Post, K. Frantz und Schäffle erst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ihre Theorien zu verbreiten be-

gannen“ (S. 236). Was H. von den Naturalisten trennt, sein Rationalismus, sind für L. scholastische Überreste. Gerade der Versuch, vom Naturalismus zum Rationalismus zu kommen, ist aber das Zentrale an H.s Denken. Für L. gibt es nur einerseits den „modernen“ empirischen Naturalismus, andererseits die „Scholastik“. Wenn aber H. schon zu den Naturalisten gestellt wird, ist er dann wirklich nur der Vorläufer von K. Schäffle? Spinoza, Mandeville, Helvetius, Ricardo, Buckle und vor allem Marx stehen offenbar für L. in keiner Beziehung zur naturalistischen Gesellschaftslehre.

Alles in allem: eine verzuckerte Interpretation des Gedankenkreises, der mit seinem „homo homini lupus“ als erster das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung konsequent aussprach.

Franz Borkenau (Wien).

Rice, Stuart A., *Methods in Social Science*. The University of Chicago Press 1931. (822 S.; \$ 4.50)

Bogardus, Emory S., *Contemporary Sociology*. University of Southern California Press. Los Angeles, 1. Aufl., 1931; 2. Aufl. 1932. (483 S.; \$ 3.50)

Eubank, Earle E., *The Concepts of Sociology*. D. C. Heath and Company. New York 1932. (570 S.; \$ 4.80)

MacIver, R. M., *Society. Its Structure and Changes*. Ray Long & Richard R. Smith. New York 1931. (569 S.; \$ 5.—)

Es scheint, daß die amerikanische Soziologie an einem wichtigen Wendepunkt ihrer Entwicklung angekommen ist. Während in den letzten Jahren eine ständig wachsende Neigung zur Beschränkung auf konkrete Wirklichkeitsforschung wahrnehmbar war, die mit meßbaren und genau nachkontrollierbaren Fakten die soziologische Erkenntniswelt erweitern wollte, mehrten sich jetzt die Zeichen für eine Wandlung. Das behavioristische Studium soziologischer Phänomene hatte mehrere Wurzeln. Es war zuerst wohl eine Reaktion gegen systematisierende Sozialphilosophie (Ward, Gidding, Small), die mit gar zu leichtem Tatsachengepäck reiste, dann eine Übernahme der durch die Erfolge der Naturwissenschaften erprobten Forschungsmethoden und ferner ein allgemeiner Optimismus, schon dadurch die sozialen Übelstände heilen zu können, daß man ihre akuten Ursachen jeweils erkannte, ohne daß man sie in den schwerer erfaßbaren Zusammenhängen der sozialen Struktur und ihrer Wandlungen sehen wollte. Das Bekenntnis zu einer Wissenschaftsform, in der kooperative Faktensammlung Zentrum des Interesses wird, findet sich auch in dem Sammelwerk, das Rice zusammengestellt hat, in dem er die wichtigsten Forschungen von andern Wissenschaftlern, die selbst inmitten des neuzeitlichen Forschungsbetriebes stehen, darstellen läßt. Er nennt das Buch „Methods in Social Science“, obwohl von Methodologie im deutschen, aber wohl auch im europäischen Sinne nicht die Rede ist. Er faßt auch nirgends die grundlegenden methodologischen Probleme zusammen, sondern verfährt gerade so wie die Soziologen, von deren Arbeiten berichtet wird: das Material wird „objektiv“ gesammelt und dargestellt. Die Vielfalt der Methoden erklärt sich aus dem Wunsch, jedes Objekt ihm selbst adäquat (ohne

vorherige Theorie) zu untersuchen, ohne daraus zu begrifflicher Zusammenfassung vordringen zu wollen. Das reichhaltige Buch trüge wohl besser den Namen: Blick in soziologische Forschungswerkstätten.

Das Buch von Bogardus steht dieser Richtung sehr nahe. B., der selbst eine große Untersuchung an der pazifischen Küste über Rassenprobleme geleitet hat, legte damals detailliert die Methoden und das technische Vorgehen in seinem „A New Social Research“ dar; in seinem „Making Social Science Studies“ (1925) gibt er jungen Soziologen eingehende Arbeitsanweisungen und widmet auch einen großen Teil seines Werkes „Contemporary Sociology“ der Darstellung von Forschungsmethoden. In großen Kapiteln besprechen Spezialforscher die ökologische, soziologische, sozialpsychologische und statistische Methode, und zwar meist die besten Vertreter der verschiedenen Gebiete, so daß sich ein Gegenwartsbild der amerikanischen Soziologie ergibt. Interessant ist der Nachdruck, den B. in der Einleitung auf die Notwendigkeit legt, Theorie und Faktenforschung fruchtbar zu verbinden. Daraus erklärt sich wohl auch die Anordnung des Buches, dessen Kapitel von den in den verschiedenen Gebieten gebräuchlichen Begriffen („concepts“) sprechen. So ist es sozusagen eine „round-table-conference“ zur Klärung dieser Begriffe.

Die Wandlung aber, von der wir in der Einleitung sprachen, wird deutlich sichtbar in den Büchern von Eubank und MacIver.

Aufschlußreich ist bei dem Buch von Eubank bereits die Widmung: „To the memory of Albion W. Small“, dem Theoretiker also. Eubank hat bereits in mehreren Artikeln die Wichtigkeit der begrifflichen Klärung, ja überhaupt den Wert logisch begrifflichen Denkens betont, das schließlich zu einem relativ einheitlichen System zu führen vermöge. Dieses Buch, das eine allgemeine Klassifikation der Hauptkategorien der Soziologie bringt, gliedert auch die Kapitel systematisch. Ohne wie Beckers „Systematic Sociology“, auf die erst im nächsten Heft eingehender hingewiesen werden kann, das gesamte Gebiet der Soziologie in ein System einzubauen, kann man dieses Werk doch als eine systematische Soziologie bezeichnen.

MacIver beginnt die Einleitung seines Buches mit einem Satz, den man drüben in der letzten Zeit selten las: This book presents a system of sociology“. Den behavioristisch Forschenden schickt er den Ruf entgegen. „It (Soziologie) deals with the inner phenomena of experience and not the outer phenomena of nature“, oder „manchmal möchte man glauben, daß es der Soziologie nur förderlich wäre, wenn ihre Bearbeiter endlich einmal vergessen könnten, daß es sich um eine ‚Wissenschaft‘ handelt“. In 4 großen Abschnitten analysiert und definiert M. — ohne die uns vertraute, amerikanische Realitätsfreude — soziologische Grundbegriffe und Zusammenhänge. Er hat ein besonders gutes Organ für strukturelle Schau und eine große Gabe, logisch klar zu gliedern, nicht immer zum Vorteil des psychologischen Eindringungsvermögens.

Ob die hier dargestellte Entwicklung der amerikanischen Soziologie zu einer Synthese der beiden Hauptströmungen oder zum Übergewicht einer über die andere führt, bleibt noch abzuwarten.

Margareta Lorke (Frankfurt a. M.).

Duncan, Hannibal Gerald, *Backgrounds for Sociology*. Marshall Jones Company. Boston 1931. (XX u. 831 S.; \$ 4.—)

Es ist das Ziel dieses Buches, dem soziologischen Unterricht an den amerikanischen Hochschulen zu dienen. Daraus erklärt sich die Anlage des Buches und die Art der Darstellung. Das gesamte Gebiet der soziologischen Probleme ist in den fünf Kapiteln: I. Einleitung, II. Bevölkerungsprobleme, III. Soziale Probleme und Verhältnisse, IV. Soziale Organisationen und V. Grundprinzipien der Soziologie angeschnitten. Es entspricht der Bestimmung des Buches, daß sein Autor nicht etwa versucht, eine eigene Theorie zu geben. Wohl scheinen einige Kapitel sein besonderes Spezialgebiet zu sein, wie die über Bevölkerungsprobleme, über Group Contacts und vor allem über Human Ecology and Social Control. Sonst gibt er aus anderen längeren Studien Zusammenfassungen oder Auszüge vieler Autoren, die er wertungsfrei seinen Schülern darbietet. Jeder Abschnitt bringt eine für uns sehr nützliche Bibliographie. Im ersten Kapitel ist eine kurze historische Entwicklung der Soziologie gegeben, bei der man mit Freude feststellt, daß die Soziologie gar nicht so jung ist wie ihre Gegner es häufig wollen. Soll sich doch schon Hammurabi (2124—2081 a. Chr. n.) für Soziologie interessiert haben!

Margareta Lorke (Frankfurt a. M.).

Organization of Research in the American Sociological Society.
Publication of the American Sociological Society, June 1932. (39 S.)

Diese Schrift enthält den Bericht einer Sonderkommission der amerikanischen Soziologischen Gesellschaft über die Forschungsarbeit, die in dieser Gesellschaft oder mit ihrer Hilfe geleistet wird. Da es sich um eine noch in der Entwicklung befindliche Wissenschaft handelt, hat die Kommission von einer Definition der Soziologie abgesehen und sich darauf beschränkt, alle Zweige soziologischer Forschung, die für die Förderung der Soziologie von Nutzen sind, kurz zu schildern und Pläne für eine fruchtbare Mithilfe der Gesellschaft bei der Arbeit zu unterbreiten.

Wichtiger als die Aufzählung der Institute, Forschungsgesellschaften, der Interessengebiete bei den Mitgliedern, der Publikationen und der Arbeiten auf Nachbargebieten ist der Nachdruck, der auf eine Zentralstelle für soziologische Arbeiten, ein „Clearing House“ gelegt wird, eine Einrichtung, die bei kooperativer Arbeit im Ausmaß der amerikanischen soziologischen Untersuchungen gewiß unentbehrlich ist. Die Gesellschaft möchte hier eine Stelle schaffen, in der alles Quellenmaterial zusammengetragen wird, in der alle früheren und laufenden Arbeiten hinterlegt und katalogisiert werden sollen und die gleichzeitig als zuverlässige bibliographische Informationsquelle und als Austauschdienst im Sinne fruchtbarer wissenschaftlicher Arbeitsteilung dienen kann.

Margareta Lorke (Frankfurt a. M.).

Endt, Piet, *Sociologie*. Wereldbibliotheek. Amsterdam 1931. (355 S.; Hfl. 3.50)

Im Anschluß an v. Wiese hat der holländische Autor den Versuch unternommen, neben einer sehr ausführlichen Darstellung der „Beziehungs-

lehre“ alle in der Gesellschaft denkbaren sozialen Beziehungen, Prozesse und Gebilde durch eine große Anzahl von Beispielen zu konkretisieren. Selbst ein hervorragender Schriftsteller und mit der Weltliteratur völlig vertraut, hat E. mit seiner Methode zahlreichen Begriffen (wie z. B. Vereinsamung, Toleranz, Leiden, Kompromiß, Nachahmung) einen lebendigen Inhalt verliehen, so daß er die sonst an der modernen soziologischen Wissenschaft häufig kritisierte allzu große Abstraktheit bis zu einem gewissen Grad überwindet. Es darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß die Beschreibung einer so großen Anzahl soziologischer und sozialpsychologischer Probleme notwendig zu einer Verflachung ihrer Behandlung führen muß. Dennoch ist diese Veröffentlichung im Hinblick auf die lebendige Darstellung sowohl als auch den in Holland vorhandenen Mangel an allgemein orientierendem soziologischem Material zu begrüßen.

Andries Sternheim (Genf).

Lenin, W. J., *Über den historischen Materialismus.* (Kleine Leninbibliothek, Band 6.) Verl. f. Literatur u. Politik. Berlin 1931. (105 S.; RM. 0.90)

Die ausführlichsten und wichtigsten Arbeiten des jungen Lenin über den historischen Materialismus aus dem Jahre 1894 wurden erst vor wenigen Jahren aus völliger Verschollenheit wieder aufgefunden und in russischer Sprache veröffentlicht. Sie sind in dem in deutscher Sprache vorliegenden Schrifttum über Lenin und seine Stellung zur marxistischen Methode bisher noch nirgends berücksichtigt.

Die beiden Hauptgegner Lenins in diesen Schriften sind einerseits der narodnikische Publizist Michailowski, andererseits der spätere „legale Marxist“ Peter Struve. Dieser letztere stand seinerseits damals ebenfalls in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Narodniktum, und es ist von höchstem Interesse zu verfolgen, mit welcher wachsenden Entschiedenheit sich Lenin in seiner Wiedergabe der scheinbar marxistischen Narodnikkritik Struves zugleich gegen die schon damals erkennbaren bürgerlichen Tendenzen in der Theorie des „nicht orthodoxen Marxisten“ Struve richtet, desselben, der noch vier Jahre später dazu berufen wurde, den Aufruf des Gründungsparteitages der russischen Sozialdemokratie zu verfassen und der heute ein Führer der reaktionären monarchistischen Emigration geworden ist. Lenin bekämpft schon im Jahre 1894 Struvestendenziell klassenlosen „Objektivismus“, seine Verwendung abstrakter statt historisch-konkreter Kategorien, seine Anerkennung einer „reinen Philosophie“, seine revisionistisch bürgerliche Auffassung des „Staats“ und insbesondere der staatlichen Bürokratie und seine ungenügende Bekämpfung der beiden narodnikischen Mythen von der geschichtlichen Mission der damaligen russischen „ständelosen Intelligenz“ und der sog. „Volksproduktion“.

Das eigentliche Hauptinteresse und in vielen Punkten eine für den Methodenstreit in der Soziologie gerade heute wieder unerhörte Aktualität besitzen die Argumente, mit denen Lenin die gewaltige Überlegenheit der marxistischen materialistischen Methode der Soziologie gegen den subjektiven und idealistischen Standpunkt Michailowskis geltend macht. Er

unterscheidet hierbei genau zwischen dem Wesen und der Funktion des „alten“ und des jetzt (1894) „modernen“ Narodniktums, von denen „jenes bis zu einem gewissen Grade eine harmonische Lehre war, die in einer Epoche entstand, als der Kapitalismus in Rußland noch höchst schwach entwickelt war“. Im scharfen Gegensatz zu diesem russischen „Bauernsozialismus“ der 70er Jahre, der „auf die Freiheit wegen ihrer Bürgerlichkeit pfiß“, die bürgerlichen Liberalen bekämpfte und „von einer Bauernrevolution träumte“, erscheint ihm die jetzige Narodniktheorie nur noch als ein ordinärer kleinbürgerlicher Liberalismus, getragen von jener angeblich „ständelosen Intelligenz“, die in Wirklichkeit eine bürgerliche Intelligenz war und nicht mehr den „unmittelbaren Produzenten“, der sich tendenziell bereits in gegensätzliche Klassen auflöste, sondern nur noch allgemein bürgerliche Interessen vertrat.

Karl Korsch (Berlin).

Psychologie.

Messer, August, *Sexualethik*. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H. Berlin 1931. (264 S., RM. 2.90)

M. legt zunächst die philosophischen Grundlagen der Sexualethik dar, die Bedeutung des Gewissens und der philosophischen Besinnung in Gewissenskonflikten. Gut ist nur eine Handlung, die nicht auf fremde Autorität hin (heteronom), sondern autonom „nach bestem Wissen und Gewissen“ erfolgt. Das Gewissen ist einer Vervollkommenung bedürftig. Man kann sich bei der Beurteilung einer Handlung nicht einfach auf die Natur berufen. Auch das böse Handeln entspringt menschlichem Streben. Dies ist sittlich gut, wenn es dem Rangverhältnis der in Frage kommenden Werte entspricht, und wenn der Mensch in seiner jeweiligen Lage den höchst möglichen Wert zu verwirklichen sich bemüht. Die Natur des Menschen ist nicht für alle Menschen gleich gegeben (z. B. anders für die Homosexuellen). Die Begriffe normal und abnorm sind doppeldeutig: so ist es das Gewöhnliche und insofern das Normale, daß der Jugendliche der Onanie „verfalle“ oder außerehelichen Geschlechtsverkehr habe. Damit ist dies aber noch nicht normal in dem Sinne, daß es sein soll. Die autonome Wertethik hat einen formalen Charakter, dagegen stelle die Kirche inhaltlich bestimmte Gebote und Verbote auf, wodurch gewisse Handlungen, z. B. die Verhinderung der Befruchtung, ausnahmslos schlecht sind. M. beschäftigt sich dann mit dem Freiheitsproblem. Für ihn reicht das Recht der Willensfreiheit soweit, als sie Ausdruck der natürlichen Zuversicht des wollenden Menschen ist, das, was er als Pflicht erlebt, auch bejahen und an seiner Verwirklichung arbeiten zu können. Der Mensch „spielt gleichsam verschiedene Rollen“. Es folgen kurze und recht klare Abschnitte über Physiologie, Hygiene und Psychologie des Geschlechtslebens. Der fünfte Teil setzt die Beziehungen des Geschlechtslebens mit der Sittlichkeit auseinander: Pädagogik des Totschweigens, Erziehung zum rechten Schamgefühl, Onanie und Ödipuskomplex, Geschlechtsnot der Jugendlichen, Enthaltsamkeit, Prostitution, Verhältnis, Flirt, Probe-ehe, Kameradschaftsehe, Wesen und Sinn der Ehe, Ehe zu dritt, Kinder-

zahl und Pflichten gegen die Kinder. Der letzte Abschnitt behandelt Geschlechtsleben und Recht.

Man kann sich bei vielen Abschnitten nicht des Eindrucks erwehren, daß M., bei allen Bestrebungen, die Kompliziertheit der Materie und damit die aus ihr entstehenden Wissenskonflikte zur Geltung zu bringen, an vielen alten Verurteilen hängen geblieben ist, daß er auch der modernen Psychologie — Freud ist ein eigener Abschnitt gewidmet — nicht entsprechend Rechnung getragen hat. So führt er scheues, egozentrisches Wesen, das den Entschluß zu einer Ehe erschwert, auf Onanie zurück und leitet daraus eine Schädlichkeit der Onanie ab, während er besser täte, die Onanie zurückzuführen auf die Unfähigkeit, aus sich heraus zu treten. Dadurch wird das Buch geeignet, bei Neurotischen Skrupel mit ihren schlimmen Folgen zu vertiefen, statt — wie es bestrebt ist — zu klären.

Karl Landauer (Frankfurt a. M.).

Lange-Eichbaum, W., *Das Genieproblem (Eine Einführung).* Ernst Reinhardt. München 1931. (128 S., br. RM. 2.80, geb. RM. 4.50)

Es handelt sich um eine Einführung in das grundlegende Werk des Verfassers „Genie, Irrsinn und Ruhm“. Niemals in der Geschichte verliert das Genie als Wertbegriff einen versteckt religiösen Beigeschmack für die Verehrergemeinde. Andere denken und fühlen der gleichen Persönlichkeit gegenüber gänzlich verschieden. Auch die Gefühlsrangerdnung des einzelnen ist in seinen verschiedenen Lebensaltern verschieden. Bei seinen Lebzeiten oft mißachtet oder gekreuzigt, wird der Mensch erst viel später zum Genie. Der einzelne und die Massen widersprechen sich in ihren Geniewertungen, aber erst Menschengruppen schaffen ihren Göttern den Respekt als Genie. Genie ist nichts Absolutes, sondern eine Wertung. Die Genußgröße ist an dieser Wertung das wichtigste Moment: ohne Leistung keine Wertung als Genie. Aber der Träger ist nicht immer die geistig schaffende Ursache der Leistung; nur an seinen Namen knüpft der Ursachentrieb der Menschheit das, was ihr behagt. Der große Staatsmann z. B. ist nur ein Faktor in einer riesigen soziologischen Kräftepyramide; Denksparsamkeit der Masse schüttet allen Ruhm auf den einen. Das Genie muß das Ideal des einzelnen und wenn möglich eines ganzen Volks als Gesamtbild repräsentieren. Der wahren Genußgröße entspricht der subjektive Genieakkord, das Gefühl von etwas Heiligem. Dieser wird in Anschluß an Otto psychelegisch weitgehend zergliedert. Den positiven Gefühlstönen der Überlegenheit, des Mitreißenden, des Lockenden, des Besonderen stehen negative gegenüber: das Genie muß unheimlich sein und leises Grauen erregen. Mit der Märtyrerkrene ums Haupt sieht der Verehrer sein Genie am liebsten. Daher auch der unheimliche Reiz des Geisteskranken, des Frühverstorbenen und des endlos Lebenden. Im Laufe der Jahrzehnte gesellt sich noch hinzu: der Ruhm als anerkanntes Genie, der Eindruck der geheiligten Unantastbarkeit. Ein solcher Akkord kann nicht plötzlich entstehen. Einer wird niemals von Anfang an als Genie gewertet oder gar als solches geboren. Genie ist ein soziologisch-religions-psychelegisches Endprodukt, das oft Jahrhunderte zum Entstehen nötig hat. Der zweite Hauptteil: Genie und Ruhm, rollt die ganze soziologische Seite des Problems auf: bei vielen Menschen bekannt sein ist noch nicht

Ruhm, ebensowenig wie Wirkung oder äußerer Erfolg. Sensation kann die Vorstufe zum Ruhm werden; aber der Blick muß haften bleiben. Es gibt auch negativen Ruhm. Ruhm ist ein erreichter Zustand, indem zahlreiche Menschen jemand als gefühlsmäßig stark eindrucksvoll bei sich erleben. Genieruhm ist eine engere Unterform des positiven Ruhms. Es gibt keine verkannten oder noch unbekannten Genies, erst der mystische Ruhm macht Menschen, meist Hochtalente, zum Genie.

Wir haben diese ersten Teile, die das Originelle der Konzeption von L. bringen, ausführlicher besprochen. Aus ihnen ergibt sich das Spätere über Genie und Begabung, Genie und Irrsinn, Genie und Kultur, wozu L. auch noch gute und manche neue Einzelheiten bringt. Das Bedeutungsvolle an seinem Werke ist, daß er das Genieproblem aus dem Bereiche der nur biologisch-medizinischen Betrachtung löst und das soziologische Problem in seiner Bedeutung charakterisiert. In dem kleinen und sehr klar geschriebenen Buch findet sich ein geradezu erstaunliches Wissen und massenhaftes einwandfreies Material. Diesen Vorzügen gegenüber fällt es nicht in die Wage, daß man in einzelnen psychologischen Fragen anders sehen mag als L.

Karl Landauer (Frankfurt a. M.).

Künkel, Fritz, *Charakter, Liebe und Ehe*. S. Hirzel. Leipzig 1932. (179 S.; geb. RM. 8.—)

Dieses Buch erfüllt in keiner Weise die Aufgabe, die der Autor sich gesetzt hat, im Rahmen einer angewandten Charakterkunde eine allgemeinverständliche wissenschaftliche Darstellung zu geben über „Die Liebe als Wechselwirkung zwischen Mann und Frau“, „Die Ehe als Wechselwirkung zwischen Paar und Gesellschaft“ und beider Grundlagen und Folgerungen; und es kann diese Aufgabe auch grundsätzlich nicht erfüllen, weil K. mit der final gerichteten und ethisierenden Betrachtungsweise der Individualpsychologie, ja mit der Voreingenommenheit verkappt theologischer Fragestellungen an die einschlägigen psychologischen, biologischen und soziologischen Probleme herangeht.

Eine eigene und eigenbrödlische Nomenklatur steht an Stelle neuer Einsichten; so stellt K. der idealistischen und materialistischen seine dialektische Geschichtsauffassung gegenüber, und die marxistische Denkweise ist ihm „nicht dialektisch genug“. Die Menschheit durchläuft nach ihm eine „GrundEinstellung in der Frühzeit als ursprüngliche Wirhaftigkeit“, sodann als „Merkmal der wachen Kultur“ das Stadium der „Ichhaftigkeit“, um schließlich zur zukünftigen „kulturellen Wirhaftigkeit“ zu kommen, deren Ausdruck im Bereich der Geschlechtsbeziehungen „die monogame Polarität zwischen je zwei“ — „verantwortungs“bewußten — „gleichberechtigten Werkträgen“ sein wird. Die psychoanalytischen Einsichten über die menschlichen Liebesbeziehungen lehnt Verf. ab, weil dort „der Begriff der Verantwortung“ fehle; er erwähnt und bekämpft zwar Freuds Lehre vom Ich und vom Es als Teilen der menschlichen Psyche, übersieht aber das Überich (Idealich), nach Freud die Repräsentanz „des Höheren, Moralischen, Überpersönlichen im Menschen“.

Frieda Fromm-Reichmann (Heidelberg)

Sir Galahad, *Mütter und Amazonen. Umriß weiblicher Reiche.* Albert Langen. München 1932. (305 S.; RM. 11.50)

Die Verfasserin will in diesem Buch eine „erste weibliche Kulturgeschichte“, einen „Umriß weiblicher Reiche“ geben. Unter Zugrundelegung der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung, vor allem von Bachofen, Briffault, Frobenius, aber auch vieler anderer, will sie ein zusammenfassendes Bild jener Gesellschaften geben, in denen die Frau mehr oder weniger ausschließlich herrschte und mütterliche Züge die Kultur bestimmten. Es wird zunächst eine schöne Darstellung der Bachofenschen Theorie und speziell seiner Symboldeutung gegeben, dann werden die verschiedenen Kulturen behandelt, von denen mutterrechtliche Züge bekannt sind (besonders ausführlich hierbei Nordamerika, Mittel- und Südamerika, Afrika, Ägypten). Endlich wird eine kritische Darstellung der verschiedenen Theorien über das Mutterrecht gegeben, der am Ende die kurze Darstellung des Amazonenproblems folgt.

Inwieweit im einzelnen das von der Verf. herangezogene Material wissenschaftlich gesichert ist, kann der Ref. nicht entscheiden. Es kommt bei diesem Werke wohl auch weniger auf die Richtigkeit von Einzelheiten an als darauf, daß in einer sehr geistreichen, graziösen und lebendigen Weise dem Leser ein Bild der viel vernachlässigten mütterlichen Elemente der Kultur gegeben wird, wobei die Verfasserin sich durch ein feines Verständnis für Unbewußtes und Symbolik als besonders geeignet für diese Aufgabe erweist.

Obwohl die Verf. am Schlusse erklärt, daß von einer „Wiederkehr des Gleichen“ in der Geschichte keine Rede sein könne, ist sie durchaus undialektische Romantikerin, und ihre Polemik gegen den historischen Materialismus, den sie mit dem bürgerlichen Rationalismus verwechselt, ist oberflächlich.

Erich Fromm (Berlin)

Fenichel, Otto, *Perversion, Psychosen, Charakterstörungen.* (218 S., br. RM. 8.—, geb. RM. 10.—)

Fenichel, Otto, *Hysterien und Zwangsneurosen.* (123 S., br. RM. 7.—, geb. RM. 8.—). Beide Intern. Psychoanalytischer Verl. Wien 1931.

Die beiden Werke des erfahrenen Psychoanalytikers stellen zusammen eine „psychoanalytisch spezielle Neurosenlehre“ dar, wie der Untertitel lautet. Sie zeigen, wieviel ernste klinische Beobachtungen von Freud und seiner Schule geleistet worden sind, da zum ersten Male die ganze heute nur noch schwer überschaubare Literatur in mustergültiger Weise verarbeitet wurde. Keiner, der sich eingehend mit der Psychoanalyse befaßt, kann an diesen Schriften vorbeigehen. Karl Landauer (Frankfurt a. M.).

Dorer, Maria, *Historische Grundlagen der Psychoanalyse.* Felix Meiner. Leipzig 1932. (184 S.; RM. 6.—, geb. RM. 8.—)

Die Arbeit unternimmt den Versuch einer geistesgeschichtlichen Einordnung der Freudschen Theorie durch den Nachweis der geistigen Einflüsse, die auf Freud eingewirkt haben. Es werden zunächst die psychologischen Grundbegriffe Freuds an Hand seiner — vor allem früheren — Schriften herausgearbeitet, dann versucht, ein Bild der wissenschaftlichen

Persönlichkeit Freuds, der wissenschaftlichen Welt Wiens 1870—1900 und speziell von Freuds Lehrern und Freunden zu geben. Die Verf. kommt zu folgendem Resultat: „Das wichtigste Resultat . . . läßt sich . . . dahin formulieren, daß zwischen der Psychologie Freuds und jener Herbarts tatsächlich ein konkreter, ein realer Zusammenhang besteht. Und zwar geht die historische Linie, schematisch gesprochen, von Herbart über Griesinger zu Meynert, von Meynert aber zu Freud“ (S. 170).

So wichtig die Fragestellung, von der die Arbeit ausgeht, ist und so gründlich und korrekt auch vorgegangen wird, so kann das Ergebnis im ganzen doch nicht überzeugen; es erscheint zu sehr aus einzelnen Äußerungen konstruiert und zu wenig die großen Zusammenhänge berücksichtigend.

Erich Fromm (Berlin).

Young, Kimball, *Social Psychology. An Analysis of Social Behavior.* F. S. Crofts & Co. New York 1930. (XVII u. 674 S.)

Ders., *Source Book for Social Psychology.* F. S. Crofts & Co. New York 1931. (872 S.)

Der Standpunkt, den der Autor selbst in der psychologischen Arbeit vertritt, ist nicht leicht ersichtlich. Einige seiner Ansätze bedeuten eine Loslösung von der allgemeinen Selbweise der Behavioristen, so z. B. wenn er betont, daß die Gruppe vom sozialpsychologischen Standpunkt aus vor dem Individuum da ist, oder wenn er die Gruppen charakterisiert als „we-group“ im Gegensatz zu „others-group“. Andererseits verläßt er sich in der Psychologie des Einzelmenschen völlig auf behavioristische Arbeiten. Er zieht z. B. zur Charakterisierung des Gruppenlebens bei den Tieren die „Intelligenzprüfungen an Menschenaffen“ von W. Köhler heran, bei dem Kapitel über Intelligenz berücksichtigt er diese Arbeit und andere Untersuchungen wie z. B. W. Sterns überhaupt nicht. Er erklärt selbst, daß er den behavioristischen Ansatz für gesund hält, daß man aber in den Gebieten, wo der Behaviorismus noch nicht gearbeitet hat: „in dealing with internal aspects of behavior“ die Terminologie der älteren Psychologie benutzen muß. — Die Literaturangaben machen keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sollen anregend wirken. Die Auswahl ist davon beeinflußt, ob ein Buch in englischer Sprache geschrieben oder in diese Sprache übersetzt ist.

Das Source Book zerfällt in 6 Hauptteile. 1. Grundzüge des sozialen Verhaltens, 2. Die psychologischen Grundlagen des sozialen Verhaltens, 3. Persönlichkeit und Verhalten, 4. Soziale Haltungen (attitudes) und die Umgebung des Subjekts, 5. Führerschaft und Prestige im sozialen Verhalten, 6. Kollektives Verhalten (Charakteristiken des Gruppenverhaltens, der Zuhörerschaft, geistiger Epidemien, der Natur der öffentlichen Meinung, der Organe der öffentlichen Meinung).

Jedem Kapitel geht eine kurze Einleitung voraus, die eine Einführung in die Problemlage gibt. Dann folgt eine kurze Kennzeichnung der in der Materialsammlung dargebotenen Einzelarbeiten, aus denen der Standpunkt und die Denkweise des jeweiligen Verfassers hervorgehen.

Material ist aus den verschiedensten Gebieten zusammengetragen: Tierpsychologie, Psychiatrie, Physiologie und angewandte Psychologie

sind durch Arbeiten von Forschern wie Kretschmer, McDougall, Watson, Bleuler, W. Köhler, Stanley Hall vertreten.

Die Einteilung der Social Psychology entspricht der des Source Book nicht völlig. Am Ende jedes Kapitels ist dort auf die zugehörigen Stellen des Source Books hingewiesen. Es werden Fragen angefügt, die tiefer in die Materie hineinführen sollen.

Susanne Liebmann (Berlin).

Kraus, Siegfried, *Bedürfnis und Befriedigung. Eine Untersuchung über die Hintergrundmächte der Gesellschaft.* Julius Springer. Wien 1931. (XI u. 109 S.; RM. 7.50)

Der Verfasser der vorliegenden sozialphilosophischen Arbeit unternimmt es, das Phänomen „Bedürfnis“ nach seiner strukturellen Konstitution und dynamischen Funktion zu analysieren. Er nimmt damit den Faden der seit August Dörings „Philosophischer Güterlehre“ (1888) vernachlässigten Theorie des Bedürfnisses wieder auf. K. führt die Analyse auf der einen Seite bis zu den erkenntnistheoretischen Elementen der Subjektskonstitution fort, auf der andern bis zu den „metaphysischen Wesenheiten“, die er am Horizonte des Bedürfniskreises als Grenzphänomene existierend annimmt. Das Bedürfnis wird als komplexe Einheit von Wollen, Fühlen, Denken und zentralem Ichbewußtsein aufgezeigt, seine Dynamik als ineinandergreifende Abfolge von Transformationsakten (vages Begehren—Affektstauung—Planbildung—Vorstellungsformung und Logisierung) nachgezeichnet. Neben dieser detaillierten Phänomenologie des Bedürfnisses nimmt sich die lediglich auf die Darstellung von Ersatzbefriedigungen beschränkte Behandlung der „Verwirklichungstechnik“ sehr kärglich aus. Im kritischen Teil wirft K. Marx eine zu enge („vorkritische“) Fassung der Bedingungs-gesamtheit menschlicher Handlungen und Bedürfnisse vor, die zur Verabsolutierung eines einzigen Faktors, des umweltlichen, führe. Zur „Umwelt“ des Individuums aber rechnet K. nicht nur den menschlichen Leib, sondern auch alle „vorstellungsmäßigen Bestandteile des Bewußtseins“, während „das Individuum“ für ihn identisch ist mit einem bloß willensmäßigen, denkfähigen Ichkern. Nach einer solchen Begriffsbestimmung gelangt er dann zum ebenso naheliegenden wie unsinnigen Schluß, daß der Mensch ein „von der Umwelt wesentlich unabhängiger Erzeuger seiner Taten“ sei.

A. F. Westermann (Frankfurt M.).

Urbchat, Fritz, *Das Seelenleben des kaufmännisch-tätigen Jugendlichen.* J. Beltz. Langensalza 1932. (80 S.; RM. 2.50)

Die Stellung des jugendlichen Angestellten — im Milieu ostpreußischer Mittelstädte — zu seinem Beruf sowie seine Gestaltung der Freizeit ist das Objekt der Untersuchung. Als Forschungsmethode dienten Lehrgespräche zwischen Lehrer und Schülern der Berufsschule mit anschließenden schriftlichen Darlegungen der Schüler; Spontanberichte, persönliche Beobachtungen des Lehrers in der Schule und in gemeinsam verbrachter Freizeit traten zur Ergänzung hinzu. 466 Schüler und Schülerinnen waren die Versuchspersonen, aus deren Aussagen über Berufswahl, Berufserleben

und -wünschen Beispiele gebracht werden. Auffallend stark tritt der den Jugendlichen selbst bewußte Einfluß von Kindheitserlebnissen, Kinderspielen und frühesten Berufswünschen bei der späteren Berufswahl in Erscheinung. Klagen über Mangel an Freizeit, die von der Mehrzahl der jungen Angestellten erhoben werden, führt der Verf. wohl unberechtigt auf die besondere Situation der Kleinstadt zurück. — Statt bisweilen recht lebensfremde Anforderungen an die Jugendlichen zu stellen, hätte U. die gesammelten, z. T. wertvollen Aussagen im Zusammenhang mit dem wirklichen Leben der Angestellten beurteilen müssen.

Hilde Weiß (Frankfurt a. M.).

Geschichte.

Steinhausen, Georg, *Deutsche Geistes- und Kulturgeschichte von 1870 bis zur Gegenwart.* M. Niemeyer. Halle (Saale) 1931. (512 S.; geh. RM. 12.—, geb. RM. 14.—)

Das Werk ruht auf der These, daß Vorkriegszeit und Nachkriegszeit „trotz dem Einschnitt durch Weltkrieg und Staatsumwälzung eng zusammenhängen“, ja daß die letzten sechzig Jahre im Grunde eine einheitliche und geschlossene Epoche darstellen. Von dieser Überzeugung her verschiebt sich für den Verf. die Aufgabe: er bemüht sich nicht eigentlich um eine „Geschichte“, d. h. um eine Darstellung des Werdens und des Wandels der deutschen Kultur in dieser Zeit — dazu finden sich nur Ansätze —, sein Interesse ist auf Analyse eines statisch Gegebenen gerichtet, sein eigentliches Ziel ist, den Zeitraum „von der tieferen, von der geistigen Seite zu deuten“. Aber die Analyse vermag nicht den in Fülle gebotenen Stoff zu durchdringen: dazu fehlt es ihr an einer einheitlichen, theoretisch geklärten, soziologisch und sozialpsychologisch fundierten Untersuchungsmethode; die „Deutung“ des Objekts wird mit Hilfe einiger populär-idealistischer Kategorien vollzogen; die Zeit von 1870 bis zur Gegenwart ist ein „Übergangszeitalter“, in dem „Materialismus“ und „Egoismus“ um sich greifen, dem die „großen Ideen“ fehlen und vor allem die „genialen Persönlichkeiten heroisch-dämonischen Charakters“. Dabei ist trotz aller Mängel im Grundsätzlichen das Einzelurteil des Verf. nicht ohne Wert oder zum mindesten Interesse: St. durchmustert die Erscheinungen der Zeit mit ehrlicher, oft eigenwilliger Unabhängigkeit und mit Achtung gebietendem Ernst — nur verschwindet immer wieder hinter dem nach sittlichen Maßstäben und oft in sittlichem Zorn wertenden und verurteilenden Prediger der erklärende und verknüpfende Historiker, den man in diesem Buche eigentlich sucht.

Wilhelm Mackauer (Frankfurt a. M.).

Mehring, Franz, *Zur Deutschen Geschichte. Gesammelte Schriften und Aufsätze,* hrsg. von Eduard Fuchs. Soziologische Verlagsanstalt. Berlin 1931. (500 S.; RM. 8.50)

Der vorliegende Band der Mehring-Gesamtausgabe enthält vor allem: 1. „Die Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters“, ein „Leit-

faden für Lehrende und Lernende“ offensichtlich stark an pädagogischen Zwecken orientiert, die aus anderen Schriften M.s bekannten Analysen zu einer Gesamtdarstellung zusammenfassend; kleinere Aufsätze über 2. „Ullrich von Hutten, 3. „Etwas über große Männer, Martin Luther“ und 4. „Gustav Adolf, ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutzen der deutschen Arbeiter“ enthüllen die Klassenbeziehungen der Reformationsepoche. Eine Reihe von Aufsätzen, die M. als Einleitung zu „Aus der neuen Rheinischen Zeitung“ in seiner Ausgabe des literarischen Nachlasses von Marx, Engels, Lassalle und im „Wahren Jakob“ veröffentlicht hat, sind zu einer Darstellung der 5. „Revolution und Gegenrevolution 1848—1849“ zusammengefaßt. Gegen 6. „Bürgerliche Geschichtsschreiber“ richten sich eine Reihe weiterer Aufsätze.

Der Band ist von Eduard Fuchs und Jean Romein, Amsterdam, sorgfältig herausgegeben und mit Anmerkungen versehen. Die Einleitung Ludwig Pollnaus ist reich an wertvollen Hinweisen und Polemiken mit Dopsch und Cunow über den Urkommunismus, mit Veit Valentin über das Verhältnis von Bourgeoisie und Proletariat in der Revolution von 1848.

Es kann unsere Aufgabe nicht sein, in diesem Rahmen eine Untersuchung der Methode M.s als Historiker vorzunehmen. Trotz einiger Mängel bestätigt auch dieser Band wiederum, daß M. von allen deutschen „orthodoxen Marxisten“ der Vorkriegszeit die marxistische Methode am vollkommensten handhabte, und jeder Versuch in dieser Richtung wird an ihn anknüpfen müssen, freilich nicht ohne die Polemiken Reimanns und Polnaus zu berücksichtigen.

Josef Doppler (Prag).

Karl Marx/Friedrich Engels, *Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels 1868—1883*. (Historisch-kritische Gesamtausgabe. Hrsg. v. V. Adoratskij. III. Abteilung, Band 4). Marx-Engels-Verlag. Berlin 1931. (XVI u. 759 S.; RM. 15.—)

Nunmehr liegt der letzte Band des Briefwechsels zwischen Marx und Engels, mit einem Abteilungsregister der vier Bände, vor. Er erstreckt sich über die Jahre 1868—1883, über eine Zeitspanne, auf die zutrifft, was Lenin sagt, daß sich in ihr „die Arbeiterklasse von der bürgerlichen Demokratie löst, in der eine selbständige Arbeiterbewegung entsteht, in der die Grundlagen der proletarischen Taktik und Politik ausgearbeitet wurden“. Demgemäß nehmen die Probleme der Arbeiterklasse und ihrer Politik in der Erörterung der Briefschreiber einen breiten Raum ein. Die Ausführlichkeit der Darlegungen wird vor allem durch den äußeren Umstand begünstigt, daß bis zum Jahre 1870 E. in Manchester, M. in London wohnen. Es wird Stellung genommen zu den Arbeiterbewegungen der meisten europäischen Länder und Nordamerikas und zu den Problemen der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Die deutsche Arbeiterbewegung, vor allem ihre beiden Führer, Liebknecht und Schweitzer, werden eingehend behandelt, und die Schärfe der Kritik an ihnen weist darauf hin, welche besondere Wichtigkeit M. und E. gerade der Entwicklung in Deutschland beilegen. In diese Zeit fallen ferner die Auseinandersetzungen über die Probleme der politischen Ökonomie. Besonders hingewiesen sei auf die Briefe M.s vom 22., 26. und 30. April 1868, in denen er das Verhältnis zwischen Profitrate und Geldwert

erörtert. Im letzten entwickelt er den Aufbau des dritten Teils des „Kapitals“. Nach 1870 tritt die Behandlung der Probleme der politischen Ökonomie etwas zurück zugunsten der Probleme der Dialektik in der Natur und der dialektischen Naturwissenschaft. Hierfür ist vor allem der Brief E.s vom 30. Mai 1873 wichtig.

Neben den sachlichen Fragen findet sich in diesen persönlichen Briefen vieles, was über die privaten Verhältnisse der Briefschreiber Auskunft gibt.

Diese neue Ausgabe des Briefwechsels ist gegenüber der Ausgabe der deutschen Sozialdemokratie vom Jahre 1913 um 47 neue Briefe vermehrt worden; ferner sind alle Streichungen der alten Ausgabe beseitigt worden. So liegt denn der Briefwechsel der Jahre 1868—1883, soweit er erhalten ist, in 1569 Nummern in einer musterhaften Ausgabe vollständig vor.

W. Gollub (Frankfurt a. M.).

Young, Pauline V., *The Pilgrims of Russian Town. The University of Chicago Press. Chicago 1932. (296 S.; \$ 3.—)*

Zu diesem Buch, das die Geschichte einer russischen Sekte, der Molokans, die vor etwa 25 Jahren nach Kalifornien wanderten, aus wirklich intimer Nähe schildert, hat Robert E. Park als Einleitung eine eindringliche und schöne Analyse der Wesenszüge einer Sekte überhaupt geschrieben.

Frau Young widmete 5 Jahre dem intensiven Studium dieser Sekte. Sie hatte das Glück, einen besonders fruchtbaren Moment (vom Standpunkt soziologischer Erkenntnisse) zu erfassen. Die Molokans, Bewohner des russischen Landes, durch gemeinsame Leiden und einen gemeinsamen Glauben fest zusammengefügt, wandern von stillen Dörfern des Kaukasus in eine der unruhvollsten, von modernem Leben pulsierenden Städte Amerikas aus. Auch hier bewahrt die alte Gruppe, nachbarschaftlich von der Umwelt abgeschlossen, die Tradition (religiös kommunistischer Art) der Bruderschaft, die Riten ihrer Sekte. Die Einflüsse des fremden Lebens aber lassen sich durch keinen noch so hohen Damm zurückhalten. Konfliktstoff genug, der besonders durch die jüngeren Generationen, die vielfache Berührungspunkte mit der Umwelt haben, herangetragen wird. Young schildert den Wandel der Einstellungen, die Auflockerung der Gemeinschaft, den Kampf der Festgefühten gegen die desintegrierenden Einflüsse. Obwohl sie nur schlicht beschreibend diesen einen Fall der Entwicklung einer verpflanzten Sekte darstellt, ist ihr Buch mehr als eine bloße Geschichte der Molokans: es gewährt soziologische und sozialpsychologische Einsichten, von denen wir leicht zu Hypothesen über die Entwicklung von Sekten überhaupt kommen können. Das Buch ist fesselnd geschrieben und enthält eine reiche Bibliographie über das behandelte Gebiet.

Margareta Lorke (Frankfurt a. M.).

McGee, John Edwin, *A Crusade for Humanity. The History of Organized Positivism in England. Watts & Co. London 1931. (234 S., sh. 21.—).*

Comte hat im „Système de politique positive“ und im „Catéchisme“ ein System der Humanitätsreligion ausgearbeitet, in deren Mittelpunkt die

humanité stand, deren Priesterschaft sich aus den Intellektuellen zusammensetzen sollte und als deren Oberpriester er sich selbst betrachtete. Der Gottesdienst bestand aus kultischen Handlungen zu Ehren der Humanität und ihrer Vertreter (die auch den neuen Monaten die Namen gaben) und aus wissenschaftlichen Aufklärungsvorträgen.

In England gründete Richard Congreve die erste positivistische Gemeinde, von der sich 1878 eine andere Gruppe unter der Führung von Frederic Harrison, John Henry Bridges und Edward Spencer Beesly abspaltete. McGee berichtet die Geschichte dieser zwei Londoner Gruppen und der in der Provinz gegründeten Zweigvereine. Er schildert ihren Aufstieg und Niedergang bis in unsere Tage, in denen nur noch eine ganz kleine Sekte unter Führung von T. S. Lascelles in London existiert. Die Bewegung, deren Anhängerschaft immer klein war, hat durch ihre Führer in der Presse zu den großen politischen Fragen Stellung genommen. McGee hält die unpolitisch-wissenschaftliche Einstellung der Führer für eine Hauptursache ihrer Unpopularität, glaubt jedoch, daß sie auch zur Versöhnung der politischen Gegensätze in England beigetragen habe. — Eine Bibliographie von 487 Nummern beschließt das Buch.

McGee behandelt seinen Gegenstand rein historisch, schildert Neuerungen im Ritus, Episoden aus dem Leben der Führer und ihre — übrigens wirkungslose — Stellung zu politischen Fragen. Er vermittelt weder einen Einblick in das Wesen einer wissenschaftlichen Sekte noch in die Verarbeitung positivistischer Gedanken in England. So bleibt seine Arbeit im rein Historischen stecken, ohne zu größeren Zusammenhängen durchzudringen.

Hans Resenhaupt (Mainz).

International Migrations. Volume I: Statistics. *Compiled on behalf of the International Labour Office, Geneva, with Introduction and Notes by Imre Ferenczi and edited on behalf of the National Bureau of Economic Research by Walter F. Willcox. National Bureau of Economic Research, New York 1929. (1112 S.; \$ 10.—)*

Volume II: Interpretations. *By a group of scholars in different countries. Edited on behalf of the National Bureau of Economic Research by Walter F. Willcox. National Bureau of Economic Research. New York 1931. (715 S.; \$ 7.—)*

Das vorliegende Werk, das von amerikanischer Seite angeregt und finanziert, vom Internationalen Arbeitsamt unter der Leitung Ferenczis durchgeführt worden ist, wird wohl allen künftigen Arbeiten auf dem Gebiet der Wanderungsfrage als Grundlage, mindestens aber als unentbehrliches Hilfsmittel dienen. Der erste Band enthält in einer von privater Seite nie zu erreichenden großartigen Vollständigkeit alle verfügbaren Statistiken über internationale Wanderungen, und zwar nicht nur über die des 19. und 20. Jahrhunderts, sondern auch über alle weiter zurückliegenden, soweit sich, und sei es auch mit größter Mühe, darüber Material finden ließ. Der erste, von Ferenczi gründlich kommentierte Hauptteil behandelt die proletarischen Massenwanderungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Der gewaltige

zweite Teil bringt ausschließlich statistische Tabellen über die internationalen Wanderungen. Literaturverzeichnis und ausführlicher Index erhöhen die Brauchbarkeit des Riesenwerkes.

Der zwei Jahre später erschienene zweite Band enthält, abgesehen von einer gründlichen und interessanten Studie von Willcox über Vermehrung und Verteilung der Erdbevölkerung seit 1650, eine ganze Reihe von Aufsätzen, die von Fachleuten — und zwar meistens Statistikern — der verschiedenen Länder stammen. Sieben Beiträge kommen aus Einwanderungsländern. Sie beschränken sich fast alle auf eine Erläuterung der statistischen Daten und der Einwanderungsgesetze. Trotzdem enthalten manche, wie z. B. die Beiträge über Australien und Neuseeland, auch für den soziologisch und politisch interessierten Leser viel Wertvolles, sofern er zwischen den Zeilen zu lesen weiß. Die Beiträge aus den Emigrationsländern sind im allgemeinen viel ausführlicher. Für Deutschland berichtet der Statistiker Dr. Burgdörfer; über die Auswanderung aus der österreichischen Hälfte der früheren Doppelmonarchie schreibt Dr. Klezl, über ungarische Wanderungen Dr. Thirring. Besonders bemerkenswert ist der sehr umfangreiche Aufsatz des Sowjet-Statistikers V. V. Obolensky-Ossinsky über russische Ein- und Auswanderung; der Verfasser geht auch ausführlich auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Hintergründe der Massenauswanderung aus Rußland ein, wobei er alle Sünden des Zarismus stark herausstreicht. Sehr interessant und bei aller Zurückhaltung des Verfassers doch durch die mitgeteilten Daten erschütternd ist der Aufsatz des Genfer Professors L. Hersch über jüdische Wanderungen.

Die Knappheit des Raumes erlaubt nicht eine Würdigung der Arbeiten im einzelnen; doch sollen wenigstens alle an der Wanderungsfrage Interessierten auf dieses großartige Sammelwerk hingewiesen sein.

Arthur Prinz (Berlin).

Bott, Alan, *Our Fathers (1870—1900)*. William Heinemann Ltd. London 1931. (249 S.; sh. 8/6)

Bott unternimmt den neuartigen, reizvollen Versuch, die spätviktorianische Zeit in einem Bilderquerschnitt widerzuspiegeln. Er zeigt aus einem Material von hunderttausend zeitgenössischen Magazinillustrationen — Vorläufern der Photographie — ausgesuchte Bilder, durch kurze Texte und Abhandlungen nach Originalquellen erläutert. So ist ein Sammelwerk von ungewöhnlich buntem Inhalt entstanden, das uns rasch und eindringlich aufschlußreiche Eindrücke aus dem gesellschaftlichen Leben, aus Politik und Krieg, aus den Anfängen der Technik und des Sports vermittelt.

Nicht ohne Schauern erleben wir die Auferstehung der gespenstischen Welt unserer Väter, ein surrealistisches Panoptikum. In Gehrock und Zylinder — der adäquaten viktorianischen Kleidung, die im Buch stets wiederkehrt — verläßt General Gordon London, auf dem nächsten Bild sehen wir schon, wie sein Kopf von schwarzen Scheusälern dem Sudanfürsten Slatin Pasha überbracht wird. Der besiegte Asbanti-König küßt den Fuß des auf einer Bühne steif thronenden Gouverneurs, der Prince of Wales umtanzt im Schottenröckchen fackelschwingend, die Kadaver erbeuteter Hirsche, die

Aristokratie feiert im Takt des Galopps die Eroberung Indiens und die Niederrückung Ägyptens, zur selben Zeit werden die indischen Aufrührer hingerichtet und niedergemacht, in London kommen die erbeuteten Kunstschatze zur Auktion. Ein Aufruhr des Mobs wird auf der gleichen Seite vorgeführt, auf der die siegreiche Hilfspolizei im Bilde paradiert. Vom spanisch-amerikanischen Krieg sehen wir zwar nur die Zeichnung von Kriegsanleihe an New Yorker Bankschaltern, dafür sind aber die englischen Kolonialfeldzüge um so breiter dargestellt. Endlich nehmen Sportbilder einen breiten Raum ein, auf denen der Sport in seinen Anfängen als unheimlicher Höllenspuk erscheint.

Es ist nicht möglich, in dieser Anzeige einen Begriff von dem reichhaltigen Inhalt des Buches zu geben. Es sei wegen seines umfassenden Anschauungsmaterials jedem empfohlen, der sich über die sozialen und politischen Zustände des Spätviktorianismus aus einer ungetrübten Originalquelle unterrichten will.

Ludwig Carls (Berlin).

Spiegel, Käthe, Kulturgeschichtliche Grundlagen der amerikanischen Revolution. R. Oldenbourg. München und Berlin 1931. (X u. 214 S., br. RM. 10.—)

Die Frage des Grundes der Loslösung der amerikanischen Kolonien vom englischen Mutterlande wurde in der deutschen wissenschaftlichen Literatur bisher stiefmütterlich behandelt. Sie ist sehr interessant, da sie zu dem Probleme der gewaltigen Triebkräfte, die die heutigen Vereinigten Staaten entstehen ließen, hinleitet. Eine Studie darüber ist deshalb sehr zu begrüßen.

K. Sp. ist Anhängerin der kulturhistorischen Schule in der Geschichtswissenschaft. Dem entspricht die Gliederung der Arbeit. Der erste Abschnitt behandelt die geo- und demographischen Grundlagen. Daran schließt sich eine Erörterung der Eigenheiten der geistigen Entwicklung, die von England hinweg führten. Dabei stellt Verf. das religiöse Leben in den Vordergrund. Der dritte Abschnitt befaßt sich mit der Herausbildung eines eigenen öffentlichen Rechtes und erst der letzte mit der Wirtschaftsentwicklung. Schon diese Anordnung zeigt, daß die Verf. den geistigen Momenten eine größere Bedeutung als den materiellen zuweist und zwischen beiden nur einen lockeren Zusammenhang sieht. Gerade für diese Epoche der Geschichte liegt aber die Bedeutung der ökonomischen Kräfte besonders klar zutage. Es sei nur an die Emanzipationsbestrebungen der sich bildenden amerikanischen Industrie, an die Verschuldung des südlichen Großgrundbesitzes an England und an die englische Handelspolitik, die die Verf. ja auch erwähnt, erinnert. Die Blickrichtung der Verf. führt zu Verzeichnungen des Bildes. Sie sind um so bedauerlicher, als das Buch viele wertvolle Einblicke in die Struktur des kolonialen Nordamerika gibt.

Arvid Harnack (Berlin).

Hasebroek, Johann, Griechische Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte bis zur Perserzeit. J. C. B. Mohr. Tübingen 1931. (XV u. 296 S.; RM. 13.—, geb. RM. 16.—)

Berve, Helmut, *Griechische Geschichte. 1. Hälfte: Von den Anfängen bis Perikles*. Herder. Freiburg 1931. (VIII u. 308 S.; RM. 7.50, geb. RM. 9.50)

Vogt, Joseph, *Römische Geschichte. 1. Hälfte: Die römische Republik*. Herder. Freiburg 1932. (350 S.; RM. 9.—, geb. RM. 11.—)

Wolf, Julius, *Römische Geschichte. 2. Hälfte: Die römische Kaiserzeit*. Herder. Freiburg 1932. (VIII u. 286 S.; RM. 6.70, geb. RM. 8.50)

Gegenüber Ed. Meyers und Pöhlmanns modernisierender Umdeutung altgriechischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse tritt Hasebrock auf die Seite von K. Bücher und Max Weber und sucht die grundsätzliche Andersartigkeit der antiken Kultur und ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zu erweisen. So sehr es den Soziologen freuen wird, daß hier ein zünftiger Historiker für die von seiner Wissenschaft lange übersehenen Ergebnisse soziologischer Forschung eintritt und darüber hinaus soziologische Methode und Fragestellung für sein Fachgebiet nutzbar machen will — er wird sich nicht verhehlen können, daß dieser Versuch wenig geeignet ist, für die Zusammenarbeit beider Wissenschaften zu werben: H. überspitzt seine Thesen so stark, daß er bei seinen Beweisen offenkundig mit Material und Logik in Konflikt gerät. Auch gelingt es ihm trotz aller Retuschen nicht, ein wirklich klares Gesamtbild frühgriechischer Verhältnisse zu entwerfen. Im übrigen überrascht bei einem Freunde und Wahlverwandten der Soziologie die sonderbar verwaschene Verwendung von Begriffen wie „Klasse“, „Unternehmer“, „Staatssozialismus“, „Gewirtschaft“, „Idealtypus“.

Die drei übrigen hier anzuzeigenden Werke sind Teile einer bei Herder erscheinenden „Geschichte der führenden Völker“. Den Reiz der Beiträge von Berve und Vogt macht es aus, daß hier zwei gründliche Sachkenner und selbständige Forscher den Versuch unternehmen, die Fülle des Tatsächlichen für einen außenstehenden Betrachter zu einem Ganzen zu ordnen und begreifbar zu machen. Vor allem Berve zeigt dabei eine erstaunliche Kraft der Stoffbewältigung und -verdichtung: er beschränkt sich nicht auf Athen und Sparta, sondern zeichnet von Vorgeschichte und Geschichte des gesamten hellenischen Siedlungsgebietes ein an Einzelzügen reiches, wohldurchdachtes Bild. Freilich bleibt er bei einer in der Hauptsache deskriptiven Behandlung seines Gegenstandes stehen. Den Ausblick auf die treibenden Kräfte historischen Geschehens versperrt ihm seine Überzeugung vom „organischen Verlauf“ der griechischen Geschichte, die er — in Annäherung an den Kreis Stefan Georges — als Verwirklichung einer vorgegebenen Form sieht: neben und hinter den „verschiedenartigen landschaftlichen und historischen Bedingungen“, die B. durchaus sieht und würdigt, steht ihm als das eigentlich gestaltende Agens die „Natur“, das „Ethos“, der „Geist“, auch wohl das „Blut“ der Hellenen, der ihnen „eingeborene Wille“ oder „Drang“, „das Schicksalhafte ihres Wesens“, der „Sinn“ ihrer Geschichte. Indem er so die Wirklichkeit jenseits des der Erfahrung grundsätzlich Zugänglichen wurzeln läßt und bei einer unklaren Entelechie als der letzten faßbaren Gegebenheit auf dem Wege zum Ursprung der Dinge haltmacht, zieht er

der historischen Wissenschaft gerade dort eine Grenze, wo sich ihr heute ein unabsehbares neues Arbeitsgebiet öffnet.

Vogt beschränkt sich auf die im engeren Sinne römische Geschichte — läßt also die übrigen Völker Italiens draußen — und innerhalb der Geschichte Roms wieder auf Politik und Krieg und einen kenntnisreichen, feinsinnigen Abriß der Geistesgeschichte. Die Entwicklung der Wirtschaft wird kaum gestreift, auch die gesellschaftlichen Verhältnisse werden nur gelegentlich erhellte. In seiner Gesamtauffassung vom historischen Geschehen steht V. Berve nah, nur ist seine Anschauung weniger ausgeprägt und beeinflußt nicht so bewußt die Komposition des Stoffes: er findet den Schlüssel zur römischen Geschichte in bleibenden Wesenszügen des Nationalcharakters, vor allem in dem „dem römischen Volke eingeborenen Willen zur Macht“, aber auch in seinem „moralischen Charakter“ und in seiner „Rechtlichkeit“. V. hat überhaupt die Neigung, sich bei Darstellung und Wertung der römischen Frühzeit auf dem Boden der National- und Klassenideologie der Senatsaristokratie zu bewegen; für das Revolutionszeitalter schwenkt er dann auf den gemäßigt-konservativen Standpunkt Ciceros ein und endigt mit einer loyalen Huldigung an den Princeps Augustus, der im Gegensatz zu Caesars Plänen die „römischer Tradition“ und „römischem Wesen“ gemäße Form der Alleinherrschaft begründet.

Wolfs Darstellung der römischen Kaiserzeit bleibt hinter Vogt und Berve weit zurück; sie erstickt im Stoff und entbehrt der wissenschaftlichen Eigenart.

Wilhelm Mackauer (Frankfurt a. M.).

Guerri, Domenico, *La corrente popolare nel Rinascimento. Berte, burle e baie nella Firenze del Brunellesco e del Burchiello. (Die volkstümliche Strömung in der Renaissance. Spottlieder, Possen und Scherze im Florenz des Brunellesco und des Burchiello)* G. C. Sansoni. Florenz 1932. (174 S.; L. 18.—)

Der Autor bringt z. T. unveröffentlichte Scherze, Possen und Spottlieder aus dem Florentiner Stadtstaat des 14. und 15. Jahrhunderts zum Abdruck und spürt von sprachlichen und lokalhistorischen Gesichtspunkten ihren Urhebern und ihrer Anlehnung an ältere Texte nach. Aber von dieser fachwissenschaftlichen Gelehrsamkeit abgesehen, auf die der Verf. viel Geduld und Fleiß verwandt, hat das Buch soziologischen und kulturgeschichtlichen Wert, insofern die ans Licht gezogene volkstümliche Dichtung zeigt, daß die Durchbrechung des mittelalterlichen Geistes, die in den herrschenden Klassen als Humanismus erscheint, ein volkstümliches Gegenstück hatte: wenn sich die gelehrte Welt der Zeit aus dem Formelkult und Buchstabenglauben der Scholastik dem klassischen Altertum zuwendete und so ihre Befreiung als „Wiedergeburt“ erlebte, so schöpfe gleichzeitig das Geistesleben der Massen den Ausdruck seiner Rebellion aus der täglichen Wirklichkeit. Soziologisch interessant ist der — ja auch von andern — beigebrachte Beleg dafür, daß ohne gelehrten Einfluß, ohne Bekanntschaft mit den Texten des Altertums, eine urwüchsige Auf-

lehnung gegen das Herkommen wie auch gegen die Monopolisierung des Wissens durch die des Lateinischen mächtigen herrschenden Schichten im Florentiner Volk lebendig war. Als die mittelalterliche Wirtschaftsform und Gesellschaftsordnung brüchig wurde, drängte sich der Geist der Kritik und der Respektlosigkeit überall ein. Die mehr oder weniger obszönen Spottgedichte des Acquettino und Burchiello, die in der Werkstatt für den Markt entstanden, strömen aus demselben Quell, dem der Humanismus entstammt.

Oda Olberg (Wien).

Heller, Otto, *Der Untergang des Judentums. Verl. f. Literatur u. Politik. Berlin 1931. (390 S.; br. RM. 4.50, geb. RM. 6.50)*

Auf den ersten 48 Seiten versucht der Verfasser eine Analyse der jüdischen Entwicklung in der Antike. „Sie (die Juden) sind durch den natürlichen Produktionsfaktor des geographischen Raumes, innerhalb dessen sie sich zur Nation entwickelten, durch die Produktionsverhältnisse des gesamten damaligen, um das östliche Mittelmeerbecken gelagerten Wirtschaftskreises, zu einem Handelsvolk geworden“. „Die Auflösung verhinderte den Untergang der Juden, die fortan eine durch die Reste ihrer Nationalität, vor allem und entscheidend durch ihre Religion gekennzeichnete Kaste waren... Verlor die Religion mit dem Erlöschen jener Funktion ihre soziale Kraft, mußte auch die Schicksalsstunde der jüdischen Kaste schlagen.“

Angesichts des fast völligen Fehlens von Vorarbeiten wird man vom Verfasser gewiß nicht eine überzeugende historisch-materialistische Analyse der jüdischen Antike auf 48 Seiten verlangen können. Seine Thesen sind schematisch und geben eine Reihe von Behauptungen (wie etwa die desorginäre Handelsfunktion der Juden) mit einer Sicherheit, die durch Umfang des zugrunde liegenden Materials und Gründlichkeit seiner Bearbeitung nicht gerechtfertigt wird. Es wäre besser, wenn der Verf. dies selbst erkannt und betont hätte. Je näher er aber der Gegenwart kommt, desto ausführlicher, gründlicher und fesselnder wird das Buch. In ganz ausgezeichnete Weise und dokumentarisch ausführlich belegt, gibt der Verf. nach einer Schilderung der Lage der Juden im Osten bis zur Revolution eine Darstellung der theoretischen und praktischen Grundlagen der Behandlung der Judenfrage durch die Sowjetregierung. H. gibt ein Bild der in schnellem Tempo vor sich gehenden Berufsumschichtung der etwa 3 Millionen Juden der Sowjetunion, wobei bemerkenswert ist, daß der ursprüngliche Zweig des Produktivierungsprozesses, die landwirtschaftliche Ansiedelung der Juden, heute bereits durch die Industrialisierung eingeholt ist. Der Jude wird Arbeiter und Bauer, und die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung lebt schon jetzt von Lohnarbeit. Das Buch bringt auf den letzten hundert Seiten einen sehr fesselnd geschriebenen Bericht einer Reise durch die jüdischen Siedlungen. — Unverständlich bleibt der Titel des Buches. Die vom Verf. dargestellte Politik der Sowjetunion geht ja davon aus, daß die Juden als Nationalität, auch nach Erlöschen ihrer Funktion als Handelskaste, die Möglichkeit des Fortbestandes haben. Der Titel ist der Ausdruck einer theoretischen Inkonzsequenz und Unklarheit des Verf. in bezug auf eine

wichtige Seite des Juden- und Nationalitätenproblems. Es wäre erfreulich, wenn Verf. in einer nächsten Auflage zur Aufhellung der Widersprüche käme.

Erich Fromm (Berlin).

Hassinger, Hugo, *Geographische Grundlagen der Geschichte*. Herder. Freiburg 1931. (XIV u. 332 S.; RM. 8.50, geb. RM. 10.50)

Hassinger untersucht, von Ägypten ausgehend, die Räume, die nacheinander Schauplatz der Kulturentwicklung und Machtentfaltung geworden sind, und analysiert sie auf die geographischen Bedingungen hin, die sie zum Träger eines individuellen Schicksals werden ließen. Dabei legt er ein reiches Material und eine Fülle geistvoller Erkenntnisse mit sympathischer Zurückhaltung vor; er hält sich von jedem geopolitischen Monismus fern und stellt klar heraus, daß das in der Natur Gegebene nur eine „kulturelle Disposition“ der Landschaften erzeugt, dem Menschen aber nirgends den Weg seiner Entwicklung „naturgesetzlich“ vorschreibt. Er weiß, daß die geopolitischen Werte nicht feste Größen sind; er zeigt immer wieder, wie die Wandlungen der Technik nicht nur die Kulturlandschaft verändern, sondern auch etwa die dem Raume anhaftenden Lagebeziehungen von Grund auf umwerten können. — Den einzelnen Abschnitten sind sehr ausführliche Literaturübersichten beigegeben.

Wilhelm Mackauer (Frankfurt a. M.).

Wittfogel, Karl August, *Die natürlichen Grundlagen der Wirtschaftsgeschichte*. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*. (Bd. 67, 1932, Heft 4—6)

Wittfogel setzt in dieser Artikelserie die methodologischen Untersuchungen fort, die er in 4 Aufsätzen über „Geopolitik, geographischer Materialismus und Marxismus“ 1929 in der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ begann und als deren praktische Konsequenz der I. Bd. seines Buches „Wirtschaft und Gesellschaft Chinas“ gelten darf. Nach W.s These ist seitens der Marxisten — von Lenin abgesehen — weder der Begriff der Produktivkräfte, zumal deren naturbedingte Seite, noch der eng damit zusammenhängende Begriff der Produktionsweise und der Produktionsverhältnisse vollständig und richtig rezipiert worden. Beim Begriff der Produktionsweise steht, „so notwendig auch das gesellschaftliche Moment einbegriffen ist, das Verhältnis des gesellschaftlich arbeitenden Menschen zur Natur im Vordergrund. Im Begriff der Produktionsverhältnisse steht, so sehr auch die arbeitstechnische, der Natur zugewandte Seite mitgedacht sein muß, die gesellschaftliche Seite der Sache im Vordergrund . . . Die durchaus zentrale Stellung des Begriffs der materiellen Produktionsweise im System der Marxschen Geschichtsanalyse ist damit gegeben“.

Der methodologischen Untersuchung läßt W. in seiner neuen Aufsatzreihe die Skizze einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte folgen. W. setzt sich dabei das Ziel, mittels der von ihm fixierten Kategorien eine Reihe offener historischer Probleme zu lösen: exakte Formulierung des Systems der Produktivkräfte in der asiatischen, der antiken und der feudalen Produktionsweise; Analyse der ökonomischen Ursachen der zwie-

schlächtingen Entwicklung Ost- und Westroms am Ende der Antike; Bestimmung der historischen Stellung der altindianischen Klassengesellschaften, vor allem des Inkareiches (als einer Spielart der „orientalischen“ Despotie); Erklärung der ökonomisch-sozialen „Stagnation“ Spaniens vom 15.—19. Jahrhundert; Aufdeckung der Ursachen für die verschiedenen Variationen der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, Holland, Italien, der Schweiz, Frankreich und England. Die beiden Aufsatzreihen W.s stellen von einem bisher vernachlässigten Ausgangspunkte her Kernprobleme der ökonomisch-sozialen Geschichtswissenschaft zur Diskussion.

Carl Petersen (Berlin).

Soziale Bewegung und Sozialpolitik.

Markham, S. F., *A History of Socialism*. A. & C. Black. London 1931. (322 S.; 7 s. 6 d.)

Die vorliegende Geschichte des Sozialismus ist ein Handbuch, das über die wichtigsten Daten und Ereignisse der sozialistischen Bewegung der Welt in knapper Zusammenfassung orientiert. In einem abschließenden Kapitel entwickelt M. seine Meinung über die Entwicklung des Sozialismus, um mit dem Bekenntnis zu schließen: „May we not, with Saint-Simon, believe, that the Golden Age is not behind but before us?“

Mehr als eine knappe Übersicht der Entwicklung der sozialistischen Bewegung aller Länder der Erde kann M. nicht geben. Man wird nach diesem Werke greifen, wenn man sich über Daten und Tatsachen der sozialistischen Bewegung orientieren will. Großes Gewicht legt der Verf. auf die Darstellung der parlamentarischen Machtpositionen. Nicht nur in dieser Hinsicht ist das Werk stark vom englischen Blickpunkt aus geschrieben. Die Kritik der marxistischen Lehre, welche auf den Seiten 51—55 versucht wird, bewegt sich im Rahmen bekannter Mißverständnisse, als ob die Marxsche Mehrwerttheorie nicht mit den geschichtlichen Tatsachen übereinstimme, als ob Marx die Bedeutung des Unternehmers verkenne. Die „materialistic conception of history“ wird im Sinne des philosophischen Materialismus mißverstanden. Deshalb ist es verständlich, daß M. die Geschichte des modernen Sozialismus in die Phasen des „theoretischen Utopismus“ von Owen, Saint-Simon und Fourier, des „revolutionären Sozialismus“ von Marx, Engels, Lenin, Trotzki und Stalin und schließlich des „konstitutionellen Sozialismus“ von Lassalle, Jaurès, MacDonald, Fisher, Branting, Stauning und Vandervelde trennt. Sidney Webb wird als der „chief thinker“ der dritten Phase der sozialistischen Bewegung bezeichnet, wodurch der persönliche Standpunkt des Verf. deutlich umrissen wird.

Emil J. Walter (Zürich).

Bouglé, C., *Socialismes français*. Du „Socialisme utopique“ à la „Démocratie industrielle“. Armand Colin. Paris 1932. (VIII u. 200 S.; fr. 10.50, geb. fr. 12.—)

Bouglé, Professor an der Sorbonne, gibt eine gute Übersicht über die Entwicklung und den geistigen Einfluß des französischen Sozialismus.

Er möchte es vermeiden, daß die Geschichte nur „un moyen de s'évader du présent“ wird. Deshalb zieht er die geistigen Linien des französischen Sozialismus bis in die Gegenwart, in die aktuellen Probleme der französischen Politik und Wirtschaft hinein. Andererseits kann auch der Zusammenhang des französischen Sozialismus mit der französischen Revolution und dem 18. Jahrhundert nicht übersehen werden: „avant de dresser le bilan du saint-simonisme, du fouriérisme, du proudhonisme, nous avons cru devoir rappeler sommairement le legs du XVIII^e siècle et celui de la Révolution française“. Ein letztes Kapitel „Résultantes et Perspectives“ sucht die Aussichten des Sozialismus in Frankreich abzuwägen. Wenn auch B. sich im wesentlichen der geistesgeschichtlichen Methode bedient, die soziologische Analyse der drei großen Systeme des französischen Sozialismus bloß streift, ist es ihm doch gelungen, in anschaulicher und objektiver Weise in die Gedankenwelt des französischen Sozialismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einzuführen. Emil J. Walter (Zürich).

Rosenberg, Arthur, *Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart*. Ernst Rowohlt. Berlin 1932. (239 S.; RM. 4.80, geb. RM. 5.80)

„Es muß erkannt werden, daß — trotz allem — Sowjet-Rußland sich im Aufstieg und die III. Internationale sich in hoffnungslosem Niedergang befindet. Mein Buch sucht zu erklären, wie dieses eigenartige Doppelresultat zustande gekommen ist.“ — Die vorliegende „Geschichte des Bolschewismus“ ist ein bedeutsames und hochaktuelles Werk. Ich stehe nicht an, dieses Buch mit Otto Bauers „Geschichte der österreichischen Revolution“ zu den wichtigsten historischen Veröffentlichungen der marxistischen Schule der Nachkriegszeit zu zählen. Rosenberg rollt auf hohem geistigem Niveau das Problem des Bolschewismus, genauer der bolschewistischen Ideologie, in aller Schärfe und Klarheit auf.

Das Werk umfaßt elf Kapitel. Im ersten Kapitel „Von Marx bis Lenin (1843—1890)“ versucht R. eine engere Verwandtschaft der politischen Meinungen von Marx mit denen des Bolschewismus herzustellen. Das letzte Kapitel reicht bereits bis zum „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ (1927—1932)“. Ich greife einige wichtige Grundgedanken des Buchs heraus. R. unterscheidet drei Etappen der Arbeiterbewegung. In der ersten werden die Arbeiter unter der Leitung einer kleinen Gruppe von Berufsrevolutionären aus der radikalen bürgerlichen Intelligenz organisiert, um die bürgerlich-demokratische Revolution zu vollenden. „Das ist der Typus Marx-Engels' und des Bolschewismus.“ In der zweiten Etappe bestimmen die Arbeiter selbst die Politik ihrer Organisationen. Da das revolutionäre Endziel zurücktritt, die Arbeiter sich bemühen, ihre Klassenlage innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern, tritt zwischen dem marxistischen Endziel der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft und der praktischen Politik ein Widerspruch auf. Dieser Etappe gehörten die Parteien der zweiten Internationale und die Menschewisten an. Unter diesen Parteien gab es zwei Richtungen. Die eine, die revisionistische, revidierte die marxistische Theorie entsprechend der „veränderten Gegenwart“, die zweite, die radikal-utopische, hielt am revolutionären Endziel fest, dachte aber an keine revolutionäre Tat. Die dritte Etappe, in der die Arbeiterbewegung über die bürgerliche Gesell-

schaft hinausstrebt, durch Revolution zur Macht gelangen will, um nicht die radikaldemokratische, sondern die sozialistische Revolution zu verwirklichen, ist „die Vollendung der marxistischen Zukunftsidee“. Sie wurde in der Vorkriegszeit von einem kleinen Kreise radikaler Marxisten, u. a. von H. Gorter, R. Luxemburg und Trotzki verfochten.

Der Bolschewismus ist nach R. eine Ideologie der demokratisch-republikanischen Revolution, eine Ideologie, welche im Gedanken des Arbeiter- und Bauernstaates die spezifisch russische Ideologie der Narodniki zur geschichtlichen Realisierung führen konnte. Emil J. Walter (Zürich).

Ermers, Max, Victor Adler. Aufstieg und Größe einer sozialistischen Partei. Dr. Hans Epstein. Wien und Leipzig 1932. (374 S., geh. RM. 6.—, geb. RM. 7.25)

„Das einzigartige und fesselnde Bild des Schöpfers der österreichischen sozialdemokratischen Partei, des Organisators der Arbeiterschaft, wurde bisher sonderbarerweise noch von keinem sozialistischen Historiker festgehalten. Das war eine Lücke in der Literatur, die mein Verleger mit Rücksicht auf den kommenden 80. Geburtstag Victor Adlers (24. Juni 1852) zu schließen sucht...“, mit diesen Worten begründet der Verfasser die Veröffentlichung seiner verdienstvollen, umfangreichen und lebendigen Schilderung des Lebensganges des Führers der österreichischen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit. Ermers zeichnet mehr als nur ein einzelnes Lebensbild: er läßt um und durch die Gestalt Victor Adlers die ganze Geschichte der österreichischen Partei vor uns aufstehen. Die österreichische Arbeiterbewegung wird von 1848 bis zum entscheidenden Eingriff Victor Adlers in ihre Entwicklung während der achtziger Jahre eingehend dargestellt. Mit Liebe zeichnet der Verf. vor allem auch das Bild von Adlers Vorgänger Dr. Hippolyt Tauschinski, der an der Ungunst der sozialen Verhältnisse scheiterte. Erst Adler gelang, was Tauschinski versagt blieb, die Zusammenfassung der politischen Arbeiterbewegung in der sozialdemokratischen Partei und ihre zielbewußte Führung im Kampfe um das allgemeine und geheime Wahlrecht. Mit Recht trägt die vorliegende Biographie den stolzen Untertitel: „Aufstieg und Größe einer sozialistischen Partei“. Adlers Leben wird als Leben des vergesellschafteten Menschen dargestellt und ist in diesem Sinne viel mehr Lebensbeschreibung, als die übliche Art der Biographie dies ist. Und wenn im Schlußkapitel der Verfasser sich für sozialistische Nahziele einsetzt: „soziale Experimente in den verschiedensten Richtungen, insbesondere wirtschaftsdemokratischer und innenkolonialisatorischer Art, persönliche und tapfere Einstellung zu den Kriegsproblemen, Sammlung und Erprobung der neuen Kulturformen, weltumspannender, praktischer Kontakt mit allen Völkern und Rassen der Erde, Sicherung des Existenzminimums für alle bis zur endlichen Austilgung der ökonomischen Daseinsangst“, so ist es verständlich, daß er vor allem „zweierlei Leser“ wünscht: „junge Sozialisten, die in die Vergangenheit blicken und aus ihr profitieren wollen, und bürgerliche Leser, die es gelüstet, einen Menschen bedeutenden Zuschnitts kennenzulernen, der aus ihrer Welt kommt, aber in eine andere gegangen ist“. E.s Lebensbeschreibung Victor Adlers ist zwar ein erster, aber ein gelungener Wurf.

Emil J. Walter (Zürich).

Becker, August, *Geschichte des religiösen und atheistischen Frühsozialismus*. Erstausgabe des von August Becker 1847 verfaßten und von Georg Kuhlmann eingelieferten Geheimberichtes an Metternich und von Vinets Rapport nebst einer Einleitung, hrsg. von Prof. D. Dr. Ernst Barnikol. Walter G. Mühlaus. Kiel 1932. (XXII, 130 S.; RM. 4.50)

Binyon, Gilbert Clive, *The Christian Socialist Movement in England. An introduction to the study of its history*. Society for Promoting Christian Knowledge. London 1931. (X, 238 S.; 8s. 6d.)

Nach der Veröffentlichung der bisher schwer zugänglichen Schriften Weitlings und besonders der schönen Erstausgabe von Weitlings „Gerechtigkeit“ folgt nun wiederum eine Erstausgabe, herausgegeben von Ernst Barnikol: Die Berichte Beckers über die revolutionäre Propaganda des Kommunismus und das „Jungo Deutschland“ in der Schweiz und über die Geschichte des propagandistischen Vereinswesens in der Schweiz. Becker, neben Weitling eine der hervorragendsten Gestalten des vormarxistischen Sozialismus, entwirft ein bunt schillerndes Bild dieser in ihrer Ursprünglichkeit und Selbständigkeit bemerkenswerten Anfänge einer sozialen Bewegung, die von der Schweiz nach Deutschland herübergobracht wird. Der Rapport Vinets ergänzt seinen Bericht vom Standpunkt der Restauration. Das Mit- und Gegeneinander verschiedener Richtungen und Persönlichkeiten, Gründung und Gegengründung zahlreicher Vereine und Zeitschriften ist an Hand der beigegebenen übersichtlichen Verzeichnisse leicht zu verfolgen. Die Einleitung über Becker und Kuhlmann trägt zu einer gerechten Würdigung beider Neues bei.

An den Theologen wendet sich in erster Linie Binyon. Er verfolgt die soziale Bewegung in England in ihrer besonderen Beziehung zu Kirchengeschichte, Theologie und Religionsphilosophie seit Owen. Ausführlich behandelt B. die Arbeit eines Maurice, Ludlow, Kingsley, Hughes, Neale, und sehr eingehend wird die Stellung christlich-sozialer Organisationen zur modernen Arbeiterbewegung dargestellt. Die eigene Stellungnahme des Verf. klingt aus in der Forderung einer leider nur in ihren Ansätzen angedeuteten „christlichen Soziologie“. B. lehnt den Versuch ab, soziale Einsichten erst nachträglich religiös begründen zu wollen, und fordert vielmehr den Aufbau einer sozialen Wertlehre auf der Grundlage christlicher Ethik: „an analysis of what our Lord actually thought and taught about social questions“. Dies Vorgehen, wenn es auch in der Anwendung auf die sozialen Probleme unserer Zeit fortgebildet wird, bleibt notwendig konstruktiv und ist sinnvoll durch die Fragestellung zu ergänzen: welche Bedeutung hatte das Christentum als soziale Institution, welche Funktionen erfüllt es noch, und welche sozialen Aufgaben werden ihm notwendig gestellt?

Kurt Moldenhauer (Berlin).

Studien über die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Internationales Arbeitsamt, Reihe A (Berufliche Vereinigung), Nr. 33 und 35. Genf 1930 und 1932. (286 und 180 S.; Schw. Frs. 6.50 und 4.—)

Seit einigen Jahren hat das Internationale Arbeitsamt neben seinen vielen anderen Untersuchungen sich besonders mit der Frage der Be-

ziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in großen Unternehmungen befaßt. Die beiden Schriften legen davon Zeugnis ab. Es handelt sich hier um rein empirische Arbeiten, die jedoch um so wichtiger sind, als über ein Gebiet Auskunft gegeben wird, das weit verschlossener liegt als z. B. das des Verhältnisses zwischen den Organisationen der Arbeiterklasse und den Unternehmern. Die Untersuchungen, deren Ergebnisse im ersten Heft mitgeteilt werden, betreffen die Siemenswerke in Siemensstadt, die Bergwerke in Lens, den Londoner Verkehrskonzern, die französischen Staatsgruben des Saargebiets, die Schuhfabrik Bata; diejenigen des zweiten Hefts die Zeiß-Werke, die Fiat-Werke, die Philips-Werke und die Sandvik-Werke.

Der Darstellung über die Beziehungen des Unternehmers zu den Gewerkschaften geht eine geschichtliche Übersicht über das Unternehmen, seine Arbeiterzahl, seine Finanzen voraus; es folgt ein Überblick über die bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen (darunter auch Gewinnbeteiligung, Sparsystem usw.). Die Untersuchungen bieten vom sozialpolitischen Standpunkt aus außerordentlich gutes objektives Material. Sie zeigen klar, was von den obengenannten Unternehmungen für die Arbeiter geleistet wird, um ihr Interesse für das Wohl des Unternehmens zu steigern. Drücken sich die Unternehmer gegenüber den Vertretern des Internationalen Arbeitsamtes auch in verschwommenen Formen aus, so sind sich fast alle doch darüber einig, daß für den eigenen Betrieb die Gewerkschaftsbewegung höchstens als ein notwendiges Übel akzeptiert werden muß; besser wäre es, wenn man sich nicht nach ihr zu richten brauchte. Alle Bemühungen, vom Kinderschutz bis zur Förderung des Kirchenbaus (bei den Siemenswerken) laufen darauf hinaus, die Arbeiter an die Unternehmung zu binden. Immer wieder zeigt sich der patriarchalische Standpunkt des Unternehmers, der für seine „Kinder“ alles mögliche zu tun bereit ist, wenn sie sich nur zur Unternehmung bekennen und sich in die Betriebsangelegenheiten nicht hineinmischen.

Andries Sternheim (Genf).

Bloch, Kurt, *Über den Standort der Sozialpolitik*. Val. Höfling. München 1932. (56 S.; RM. 0.75)

Heller, Fritz, *Sozialpolitik und Reichsarbeitsgericht. Sozialpolitische Erwägungen in den Urteilen des Reichsarbeitsgerichts*. H. Buske. Leipzig 1932. (79 S.; RM. 3.20)

Westphalen, F. A., *Die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik*. Gustav Fischer. Jena 1931. (VII u. 196 S.; br. RM. 10.—, geb. 11.—)

Die Frage nach dem Standort der Sozialpolitik im Kapitalismus beschäftigt seit geraumer Zeit die Geister wieder sehr stark. Die Lösung des Problems scheint um so dringlicher, aber auch um so unmöglicher, je unklarer die Vorstellung vom Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Das Bedürfnis nach theoretischer Klärung entpuppt sich nur zu häufig als das Bedürfnis nach ideologischer Rechtfertigung. Daß „Sozialpolitik eine so nüchterne illusionslose Angelegenheit ist wie das System, zu dem sie gehört“, hat Eduard Heimann 1923 trefflich formuliert, aber 1929 mit seiner eignen Theorie desavouiert. Unterdessen hat die Krise in Deutschland wie an allen Illusionen, so auch an den

sozialpolitischen „Sozialisierungs“- „Demokratisierungs“- „Klassenbefriedigungs“-Illusionen unerbittliche praktische Kritik geübt. Bloch bemüht sich, der Gefahr der Ideologisierung zu entgehen. Er ist von der Erkenntnis durchdrungen, daß das Ende der Sozialpolitik auch das Ende des Kapitalismus wäre, und zeigt, daß die scheinbar unversöhnlichen Auffassungen von Sozialpolitik als Produktionspolitik, als Kampf um Freiheit und Würde des Arbeiters, als Staatspolitik und als soziale Reform nur verschiedene Blickrichtungen von verschiedenen soziologischen Standorten auf das gleiche gesellschaftliche Phänomen sind. Auch wenn man nicht jede Auffassung B.s teilt, darf man die Methode und die gewonnenen Ergebnisse als fruchtbar und anregend bezeichnen. Für die Krise, in der sich mit der Wirtschaftsordnung und den sozialpolitischen Institutionen auch die Wissenschaft von der Sozialpolitik befindet, ist es aber kennzeichnend, daß B. mehr als „relativ gültige Ergebnisse“ selbst nicht anstrebt und aus der Krise der Sozialpolitik auch das Recht für das „objektive Urteil“ folgert, „ungewiß“ zu sein. — Wie wenig „ungewiß“, zumindest im Ziel, das angestrebt wird, das höchste deutsche Arbeitsgericht bei seinen sozialpolitischen Urteilen ist, weist überzeugend Heller in einer durch Sachlichkeit und Zurückhaltung gleich bestechenden Arbeit nach. Das Reichsarbeitsgericht hat die „Verankerung“ der „Gleichberechtigung“ von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Reichsverfassung so wörtlich genommen, daß es darin die Aufhebung der wirtschaftlichen Abhängigkeit des „gleichberechtigten“ Proletariats erreicht sieht. Daher seine Lehre vom Tariflohnverzicht, daher aber auch sein Abgleiten in faschistische Gedankengänge, denn wirkliche „Parität“ auf dem Boden des Kapitalismus ist nur möglich, wenn als Schiedsrichter über den „gleichberechtigten“, aber sozial ungleich bleibenden Parteien der allmächtige Staat des Faschismus thront. H.s Buch ist ein wirkungsvoller Beitrag zur Klärung der sozialpolitischen Situation unserer Zeit.

Das Buch Westphalens ist dagegen ebenso anspruchsvoll wie unergiebig. Die Unproduktivität der Spannschen Schule erweist sich an solcher Arbeit recht drastisch. Um zum Ergebnis zu kommen, daß „auch für die Sozialpolitik heute das Problem der klassenmäßigen Zerklüftung der Gesellschaft und ihre Überwindung im Mittelpunkt steht“, wäre auch ein geringerer Aufwand ausreichend gewesen. Fritz Croner (Berlin).

Sozialrechtliches Jahrbuch. Hrsg. von Theodor Brauer, Christian Eckert u. a., Bd. 3. J. Bensheimer. Mannheim 1932. (VIII u. 187 S.; br. RM. 10.—, geb. RM. 12.50)

Der Begriff des Sozialrechts ist umstritten. B. versteht darunter ein autonomes Recht sozialer Gruppen und Schichten, das als Ausdruck einer neuen („berufsständischen“) Sozialordnung bisher zwar teilweise kodifiziert wurde, in seinem ganzen Umfang aber noch in der Entwicklung begriffen ist und um gesellschaftliche Anerkennung ringt. Das kollektive Arbeitsrecht ist ein Kernstück jenes werdenden Sozialrechts, jedoch nicht mit ihm identisch. Auf allen Lebensgebieten, nicht nur in der Wirtschaft, glaubt B. Tendenzen zu einer „ständischen“ Schichtung, die einer institutionell-juristischen Formung bedürfen, feststellen zu können.

Das vorliegende Jahrbuch bietet Einzeluntersuchungen, die „ständische“ Gliederungsbestrebungen vornehmlich auf den Gebieten des Berufsorganisationswesens, der Industripädagogik und der Lohnpolitik nachweisen wollen. Besondere Beachtung unter den zwölf Beiträgen dieses 3. Bandes verdient eine Abhandlung des Herausgebers über die typische geistige Verfassung des (christlichen) Gewerkschaftssekretärs; B. schließt in diesem Aufsatz den im 2. Band begonnenen Vorbericht über das Ergebnis einer Fragebogen-Enquete ab. Heinrich Mortens (Frankfurt a. M.).

Rosenstock, Eugen und Carl Dietrich von Trotha, *Das Arbeitslager. Berichte aus Schlesien von Arbeitern, Bauern, Studenten.* Eugen Diederichs. Jena 1931. (159 S.; RM. 4.60)

Arbeitslager sind 3—4wöchige Freizeiten, in denen etwa 100 Arbeiter, Bauern und Studenten (möglichst zu gleichen Teilen) zusammenkommen, um sowohl körperlich wie geistig gemeinsam zu arbeiten. Sie sind zunächst in Schlesien, dann auch in Norddeutschland und der Mark vereinzelt gehalten worden und haben neuerlich dadurch eine etwas größere Verbreitung gefunden, daß ihre Form verschiedentlich zum Vorbild für die Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes genommen wurde (unter ausdrücklicher Inauguration durch die geistigen Urheber des Arbeitslagers).

Entsprungen sind die Arbeitslager aus dem Bedürfnis, die verschiedenen Schichten des Volkes miteinander in Verbindung zu bringen und dadurch die Bereitschaft, sich als Glieder eines Volkes zu fühlen, zu fördern. Leider geben die Berichte kaum einen Eindruck von dem inhaltlichen Gang der Aussprachen, so daß es unmöglich ist, ein Bild davon zu gewinnen, wieweit der Gedanke der Urheber eine Erfüllung erfahren hat. Man erfährt nur aus wenigen brieflichen Äußerungen, daß begabte und tüchtige Studenten ehrlich ergriffen, daß junge schlesische Bauern interessiert und befriedigt waren, daß junge Arbeiter skeptisch blieben. Gerade wenn das Buch ein Beitrag zur Frage der Volksbildung sein sollte, war es wichtiger, das Aussprachenmaterial selbst zu bieten als den Gedanken des Arbeitslagers von allen Seiten durch ergriffene junge Menschen ventilieren zu lassen.

So ist das Buch auch der Gefahr erlegen, einen in seinen Grenzen brauchbaren Gedanken zu einer umfassenden Reformidee zu überhöhen. Das nimmt nicht weg, daß die Schlußbetrachtungen manches Lesenswerte bieten. Besonders die Ausführungen von Ballerstädt und Rosenstock enthalten (neben einigen das Skurrile streifenden Einfällen, wie das fast immer bei Rosenstock so ist) prinzipielle Erörterungen von einer Originalität, die auch für den, der von einer ganz anderen Betrachtung der gesellschaftlichen Zusammenhänge herkommt, anregend sein muß. Karl Mennicke (Frankfurt a. M.).

Rosenstock, Eugen, *Arbeitsdienst — Heeresdienst?* Eugen Diederichs. Jena 1932. (80 S.; RM. 1.80)

Rosenstock geht in seiner Schrift über den freiwilligen Arbeitsdienst von der Voraussetzung aus, daß es sich beim deutschen Arbeitslosenheer um eine Dauererscheinung handelt. Die Arbeitslosen sind das im Produktionsprozeß freigesetzte Kapital. R. gelangt von dieser Voraussetzung zur Anerkennung einer zweiteiligen Volksordnung. Die Reproduktions-

armee der Arbeitslosen ist dem Markt entzogen. Für diesen Bereich gelten die Gesetze des Marktes nicht: der Arbeitslose betätigt sich im Arbeitsdienst ohne Anspruch auf Bezahlung seiner Arbeit; die Unternehmer müssen die nötigen Bedürfnisse dieser Armee auch ohne Rente befriedigen wollen. Freiwilligkeit, Beschränkung der Dienstleistungen auf zusätzliche Arbeit, Selbstverwaltung der Arbeitsgemeinschaft im Arbeitsdienst, Trennung von Träger der Arbeit und Träger des Dienstes werden von hier aus zu selbstverständlichen Forderungen. R. entwickelt an den durch diese Situation aufgeworfenen Erscheinungen und Fragen eine Theologia in nuce mit den Stärken und Schwächen eines solchen Versuches. Er erwartet von der Durchsetzung des freiwilligen Arbeitsdienstes eine Erneuerung des Volkes, der „ureinfache“ Hilfsdienst der jungen Mannschaft wird zum Quell neuer Besinnung und damit öffentlicher Meinungsbildung, der Erdglaube der jungen Volksgruppe „besänftigt die Klüfte der älteren, auseinandergesetzten und auseinandergesprengten Arbeitsmenschheit“.

Die Schrift ist anschaulich geschrieben, eine Fülle von Gedanken auf engen Raum gedrängt; dabei hält sich R. nicht frei von ideologischen Überspitzungen und setzt Dinge, die man andeuten kann, in ein zu starkes Licht.

Emil Blum (Habertshof).

Dubois, Florence, *A Guide to Statistics of Social Welfare in New York City. Welfare Council New York City 1930. (XIX, 313 S.)*

Der Führer gibt in übersichtlicher Anordnung einen Quellennachweis mit Seitenangaben für die unter das im Titel angegebene Gebiet fallenden Gegenstände in mehr als 300 statistischen Publikationen (Materialien der statistischen Stellen, Jahrbücher von Ämtern und Organisationen u. dgl. sowie Studien, in denen Zusammenstellungen von statistischem Material enthalten sind). Das Buch ist sorgfältig und überall mit Rücksicht auf leichte Benutzbarkeit durchgearbeitet und darf als ein wichtiges bibliographisches Hilfsmittel sozialwissenschaftlicher Arbeit hier angezeigt werden.

Jakob Feinberg (Frankfurt a. M.).

Spezielle Soziologie.

Geiger, Theodor, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Ferdinand Enke. Stuttgart 1932. (IV u. 142 S.; RM. 7.—)*

Das Buch stellt ein Beispiel fruchtbarer Zusammenarbeit von Soziologie und Statistik dar. — Im ersten Teil wird der grundsätzliche Unterschied zwischen sozial- und wirtschaftsstatistischen und den soziologischen Begriffen klargestellt. Der soziologische Begriff der sozialen Schicht zielt nach G. auf die Gesamtheit aller Menschen ab, die einen bestimmten Mentalitätstypus darstellen. Eine solche Personengesamtheit zum Zwecke statistischer Erfassung unmittelbar abzugrenzen, ist aber praktisch unmöglich. Die Statistik kann also nur dort und nur insoweit angewendet werden, als nach anderen, statistisch leichter erfaßbaren Merkmalen (solchen des Berufes oder der wirtschaftlichen Lage) abgrenzbare Gesamtheiten, die G.

im Gegensatz zu dem soziologischen Begriff der sozialen Schicht als „Bevölkerungsteile“ bezeichnet, mit Schichten im soziologischen Sinne annähernd zusammenfallen; eine völlige Übereinstimmung wird natürlich nie eintreten.

Daß es einen sehr großen Aufwand subtilster Kleinarbeit bedeutet, solche Bevölkerungsteile zu finden, zeigen die im ersten Unterabschnitt des zweiten Teiles geschilderten „Verfahrensprinzipien“. Um das Auseinanderfallen von statistisch feststellbarer „sozialer Lagerung“ und soziologisch bedeutsamer „sozialer Schichtung“ auf ein Minimum herabzudrücken, mußte selbstverständlich bei möglichst kleinen Teilmassen begangen werden und diese Mosaiksteine dann zu unter soziologischen Gesichtspunkten möglichst homogenen Gesamtmassen zusammengefaßt werden. Das Ausgangsmaterial bildete dabei die Berufszählung von 1925, zu deren Ergänzung weiteres amtliches und privates Material herangezogen wurde. So wurden, um die Verteilung der Gruppe der Selbständigen (a-Personen der Berufszählung) auf die sozialen Schichten vornehmen zu können, die Ergebnisse der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebszählung (Gliederung der Betriebe nach der Größe) herangezogen. Daß hier ebenso wie an anderen Stellen die Grenzlinien immer mit einer gewissen Willkür gezogen, daß ferner an vielen Stellen mit Schätzungen gearbeitet werden mußte, ist selbstverständlich und muß bei kritischer Benutzung der Ergebnisse immer im Auge behalten werden. Leider teilt G. — mit Rücksicht auf Wünsche des Herausgebers und Verlegers — außer dem statistischen Ergebnis nur die großen Richtlinien seines methodischen Vorgehens mit.

Die einzelnen Teilmassen faßt G. einmal zu einem dreigliedrigen und dann zu einem fünfgliedrigen Schema zusammen. Das letztere, das er Tiefengliederung nennt, enthält folgende durch verschiedene Wirtschaftsmentalität unterschiedene Schichten: 1. Kapitalisten, 2. mittlere u. kleinere Unternehmer, 3. Tagewerker für eigene Rechnung, 4. Lohn- und Gehaltsbezieher höherer Qualifikation und 5. solche minderer Qualifikation. — Der dritte Hauptteil, der sich mit der Deutung beschäftigt, enthält neben einer soziologischen Beschreibung der Typenmannigfaltigkeit der fünf Hauptmassen vor allem sehr eingehende kritische Untersuchungen über den Mittelstandsbegriff.

Paul Flaskämper (Frankfurt a. M.).

Beveridge, Sir William and Others, *Changes in Family Life*. George Allen & Unwin Ltd. London 1932. (160 S.; 3s. 6d.). — **Young, Donald, (ed.), *The Modern American Family*. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*. Vol. 160, March 1932. Philadelphia 1932. (V, 256 S.; \$ 2.—).** — **Meuter, Hanna, *Heimlosigkeit und Familienleben*. R. Müller. Eberswalde 1932. (88 S.; RM. 2.50).** — **Schaidnagl, Ventur, *Heimlose Männer*. R. Müller. Eberswalde 1932. (77 S.; RM. 2.—).** — **Frank, Elisabeth, *Familienverhältnisse geschiedener und eheverlassener Frauen*. R. Müller. Eberswalde 1932. (68 S.; RM. 2.—).** — **Lüdy, Elisabeth, *Erwerbstätige Mütter in vaterlosen Familien*. R. Müller. Eberswalde 1932. (111 S.; RM. 3.—).** — **Hansen-Blanke, Dora, *Die hauswirtschaftliche und***

Mutterschaftsleistung der Fabrikarbeiterin. R. Müller. Eberswalde 1932. (40 S.; RM. 1.65). — Ahrens, Hermann, *Untersuchungen zur Soziologie der Familie in systematischer Absicht.* Rostocker Dissertation. Gustav Demmler. Ribnitz i. M. 1931. (128 S.)

In den Monaten Februar und März 1932 hat die Abteilung für Erwachsenenenerziehung des Britischen Rundfunks sieben Vorträge über neuere Veränderungen im Familienleben veranstaltet. Diese Vorträge empfangen ihr besonderes Gewicht dadurch, daß sie die Hörer dazu aufforderten, zu den behandelten Problemen in einem durch den Rundfunk auf Anforderung zugesandten Fragebogen Stellung zu nehmen. Die unfreiwillige Propaganda der Presse, die den Fragebogen äußerst unfreundlich beurteilte, hatte zur Folge, daß schon vor dem ersten Vortrag über 15000 Fragebogen versandt werden konnten. Bis Ende März waren insgesamt 50000 Exemplare verteilt, von denen bis Anfang April ungefähr 7000 ausgefüllt zurückgekommen waren. Diese enthalten Material über etwa 20000 Familien und 200000 Personen.

Sir William Beveridge, der die Leitung der Vorträge und die Bearbeitung der Fragebogen übernommen hatte, gibt in einem kleinen Buch die Sammlung der sieben Vorträge (von denen drei Dialoge waren), einen Bericht über die Ausgestaltung und Aufgaben des Fragebogens sowie über die ersten Resultate. Die Vorträge sprechen von den allgemeinsten Veränderungen des Familienlebens, erörtern den Zusammenhang zwischen Familie und Bevölkerungsproblem, den Einfluß von natürlichen und Umwelt-Faktoren, wirtschaftliche Fragen des Familienlebens, die Rolle der Familie in Staat und Gesellschaft, die Stellung der Frau und vieles andere. Das Kapitel, in dem die ersten Resultate der Durchsicht der Fragebogen mitgeteilt werden, trägt den Titel „The Enduring Family“. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß — nach den Ergebnissen der Fragebogen zu schließen — die großen Veränderungen im Familienleben der letzten Jahrzehnte im ganzen eine Vervollkommnung der Familie bedeuten und daß von revolutionären Veränderungen keine Rede sein könne.

Ohne Zweifel handelt es sich bei diesem Experiment um einen originellen und aussichtsreichen Versuch, den Rundfunk in den Dienst der Beschaffung breiten empirischen Materials für die Sozialforschung zu stellen.

Die American Academy of Political and Social Science bringt im Märzheft 1932 ihrer Zeitschrift 25 Aufsätze über die moderne amerikanische Familie. Davon sind vier einleitende geschichtliche Aufsätze, neun werden unter dem Titel „Die amerikanische Familie im Umbau“ (transition) zusammengefaßt, und zwölf Artikel behandeln die verschiedenartigen Bemühungen um die Stabilisierung der Familie. Der Band enthält eine Fülle interessantester Einzelheiten. Leider fehlt eine zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Endergebnisse.

In der von Alice Salomon herausgegebenen Schriftenreihe von Untersuchungen über Bestand und Erschütterung der Familie in der Gegenwart sind 1932 fünf neue Arbeiten erschienen.

Hanna Meuter versucht, „die im sozialen Zustande der Heimlosigkeit auftretenden sozialen Beziehungen und Prozesse in ihrer Einwirkung auf das Familienleben zu prüfen“. Aus der für Anfang 1932 auf mehr als

zwei Millionen geschätzten Zahl „beimloser“ Menschen in Deutschland hat sie mit Unterstützung zahlreicher privater und öffentlicher Fürsorgeorganisationen mehrere tausend Fälle durch Fragebogen und die Bearbeitung von Verwaltungsakten erfaßt. In der vorliegenden Studie bietet sie ein ausgesuchtes empirisches Material, das nach Typen geordnet und weitgehend statistisch aufgeschlossen ist. Aus den Ergebnissen der Arbeit ist hervorzuheben, daß trotz widrigster Lebensbedingungen in vielen Fällen die Familie eine so starke Widerstandsfähigkeit zeigt, daß die Verf. daraus auf eine besondere biologische Zähigkeit des sozialen Gebildes Familie ebenso wie auf einen hohen Grad sozialer Anpassungsfähigkeit schließt und meint, daß „auch durch die Heimlosigkeit hindurch die Familie die Möglichkeit entwickeln wird, das gesellschaftliche Geschehen zu meistern und sich selbst — . . . unter Umbildung ihrer selbst und des gesellschaftlichen Ganzen — zu erhalten“. Die Lesbarkeit der sehr verdienstvollen Arbeit wird durch eine allzu formalistische Sprache und die überreichliche Verwendung von Zeichen und Tabellen sehr erschwert.

Das Gegenteil gilt von der eine Ergänzung der Meuterschen Untersuchung darstellenden Schrift des Leiters der „Heimstatt-Arbeiterwohlfahrt“ in Köln-Deutz V. Schaidnagl. Er gibt einen gut disponierten, sehr anschaulichen Bericht über die Herkunft der Heimlosen, ihre Entwicklung, die Rolle von Familienverhältnissen als Ursache der Heimlosigkeit und ähnliche Probleme. Sch. kommt auf Grund seiner reichen Erfahrungen zu dem Ergebnis, daß „das sozialpsychische Bedürfnis des Menschen nach einem Heim, nach einer adäquaten, ihn seelisch umschließenden menschlichen Umgebung nicht nur im Familienkreis . . . befriedigt werden kann, sondern auch in einem Zusammenleben mehr kollektiver Art, mit Zugehörigen des gleichen Geschlechts“. Die Tendenz zur Auflösung der Familie führe notwendig zu solchen Zusammenschlüssen, die ihre geschichtlichen Vorbilder in Männerbünden, Klöstern und Kampfverbänden hätten.

Der Bericht von Elisabeth Frank über die Schicksale geschiedener oder eheverlassener Frauen, die von einer Berliner Fürsorgestelle betreut werden, gibt in 42 Einzeldarstellungen ein erschütterndes Bild menschlichen Leids. Die einzelnen „Fälle“ werden von der Verfasserin sehr sorgfältig unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten untersucht mit dem Resultat, daß die Familie der geschiedenen oder verlassenen Frauen viel stärker bedroht erscheint als die der Witwe.

Eine Ergänzung zu dieser Studie stellt die Untersuchung von Elisabeth Lüdy dar. Sie berichtet über 184 vaterlose Familien, jedoch sind neben geschiedenen und eheverlassenen die Mehrzahl der Mütter Witwen oder Ledige. Die Verf. hat ihr Material in besonders sorgfältiger und liebevoller Weise verarbeitet und kommt zu dem Schluß, daß „von Ausnahmefällen abgesehen, Mütter mit pflegebedürftigen Kindern ohne wirtschaftliche und arbeitsmäßige Entlastung ihre Aufgabe: Kindererziehung, Haushaltsführung neben Volltagsarbeit ohne Schädigung der Familie nicht durchführen können“.

Dora Hansen-Blanke hat auf Grund der Verarbeitung von 311 Fragebogen, die sie im Sommer und Herbst 1931 an Fabrikarbeiterinnen von 9 Betrieben in verschiedenen Städten Deutschlands ausgegeben hat,

ein Bild zu geben versucht, wie weit die Erwerbsarbeit mit der Erfüllung der hauswirtschaftlichen und mütterlichen Aufgaben der Frau in Konflikt gerät. Die Verf. hebt hervor, daß ihr Material sowohl wegen seiner Entstehung mitten in der Krise als auch seinem Umfang nach Verallgemeinerungen nicht erlaubt, behauptet aber wohl mit Recht, daß es Ursachen und Entwicklungstendenzen aufzeigt, die auf Grund der täglichen Erfahrung als allgemein wirkend angenommen werden können. Die Untersuchung bestätigt, daß die Fabrikarbeit nicht der Eheschließung, wohl aber dem Familienaufbau entgegenwirkt, und daß die außerhäusliche Erwerbsarbeit von der überwiegenden Mehrzahl der Frauen als eine schwere aufgezwungene Last empfunden wird.

Der wissenschaftliche Hauptwert der hier angezeigten fünf Arbeiten scheint uns darin zu liegen, daß sie in Erfüllung des Programms der Schriftenreihe wichtiges Material über die moderne Familie gesammelt haben, dessen weitere Bearbeitung unter soziologischen und sozialpsychologischen Gesichtspunkten noch wesentliche Aufschlüsse über den Zustand und die Funktion der Familie in der heutigen Gesellschaft bringen kann.

Die Rostocker Dissertation von H. Ahrens hat sich die Aufgabe gestellt, dem Problemkreis Familie eine sinnvolle, d. h. „logische und speziell soziologische“ Ordnung zu geben. A. stützt sich dabei im wesentlichen auf die Wiesesche Beziehungslehre und versucht, sein „Bezugssystem“ nach konstitutiven und destruktiven Elementen, nach dem Zu- und Auseinander zu ordnen. Die Arbeit kann — wie bei einer Dissertation wohl auch nicht anders zu erwarten war — trotz mancher kluger Ausführungen nur als bescheidener Beitrag zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgabe gewertet werden.

Friedrich Pollock (Frankfurt a. M.).

Lichtenberger, J. P. *Divorce. A social interpretation.* McGraw-Hill Publishing Co. New York u. London 1931. (XII u. 472 S.; 21s.)

Der Verfasser, Professor der Soziologie an der Pennsylvania Universität, versucht eine Analyse des Ehescheidungsproblems im Hinblick auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu geben. Der erste, deskriptive Teil des Buches bringt nach einem nicht sonderlich vertieften Überblick über die Geschichte der Ehescheidung eine ausführliche Erörterung der Entwicklung und der gegenwärtigen Lage in den Vereinigten Staaten; die statistischen Daten und der Stand der Gesetzgebung werden in kritischer Beurteilung vorgeführt. Der zweite Teil versucht diese Entwicklung, die von 9937 Ehescheidungen im Jahre 1867 zu 201468 Ehescheidungen im Jahre 1929 (gegenüber 1232559 Eheschließungen) geführt hat, zu erklären. Verworfen wird wohl mit Recht eine ausschlaggebende Rolle der Gesetzgebung. Das Abnehmen der ökonomischen Bedeutung der Familiengemeinschaft wird erwähnt, aber nicht an die entscheidende Stelle gerückt. Die wesentliche Erklärung der Entwicklung wird darin gefunden, daß die Traditionsgebundenheit in steigendem Maße dem Verlangen nach Freiheit und Selbständigkeit weiche und daß dadurch die Auflösung von Ehen herbeigeführt werde, deren Übel man früher geduldig hingenommen habe. Der Verf. schließt mit der Voraussage, daß die patriarchalische Form der Familie zwar hingeschwunden sei, die Ehe sich aber auf der Basis der

Gleichberechtigung der Geschlechter und der freiwilligen Lebensgemeinschaft wahrscheinlich neu stabilisieren werde.

Das Werk ist in seinem deskriptiven Teil am besten. Die sonstigen Erörterungen befriedigen nicht sehr; vor allem wird das Eigentümliche der Entwicklung der Ehescheidung in den Vereinigten Staaten (etwa in ihrem Unterschied von den Verhältnissen in den sonstigen angelsächsischen Ländern) kaum adäquat erklärt. Im ganzen eine gefällige, vorwiegend kompilatorische Arbeit. Gred Freudenthal (Frankfurt a. M.).

Mourik Broekman, M. C. van, *Erotiek en Huwelijksleven (Erotik und Ehe)*. A. W. Sijthoff's Uitgeversmaatschappij. Leiden 1932. (260 S.; Hfl. 4.75)

Dieses Buch des hervorragenden Vertreters des freisinnigen Christentums ist charakteristisch für die Mentalität des typischen Holländers, für den die Sexualität noch als etwas Geheimnisvolles, ja als etwas Unanständiges gilt, worüber man so wenig wie möglich öffentlich spricht. Diese psychologische Voreingenommenheit wird wohl die Erklärung dafür sein, daß der Verf. sehr vorsichtig an die einzelnen Probleme herangeht und ferner viele an und für sich interessante Feststellungen macht, die aber nicht viel Neues bringen. Der Behandlung des eigentlichen Eheproblems geht eine Einleitung über die erotischen Gefühle voraus, die jedoch den Ansichten Weiningers einen zu großen, denjenigen der Freud'schen Schule einen zu kleinen Platz einräumt. Bei der Erörterung der Ehe erwähnt B. die bekannte Literatur, die einen Einblick in die verschiedenen Auffassungen gibt.

Der Verf. bezeichnet die Ehe als ein Mysterium, das in dem Maße, wie es sich vergeistigt, zu einer von Gott gewollten Verbindung von zwei Menschen wird. Jedoch hält er die Ehe nicht für etwas Unmodifizierbares. „Die christlichen Ideen und Ideale gehen nicht zugrunde, wenn man über Ehe und Ehescheidung zu anderen Schlußfolgerungen gelangt als denjenigen des altjüdischen Milieus, in welchem die Bibel entstand, die seitdem vorwiegend wegen der Autorität der Kirche und der Stärke der Tradition beibehalten blieben.“

Andries Sternheim (Genf).

Neumann, Sigmund, *Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege*. Junker und Dünhaupt. Berlin 1932. (139 S.; RM. 5.—)

N. ist der Ansicht, daß in der Gegenwart die reine „Repräsentationspartei“ alten Stils immer stärker durch den von ihm „Integrationspartei“ genannten Typus abgelöst werde, d. h. von Parteien, die den einzelnen nicht nur als Wähler, sondern als ganzen Menschen in allen seinen Lebensbezirken zu erreichen und, befehlend oder erziehend, zu politisieren trachten. Zu diesem Ergebnis führt ihn eine behutsame Strukturanalyse der einzelnen Parteien, ihrer Entwicklung nach dem Kriege, der sozialen Zusammensetzung ihrer Anhängerschaften, ihres Aufbaus und des Gewichts, das sie haben. Wie man bei der Lektüre jedes Abschnittes merkt, ist die Aufmerksamkeit des Verf. auf die Wirksamkeit jenes Geistes gerichtet, von dessen Anerkennung durch die Parteien die Gesundheit der Demokratie abhängt: des Geistes der Verantwortung für das Ganze. N. nimmt keine dogmatische Rücksicht; er ist sachlich, wenn er urteilt, vorsichtig, wenn er

Zukunftsmöglichkeiten erwägt, geistvoll, wenn er auf Vergangenes hinweist. Da wir sein Buch nachdrücklich empfehlen, sind wir verpflichtet, selbst in einer so kurzen Anzeige, ein beiläufiges Urteil zurückzuweisen, das falsch und gefährlich ist: die nationalsozialistische Bewegung (deren Ursprünge N. richtig bestimmt) kann niemals, was N. immerhin für möglich hält, zum „Gewissen der Zeit“ werden. Hans Speier (Berlin).

Rohden, Peter Richard, *Demokratie und Partei*. L. W. Seidel & Sohn. Wien 1932. (364 S.; RM. 9.60, geb. RM. 11.40)

Groethuysen, Bernhard, *Dialektik der Demokratie*. L. W. Seidel & Sohn. Wien 1932. (61 S.; RM. 1.80)

Der Sammelband „Demokratie und Partei“ stellt den ersten Versuch dar, eine vergleichende Parteienkunde der großen Staaten und der entscheidenden politischen Systeme der Gegenwart zu geben. Wie bei solchen Sammelarbeiten verschiedener Autoren nicht anders zu erwarten, sind die Beiträge ungleichmäßig in der Qualität. Kingsley B. Smellie gibt einen knappen Überblick über die englische Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung der Labour Party. Die Eigentümlichkeiten der englischen Innenpolitik werden gut herausgearbeitet, die innerparteilichen Verhältnisse und Probleme jedoch kaum gestreift. Im stärkeren Maße berücksichtigt dies Adolf Rein in seiner lebendigen Skizze über USA. Am interessantesten, aber auch am bedenklichsten sind die Beiträge Edmond Vermeils und Peter R. Rohdens. Gewiß ist es reizvoll, Deutschland durch einen Franzosen und Frankreich durch einen Deutschen darstellen zu lassen, bei der Verschiedenheit und Kompliziertheit der innerpolitischen Kräftelagerung in beiden Staaten jedoch ein anspruchsvolles, nicht völlig gelungenes Unternehmen. Vermeil gibt mehr eine Geschichte der deutschen Innenpolitik als die der Parteien, deren Grundpositionen kaum herausgearbeitet werden. Kleine Unrichtigkeiten fallen dabei weniger ins Gewicht als die nicht immer richtige Gesamteinschätzung. Rohdens Beitrag, anregend und geistreich wie seine Einführung zum Gesamtwerk, aber ohne systematische Strenge, bietet viel psychologische Randbemerkungen und kluge Betrachtungen und wenig soziologische Forschung. Dimitri S. Mirsky (London) deutet prinzipiell und mit positiver Grundeinstellung Sinn und Bedeutung der Demokratie im Bolschewismus. Struktur und Problematik des Einparteienstaates werden bei ihm ebensowenig berührt wie in W. L. Steins (Rom) Beitrag über den Faschismus, dessen Vorbedingungen, Geschichte und Philosophie (Evola) — ohne Neues zu bieten — knapp und mit positiver Bewertung zusammengefaßt werden. Die wertvollste Untersuchung ist Alois Dempfs gedrängte, aber immer prägnante und durchdachte Skizze über Demokratie und Partei im politischen Katholizismus. Mit einem bei solcher Thematik selten anzutreffenden Gefühl für die sozialen Gewichte wird hier die Geschichte der katholischen Demokratie als Gedanke und Politik — mit einer für die gegenwärtige Situation „mittelparteilichen“ Ausrichtung — entwickelt.

In ganzen ist die Sammlung als Bericht und Materialquelle wertvoll (nicht zuletzt durch die fast durchgängige historische Fundierung und durch eine allerdings nicht immer umsichtige internationale Literatur-

übersicht); als soziologische Analyse bleibt sie völlig unzulänglich. Darüber hinaus fehlt es dem Gesamtwerk an den notwendigen Voraussetzungen, ein so weitläufiges Thema auf engem Raum sinnvoll zu erfassen: an straffer Durchdisponierung und klareren Richtlinien.

Sie können auch nicht rückläufig durch die Schrift Groethuysens gewonnen werden, die nicht nur äußerlich ganz für sich da steht. Sie versucht eine grundsätzliche Besinnung auf die dialektischen Spannungen der demokratischen Ideologie in ihrem rechtlichen und soziologischen Moment, zwischen individualistischem Liberalismus und Gemeinschaftsdemokratie. Aus diesen Antinomien und der eigenartigen Verbindung von bourgeois und citoyen im „Parteimann“ werden dann die Typen der miteinander streitenden modernen Parteisysteme entwickelt. Hierbei rückt G. die besondere Chance der „internationalen Klassenpartei“, diese Spannungen aufzuheben, in den Vordergrund. Wie alle Arbeiten G.s ist auch diese geistvolle Studie prinzipiell und doch nicht ohne Beziehung auf die konkrete Situation.

Sigmund Neumann (Berlin).

Heinrich, Walter, *Das Ständewesen mit besonderer Berücksichtigung der Selbstverwaltung der Wirtschaft*. Gustav Fischer. Jena 1932. (XII u. 306 S.; geh. RM. 12.—, geb. 14.—)

Das Buch gibt einen ausgezeichneten Überblick über die Methode der Anwendung der universalistischen Gesellschaftslehre Spanns auf die Umgestaltung der Wirtschaft. Da für Spann sowohl die liberale kapitalistische Verkehrswirtschaft wie die sozialistische Planwirtschaft verwerflich sind, so wird mit Hilfe des universalistischen Begriffsapparats ein Ständestaat konstruiert, der mit dem italienischen Korporativstaat nahe verwandt ist. Die Organisation der Wirtschaft soll in Berufsverbänden vor sich gehen, die sich autonom verwalten und nur der Führung und Kontrolle des Staates unterliegen. Der Staat selbst ist ein Stand, dessen Trägerschaft freilich nur mit großen Schwierigkeiten konstruiert werden kann. Dankenswert ist das sehr ausführliche bibliographische Kapitel und die ziemlich vollständige Beschreibung der berufsständischen Literatur. Vielleicht hätte das katholische Schrifttum zum Berufsständeproblem etwas ausführlicher berücksichtigt werden müssen.

Albert Salomon (Köln).

Hermens, F. A., *Demokratie und Kapitalismus. Ein Versuch zur Soziologie der Staatsformen*. Duncker & Humblot. München 1931. (VIII u. 242 S.; brosch. RM. 9.—, geb. RM. 11.50)

Mit Recht verwahrt sich H. von vornherein gegen die Mißdeutung, als liege schon in seiner Fragestellung, inwiefern nämlich die Demokratie die dem Kapitalismus auf die Dauer allein gemäße Staatsform sei, eine marxistisch-materialistische Auffassung von den Aufgaben der Soziologie. Dies wäre nur der Fall, wenn unter Kapitalismus und Demokratie klassenmäßig bestimmte Wirtschafts- und Staatsformen verstanden würden. H. unternimmt es im Gegenteil, Kapitalismus und Demokratie mit den Begriffen und Methoden der Schumpeterschen Ökonomie, der formalen Soziologie und der funktionalistischen Staatslehre so zu beschreiben und zu definieren, daß jede Spur von Klasseninhalt verschwindet. Nicht die Demo-

kratie wird durch den Aufweis ihrer Bedeutung für den Kapitalismus des Scheins klassenloser Gerechtigkeit entkleidet; umgekehrt: die formale Analogisierung beider ermöglicht es, diesen Schein auch auf den Kapitalismus selbst fallen zu lassen. Das Resultat sind Paradoxien wie diese: „Wenn überhaupt eine, so ist kapitalistische Gesellschaft klassenlose Gesellschaft“.

Zunächst wird die Demokratie dadurch definiert, daß in ihr die Integration durch den Führer, der sich in politischer freier Konkurrenz durchsetzen und behaupten muß, erfolgt, im Gegensatz zu den herrschaftlichen Staatsformen, in denen politisches Monopol herrscht. Dann folgt eine entsprechende Analyse des Kapitalismus, dessen Grundphänomen nicht etwa das Klassenmonopol an den Produktionsmitteln, sondern die wirtschaftliche Entwicklung sei, beruhend auf der freien Konkurrenz und der Führung der schöpferischen Unternehmer. Endlich wird gezeigt, wie die Dynamik des Kapitalismus die traditionellen Herrschaftssysteme sprengt und ihre Ersetzung durch die ihm angepaßte Demokratie erzwingt. In diesem dritten Teil, wo die Untersuchung der historischen Kausalzusammenhänge dazu drängt, über bloße formale Analogien hinauszugehen, finden sich die besten Abschnitte des Buches. Um aber auch hier Mißverständnisse zu vermieden, unternimmt es H., die Behauptung eines Zusammenhangs von Demokratie und Plutokratie, soweit sie mehr als „Mißstände“ treffen will, mittels formalen Rasonnements für ein bloßes Schlagwort zu erklären. Im ganzen erweist sich an H., der der Schule Schumpeters entstammt, mit aller Deutlichkeit, daß der soziologische und ökonomische Formalismus nur eine äußerlich dem Stand des modernen Denkens angepaßte Neuauflage des juristischen Formalismus ist, der das liberale Denken von jeher charakterisiert hat — und darin liegt vielleicht der hauptsächlichste Erkenntniswert des Buches.

Richard Löwenthal (Berlin).

- Jost, Walter, *Das Sozialleben des industriellen Betriebs. Eine Analyse des sozialen Prozesses im Betrieb. Schriftenreihe des Instituts für Betriebssoziologie und soziale Betriebslehren an der Technischen Hochschule Berlin, H. 2.* Julius Springer. Berlin 1932. (83 S.; RM. 3.90)
- Matthes, Carl, *Die Rationalisierung der Wirtschaftsprozesse in ihren Auswirkungen auf den in der Wirtschaft tätigen Menschen und seine Erziehung.* Rascher u. Cie. Zürich, Leipzig, Stuttgart, 1932. (131 S.; RM. 3.20)

Jost versucht in seiner Arbeit, deren Titel mehr verspricht als der Inhalt hält, eine empirisch-systematische Basis für eine Betriebssoziologie zu schaffen. Hauptkategorie ist der soziale Prozeß; er wird in Einzelprozesse zerlegt. Der Verf. unterscheidet einerseits reguläre und Friktionsprozesse und andererseits Entwicklungsprozesse, wobei „Entwicklungsprozesse“ nur ein anderer Name für „historische Betriebssoziologie“ ist. Die statische Betrachtung, deren Gegenstand die beiden erstgenannten Prozesse sind, bedarf der weiteren Unterscheidung von Prozessen, die zwischen Belegschaft und Betriebsleitung und solchen, die zwischen den gleichgeordneten Mitgliedern einer der beiden Gruppen spielen (Vertikal- und Horizontalprozesse). J. glaubt, daß die „Steuerung“ der sozialen Betriebsprozesse durch eine wissenschaftliche Betriebssoziologie erleichtert

werden könne und daß „das Problem der Einpassung des arbeitenden Menschen in die Realität seiner Arbeits- und Lebenswelt . . . unabhängig von der geltenden Sozial- und Wirtschaftsordnung“ bestehe. — Die Arbeit von Matthes ist wertlos. Sie enthält nur Gemeinplätze, die mit entwaffnender Naivität vorgebracht werden. Das Sprachvermögen des Verf. reicht kaum dazu aus, sie plausibel zu machen.

Hans Speier (Berlin).

Jünger, Ernst, *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt*. Hanseatische Verlagsanstalt. Hamburg 1932. (300 S.; RM. 4.80, geb. RM. 5.80)

Wer in diesem Buch etwas über den Arbeiter erfahren will, wird enttäuscht. Denn Arbeiter ist hier keine soziologische Kategorie, sondern als solcher gilt, um mit J. zu sprechen, ein „neuer aktiver Typus“, für den wie für den Soldaten Freiheit und Gehorsam identisch sind. Im Arbeitscharakter, der „nichts mit Beruf oder Werk Tätigkeit im alten Sinne zu schaffen hat“, erscheint das Leben in einem neuen Modus. Bezeichnungen wie „organische Konstruktion“, „totale Mobilmachung“, „Planlandschaft“ sollen ihn andeuten. Aber trotz guter Beobachtungen, deren das Buch manche enthält, stimmt der Anspruch des Verf., im Dienste eines „heroischen Realismus“ beobachtet zu haben, nicht zu der geistigen Kraft, über die er verfügt. Sie reicht nur dazu aus, das Weltbild einer soldatischen Bohème zu entwerfen. Daß diese mit der literarischen nicht nur den Bürgerhaß, sondern auch eine Stilgewandtheit teilt, deren Verführung der Autor leichter erliegt als Leser, denen organische Konstruktionen logische Greuel sind, mindert nicht ihre besondere Tragik: zornig inmitten einer zerfallenden Zivilisation zu stehen, mit nichts als dem Willen, sie zu überwinden.

Hans Speier (Berlin).

Die soziale Frage und der Katholizismus. Festschrift zum 40jährigen Jubiläum der Enzyklika „Rerum novarum“. Herausgegeben von der Sektion für Sozial- und Wirtschaftswissenschaft der Görres-Gesellschaft durch J. Strieder und J. Meßner. F. Schöningh. Paderborn 1931. (488 S.; geb. RM. 16.—)

Über 30 sozialwissenschaftlich geschulte Katholiken, darunter namhafte Fachvertreter wie Goetz Briefs, Theodor Brauer, Jakob Strieder, Adolf Weber, v. Nell-Breuning S. J. u. a. haben zu dieser Festschrift Beiträge geliefert. Sie behandeln Themen zur Geschichte des sozialen Katholizismus und versuchen, den Einfluß der Enzyklika „Rerum novarum“ auf die sozialpolitische und sozialwissenschaftliche Entwicklung der jüngsten Epoche darzustellen.

Die Aufsätze sind in ihrer wissenschaftlichen Qualität sehr verschieden. Unzulänglichkeiten der Enzyklika werden teils mit Stillschweigen übergangen, teils positiv interpretiert. Interessant ist ein Beitrag des Theologieprofessors Mitterer über Zusammenhänge zwischen Naturrechtslehre und Naturwissenschaft bei Thomas von Aquin (S. 436—452). Mitterer weist darauf hin, daß die scholastische Naturrechtstheorie und die auf ihr begründete Sozialethik keineswegs „unwandelbar“ sind, sondern von dem naturwissenschaftlichen und sozialen Weltbild des Mittelalters abhängen.

Nur wenige Beiträge dringen zur wirtschaftlich-gesellschaftlichen Problematik der Gegenwart vor. Die kapitalismuskritische Richtung des heutigen Katholizismus kommt infolge der einseitigen Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft nicht zur Geltung.

Heinrich Mertens (Frankfurt a. M.).

Schwer, Wilhelm, und Franz Müller, *Der deutsche Katholizismus im Zeitalter des Kapitalismus*. Haas und Grabherr. Augsburg 1932. (224 S.; RM. 3.50, geb. RM. 4.50)

Getzeny, Heinrich, *Kapitalismus und Sozialismus im Lichte der neueren, insbesondere der katholischen Gesellschaftslehre*. F. Pustet. Regensburg 1932. (274 S.; RM. 4.80, geb. RM. 5.80)

Der prozentuale Anteil der Katholiken an der Gruppe der wirtschaftlich „Selbständigen“ ist von 1895–1907 (zwischen den amtlichen Berufszählungen) gesunken, der Anteil am wachsenden Industrioproletariat relativ zu den Protestanten stark gestiegen. Schwer, der die Ursachen für dieses „wirtschaftliche Schicksal der deutschen Katholiken im Kapitalismus“ untersucht, sieht den zentralen Erklärungsgrund in der staatspolitischen Lage in Deutschland zur Zeit des Merkantilismus. Die zahlreichen von klerikalen Landesherren geleiteten geistlichen Fürstentümer, in denen die große Mehrheit der Katholiken ansässig war, pflegten eine traditionalistische Wirtschaftsführung und überließen ihren protestantischen Nachbarn die Ausnützung der ökonomischen Aufstiegschancen in dieser für die spätere kapitalistische Entwicklung entscheidenden Epoche. Erst nach der Säkularisation 1803 wurden die katholischen Gebiete für eine kapitalistische Wirtschaftsentwicklung frei; jetzt verfügten die protestantischen Kreise über die ökonomisch-technische Erfahrung und konnten deshalb die Erschließung der befreiten katholischen Gebiete für den Kapitalismus in Angriff nehmen.

Dieser ökonomisch-sozialen Lage der deutschen Katholiken entsprach ihre Kapitalismuskritik bis Ende der achtziger Jahre. Die führende katholische Publizistik dieser Zeit — sie kommt in dem Beitrag von Müller über die „Beurteilung des Kapitalismus in der katholischen Publizistik des 19. Jahrhunderts“ in reichen Zitaten zu Wort — lieferte oft treffende Diagnosen des Kapitalismus; die von ihr vorgeschlagenen positiven Reformen aber waren zu sehr von einer vorkapitalistischen Denkweise bestimmt, als daß sie politische Bedeutung hätten erlangen können. Politisch wirksam wurde der Sozialkatholizismus erst, als er sich zu einer Sozialpolitik auf kapitalistischer Grundlage bekannte. Das geschah unter Führung von Hertling und Hitze in den achtziger Jahren.

Neuerdings, unter dem Einfluß der Krise, kommt die kapitalismuskritische Haltung im deutschen Katholizismus wieder stärker zur Geltung. Dafür ist das Buch von Getzeny ein Zeugnis. G. gibt in klarer Darstellung eine Beschreibung der kapitalistischen Wirtschaft, kritisiert in verständnisvoller Weise den Sozialismus und entwickelt das wirtschaftlich-soziale Reformprogramm des Katholizismus. Für die Zwecke der katholisch-sozialen Schulung ist das Buch sehr geeignet, die wissenschaftliche Diskussion ist durch diesen Beitrag nicht wesentlich gefördert worden.

Heinrich Mertens (Frankfurt a. M.).

Dreiser, Theodore, *Tragic America. Horace Liveright, Inc. New York 1932.* (435 S.; \$ 3.—) — Chase, Stuart, *A New Deal. The Macmillan Company. New York 1932.* (257 S.; \$ 2.—) — Johann, A. E., *Amerika. Untergang am Überfluß. Ullstein-Verlag. Berlin 1932.* (256 S.; br. RM 4.—, geb. RM. 5.50)

„Heutzutage versucht in Amerika eine Oligarchie von Magnaten dieses große Volk zu versklaven. In dieser Absicht will man es erst geistig her-unterbringen. Aus diesem Grund, und zwar allein aus diesem Grund habe ich es für notwendig gehalten, an diesem Kampf teilzunehmen.“ Diese Erklärung gibt der bekannte Verfasser der „Amerikanischen Tragödie“ dafür, daß er ein Buch des Protestes gegen die heutige wirtschaftliche und gesellschaftliche Verfassung der Vereinigten Staaten geschrieben hat. Kapitel auf Kapitel häuft er seine Anklagen gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen großer Teile der amerikanischen Bevölkerung, gegen den räuberischen Charakter des amerikanischen Kapitalismus, die Regierung der Banken und Trusts, die Raffgier der Eisenbahngesellschaften, den obersten Gerichtshof, die Entwertung der Verfassung zu einem bloßen Fetzen Papier, die Komödie des Wahlsystems, gegen die parteiische Haltung der Kirche und die interessierte Wohltätigkeitspflege. Dreiser berichtet über eine Unmasse von belastenden Einzelheiten, die sich zu einem trüben Bild zusammenfügen: die Tragödie dieses Landes liegt darin, daß seine Reichtümer nur einer kleinen Gruppe zugute kommen, während die große Masse der Bevölkerung im tiefsten Elend oder doch in täglicher Furcht vor der Verelendung gehalten wird. Dieser Zustand scheint D. unhaltbar zu werden. Er sieht den Ausweg in der entschädigungslosen Enteignung des Privateigentums und dem Übergang der Regierungsgewalt an die Vertreter der Arbeiter und Farmer.

Das Buch ist der Protest eines wohlmeinenden Mannes, der den Übergang zu einer neuen Ordnung möglichst ohne die Gewalttätigkeiten der russischen Revolution wünscht und von der Ungerechtigkeit und Un-erträglichkeit der heutigen Zustände eine weit klarere Vorstellung besitzt als von den Mitteln, sie zu beseitigen.

Das neue Buch von Stuart Chase steht theoretisch auf einer weit höheren Stufe. Auch er versucht zu zeigen, daß die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bereicherung relativ kleiner Gruppen dient, aber darin sieht er nicht das Hauptübel: „Nicht der Gewinn, welchen der Profitjäger heute an sich reißt, trägt die Hauptschuld an der heutigen Ver-wirrung; sie liegt vielmehr bei der Verschleuderung und dem Durchein-ander, die er schafft bei dem Versuch, ihn an sich zu reißen.“ Eine gut organisierte reiche Wirtschaft könne die Menge an Kaufkraft, die durch die „Profitjäger“ und die Bezieher von arbeitslosen Einkommen weggenommen wird, ohne besonderen Schaden entbehren, aber keine Gesellschaft könne es vertragen, daß ihr Wirtschaftsapparat fortwährend durch die, welche reich werden wollen, durcheinander gebracht wird. „Wenn wir das Gesamt-einkommen der Besitzenden beschlagnahmten und auf den Rest der Be-völkerung verteilten, so würde der Lebensstandard der letzteren nach Prof. Bowley nur um ungefähr 10% erhöht werden. Aber wenn wir die Machenschaften der Profitjäger ausschalten könnten, wären wir imstande,

die Armut abzuschaffen und grundsätzlich von einem Tag auf den anderen den Lebensstandard zu verdoppeln."

C. sieht drei theoretisch mögliche Wege aus dem hentigen Zustand: eine faschistische Diktatur des Großkapitals, eine Diktatur nach bolschewistischem Muster und den „dritten Weg“. Die ersten beiden hält er in den Vereinigten Staaten für ungangbar, da sie am Widerstand der für die Aufrechterhaltung des komplizierten arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses unentbehrlichen Techniker und hochqualifizierten Arbeiter aller Art scheitern müßten. Der dritte Weg ist der evolutionäre Übergang zu einer von einem „Planning Board“ geleiteten Planwirtschaft, die sich zunächst dreier Mittel bedient: einer Manipulierung von Geld und Kredit, die vor inflationistischen Maßnahmen nicht zurückschreckt, Besteuerung hoher Einkommen und Erbschaftssteuern und einer umfassenden Vergebung öffentlicher Arbeiten. Der wesentliche Unterschied gegenüber Dreisers Vorschlag liegt darin, daß Chase auf die Enteignung der Produktionsmittel verzichten will, da sie auf zu großen Widerstand stieße, und er meint, daß die Wirtschaft im öffentlichen Interesse geleitet werden kann, ohne daß dazu notwendig das System des Privateigentums beseitigt werden müßte. Die Realisierung seines „dritten Weges“ erwartet C. von einer intelligenten Minderheit, die durch unermüdliche Propaganda die Umstellung vorbereitet und auf dem Weg über eine „dritte“ Partei schließlich genug politischen Einfluß gewinnt, um ihr Programm auf legalem Wege durchzusetzen.

Viel skeptischer denkt A. E. Johann über die Möglichkeit einer Veränderung des nicht mehr funktionierenden amerikanischen Wirtschaftssystems. J. hat im Winter 1931/32 den ganzen nordamerikanischen Kontinent im Auto bereist und sich vorgenommen, Antwort auf drei Fragen zu erhalten: Wie steht es mit den Arbeitslosen in USA., welche Aussichten hat dort eine kommunistische Revolution, und wie verhält es sich mit der Negerfrage? Eine außergewöhnliche Beobachtungsgabe und zahlreiche Gespräche, die er in Kanada und der Union mit Angehörigen aller Schichten der Bevölkerung geführt hat, haben dem Verf. ein reiches Material geliefert, das er in seiner ausgezeichneten Reportage darbietet. Man findet darin ein klares Bild der verzweiferten Lage der amerikanischen Farmer und der Ursachen ihres Ruins, eindringliche Berichte über das Leben der Arbeitslosen und den Umfang der Arbeitslosigkeit, ein Kapitel über die Gewerkschaften, das viele in Deutschland unbekannte Tatsachen mitteilt, Äußerungen zweier Wirtschaftsführer über die Krise, die an Einsichtslosigkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Trotz des raschen Umsichgreifens der kommunistischen Bewegung hält J. ihre Erfolgsaussichten für gering, solange der amerikanische Farmer ein „Individualist in Reinkultur“ bleibt und der durchschnittliche amerikanische Arbeiter „für einen gut bezahlten Job seine sämtlichen politischen Überzeugungen an den Nagel zu hängen“ bereit ist.

Nach J.s Überzeugung gibt es nur zwei Wege, die den Kapitalismus aus seinen Schwierigkeiten herausführen können: Rückkehr zum System der freien Wirtschaft oder autarke Planwirtschaft. Beide hält er für die Vereinigten Staaten nicht gangbar, so daß auch für ihn gilt, was er von den

Amerikanern sagt: „Im Grunde genommen weiß in diesem ganzen riesig großen Lande Amerika kein Mensch, was weiter werden soll“.

Friedrich Pollock (Frankfurt a. M.).

Renier, G. J., *The English: Are They Human?* Tauchnitz. Leipzig 1932. (286 S.; geh. RM. 1.80, geb. RM. 2.50)

Die Engländer: „unintellektuell, beherrscht, verbissen, stetig, pragmatisch, schweigsam und zuverlässig“ werden visiert. Ein Franzose verfolgt sie im Straßenlärm, er zerpflückt das Zeitungszipfel, er belauscht die Tabus der Konversation, er deckt das home der middleclass auf, er fraternisiert beim drink mit dem Landproletarier, er streift durch die Gerichts- und Betsäle, folgt dem gentleman ins Parlament, sucht die Massen beim Wetten auf dem Sportplatz, schildert die Riten der society, er vergleicht mit Frankreich, vergleicht mit Deutschland, er vergleicht den gentleman von heute mit dem von gestern, um die Besonderheit der Nation von heute zu erfassen. Und die Engländer sind eine besondere Nation. Sie haben die Konzeption einer ritualistischen Lebensführung. Das Ritual macht das Leben angenehm, weniger reibungsvoll, und man weiß stets, woran man sich halten soll.

In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, aus dem sozialen und politischen Kompromiß der Aristokratie und der modernen Bourgeoisie, Hand in Hand mit der religious revival des Methodismus, entsteht in der public school eine Retorte, in der bestimmte psychische, geistige und leibliche Attitüden zum modernen gentleman zusammenwachsen. Die verschüttete Bahn des alten Puritanismus wird wieder frei gelegt; was dort hinter dem Rücken der Agenten sich bildete, wird jetzt bewußt gezüchtet. War der Kampf Ruf des deutschen Gymnasiallehrers: „Sei ein Mensch!“, so rief Arnold, der Inaugurator der modernen public school: „Sei ein Offizier!“ Korpsgeist, enthusiastische Liebe zur Institution, ein Training, Macht über Menschen auszuüben, moralische Eigenschaften zu bewundern, die ihnen nicht ursprünglich waren, und ihr eigenes natürliches Leben zu unterdrücken, waren das Resultat.

R. zeigt, wie dieser Menschentyp die Schule verläßt, die politischen Ämter besetzt, die City durchdringt, die Kolonien beherrscht, wie er vorbildlich wird und nachgeahmt werden muß von denen, die etwas auf sich halten. Er führt seine These mit großem Takt, historischer Umsicht und pädagogischem Geschick durch. Hans Gerth (Frankfurt a. M.).

Aron, R. et A. Dandieu, *Décadence de la nation française*. Rieder. Paris 1931 (245 S.; 15 Frs.)

Das Buch ist die erste Veröffentlichung eines vor kurzem gegründeten Studienvereins namens „L'ordre nouveau“. Ein zweites Buch, „Le cancer américain“ ist schon erschienen, und ein drittes folgt bald unter dem Titel: „La révolution nécessaire“.

Die Autoren stellen zunächst fest: Der Franzose ist ein geborener Individualist und ein geborener Patriot; doch haben diese Eigenschaften durch zwei verunstaltende Mythen: Industrie und Nation, ihre ursprüngliche Gestalt eingebüßt. Diese führten zur erfolglosen Nachahmung des

amerikanischen Kapitalismus einerseits, des russischen Bolschewismus andererseits. Die Ursache dieses traurigen Zustandes finden die Verf. erstens bei Descartes, dessen Rationalismus einen Ford, dann bei Napoleon, dessen „Verrat“ einen Poincaré erzeugt habe. Gegen die beiden Auswüchse schlagen nun die Verf. eine „individualistisch-föderalistische Revolution“ vor, die im nächsten Bande zu behandeln sein wird. Sie wollen keine „zentralistisch-kommunistische Revolution“, aber auch keinen „cancer américain“, sondern eine Fortsetzung der großen Revolution von 1789.

Das Buch bringt eine detaillierte Kritik der heutigen philosophisch-ideologischen und politischen Zustände.

M. Tazerout (La Roche, Yon).

Ruppin, Arthur, Soziologie der Juden. I. Bd. Die soziale Struktur der Juden. II. Bd. Der Kampf der Juden um ihre Zukunft. Jüdischer Verlag. Berlin 1930 u. 1931. (I: 522 S.; geb. RM. 20.—, Hldr. RM. 26.—; II: 335 S.; geb. RM. 18.—, Hldr. RM. 24.—)

Das Werk ist die Frucht jahrzehntelanger Beschäftigung mit der Sonderstatistik der Juden, einem Gebiet, auf dem der auch in dem Kolonisationswerk in Palästina hervorragend tätige Verfasser schon in der Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden (seit 1904) und in seinem Buch „Die Juden der Gegenwart“ (1. Aufl. 1904) Bahnbrechendes geleistet hat. In einem außerordentlich weit gespannten Rahmen wird der Versuch unternommen, die Struktur der Judenheit von den verschiedensten Seiten her darzustellen. Nach einem einleitenden Überblick über Herkunft und Rasse werden im Hauptteil des ersten Bandes unter verschiedenen Gesichtspunkten die bevölkerungsstatistischen Verhältnisse der Juden in den verschiedenen Ländern zusammengefaßt; Geburts- und Sterbeziffern, Wanderungen, Mischehen, Krankheiten sowie Altersgliederung worden eingehend untersucht. Die Gesamtzahl wird für 1930 auf 15 903 000 veranschlagt. Der folgende Abschnitt befaßt sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere mit der Berufsgliederung, wobei sich starke Abweichungen von den Nichtjuden ergeben. Ein kurzes Kapitel über Beruf und Kriminalität beschließt den ersten Band. Dieser statischen Untersuchung folgt im 2. Band eine stellenweise anfechtbare Darstellung der dynamischen Kräfte: der Kampf um die Gleichberechtigung, die kulturelle Autonomie, der Antisemitismus, die geistigen, religiösen und organisatorischen Verhältnisse, der Zionismus und die Wiederbesiedlung Palästinas. Mit einem Ausblick auf die Elemente der zukünftigen Entwicklung schließt das Werk. — Diese sehr summarische Übersicht kann auch nicht annähernd den außerordentlichen Stoffreichtum der beiden Bände andeuten. Band I gibt die vollständigste Sammlung statistischen Materials über die Weltjudentum, die heute erreichbar ist. Allerdings ist diese Vollständigkeit recht eingeschränkt, da die Religionsstatistik in manchen Ländern überhaupt nicht, in anderen nur lückenhaft durchgeführt wird und daher häufig mit Schätzungen und Vermutungen gearbeitet werden muß; dazu kommt eine starke Unsicherheit der Vergleichsbasis, die in der Verschiedenheit der erfaßten Zeiträume — vielfach stehen nur Angaben aus der Vorkriegszeit zur Verfügung — be-

gründet ist. Aber R. gebührt das Verdienst, daß er an Hand der zahlreichen Einzelforschungen über sein Stoffgebiet einen Querschnitt durch die Situation der Judenheit gegeben hat, der nicht nur der Sozialforschung, sondern auch der politischen Betrachtung der Judenfrage wertvolles Material liefert.

Eugen Mayer (Frankfurt a. M.).

Dinse, Robert, *Das Freizeitleben der Großstadtjugend. Schriftenreihe des Deutschen Archivs für Jugendwohlfahrt, Heft 10. Verlagsgesellschaft R. Müller m. b. H. Eberswalde 1932. (VII u. 125 S.; RM. 3.85)*

Die Schrift enthält die Ergebnisse einer Enquete, die im März und November 1930 an fünf Berliner Berufsschulen, je zwei Oberrealschulen und Reformatorymnasien und einem Oberlyzeum durchgeführt worden ist. 5191 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren haben Klassenaufsätze über das Thema „Wie verbringe ich meine freie Zeit?“ angefertigt, wobei sie einen Fragebogen als Anleitung zur Hand hatten. Das Buch, in dem glücklicherweise viele Äußerungen wörtlich zitiert sind, gibt Auskunft über den Zusammenhang der Jugendlichen mit der Familie, über den Umfang der Hausarbeitsarbeiten, die Vergnügungen (Tanz, Rummel, Kino usw.), den literarischen und musikalischen Geschmack; es zeigt, wie die Befragten zur Kirche, zur Politik und zum Jugendverein stehen und was ihnen der Freund und die Freundin bedeuten. Politische Interessen äußerten spontan — denn nach ihnen war leider absichtlich nicht gefragt — von den ungelernten Arbeitern 9%! Das ist, obwohl schon diejenigen mitgerechnet sind, die nur eine politische Zeitung lesen, der höchste Prozentsatz aller Gruppen; bei den Mädchen beträgt er 2%. Die Antworten auf die meisten Fragen differenzieren sich deutlich nach der beruflichen und sozialen Schichtung der Befragten. In der Auswertung hielt sich der Bearbeiter sehr zurück.

Hans Speier (Berlin).

Das Gesicht der Demokratie, hrsg. von Edmund Schultz mit einer Einleitung von Friedr. Georg Jünger. Breitkopf und Härtel. Leipzig 1931. (152 S.; RM. 5.—, Lwd. 6.50) — *Zwanzig Jahre Weltgeschichte in 700 Bildern*, mit einer Einleitung von Friedrich Sieburg. Transmare Verlag. Berlin 1931. (284 S.; RM. 4.80, Lwd. 5.80) — *Der Staat ohne Arbeitslose*, hrsg. von Ernst Glaeser u. F. C. Weiskopf. G. Kiepenheuer, Berlin 1931. (VIII u. 198 S.; RM. 4.50)

Die Bildreportage hat in der Nachkriegszeit einen großen Aufschwung genommen. Davon zeugen die Riesenaufgaben der illustrierten Zeitungen, die Verbreitung der photographischen Sammelwerke und die „Wochenschau“ als tägliches Beiprogramm der Lichtspieltheater.

In den Büchern, die wir hier besprechen, wird versucht, einen politischen Gedankengang durch Serien von photographischen Aufnahmen zu vermitteln, wobei dem Wort lediglich die Rolle der Illustration zufällt. Die Bilder sollen selber „sprechen“. Es handelt sich aber nicht — wie man zunächst annehmen könnte — um eine primitivere Methode der Gedankenübermittlung, sondern

vielmehr um eine „Bildersprache“, die ganz bestimmte psychologische Erkenntnisse voraussetzt.

Das Buch „Das Gesicht der Demokratie“ will Kritik üben am demokratischen Parlamentarismus des Nachkriegs-Deutschland. Es steht auf dem Boden der extremen Rechten und wendet sich besonders scharf gegen die „Parteifunktionäre“ der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Mittelparteien bis zur Volkspartei. Entsprechend der politischen Einstellung dieses Standortes wird dem „Liberalismus“, der „Novemberrevolution“ und der „Erfüllungspolitik“ die Schuld am gegenwärtigen Niedergang zugeschoben. Der einleitende Text von Jünger wiederholt die Vorwürfe gegen den „liberalen Begriff“ der Partei und den „sozialistischen Begriff der Klasse“ und fordert etwas verschwommen „die Einheit von politischer Führung und Gefolgschaft von Staat und Nation“.

„Zwanzig Jahre Weltgeschichte 1910—1930“, so nennt sich ein umfangreiches Bilderbuch, zusammengestellt von Sandor Marai und Laszlo Dorlandi, in drei Seiten kurz von Friedrich Sieburg, dem bekannten Redakteur der Frankfurter Zeitung, eingeleitet. Die Herausgeber wollen ein universelles Bild der ganzen Epoche bringen. Das Buch beginnt mit Bildern aus der Vorkriegszeit, hauptsächlich den Porträts der Kaiser, Könige und Fürstlichkeiten, um dann durch die Kriegszeit hindurch in das heutige Europa hineinzuführen. Es bringt Bilder aus aller Welt, Sowjetrußland, Amerika, Afrika usw. und landet schließlich bei Einzeldarstellungen, wie „Die Frau“, „Das Kind“, „Die Wissenschaft“; am Schluß werden gar noch Naturkatastrophen wie Springfluten, Tornados usw. angeflickt, bis ganz am Ende das Buch mit der Überschrift „Weltfrieden“ die Aufrüstung auf der ganzen Linie zeigt. Die Herausgeber bemühen sich um Objektivität, aber schließlich laufen alle Konturen ineinander, und die innere logische und historische Verbundenheit der Ereignisse wird nicht deutlich. Man gewinnt zwar den Eindruck der lobendigen Zusammenhänge des Geschehens in allen Teilen der Erde, aber ohne daß sich alles in eine einheitliche Perspektive ordnen ließe. Daher hat das Buch mehr den Charakter eines universalen Nachschlagewerkes, in dem man Persönlichkeiten und Ereignisse der Jahre 1910—1930 vermerkt findet.

„Der Staat ohne Arbeitslose“ ist ein photographisches Bilderbuch des Fünfjahresplanes der Sowjet-Union. Es gibt mehr einen Querschnitt als einen Längsschnitt. Mit fortlaufendem Text werden die ungeheure Weite des Landes, die Vielfalt seiner Bevölkerung, die Entwicklung der modernen Technik und der kulturelle Aufstieg in Stadt und Land gezeigt. Das Buch nennt sich selbst „einen undemagogischen Versuch, der Wahrheit zu dienen“. Ganz am Schluß findet sich ein kurzes Nachwort von Alfred Kurella, das auch Zahlenmaterial über den Fünfjahrplan anführt. Ein Fehler des Buches ist, daß es zwar den großen Aufstieg gewissenhaft schildert, aber ihn nicht in ein richtiges Verhältnis setzt zu der ungeheuren Rückständigkeit, die heute noch in vielen Teilen des Landes und auf manchen Gebieten des täglichen Lebens als Erbe des Zarismus und der siebenjährigen Unruhe durch Krieg und Bürgerkrieg vorhanden ist. Trotzdem bleibt der Eindruck des Ganzen stark.

Gisela Freund (Frankfurt a. M.).

Handwörterbuch des deutschen Volksbildungswesens. Hrsg. von Heinrich Becker, Georg Adolf Narciss, Rudolf Mirbt. 1. Lieferung. Neuer Breslauer Verlag. Breslau 1932. (159 S.; RM. 5.—)

Das Handwörterbuch setzt sich zur Aufgabe, einen Überblick über den augenblicklichen Stand der verschiedenen Arbeitsgebiete der Erwachsenenbildung auf Grund ihrer geschichtlichen Entwicklung zu geben und gleichzeitig Diskussionsforum für ihre gegenwärtigen Grundprobleme zu sein. Es dient deshalb ebenso als Nachschlagewerk für die tägliche Praxis wie auch als Hilfsmittel für die intensive Auseinandersetzung um die Erwachsenenbildung. Bei der steigenden Bedeutung und gleichzeitig fast unüberschaubaren Mannigfaltigkeit der deutschen Volksbildungsbewegung nach dem Kriege ist solche gewissenhafte Orientierung und repräsentative Begabung dringend erforderlich.

Die vorliegende erste Lieferung des alphabetisch nach Stichworten aufgebauten Handwörterbuches wird dieser schwierigen und vielfältigen Aufgabe durchaus gerecht. Erfreulich ist vor allem, daß sich die Referate nicht auf Feststellungen und Klärung des Tatbestandes allein beschränken, sondern Aufgaben und Möglichkeiten der Volksbildungsarbeit umreißen und sie darüber hinaus in den Gesamtzusammenhang des allgemeinen Kulturlebens stellen. Umfangreiche Literaturangaben geben die notwendigen Hinweise. Die Mitarbeiterschaft wurde aus allen maßgebenden Kreisen gewonnen, und eine „lebendige Neutralität“, auf die die Herausgeber entscheidenden Wert legten, läßt die verschiedenen Strömungen zu Worte kommen. So gibt die Sammlung einen anschaulichen und umfassenden Überblick über das deutsche Volksbildungswesen. Das erste Heft bietet u. a. lesenswerte, z. T. sehr umfangreiche Beiträge über Abendvolkshochschule (Mockrauer), Akademie der Arbeit (Ernst Michel), Angestelltenbildung (O. Suhr), Arbeiterbildung (Hermberg), Arbeiterbildung in den freien Gewerkschaften (Seelbach), Arbeitsgemeinschaft (Alfred Mann), Arbeitslager (Eugen Rosenstock), Arbeitslosigkeit und Erwachsenenbildung (Viktor Engelhardt).

Gerade in der kulturpolitischen Gegenwartssituation, in der die Volksbildung in ihren geistigen Grundlagen und ihrem materiellen Bestand entscheidend umkämpft ist, verdient dieser umfassende Rechenschaftsbericht über Bemühungen und Erfolge, Ziele und Aufgabe der deutschen Volksbildungsarbeit allgemeines Interesse.

Sigmund Neumann (Berlin).

Ökonomie.

An Stolle der Besprechung einzelner ökonomischer Werke steht in diesem Heft das Sammelreferat über planwirtschaftliche Literatur. Im nächsten Heft folgt wieder die Besprechung der sonstigen wichtigsten ökonomischen Neuerscheinungen.

Allgemeine Soziologie:

Gründer der Soziologie. Eine Vortragsreihe unter Mitwirkung von G. L. Duprat u. a. (<i>Borkenau</i>)	412
Richard Thurnwald, Die menschliche Gesellschaft in ihren ethno- soziologischen Grundlagen, 2. Bd. (<i>Vatter</i>)	412
Pitirim Sorokin, Soziologische Theorien im 19. und 20. Jahrhundert (<i>Salomon</i>)	413
Richard Kroner, Kulturphilosophische Grundlegung der Politik (<i>Haselberg</i>)	414
Alfred Schütz, Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt (<i>Borkenau</i>). Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, hrsg. v. V. Adoratskij. Marx-Engels-Gesamtausgabe, I. Abt., Bd. 5 (<i>Borkenau</i>)	415
Herbert Marcuse, Neue Quellen zur Grundlegung des historischen Materialismus. In: Die Gesellschaft, IX. Jg., Nr. 8 (<i>Westermann</i>)	416
Hugo Fischer, Karl Marx und sein Verhältnis zu Staat und Wirtschaft. — Werner Alexander, Kampf um Marx (<i>Moldenhauer</i>)	417
Julius Dickmann, Das Grundgesetz der sozialen Entwicklung (<i>Westermann</i>)	418
Zbigniew Lubinski, Die Grundlagen des ethisch-politischen Systems von Hobbes (<i>Borkenau</i>)	419
Stuart A. Rice, Methods in Social Science. — Emory S. Bogardus, Contemporary Sociology. — Earle E. Eubank, The Concepts of Sociology. — R. M. MacIver, Society. Its Structure and Changes (<i>Lorke</i>)	420
Hannibal Gerald Duncan, Backgrounds for Sociology (<i>Lorke</i>).	422
Organization of Research in the American Sociological Society (<i>Lorke</i>).	422
Piet Endt, Soziologie (<i>Sternheim</i>)	422
W. J. Lenin, Über den historischen Materialismus (<i>Korsch</i>)	423

Psychologie:

August Messer, Sexualethik (<i>Landauer</i>)	424
W. Lange-Eichbaum, Das Genieproblem (<i>Landauer</i>)	425
Fritz Künkel, Charakter, Liebe und Ehe (<i>Fromm-Reichmann</i>)	426
Sir Galahad, Mütter und Amazonen (<i>Fromm</i>)	427
Otto Fenichel, Perversionen, Psychosen, Charakterstörungen. Psycho- analytische spezielle Neurosenlehre. — Ders., Hysterien und Zwangsneurosen (<i>Landauer</i>)	427
Maria Dorer, Historische Grundlagen der Psychoanalyse (<i>Fromm</i>).	427
Kimball Young, Social Psychology. — Ders., Source-Book of Social Psychology (<i>Liebmann</i>)	428
Siegfried Kraus, Bedürfnis und Befriedigung (<i>Westermann</i>).	429
Fritz Urbschat, Das Seelenleben des kaufmännisch-tätigen Jugend- lichen (<i>Weiß</i>)	429

Geschichte:

Georg Steinhausen, Deutsche Geistes- und Kulturgeschichte von 1870 bis zur Gegenwart (<i>Mackauer</i>)	430
Franz Mehring, Zur deutschen Geschichte. Gesammelte Schriften und Aufsätze, hrsg. v. Eduard Fuchs (<i>Doppler</i>)	430
Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel. Marx-Engels-Gesamt- ausgabe, III. Abt., Bd. 5 (<i>Gollub</i>)	431
Paulino V. Young, The Pilgrims of Russian Town (<i>Lorke</i>)	432
John Edwin McGee, A Crusade for Humanity (<i>Rosenhaupt</i>).	433
International Migrations. Vol. I: Statistics, Vol. II: Interpretations ed. by Walter F. Willcox (<i>Prinz</i>)	433
Alan Bott, Our Fathers (<i>Carls</i>)	434
Käthe Spiegel, Kulturgeschichtliche Grundlagen der amerikanischen Revolution (<i>Harnack</i>)	435

Johann Hasebrock, Griechische Wirtschafts- und Gesellschafts- geschichte bis zur Perserzeit. — Helmut Berve, Griechische Geschichte. 1. Hälfte: Von den Anfängen bis Perikles. — Joseph Vogt, Römische Geschichte. 1. Hälfte: Die römische Republik. — Julius Wolf, Römische Geschichte. 2. Hälfte: Die römische Kaiserzeit (<i>Mackauer</i>)	436
Domenico Guerri, La corrente popolare nel Rinascimento (Die volkstümliche Strömung in der Renaissance) (<i>Olberg</i>)	437
Otto Heller, Der Untergang des Judentums (<i>Fromm</i>)	438
Hugo Hassinger, Geographische Grundlagen der Geschichte (<i>Mackauer</i>)	439
Karl August Wittfogel, Die natürlichen Grundlagen der Wirtschafts- geschichte. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 67, Heft 4—6 (<i>Petersen</i>)	439

Soziale Bewegung und Sozialpolitik:

S. F. Markham, A History of Socialism (<i>Walter</i>)	440
C. Bouglé, Socialismes français (<i>Walter</i>)	440
Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart (<i>Walter</i>)	441
Max Ermers, Victor Adler. Aufstieg und Größe einer sozialistischen Partei (<i>Walter</i>)	442
August Becker, Geschichte des religiösen und atheistischen Früh- sozialismus. — Gilbert Clive Binyon, The Christian Socialist Movement in England (<i>Moldenhauer</i>)	443
Studien über die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeit- nehmern. Internationales Arbeitsamt, Reihe A (Berufliche Ver- einigung) Nr. 33 und 35 (<i>Sternheim</i>)	443
Kurt Bloch, Über den Standort der Sozialpolitik. — Fritz Heller, Sozialpolitik und Reichsarbeitsgericht. — F. A. Westphalen, Die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik (<i>Croner</i>)	444
Sozialrechtliches Jahrbuch, hrsg. von Theodor Brauer, Christian Eckert u. a. (<i>Mertens</i>)	445
Eugen Rosenstock und Carl Dietrich von Trotha, Das Arbeits- lager (<i>Mennicke</i>)	446
Eugen Rosenstock, Arbeitsdienst — Heeresdienst? (<i>Blum</i>)	446
Florence Dubois, A Guide to Statistics of Social Welfare in New York City (<i>Feinberg</i>)	447

Spezielle Soziologie:

Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes (<i>Flaskämper</i>)	447
Sir William Beveridge u. a., Changes in Family Life. — Donald Young, The Modern American Family. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 160, March 1932. — Hanna Meuter, Heimlosigkeit und Familien- leben. — Ventur Schaidnagl, Heimlose Männer. — Elisa- beth Frank, Familienverhältnisse geschiedener und chever- lassener Frauen. — Elisabeth Lüdy, Erwerbstätige Mütter in vaterlosen Familien. — Dora Hansen-Blanke, Die haus- wirtschaftliche und Mutterschaftsleistung der Fabrikarbeiterin. Hermann Ahrens, Untersuchungen zur Soziologie der Familie in systematischer Absicht. (Rostocker Diss.) (<i>Pollock</i>)	448
J. P. Lichtenberger, Divorce (<i>Freudenthal</i>)	451
M. C. van Mourik Broekman, Erotiek en Huwelijksleven (Erotik und Ehe) (<i>Sternheim</i>)	452
Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien (<i>Speier</i>)	452
Demokratie und Partei, hrsg. von Peter Richard Rohden. — Bernhard .Groethuysen, Dialektik der Demokratie (<i>Neumann</i>)	453

Walter Heinrich, Das Ständewesen mit besonderer Berücksichtigung der Selbstverwaltung der Wirtschaft (<i>Salomon</i>)	454
F. A. Hormens, Demokratie und Kapitalismus (<i>Löwenthal</i>)	454
Walter Jost, Das Sozialleben des industriellen Betriebs. — Carl Matthes, Die Rationalisierung der Wirtschaftsprozesse in ihren Auswirkungen auf den in der Wirtschaft tätigen Menschen (<i>Speier</i>)	455
Ernst Jünger, Der Arbeiter (<i>Speier</i>)	456
Die soziale Frage und der Katholizismus. Hrsg. v. d. Sektion f. Sozial- und Wirtschaftswissenschaft der Görres-Gesellschaft (<i>Mertens</i>)	456
Wilhelm Schwor und Franz Müller, Der deutsche Katholizismus im Zeitalter des Kapitalismus. — Heinrich Getzeny, Kapitalismus und Sozialismus im Lichte der neueren, insbesondere der katholischen Gesellschaftslehre (<i>Mertens</i>)	457
Theodore Dreiser, Tragic America. — Stuart Chase, A New Deal. — A. E. Johann, Amerika (<i>Pollock</i>)	458
J. G. Renier, The English: Are They Human? (<i>Gerth</i>)	460
R. Aron et A. Dandieu, Décadence de la nation française (<i>Tazerout</i>)	460
Arthur Rupp, Soziologie der Juden (<i>Mayer</i>)	461
Robert Dinse, Das Freizeitleben der Großstadtjugend (<i>Speier</i>)	462
Das Gesicht der Demokratie, hrsg. von Edmund Schultz. — Zwanzig Jahre Weltgeschichte in 700 Bildern, m. e. Einl. von Friedrich Sieburg. — Der Staat ohne Arbeitslose, hrsg. v. Ernst Glaeser u. F. C. Weiskopf (<i>Freund</i>)	462
Handwörterbuch des deutschen Volksbildungswesens, hrsg. von Heinrich Becker u. a. (<i>Neumann</i>)	464

Ökonomie:

Bemerkung der Redaktion	464
-----------------------------------	-----

Alle Sendungen redaktioneller Art (Manuskripte, Rezensionsexemplare, Tausch-exemplare) sind ausschließlich zu richten an die Redaktion der Zeitschrift für Sozialforschung, Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 17, alle Sendungen geschäftlicher Art nur an den Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig C 1, Hospitalstr. 10.

Die Zeitschrift erscheint dreimal jährlich: im März, Juli und November. Der Preis des Jahrgangs — einschließlich der Einbanddecke, die kostenlos geliefert wird — beträgt RM. 18.—, Einzelhefte kosten RM. 6.—.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Leo Löwenthal (Frankfurt a. M.)

DRUCK VON A. HEINE G. M. B. H., GRAEFENHAINICHEN

Diesem Heft liegen Prospekte der Verlagsbuchhandlung W. Kohlhammer, Stuttgart, des Gustav Fischer Verlages, Jena und der Verlagsbuchhandlung C. L. Hirschfeld, Leipzig, bei.

Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M.

*

In Vorbereitung befindet sich Band IV:

FRANZ BORKENAU

Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild

Studien zur Geschichte der Philosophie der Manufakturperiode

Eine Darstellung der Entstehung der bürgerlichen Naturwissenschaft und Gesellschaftslehre aus der philosophischen Bewegung um Descartes, Hobbes, Pascal. Umfassendes neues Material aus dem Gebiet der Theologie, Anthropologie und Staatslehre des 16. und 17. Jahrhunderts zeigt, wie die neue Technik und die neue Moral des entstehenden Kapitalismus ein neues Weltbild notwendig machen und wie es sich in den Klassenkämpfen der Manufakturperiode durchsetzt.

Ungefährer Umfang 30 Bogen — Preis brosch. etwa RM. 18.—

Früher erschienen die Bände I—III:

HENRYK GROSSMANN

Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems (zugleich eine Krisentheorie)

XVI und 625 Seiten. RM. 18.—, gebunden RM. 19.80

Vorzugspreis: RM. 16.20, gebunden RM. 18.—. Vorzugspreise erhalten Abnehmer der ganzen Schriftenreihe, sowie Bezieher und Mitarbeiter der „Zeitschrift für Sozialforschung“

FRIEDRICH POLLOCK

Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion (1917—1927)

XII und 409 Seiten. RM. 12.15, gebunden RM. 13.50

Vorzugspreis (s. a. Band I): RM. 11.—, gebunden RM. 12.15

K. A. WITTEGEL

Wirtschaft und Gesellschaft Chinas

Versuch der wissenschaftlichen Analyse einer großen asiatischen Agrargesellschaft

Band I: Produktivkräfte, Produktions- und Zirkulationsprozeß

XVIII und 768 Seiten mit Textabbildungen. RM. 27.—, geb. RM. 28.80

Vorzugspreis (s. a. Band I): RM. 24.30, gebunden RM. 26.—

Prospekte kostenlos

C. L. HIRSCHFELD VERLAG • LEIPZIG C 1